



## Griechenland

### Hoffnung für einen demokratischen Aufbruch in Europa

*Aufruf der LINKEN, der Französischen Kommunistischen Partei, der Vereinten Linken (Spanien) und SYRIZA (Griechenland), vorgestellt am 17. Februar 2015 in Berlin von Bernd Riexinger, Vorsitzender der Partei DIE LINKE, Pierre Laurent, Vorsitzender der Partei der Europäischen Linken (EL) und Nationalsekretär der FKP, Maite Mola, stellvertretende Vorsitzende der EL (IU, Spanien) und Theodoros Paraskevopoulos, Wirtschaftsberater von SYRIZA*

Der Wahlsieg von SYRIZA gibt nicht nur Hoffnung in Griechenland für einen sozialen Ausweg aus der Krise, sondern eröffnet auch Chancen für einen demokratischen Aufbruch und einen grundlegenden Richtungswechsel der Europäischen Union. Die sozial verheerende und ökonomisch kontraproduktive Troika-Politik ist durch die demokratische Entscheidung der Menschen in Griechenland bei den Wahlen am 25. Januar abgestraft worden. Mit der Regierung Tsipras besteht die reale Chance für eine andere, die Menschen in den Vordergrund rückende Politik. Erste mutige Schritte zur Verbesserung der sozialen Lage und zum Wiederaufbau der griechischen Wirtschaft im öffentlichen Interesse sind bereits unternommen worden.

Dies hat Auswirkungen auf die anderen europäischen Länder. Insbesondere in Südeuropa, wo die schädlichen Folgen der Politik der Troika am stärksten spürbar sind, gewinnen die Menschen ihre Würde zurück und kämpfen gegen die unsoziale Austeritätspolitik und die Aushöhlung der Demokratie in der EU. Linke politische Kräfte, die an diesem Kampf teilnehmen und Lösungen für einen Ausweg aus der Krise vorschlagen, gewinnen an Kraft. Auch in Nordeuropa haben sich die Bedingungen für den Kampf gegen die neoliberale Politik verbessert. In diesen Ländern gibt es ebenfalls starke Kritik an Armut, Arbeitslosigkeit und der wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich. So wurden gerade in Deutschland, dem Land, das der europäischen Politik am stärksten seinen neoliberalen Stempel aufdrückt, Prekarität und Niedriglohnsektor stark ausgeweitet, haben die Einkommens- und Vermögensunterschiede erheblich zugenommen.

Wir sind solidarisch mit dem Kampf des griechischen Volkes und unterstützen die neue griechische Regierung. Der

Kampf der griechischen Bevölkerung gegen Austerität und für die Rückgewinnung von Würde und Selbstbestimmung ist auch unser Kampf. Von den Wahlen in Griechenland könnte ein Aufbruch ausgehen, der linke Kräfte in Europa stärkt und einen dringend notwendigen Pfadwechsel der Politik in Europa einläutet. Doch das ist kein Selbstläufer, der Widerstand in Europa muss sich formieren. Entschieden wenden wir uns gegen alle Versuche, die demokratische Entscheidung des griechischen Volkes zu unterlaufen oder gar die Regierung Tsipras erpressen zu wollen. Die neue griechische Regierung fordert faire Verhandlungen und Zeit, um Vorschläge für eine neue Einigung mit der EU zu entwickeln. Dies ist ein faires, verständliches und nachhaltiges Angebot. Wir fordern die europäischen Institutionen und insbesondere auch die Europäischen Zentralbank auf, das zu unterstützen.

Wir unterstützen die Forderungen von SYRIZA, weil sie die Forderungen vieler Menschen in Europa und aller linken Kräfte in Europa sind.

Insbesondere fordern wir:

- Eine europäische Schuldenkonferenz nach dem Muster der Londoner Konferenz von 1953 mit der Zielsetzung einer Lösung der Schuldenproblematik – nicht nur für Griechenland, sondern für ganz Europa.
- Die Einschränkung der Macht der Banken. Die Staaten müssen aus der Erpressbarkeit durch die Finanzmärkte befreit werden. Die EZB muss für die Mitgliedstaaten als „lender of last resort“ [Kreditgeber in letzter Instanz] fungieren und Direktkredite zu günstigen Zinsen vergeben.
- Statt der Orientierung auf Austeritätspolitik als Maßstab der europäischen Wirtschaftspolitik eine nachhaltige, sozial-ökologische wirtschaftliche Entwicklung, Beschäftigung und soziale Sicherheit.
- Ein gerechtes Steuersystem mit der Besteuerung von Finanztransaktionen und stärkerer Besteuerung von hohem Einkommen und großen Vermögen sowie eine verstärkte Zusammenarbeit auf europäischer Ebene, um Steuerflucht effektiv zu bekämpfen.
- Öffentliche Investitionsprogramme für die Stärkung der öffentlichen Infrastruktur und Daseinsvorsorge;

### In dieser Ausgabe

- Reden von Alexis Tsipras
- Gegen das Verbot der KPU
- Sergej Lawrow in München und Moskau
- Normalisierung Kuba – USA
- Afghanistan: Ungewisse Zukunft



# Inhalt

## ● Griechenland

- Aufruf der LINKEN, FKP, IU und SYRIZA 1
- Alexis Tsipras: Regierungserklärung 1
- Alexis Tsipras: Rede auf dem Wahlparteitag 3
- Yiannis Bournous: Neue Lage – neue Pflichten 5
- Sahra Wagenknecht: 11
  - Griechenland nicht ausquetschen! 12
- Gregor Gysi: Chance für einen Neuanfang 13
- Dominic Heilig: Zur Geschichte von SYRIZA 15
- Dominic Heilig: SYRIZA und ANEL 16
- Antonella Muzzupappa/Sabine Nuss: 18
  - Schuldenschnitt für Griechenland 18
- Tom Strohschneider: 20
  - Deutsche Milliardenschuld 20
- Tom Strohschneider: 21
  - Signal an die europäische Linke 21
- Dominic Heilig/Luise Neuhaus-Wartenberg: 22
  - Konsequenzen für deutsche Linke 25

## ● Ukraine/Russland

- Manfred Schünemann: 25
  - Ein Jahr nach dem Umsturz 25
- Georgi Krjutschkow: 27
  - Ukraine in blutiger Sackgasse 27
- KPU: 31
  - Schluss mit der schändlichen Gerichtsfarce! 31
- Stephan Meuser: 32
  - Die Definition des Wahnsinns 32
- Ukraine nach der Wahl: 33
  - Fließende Übergänge zum Faschismus 33
- Wolfgang Gehrcke/André Hunko: 34
  - Auf humanitärer Mission 34
- Bernd Biedermann: 37
  - MH 17: Chronologie eines Verbrechens 37
- Aufruf: Wieder Krieg in Europa? 41
  - Nicht in unserem Namen! 41
- Sergej Lawrow: 42
  - Rede auf Münchener Sicherheitskonferenz 42
- Sergej Lawrow: 48
  - Rede vor der Diplomatenakademie in Moskau 48
- Heiner Flassbeck: 51
  - Irrsinn an den Devisenmärkten 51

## ● Geschichte:

- Sevim Dagdelen: Kein Tag der Befreiung 52
- Petra Pau: Querelen um 70. Jahrestag 53

## ● Aus der internationalen Linken

- Bernd Riexinger: 54
  - Rede zum EL-Jahresauftakt 54
- Raul Zelik: Zur Strategie von Podemos 56
- Alberto Garzón: 58
  - Podemos verpasst historische Chance 58
- Dominic Heilig: 59
  - Portugals Linke nach SYRIZA-Erfolg 59

- Dominic Heilig: 60
  - Portugal: Parteitag des Linksblocks 60
- Paola Giaculli: Italien – Land der Wunder 60
- Holger Politt: 62
  - Polnische Linke und ihr Staffelfstab 62
- Walter Baier: 64
  - Krise der europäischen Sozialdemokratie 64
- Nancy Larenas Ojeda: 66
  - Die politische Lage in Chile 66
- MST Brasiliens: 68
  - Moderne Landreform ist überfällig 68
- Detlef D. Pries: 69
  - Südkorea wünscht keine linke Opposition 69
- **Internationale Umschau** 69
- Helmut Scholz: 69
  - TTIP: Kapitulation der Demokratie 69
- Tobias Riegel: 70
  - Nicht in Charlies Namen 70
- Jörg Rückmann/Horst Schäfer: 72
  - Normalisierung Kuba – USA 72
- Jan van Aken/Christine Buchholz: 76
  - Syrien und Irak: Gewalt stoppen 76
- Issam Haddad: Aufbruch ohne Ende? 77
- Andreas Bohne: Zivilgesellschaft in Kenia 78
- Katrin Voß: 79
  - Afrikanische Alternativen im Fall Mali 79
- Stefan Liebich: Boko Haram in Nigeria 81
- Linksfraktion: 82
  - Menschenrechte in Mexiko schützen 82
- Linksfraktion: 83
  - Für internationales Staateninsolvenzverfahren 83
- **Analyse** 85
- Julia Wiedemann: Die Kurden in Syrien 85
- Cem Sey: 89
  - Afghanistan: Reise in eine ungewisse Zukunft 89
- Mario Candeias: Die neue Weltumordnung 92
- Hubertus Zdebel: No Fracking! 94



eine ökologisch und sozial nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung.

- Ein Zukunftsprogramm gegen die Massenerwerbslosigkeit, insbesondere die Jugenderwerbslosigkeit.

Wir kämpfen für ein Ende der Troika-Politik in Europa und für die Entwicklung eines sozialen, demokratischen und friedlichen Europas. Dafür werden wir jetzt aktiv. Wenn eine soziale Alternative und ein demokratischer Aufbruch scheitern, droht eine weitere Stärkung der extremen Rechten und Neonazis in Europa. Wir treten für eine Politik ein, die nicht nur eine Alternative zur neoliberalen Austeritätspolitik darstellt, sondern auch eine klare Absage an die nationalistische, xenophobe und rassistische Politik der politischen Rechten beinhaltet. Das Fundament unserer Politik ist die Solidarität.

Ein solcher Politikwechsel kann nur gelingen, wenn wir eine breite Plattform von linken Parteien, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen bilden. Hierzu laden wir in den nächsten Wochen zu Gesprächen ein. Wir rufen alle linken Parteien, sozialen Bewegungen und progressiven Kräfte auf, den neuen griechischen Weg zu unterstützen und damit für ein Ende der unsozialen Kürzungspolitik in Europa und für ein solidarisches, soziales, demokratisches und friedliches Europa zu kämpfen.

## Regierungserklärung vor dem griechischen Parlament

*Von Alexis Tsipras, Ministerpräsident Griechenlands, Vorsitzender von SYRIZA, 8. Februar 2015 (Auszüge)*

Ich bin mir absolut im Klaren darüber, dass der Weg zu einem wirtschaftlich autarken, sozial gerechten und stolzen Griechenland uns durch einen steinigen, harten und schmerzhaften Verhandlungsprozess führt. Er wird jedoch auch von der Entschlossenheit bestimmt, mit welcher wir gewillt sind, die Konfrontation mit den etablierten Missständen in unserem eigenen Land aufzunehmen, die Konfrontation mit einem Regime politischer und wirtschaftlicher Macht, das unser Land in die Krise geführt und international in Misskredit gebracht hat.

In diesem harten und schmerzhaften Verhandlungsprozess wird Griechenland eine positive Rolle, die Rolle eines Katalysators, spielen. Unser Ziel ist es, zu einer Lösung zu gelangen, die von beiderseitigem Nutzen für Griechenland und unsere Partner ist.

Wir unterstreichen mit allem Nachdruck: Griechenland will seine Schulden zurückzahlen. Wenn dies auch der Wunsch unserer Partner ist, so sind sie aufgefordert, über die Art und Weise und die technischen Mittel zur Wiederherstellung der Fähigkeit unseres Landes zur Begleichung seiner Schulden mit uns in einen Dialog zu treten.

Die Höhe der Schulden, die sich seit gestern auf mehr als 180 Prozent des BIP belaufen, macht deren Tilgung unmöglich. Das ist es, was wir zu erklären versuchen.

Bei der Schuldenproblematik handelt es sich nicht um ein Problem technischer Natur. Es ist keine Frage der technischen Umsetzung bestehender Beschlüsse. Es handelt sich

um ein Problem politischer Art und betrifft politische Entscheidungen. Solange unsere Partner auf Austerität beharren, wird die Schuldenproblematik nur immer wieder aufs neue aufbereitet und weiter verschärft.

Stimmen wir darin überein, dass Austerität in die Katastrophe führt, dann ist es möglich, durch Verhandlungen und Kompromissbildungsprozesse eine Lösung zur Verringerung der Schulden und deren Tilgungsbedingungen erarbeiten.

Unser Ziel ist nicht, Europa aus dem Gleichgewicht zu bringen. Im Gegenteil. Wir sind es, die die Wiederherstellung des Gleichgewichts wollen. Wir verkörpern die Hoffnung auf umfassende und notwendige Veränderungen, über die Europa sprechen und die Europa umsetzen muss.

Die neue griechische Regierung strebt eine bis einschließlich Juni dieses Jahres geltende „Brückenvereinbarung“ an, um den fiskalischen Raum zu erhalten, dessen es für aufrichtig geführte Verhandlungen über eine Umstrukturierung der Schulden und ein neues Programm für Zusammenarbeit und Wachstum zwischen Griechenland und seinen europäischen Partnern bedarf.

Viele, auch wohlmeinende Stimmen fragen: Kann das in den kommenden 15 Tagen erreicht werden? Die Gespräche mit den offiziellen Vertretern der europäischen Institutionen haben mich davon überzeugt, dass es trotz aller Schwierigkeiten möglich ist.

Selbstverständlich wird es viele Themen geben, deren Lösung möglicherweise längere Verhandlungen notwendig macht wie beispielsweise die Schuldenproblematik. Hinsichtlich der übrigen Themenbereiche verfügen wir jedoch bereits jetzt über einen vollständig ausgearbeiteten Plan und über Vorschläge, mit deren Hilfe wir umgehend zu einer Übereinkunft kommen können. Die Regierung Griechenlands hat einen konkreten Plan und absolut realisierbare Vorschläge, die die Grundlage einer neuen, beiderseits akzeptablen Übereinkunft bilden können.

Die neue Vereinbarung zwischen Griechenland und Europa wird zu einem mittelfristigen Wiederaufbauprogramm des Landes führen, welches die Regeln der Eurozone achtet, ohne die griechische Wirtschaft zu immerwährender Rezession zu verdammen und ohne dass gleichermaßen unvernünftige wie unrealistisch hohe Primärüberschüsse geplant werden, die letztlich nur eine anderes Wort für Austerität sind.

Ich möchte gegenüber der griechischen Delegation und dem griechischen Volk klarstellen, dass wir uns standhaft und unbeirrbar um eine nachhaltige und effiziente Übereinkunft mit unseren Partnern bemühen. Ich bin zuversichtlich, dass es uns gelingen wird, zu einer solchen Übereinkunft zu kommen. Denn diese Übereinkunft wird ein Signal sein, welches unmissverständlich klarstellt, dass Europa an den Prinzipien der Demokratie, an seinen Wurzeln festhält und die Stimme des Volkes respektiert.

Europa darf niemals wieder in die Fehler der dunklen Vergangenheit verfallen. Europa darf nie wieder ein ganzes Volk dem Gefühl der Erniedrigung und Demütigung preisgeben. In erster Linie, um nicht ein neues Zeitalter des Grauens anbrechen zu lassen, um nicht Hass zwischen den Völkern zu säen, sondern Verständnis und Solidarität. Das ist die Herausforderung, vor der das Vereinte Europa heute steht. In den ersten fünf Monaten der Verhandlungen mit Europa haben auch wir eine große Herausforderung zu bewältigen: Wir müssen den Erwartungen des griechischen Volkes hinsichtlich einer durchgreifenden Reform des Staates gerecht



werden. Denn ohne diese Reform werden wir auch mit der besten Schuldentilgungsvereinbarung in der Tasche sehr schnell erneut in eine Sackgasse geraten.

Das griechische Volk hat uns ein klares Mandat erteilt. Ein Mandat zu kämpfen. Gegen die etablierten Missstände des politischen Systems und gegen die Interessengruppen, die diesen Staat aufgebaut haben.

Denn dieser klientelistische und verschwenderische Staat ist weder von uns konstruiert noch von uns verwaltet worden. Deshalb sind wir die einzigen, die diesen Staat ändern können, die einzigen, die imstande sind, den umfassendsten institutionellen Umbau in der neueren griechischen Geschichte zu realisieren. Dieser institutionelle Umbau hat bereits begonnen: Die veränderte Regierungsstruktur ist der erste Schritt eines Prozesses der umfassenden Rationalisierung der öffentlichen Verwaltung.

Die erste Phase dieses Rationalisierungsprozesses wird innerhalb der kommenden sechs Monate abgeschlossen sein und betrifft eine kompakte und kohärente Organisationsstruktur der den zehn Ministerien unterstellten Behörden. Das Ziel ist eine bessere Organisation und Koordination der Behörden, die schnellere Umsetzung von Beschlüssen und eine höhere soziale Effizienz. Zugleich gehen wir entschlossen gegen Verschwendung im öffentlichen Dienst vor und beschneiden die Privilegien, die Abgeordnete und Minister derzeit genießen. Wir bestehen darauf, dass die Gewährleistung sozialer Effizienz der öffentlichen Verwaltung und die Förderung der sozialen Sicherungsdienste unsere höchste Pflicht darstellen.

Wir werden umgehend Regelungen zur Kontrolle der öffentlichen Verwaltung nach objektiven und leistungsbezogenen Kriterien verabschieden. Zugleich werden wir das System, nach dem Leitungsfunktionen verteilt werden, grundsätzlich ändern und so den gordischen Knoten der Verfilzung von politischen Parteien und Staatsapparat durchschlagen. Schließlich werden wir Maßnahmen zur Vereinfachung der Verwaltungsprozeduren ergreifen, indem wir neueste technische Möglichkeiten nutzen und den unmittelbaren Kontakt zwischen Verwaltungsapparat und Bürgern begrenzen, der in der Vergangenheit Quelle von Kleinkorruption war. Auf diese Weise wollen wir bestmögliche Dienstleistungen gegenüber den Bürgern sicherstellen:

Der wahrhaft große Kampf, der wirklich erbarmungslose Kampf, den diese Regierung – koste es was es wolle – zu führen bereit ist, ist der Kampf gegen die großangelegte Korruption, gegen das verflochtene System der Vetterwirtschaft. Ein System, welches über Jahre hinweg das öffentliche Leben vergiftet, das politische System und dessen Institutionen in Misskredit gebracht hat. Wir werden gegen Steuerhinterziehung und Steuernachlässe kämpfen, denn in Wahrheit sind sie es, die das Land an den Rand des Abgrunds geführt haben.

Bereits jetzt haben wir einen eigenen Zuständigkeitsbereich eingerichtet, der mit der operativen Koordinierung der zuständigen Behörden und Kontrollmechanismen und der Ausarbeitung der Strategie betraut ist, von der wir uns in diesem unerklärten Krieg leiten lassen. Wir wissen dass wir die Messlatte hoch ansetzen. Doch wir haben keine andere Wahl.

In diesem Zusammenhang werden wir:

- **erstens**, eine Einheit zur Bekämpfung der Cyberkriminalität einsetzen und dafür Sorge tragen, dass der Kontrolle

der Listen von Personen mit enorm hohen Bankeinlagen Priorität eingeräumt wird. Dies betrifft:

- eine Liste der Behörde zur Bekämpfung der Legalisierung aus kriminellen Aktivitäten stammender Einnahmen
- eine Lagarde-Liste
- eine Liechtenstein-Liste;
- **zweitens**, eine Behörde ins Leben rufen, die den Zoll kontrolliert. Zugleich erhalten alle zuständigen Behörden und Einheiten den Auftrag, den illegalen Handel mit Tabakwaren und Treibstoff zu bekämpfen, durch welchen der öffentlichen Hand, gut recherchierten Schätzungen zufolge, jährlich mehr als 1,5 Milliarden Euro entgehen;
- **drittens**, modernste Methoden anwenden, um unversteuerte Summen aufzuspüren, die aus Dreieck-Transaktionen innerhalb von Unternehmensgruppen stammen;
- **viertens**, eine Einheit zur Inspektion der Kontrollbehörden der Öffentlichen Verwaltung beauftragen, die Rechtmäßigkeit der Vergabe von öffentlichen Ausschreibungen und Versorgungsverträgen der öffentlichen Hand zu prüfen. So wird überteuerten Preisen und Schmiergeldzahlungen ein Ende gesetzt werden;
- **fünftens**, der Gewährung fauler Kredite, die zur Finanzierung zwielichtiger Anliegen und zur Aufrechterhaltung eines oligarchischen Regimes verwendet werden, ein Ende bereiten.

Die neue griechische Regierung bürgt dafür, dass Gerechtigkeit walten wird.

Wir fangen nicht bei null an.

Wir erteilen keine Absolution für in der Vergangenheit begangene Sünden. Niemand wird von uns einen Ablassbrief erhalten:

Wir werden umgehend die ohnehin verfassungswidrigen Vorschriften abschaffen, die den Vorständen des Finanzstabilitätsfonds (TChS), des Fonds zur Verwaltung des Privatvermögens des Staates (TAIPED) und dem Vorstand der Bank von Griechenland rechtliche Immunität gewähren.

Alle Bürger dieses Landes sind vor dem Gesetz gleich. Dieser Grundsatz gilt auch für die Führungskräfte des Staates und die Elite der Beamtenschaft.

Darüber hinaus werden Kontrollverfahren für öffentliche Ausschreibungen eingeleitet, bei denen Indizien für Vergehen jeglicher Art vorliegen. Das Ziel ist die Begleichung ausstehender Zahlungen gegenüber der öffentlichen Hand. Deren Gelder sind nicht dafür da, die Interessen von Oligarchen zu bedienen, sondern um Wachstum zu fördern, die Arbeitslosigkeit zu senken und einen höheren Lebensstandard der Bevölkerung Griechenlands zu erreichen.

Wir werden das Verflechtungsdreieck von Banken, politischem System und medialem Establishment aufbrechen.

Wir sind Garanten des umfassenden Zugangsrechts des griechischen Volkes zu objektiver und politisch unabhängiger Information. Zu diesem Zweck schreiben wir die Vergabe von Sendefrequenzen für Funk und Fernsehen gemäß der geltenden Gesetzeslage in einem offenen und transparenten Verfahren neu aus.

Es kann keinen wirtschaftlichen Wiederaufbau und keine institutionellen Reformen ohne eine große und mutige Reform des Steuersystems geben.

Die geringen Steuereinnahmen der 1990er und 2000er Jahre waren die Hauptursache dafür, dass Griechenland nicht in der Lage war, seine Auslandsschulden zu bedienen.



Selbst als die griechische Wirtschaft boomte und Wachstumsraten um 4 Prozent verzeichnete, lag die Schuldenlast konstant bei 100 Prozent des BIP, stieg in absoluten Zahlen also an.

Die Verantwortung dafür tragen nicht die Lohnabhängigen und Rentner/-innen, sondern allein die Wirtschaftselite und die höchste Einkommensebene der selbstständig Beschäftigten, die zu keinem Zeitpunkt die Steuerlast stemmen mussten, die sie aufgrund ihres Einkommens hätten stemmen können.

In den Zeiten der Krise und der Memoranden wurde das Steuer-Unrecht auf beispiellose Weise verschärft, wurden die bisher schon Betroffenen durch die Erhöhung direkter wie indirekter Steuern noch stärker belastet. Steuergerechtigkeit ist ein Begriff, den man in Griechenland nicht kennt. Das verfassungsrechtlich verankerte Gebot einer angemessenen Besteuerung war bisher nichts als ein leeres Wort. Die neue Regierung bekennt sich an dieser Stelle verbindlich dazu, diesem finanziellen und sozialen Wahnsinn, dieser Irrationalität und Ungerechtigkeit ein Ende zu setzen. Jeder Bürger und jedes Unternehmen wird gemäß seiner Zahlungsfähigkeit, wie in der Verfassung gefordert, seinen steuerlichen Beitrag zur gemeinsam zu bewältigenden Last leisten. Wir legen uns verbindlich fest, ein stabiles, einfaches und gerechtes Steuersystem auszuarbeiten und einzuführen, welches die Lasten ausgeglichen verteilt und zugleich die Sicherheit schafft, die für langfristige strategische Investitionen benötigt wird.

Konkret bedeutet das:

- Festlegung einer einheitlichen, progressiv ansteigenden Staffelung der Steuern ohne Ausnahmeregelungen und Schlupflöcher, wodurch die Steuerlast vor allem auf hohe und sehr hohe Einkommen umverteilt wird;
- Einführung eines Steuerfreibetrages für Jahreseinkommen bis 12 000 Euro;
- Katalogisierung von Vermögenswerten in Griechenland und im Ausland. Das Vermögensverzeichnis wird klare Auskunft über die Zahlungsfähigkeit steuerpflichtiger Personen und Unternehmen geben;
- Abschaffung der ENFIA-Steuer [zur Krisenbewältigung eingeführte Sonderabgabe auf jeglichen, auch kleinsten Immobilienbesitz – d. Ü.] für das Jahr 2015 und ihre Ersetzung durch eine auf großen Immobilienbesitz erhobene Steuer.

Unter den gegebenen Umständen und aufgrund des Drucks, dem wir ausgesetzt sind, rufen wir die Bürger dazu auf, unsere gemeinsamen Bemühungen zu unterstützen, indem sie die letzten für das Jahr 2014 ausstehenden Beiträge der ENFIA-Steuer zahlen.

Wir verstärken die Steuerfahndungsbehörden durch konsequente Fortbildungsmaßnahmen und verbesserten Informationsaustausch.

Wir führen eine strikte Aufsicht der Leiter der Steuerverwaltung ein. Bei Amtsmissbrauch und Pflichtvernachlässigung sind harte Strafen fällig.

Wir machen mit der Fließbandproduktion von in Änderungsanträgen versteckten Steuergeschenken Schluss. Jede Änderung der Steuergesetzgebung wird von jetzt an von der zuständigen Behörde direkt kodifiziert.

Diese umfangreiche Reform des Steuersystems stellt die unabdingbare Voraussetzung für den Wachstumsschub dar, den die griechische Wirtschaft braucht. Sie bildet die Grund-

lage für die Steuererleichterung, die Lohnabhängige, Rentner/-innen und Mittelstand so bitter nötig haben.

Was wir jetzt brauchen, ist eine Vereinbarung, welche die Dynamik der griechischen Wirtschaft freisetzt und die Realisierung pluralistischer, kostengünstiger Projekte im Energie- und Tourismussektor, in Schifffahrt und landwirtschaftlicher Produktion, in Industrie, Verarbeitungs- und Kommunikationssektor möglich macht.

Wir brauchen Projekte, die eine Kombination darstellen aus:

- großen und kleinen Initiativen der Privatwirtschaft, die Anreize für ausländische Investitionen schaffen und im Rahmen der europäischen Gesetzgebung transnationale wachstumsfördernde Vereinbarungen über Joint-Ventures unter Beteiligung des griechischen Staates ermöglichen;
- einem umfangreichem öffentlichen Investitionsprogramm, welches, wie es auch unsere französischen und italienischen Partnern fordern, von den Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspaktes ausgenommen ist;
- Formen der sozialen Ökonomie und genossenschaftlicher Produktion, die ein neues Modell von Wirtschaftstätigkeit begründen, welches auf Vernetzung und horizontaler Organisation beruht und über die Konkurrenzmuster der freien Marktwirtschaft hinausgeht.

Bezüglich privatwirtschaftlicher Initiativen und Investitionen möchte ich folgendes klarstellen:

Die neue griechische Regierung möchte und wird privatwirtschaftliche Investitionen unterstützen, die eine Schlüsselrolle im Prozess des wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes spielen können.

Die neue griechische Regierung wird jedoch den verbrecherischen Ausverkauf öffentlichen Eigentums, um daraus die Rückzahlung einer unmöglich zu tilgenden Schuldenlast zu finanzieren oder bestehende Liquiditätengpässe zu bewältigen, nicht fortsetzen.

## Rede auf dem Wahlparteitag von SYRIZA

*Von Alexis Tsipras, Athen, 3. Januar 2015*

### **Liebe Genossinnen und Genossen,**

Es gibt kritische Momente in der Geschichte der Menschen und der Völker. Wir alle wissen, dass wir solch einen Moment erleben. Einen Moment, der die Zukunft des Landes über viele Jahre bestimmen wird. Einen historischen Moment. Über solche Momente sagt unser Dichter Manolis Anagnostakis: „Wie Nägel müssen die Worte einschlagen, damit sie nicht vom Winde verweht werden.“

Mit Entschlossenheit, Konsequenz und Verantwortungsbewusstsein. Daher werden uns nicht vom Wind der Meinungsumfragen treiben lassen. Noch von den unfairen und unmoralischen Angriffen unserer Gegner. Noch von den Provokationen aller Art gegen uns. Noch von den Drohgebärden der falschen Freunde Griechenlands in den europäischen Laboratorien der Austerität.

Wir werden kollektiv debattieren und entscheiden, einzig und allein darauf gerichtet, dass wir nur eine Möglichkeit haben: zu gewinnen. Den großen Sieg unseres Volkes bei



den kommenden Wahlen zu sichern. Einen Sieg, der so sicher ist, wie wir hier anwesend sind.

Sofern wir alle zusammen, vereint und entschlossen, konsequent und umfassend, mit Herz und Verstand unseren Kampf führen: von Haus zu Haus. Von Stadt zu Stadt. Und von Dorf zu Dorf.

Darüber debattieren wir heute. Und diese Entscheidungen werden wir heute treffen. Um unseren Wahlsieg so breit wie möglich, so unbestreitbar und so klar wie möglich zu gestalten. Und um uns gleichzeitig erneut auf unser nicht verhandelbares Programm zu verpflichten.

Indem wir der gesellschaftlichen Tragödie sowie dem Alptraum der Austerität und des Autoritarismus ein Ende setzen. Indem wir der Barbarei ein Ende setzen. Aber auch indem wir das Messer tief an den Wurzeln der Korruption, der institutionellen Verflechtung und der provokanten Ungerechtigkeit ansetzen.

Aus diesem Grund ist es nicht übertrieben zu behaupten, dass auf dem heutigen Parteitag nicht nur SYRIZA-Mitglieder anwesend sind. Auf unserem heutigen Parteitag ist ganz Griechenland anwesend. Natürlich nicht das Griechenland der Memoranden und jener, die deren Diktate nachplappern. Sondern jenes Griechenland, das für eine bessere Zukunft kämpft. Das Griechenland der Armut und der Würde, das sich nicht fatalistisch seinem Schicksal beugt, sondern sich bemüht, es zu verändern. Das Griechenland, das Gerechtigkeit fordert. Das Griechenland, das beharrlich Widerstand leistet. Das Griechenland der Hoffnung. Das Griechenland der Demokratie, das Parteigrenzen und konstruierte Ängste überwindet, um seine Rechte einzufordern. Dieses Griechenland weist uns alle in die richtige Richtung. Und es fordert, dass wir verantwortungsvoll, entschlossen, tapfer, effektiv und vereint dem großen Anliegen seiner Befreiung von der Autokratie der Memoranden dienen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir sagen und hören oft, dass niemand ein Volk aufhalten kann, das entschlossen ist, seine Rechte einzufordern. Und das stimmt. Aber ich glaube, wir sollten noch etwas hinzufügen: Ebenso müssen jene, die sich verpflichtet haben, ein solches Volk zu führen, nicht nur über den Mut, sondern auch über den erforderlichen Verstand verfügen, um gegen einen skrupellosen Gegner anzutreten.

Und wir wissen, wie skrupellos unser Gegner ist. Nicht nur die angeschlagene Regierung Samaras. Sondern ebenso das gealterte, schuldbeladene und unverbesserliche Machtssystem, das Griechenland in ein Land der Willkür verwandelt hat. Das Information in Angstpropaganda verwandelt hat. Das die Demokratie in eine Maschinerie zur Verabschiedung von Notverordnungen verwandelt hat. Und das die nationale Souveränität auf eine leere Hülle reduziert hat.

Der Wahlkampf hat vor ein paar Tagen genauso begonnen, wie er 2012 geendet hatte. Herr Samaras versteckt sich vor dem Licht der Öffentlichkeit und beschwört Geister. Er lässt die Angst von den Toten auferstehen. Er lässt den Grexit von den Toten auferstehen. Er lässt den Bankrott von den Toten auferstehen.

Der Premierminister selbst führt ohne den geringsten Respekt vor seinem Amt diesen Tanz der Zombies an. Mit allen möglichen Lügen als Hintergrundmusik. Und schaut euch an, wie weit er dabei geht. Er benutzt das Wort „Wahrheit“ in einer Lügenkampagne.<sup>1</sup>

Wann hat denn Herr Samaras die Wahrheit gesagt und

wann hat er gelogen? Sagte er die Wahrheit, als er das Memorandum verurteilte? Oder als er es bewarb und umsetzte? Sagte er die Wahrheit, als er sich im letzten Wahlkampf verpflichtete, über 18 Punkte zu verhandeln? Oder als er als Premierminister genau das Gegenteil tat? Sagte er die Wahrheit, als er propagierte, dass Griechenland den Weg der Stabilität und des Wachstums eingeschlagen habe? Oder jetzt, wenn er klagt, dass sich Griechenland am Rand des Abgrunds befindet?

Die Antwort auf diese Fragen ist, dass Herr Samaras immer die Wahrheit sagt. Weil seine einzige Wahrheit der Erhalt der Macht ist. Und zwar einer Macht im Dienste jener Interessen, die Griechenland als Pachtgrundstück und Kolonie wollen. Einer Macht, die alles Alte, Abgenutzte und Ausbeuterische reproduziert. Einer Macht, welche die Gesellschaft zerstört und die altbekannten Reichen noch reicher macht.

Vorgestern hat er sogar das geheime Programm von SYRIZA entdeckt! Um den Zombie des Staatsbankrotts wiederzubeleben. Er sollte unser Programm zumindest lesen. Um zu sehen, was die Road Map der Demokratie und der sozialen Gerechtigkeit beinhaltet, die wir vorschlagen. Und welchen Weg Griechenland nach den Wahlen einschlagen wird.

Aber lassen wir Herrn Samaras sich mit seinen Zombies beschäftigen, während wir nicht einfach nur eine neue Seite aufschlagen. Sondern ein ganz neues Buch. Diese Leute stehen auf der Seite der Zombies und wir auf der Seite des Lebens, der Hoffnung und der Zukunft dieses Landes. Sie stehen auf der Seite einer schmerzhaften Vergangenheit, wir auf der Seite einer hoffnungsvollen Zukunft.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir wissen, dass die kommenden Tage erschöpfend aber auch hoffnungsfroh sein werden. Eine Feier der Freiheit und der Demokratie, die am 25. Januar ihren Höhepunkt erreichen wird. Denn, was auch immer sie tun, wir sind in der Lage, damit fertigzuwerden. 2015 ist nicht 2012. Die Zukunft hat bereits begonnen. Arbeitnehmer, Arbeitslose und Rentner, die jungen Menschen, die Selbstständigen ebenso wie die kleinen und mittelständischen Unternehmer und die Landwirte haben die Entscheidung getroffen, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen.

Und wir sagen es ihnen erneut von diesem Saal aus: SYRIZA seid ihr alle. SYRIZA streckt allen, die wollen, dass das Land den heutigen Albtraum loswird, die Hand entgegen. Unabhängig von der Partei, die sie bis gestern wählten. Unabhängig von den offenen Fragen und Zweifeln, die sie eventuell haben. Die sie berechtigterweise haben.

Wir wollen aber niemanden, der einfach hinter uns steht. Wir wollen nicht, dass das Volk uns folgt, wir wollen es aktiv an unserer Seite. Ebenso wie wir all jene an unserer Seite wollen, die mit dem sozialen Rettungsprogramm einverstanden sind. Lasst uns den Kampf gemeinsam führen. Lasst uns die Verantwortung teilen. Lasst uns den Sieg zum Triumph gestalten.

Liebe Genossinnen und Genossen, in diesem Saal sind nicht nur die Erwartungen Griechenlands omnipräsent. Omnipräsent ist auch die Hoffnung des demokratischen Europas auf Wandel. Weil am 25. Januar das demokratische Europa an Griechenland anknüpfen wird. An uns anknüpfen wird die gesellschaftliche Mehrheit, die gegen Austerität ist. Die sich bewusst ist, dass Europa nicht von der Linken ge-



fährdet wird, sondern von der Politik von Frau Merkel. Vom Neoliberalismus und seinen Folgen: von der wirtschaftlichen Spaltung zwischen Nord und Süd, der Arbeitslosigkeit und dem sozialen Abstieg breiter Gesellschaftsschichten und der Mittelklasse. Vom Aufschwung des Rechtspopulismus und des Faschismus.

Am 25. Januar findet die notwendige Wende in Europa hier in Griechenland ihren Anfang. Und unser Wahlsieg wird Ende des Jahres auch zum Sieg des spanischen Volkes. Mit Podemos und Izquierda Unida an der Regierung. Und ein Jahr später zu einem Sieg des irischen Volkes. Mit der Sinn Féin von Gerry Adams. Und schrittweise wird daraus eine Angelegenheit von immer mehr Menschen werden. Das griechische Volk wird mit seiner Stimmabgabe für SYRIZA ein positives Beispiel fortschrittlicher Entwicklungen in Europa geben.

Wir sind nicht mehr die Einzigen, die das behaupten. Die europäische Presse berichtet ebenfalls davon. Selbst die Financial Times interpretiert die politischen Entwicklungen in Griechenland als Botschaft für einen notwendigen Politikwechsel und die Beendigung der Austerität in Europa. Der Spiegel erkennt an, dass SYRIZA eine politische Kraft mit der realistischen und gerechten Forderung des Erlasses der griechischen Staatsschulden ist. Und dies sind lediglich zwei beispielhaft genannte Artikel, die den Stimmungswechsel aufzeigen.

Aber es sind nicht nur die Medien. Es ist auch eine Reihe von Erklärungen europäischer Amtsträger, welche der Panikmache für den Tag danach den Wind aus den Segeln nehmen. Nur Herr Samaras, die inländischen miteinander verflochtenen Interessenskreise und ihre medialen und politischen Sprachrohre beteuern und propagieren, SYRIZA sei eine Bedrohung für Europa. Die Neutralitätsbekundungen einer Reihe von Vertretern der europäischen Führung zeigen: Allen wird bewusst, dass der Wandel in Griechenland am Kommen ist, um sich in Europa auszubreiten.

SYRIZA ist Europa im Wandel. Herr Samaras im Gegenteil ist die Nachhut von Herrn Schäuble in einem Europa der Austerität, das sich auf dem Rückzug befindet. Aber am 25. Januar wählt nicht Herr Schäuble. Es wählen die Griechen. Sehr zum Unglück von Herrn Samaras.

Liebe Genossinnen und Genossen, am 25. Januar stehen sich nicht nur zwei Alternativen für die Gegenwart und die Zukunft Griechenlands in Europa gegenüber. Es messen sich zwei Welten. Auf der einen Seite steht die alte politische Welt, die abdankt. Die Protagonisten des Verfalls und der Krise, die Nea Dimokratia und die PASOK, danken ab, nachdem sie das Land versenkt haben, nachdem sie Korruption, institutionelle Verflechtung und Kleptokratie geschürt haben.

- Sie gehen, nachdem sie den Gläubigern und der Troika die Schlüssel des Landes überreicht haben. Weil sie niemals verhandelt haben!
- Sie gehen und lassen etwa die halbe Bevölkerung des Landes, d. h. 6,3 Millionen unserer Mitmenschen, in Armut hinter sich.
- Sie gehen, nachdem sie fast ein Drittel der Arbeitnehmerschaft der Arbeitslosigkeit und 71 Prozent der Arbeitslosen der Langzeitarbeitslosigkeit überlassen haben.
- Sie gehen, nachdem sie mit der berühmten E-Mail von Herrn Samaras der Troika neue Lohn- und Rentenkürzungen, Erhöhungen der Mehrwertsteuersätze für Medikamente, Lebensmittel, Strom und Wasser, sowie die

Abschaffung der Solidaritätsbeihilfe für Rentner (EKAS) ab 2015 für ca. 320 000 Niedrigrentner zugesichert haben.

Aber nach der enthüllenden Erklärung der Vertreterin der Nea Dimokratia, dass Herr Samaras diese vereinbarten Maßnahmen im Falle seiner Wiederwahl sofort vor das Parlament bringen wird, müssen wir die Dinge beim Namen nennen.

Es handelt sich nicht um eine E-Mail von Finanzminister Chardouvelis. Es handelt sich um eine E-Mail von Herrn Samaras. Und die E-Mail von Herrn Samaras ist das gemeinsame Regierungsprogramm der Nea Dimokratia und der Troika. Sie ist das neue Memorandum. Sie bedeutet eine noch härtere Austerität auf dem Boden der akkumulierten Einkommenskürzungen und der Überbesteuerung sechs ganzer Jahre.

Das ist die Wahrheit, welche die Nea Dimokratia glaubt, vor dem griechischen Volk verheimlichen zu können. Aber im Gegensatz zu 2012 gibt es heute keine geheime Agenda. Sie können nicht verheimlichen, dass sie bereits neue harte Sparmaßnahmen vereinbart haben. Und, noch schlimmer, dass sie den Beginn eines Pogroms in Form der Zwangsversteigerung von Hauptwohnungen sofort nach den Wahlen vereinbart und akzeptiert haben, falls sie wiedergewählt werden. Große Pakete von Wohnungsbau- und -kaufkrediten werden bereits von den Systembanken an sogenannte Distress Funds weiterverkauft. An die Geier der Märkte, die sich bereit machen, sich auf die Hauptwohnungen von Tagelöhnern, von Familien, von denjenigen, die um ihre Existenz kämpfen, die ihr Heim mit Hypotheken belastet haben, zu stürzen. Und dies, weil die Regierungsmehrheit bereits zwei Mal im Parlament Gesetzesänderungen von SYRIZA abgelehnt hat, welche die Übertragung der Darlehen der einfachen Leute an diese Geier verbieten würden.

Daher ist es keine Übertreibung zu behaupten: Früher drohte die Propaganda damit, dass die Kommunisten kommen, um uns unsere Häuser wegzunehmen. Heute werden die Häuser der Bevölkerung weder von den Kommunisten noch von den Linken bedroht. Die Häuser der Bevölkerung werden von den Banken, den neuen Memoranden und von Herrn Samaras bedroht, der dies bereits akzeptiert und unterzeichnet hat.

Aber nun weiß es unser Volk und wird sich nicht hinters Licht führen lassen. Am 25. Januar wird es der nationalen Erniedrigung und der humanitären Krise ein definitives Ende bereiten. Es wird dem Irrsinn der Memoranden ein Ende bereiten. Durch die Stimmabgabe für SYRIZA. Durch eine Regierung des Volkes mit absoluter Mehrheit. Durch eine SYRIZA-Regierung mit absoluter Mehrheit. Indem der Weg für den Wiederaufbau von Entwicklung und Produktion, für die kulturelle Wiedergeburt unseres Vaterlandes gebnet wird.

Mit dem „Programm von Thessaloniki“ gewährleisten wir finanzielle Sicherheit und würdige Lebensverhältnisse für jede Griechin und jeden Griechen. Durch eine intensive Verhandlung der Schuldenfrage gewährleisten wir eine tatsächlich gleichwertige Teilnahme unseres Landes an der Eurozone, ohne die Austerität, die nicht durch die europäischen Verträge auferlegt wird und die dem Land so viel Leid zugefügt hat.

Deswegen ist das Dilemma am 25. Januar eindeutig: Memorandum oder SYRIZA. Unterwerfung oder Verhandlung. Austerität oder Wachstum. Und die Antwort unseres Volkes



wird SYRIZA lauten, eine Regierung der sozialen Rettung für Würde, Gerechtigkeit und Demokratie.

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde, unsere Gegner bezichtigen uns, wir würden nach einem Bruch mit unseren Partnern in der Eurozone trachten, gar einen solchen planen.

Wonach wir streben, was wir jedoch planen, ist ein Bruch mit der Barbarei. Ein Bruch mit dem Irrsinn und den Fehlern. Diese Politik kann nicht weitergeführt werden. Und das sagen nicht nur wir Linke. Alle wissen es. Selbst unsere Partner. Weder die Staatsschulden sind nachhaltig, noch die heutige Politik ist nachhaltig.

Deswegen werden wir diese Politik ändern. Wir werden dem wirtschaftlichen und sozialen Irrsinn der Memoranden und der Austerität ein Ende setzen. Dies ist Sache des griechischen Volkes und niemandes sonst. Wir werden den Kampf für die Befreiung Griechenlands von der Zwangsjacke der Schuldenlast führen. Indem wir in ehrlichen, aber entschlossenen Verhandlungen mit den Interessen unseres Volkes als unüberschreitbarer roter Linie den Erlass des größten Teils der Schulden fordern.

Denn die Schulden sind nicht einfach untragbar. Es ist objektiv unmöglich, sie abzubezahlen. Es kann nicht sein, dass Griechenland neue Schulden aufnimmt, bloß um alte Schulden zurückzuzahlen. Es ist objektiv notwendig, diesen katastrophalen Teufelskreis zu durchbrechen. Damit Griechenland endlich den Weg des Wachstums einschlägt.

Der Einzige, der dies nicht anerkennt, ist Herr Samaras. Er ist der Einzige in ganz Europa, der darauf besteht, dass die Schulden nachhaltig seien. Und auf diese Art und Weise *objektiv* den Standpunkt des Landes unterminiert. Um nicht einzugestehen, dass sein Programm gescheitert ist. Dass die Austerität ein Ende finden muss, dass es gesellschaftlich und wirtschaftlich notwendig ist, sie zu beenden.

Wir bestehen darauf, dass die Austerität ein katastrophaler Irrsinn ist. Und dass zur Abzahlung der Schulden eine mutige Umstrukturierung erforderlich ist. In Bezug darauf kann kein ernstzunehmender Analyst in ganz Europa eine andere Meinung vertreten. Niemand kann es leugnen!

Auf der Grundlage dieser einfachen und realistischen Thesen erklären wir Folgendes:

**Erstens:** Wir lehnen die Logik der wirklichkeitsfremden Primärüberschüsse ab, welche nichts als ein anderer Name für Austerität sind. Welche nichts als Austerität selbst sind. Und wir bleiben standhaft in unserem Streben nach ausgeglichenen Primärhaushalten sowie der Notwendigkeit, das Programm öffentlicher Investitionen aus der Berechnung des Defizits auszunehmen.

**Zweitens:** Wir streben nach einem Übereinkommen über Entwicklungsinstrumente, die zu einem Gesamtwachstum beitragen werden, das allen Bürgern nützt.

**Drittens:** Wir werden das Bankensystem im Rahmen der EZB schützen und für die Einlagen der griechischen Bürger bürgen.

**Viertens:** Wir werden im Rahmen der Europäischen Union und der europäischen Institutionen über eine neue, realistische Vereinbarung zur Bedienung der Schulden und dem Wachstum der Realwirtschaft mit folgenden Zielen verhandeln, von denen alle Seiten profitieren werden:

→ den Erlass des größten Teils des nominellen Schuldenbetrags, damit die Schulden nachhaltig werden, und zwar nach einer Methode, welche den Völkern Europas keinen

Schaden zufügt, sondern anhand kollektiver europäischer Mechanismen. Dies ist 1953 für Deutschland geschehen. 2015 soll es auch für Griechenland erfolgen;

- eine „Wachstumsklausel“ für die Tilgung der Schulden, damit diese durch Wachstum und nicht durch den Haushaltsüberschuss erfolgt;
- eine tilgungsfreie Zeit, d. h. ein Moratorium für die Bedienung der Schulden zur unmittelbaren Einsparung von Ressourcen für Wachstum und zur Wiederbelebung der Wirtschaft;
- die Ausnahme des Programms öffentlicher Investitionen von den Beschränkungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts für einen gewissen Zeitraum;
- ein Abkommen über einen „europäischen New Deal“ mit öffentlichen Investitionen für Wachstum;
- eine quantitative Lockerung der Bedingungen durch den Direktkauf von Staatsanleihen durch die Europäische Zentralbank. Wir hoffen, dass dies bei der Sitzung des EZB-Rates am 22. Januar beschlossen wird.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir hören in letzter Zeit die Behauptung, eine SYRIZA-Regierung sei angeblich durch die Unterschrift von Herrn Samaras im Namen der „Kontinuität des Staates“ gebunden. Daher, behaupten diejenigen, die diese Behauptung in Umlauf bringen, seien uns die Hände gebunden.

Die Kontinuität des Staates und das Beharren auf einer objektiv ausweglosen und gesellschaftlich katastrophalen Politik sind jedoch zwei völlig verschiedene Sachen. Lasst uns also Folgendes klarstellen:

Am 25. Januar findet die durch Rechtswidrigkeit und Autoritarismus geprägte Unterwerfung ihr Ende. Alle sollten sich dessen bewusst sein. Und eine Verhandlung wird stattfinden! Und dabei wird ein Übereinkommen erreicht werden! Und das Memorandum samt Troika wird der Vergangenheit angehören!

Wenn selbst die deutsche Regierung ihre nationalen Interessen über die gemeinsam vereinbarte Obergrenze von 6 Prozent für den Handelsüberschuss stellt und dagegen verstößt, ist es undenkbar, dass eine SYRIZA-Regierung dazu aufgerufen wird, politische Maßnahmen zu akzeptieren, die sie seit 2010 ablehnt, nachdem sie genau mit dem Mandat gewählt wird, diese abzuschaffen.

Liebe Genossinnen und Genossen, das Regierungsprogramm von SYRIZA ist umfassend und umsetzungsbereit. Es ist das „Programm von Thessaloniki“, der Nationale Plan für den Wiederaufbau, der unabhängig vom Ausgang der Verhandlungen umgesetzt wird.

Es ist ein detailliert ausgearbeitetes Programm mit genau berechneten Kosten zur Bewältigung der tiefen Wunden des Memorandums und zur Wiederbelebung der Wirtschaft unter Bedingungen eines ausgeglichenen Haushalts.

Es ist ein Programm, das keine neuen Defizite sondern Bedingungen für den sozialen Wiederaufbau und einen nachhaltigen wirtschaftlichen Aufschwung schaffen wird.

Unser Programm umfasst die tatsächlichen fortschrittlichen Reformen, welche die Gesellschaft benötigt, nicht die neoliberalen Gegenreformen des Wirtschafts- und Sozialabbaus.

Das „Programm von Thessaloniki“ umfasst die folgenden vier grundlegenden Säulen zur Umkehrung des Sozial- und Wirtschaftsabbaus, zum wirtschaftlichen Aufschwung und zur Überwindung der Krise:





- A. Unser Programm zur Bewältigung der humanitären Krise
- B. Sofortmaßnahmen zur Wiederbelebung der Wirtschaft
- C. Den Nationalen Plan zur Schaffung von Arbeitsplätzen
- D. Reformen zur institutionellen und demokratischen Umgestaltung der öffentlichen Verwaltung.

A. Unser Programm zur sofortigen Bewältigung der humanitären Krise und zur Unterstützung der Niedrigrentner umfasst:

1. kostenfreie Stromversorgung und Lebensmittelgutscheine für mindestens dreihunderttausend Haushalte,
2. ein Programm zur Sicherung von Wohnraum,
3. eine 13. Monatsrente für Niedrigrentner mit einer Rente von unter 700 Euro,
4. kostenfreie medizinische und medikamentöse Versorgung,
5. eine Sonderkarte zur Beförderung in öffentlichen Verkehrsmitteln,
6. die Abschaffung der Sondersteuer auf Heizöl.

B. Die zweite Säule umfasst Maßnahmen zur Wiederbelebung der Wirtschaft. Ihr Ziel ist die Stützung kleiner und mittelständischer Unternehmen, ebenso wie die Steigerung der öffentlichen Einnahmen durch eine Regulierung von Zahlungsrückständen.

Die Regelungen der Regierung Samaras zur gleichen Angelegenheit sind jämmerlich gescheitert. Bezeichnend ist, dass von 1,7 Mio. Schuldner der Versicherungskassen bis heute gerade einmal 3000 Anträge gestellt wurden. Und das liegt daran, dass die Regulierung der Regierung so viele Bedingungen stellt, dass sie sich in der Praxis von selbst aufhebt.

Zur gleichen Zeit haben die Zahlungsrückstände an die Staatskasse 70 Mrd. Euro bei Weitem überstiegen. Allein im November 2014 sind die Zahlungsrückstände um 1,6 Mrd. Euro gestiegen, um mehr als je zuvor.

Der Vorschlag von SYRIZA über die Einrichtung regionaler Sonderausschüsse zum außergerichtlichen Vergleich ist daher nicht nur aktuell, sondern unausweichlich, damit die Schulden an die Staatskasse und die Versicherungskassen sofort eingestrichen werden.

Die Raten der Rückzahlung werden 30 Prozent des Jahreseinkommens des jeweiligen Schuldners nicht überschreiten.

Zuschläge und Geldstrafen werden 30 Prozent des ursprünglich geschuldeten Kapitals nicht überschreiten.

Denjenigen, die an der Regulierung teilnehmen, wird sofort eine steuerliche und versicherungstechnische Unbedenklichkeitsbescheinigung erteilt.

Die Pfändung und strafrechtliche Verfolgung gegen alle, die an der Regulierung teilnehmen, wird sofort eingestellt und für jene, die erwiesenermaßen über ein Nulleinkommen verfügen, ausgesetzt.

Das verfassungswidrige gerichtliche Schnellverfahren wegen Schulden an die Staatskasse wird abgeschafft.

Das Fallbeil der Einheitlichen Immobiliensteuer (ENFIA) wird abgeschafft und es wird eine sozial gerechte Grundsteuer eingeführt.

Die Steuerfreigrenze wird auf 12 000 Euro für alle festgesetzt.

Wir werden eine öffentliche Entwicklungsbank und Spezialbanken für kleine und mittelständische Unternehmer und Landwirte gründen.

Und schließlich werden wir das Programm der Neuen Seisachtheia<sup>2</sup> zur Regulierung notleidender Darlehen in Gang setzen.

Die Regulierung der notleidenden Darlehen ist eine Frage von zentraler Bedeutung für die Wiederbelebung der Wirtschaft. Denn es handelt sich um die Bewältigung von Privatschulden an Banken, die nicht nur die Schuldner in den wirtschaftlichen Ruin treiben, sondern gleichzeitig Liquiditätsprobleme in der Realwirtschaft schaffen.

Auf der Internationalen Ausstellung von Thessaloniki haben wir die Grundsätze unseres Vorschlags zur Bewältigung des Problems vorgestellt. Wir werden eine öffentliche zwischengeschaltete Stelle zur Verwaltung von Privatschulden einrichten, d. h. nicht in Form einer „Bad Bank“, sondern im Gegenteil als Verwalter von fälligen Schulden jeglicher Art an Banken und als Prüfer der Banken in Bezug auf die Einhaltung der vereinbarten Regulierung. Wir werden diese Stelle einrichten, um die gerechte und gleichberechtigte Behandlung aller Darlehensnehmer zu gewährleisten.

Im Gegensatz zur Regierung Samaras, welche die überschuldeten Unternehmen per Gesetz an die Banken ausgeliefert hat, die sie nun einseitig unter Zwangsverwaltung (d. h. unter ein spezielles Konkurs- und Abwicklungsverfahren) stellen können, werden wir eine schnell anzuwendende Lösung ohne langwierige bürokratische Verfahren umsetzen. Es handelt sich um eine Lösung, die Beschäftigung sicherstellen und auf die Weiterführung des Betriebs der Unternehmen abzielen wird, damit eine oligopolistische Konzentration auf dem Markt vermieden wird.

Ferner streben wir nach einer Lösung, die – abgesehen von Ausnahmen für besondere Entwicklungsziele – nicht aus staatlichen Mitteln finanziert wird. Wir werden die Übernahme notleidender Darlehen durch internationale Fonds verbieten, die es sich zum Ziel gesetzt haben, auf dem Rücken der griechischen Bürger und der griechischen Wirtschaft zu spekulieren.

In Bezug auf die Frage der Zwangsversteigerung von Wohnraum übernehmen wir folgende Verpflichtungen: Mit SYRIZA an der Regierung werden die Griechen und Griechinnen unbesorgt in ihren Wohnungen schlafen können. Wir werden Zwangsversteigerungen von Hauptwohnungen aussetzen. Wir werden nicht zulassen, dass die Banken die Hauptwohnungen der Mittelklasse und der Arbeitnehmer antasten. Punktum!

C. Die dritte Säule unseres Plans umfasst Maßnahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen.

Die Unterstützung der Arbeitnehmerschaft und die Stärkung ihrer Verhandlungsmacht ist eine der zentralen politischen Säulen des Programms von SYRIZA. Wir werden die Willkür der Arbeitgeber beenden. In Zusammenarbeit mit der Internationalen Arbeitsorganisation werden wir das Arbeitsrecht wiederherstellen, das die unter dem Memorandum verabschiedeten Gesetze abgeschafft haben. Wir sind konsequent in der Verpflichtung, die wir übernommen haben, für:

- Wiedererhöhung des Mindestlohns auf 751 Euro für alle,
- Wiederherstellung der Tarifverträge und Wiedereinführung ihrer dreijährigen Laufzeit, der Erweiterbarkeit ihrer Gültigkeit auf die gesamte jeweilige Branche, ihrer Nachwirkung und der Schlichtung,
- Abschaffung der Regelungen über Massenentlassungen,
- Umsetzung des Plans zur sofortigen Schaffung von

300 000 Arbeitsplätzen im Privatsektor, im öffentlichen Sektor sowie im Sektor der Sozialwirtschaft.

D. Die vierte Säule umfasst Interventionen zum institutionellen und demokratischen Wiederaufbau des Staates. SYRIZA ist nicht für den klientelistischen Staat verantwortlich, den die Parteien geschaffen haben, die das Land regiert und zerstört haben. Wir kennen die pathogenen Zustände der öffentlichen Verwaltung! Wir bestehen aber darauf, dass die Regierungen des Memorandums nichts getan haben, um diese zu verändern. Ganz im Gegenteil befindet sich heute die griechische öffentliche Verwaltung kurz vor dem Zusammenbruch.

Im Rahmen des Programms für ihre Neugestaltung legen wir einen integrierten Plan für ihre demokratische Reform und Rationalisierung vor. Wir werden die Struktur der Regierung (durch Zusammenlegung von Ministerien und Abschaffung von Regierungsorganen) zur besseren Koordination und Planung des Wiederaufbaus der Produktion verändern.

In der SYRIZA-Regierung sind nur zehn Ministerien vorgesehen. Wir werden nicht über einen dekorativen Ministerrat, sondern über ein starkes kollektives Organ der politischen Planung und Koordination verfügen.

- Wir werden die zahlreichen Regierungsorgane abschaffen, die als Gewächshaus für die Korruption und zur Veruschung politischer Verantwortung dienen.
- Wir werden den öffentlichen Sektor von den Scharen von Beratern und abgeordneten Beamten entlasten und die Büros der Minister, Generalsekretäre und Behördenleiter aus den Reihen der Beamten besetzen.
- Wir werden die unter dem Memorandum verabschiedete Gesetzgebung über das Beamtendisziplinarrecht abschaffen.
- Wir werden das Institut der Suspendierung im Rahmen der Mobilität zur Rationalisierung der Personalverteilung zwischen Behörden und Ministerien abschaffen.
- Wir werden die verfassungswidrig Entlassenen rehabilitieren.
- Wir werden das verfassungswidrige Gesetz über die Beurteilung von Beamten abschaffen. Die Beurteilung von Beamten und Behörden wird anhand objektiver Indikatoren erfolgen.

Wir wissen, dass das Hauptproblem der Bürger in der Bürokratie, den Verzögerungen bei der Bearbeitung ihrer Anliegen und der Vielzahl an Rechtsvorschriften liegt. All dies ist in Wirklichkeit eine Methode der Machtausübung und des Erhalts der Korruption. Anders ausgedrückt, sind es die Verfahren der öffentlichen Verwaltung.

Aus diesem Grund:

- Werden wir zur Bekämpfung der Kleinkorruption den physischen Kontakt zwischen Verwaltung und Verwalteten beschränken.
- Wir werden die Bürgerservicezentren (KEP) aufwerten, indem wir sie in Mehrzweckzentren im Dienste der Bürger und der Unternehmen umgestalten und in allen öffentlichen Diensten Bürgerserviceabteilungen einrichten.
- Wir werden für jeden Bürger eine elektronische Karte mit allen erforderlichen Informationen für seine Rechtsgeschäfte mit der öffentlichen Verwaltung einführen.
- Wir werden das Übermaß an erforderlichen Belegen für die Ausstellung von Baugenehmigungen und Betriebsgenehmigungen für Geschäfte abschaffen.

- Anstelle der präventiven Kontrolle werden wir eine repressive Kontrolle einführen.
- Wir werden einen dem Parlament unterstehenden Sonderdienst zur Kodifizierung der Gesetzgebung einrichten. Wir werden das Verflechtungsdreieck zwischen politischen Parteien, Wirtschaftsoligarchie und Banken aufbrechen.

In Bezug auf die politischen Parteien verpflichtet sich SYRIZA:

- den Rahmen für Bankenkredite an Parteien umzugestalten, indem wir eine Kreditobergrenze einführen, langfristige Kredite verbieten und eine Kreditvergabe über einen kleinen Teil der staatlichen Finanzierung allgemein verbieten;
- umfassende Kontrolle und Transparenz bei den Finanzen der Parteien zu fördern.

In Bezug auf die Medien werden wir umgehend jene Gesetzesvorschriften aktivieren, die: (a) es der griechischen Zentralbank oder den zuständigen Staatsanwaltschaften erlauben, Kontrollen über die Herkunft der Finanzierung von Informationsunternehmen durchzuführen, und (b) für alle Aktiengesellschaften gelten und vorsehen, dass ein Verluste erwirtschaftendes Unternehmen nicht unbegrenzt betrieben werden kann, ohne rekapitalisiert zu werden.

Wir werden die Betriebsgenehmigungen für Medien von Grund auf neu ausschreiben.

Im Bereich der öffentlichen Verträge wird die SYRIZA-Regierung den einschlägigen institutionellen Rahmen unter Beachtung der europäischen Gesetzgebung überarbeiten.

- Wir werden die Institute der gesellschaftlichen Kontrolle, der Transparenz und der Öffentlichkeit in allen Phasen stärken.
- Wir werden die Bedingungen für die Planung und Ausführung öffentlicher Verträge strenger gestalten.
- Wir werden einen objektiven und transparenten institutionellen Rahmen für öffentliche Ausschreibungen erarbeiten.
- Wir werden Pro-Forma-Ausschreibungen ein Ende setzen!

Und schließlich wird SYRIZA für Gerechtigkeit sorgen: Wir werden die Unterlagen- und Datenerfassung über laufende oder in den letzten fünf Jahren abgehaltene problematische Ausschreibungen systematisch gestalten.

- Wir werden die umgehende Wiedergutmachung eventueller Vermögens- oder sonstiger Schäden der Staatskasse in Fällen „sündiger“ Verträge sicherstellen.
- Wir werden die verfassungswidrigen und einer Demokratie unwürdigen Vorschriften abschaffen, die den Vorständen des Finanzstabilitätsfonds (TChS) und des Fonds zur Verwaltung des Privatvermögens des Staates (TAIPED) Immunität gewähren.

Diese Immunität ist das Schuldeingeständnis des Establishments des Memorandums und seiner Würdenträger, die der griechischen Staatskasse bewusst Schaden zugefügt haben.

Wir vergessen das nicht. Wir werden es nicht vergessen! SYRIZA wird der Unglaubwürdigkeit, der Rechtswidrigkeit, den Verwaltungsmissständen, der Korruption und der Dekadenz ein Ende setzen! Und hierfür ist eine Umstrukturierung und Stärkung der Kontrollmechanismen erforderlich. Das ist unsere Botschaft, hört gut zu: Einhaltung der Legalität überall. Achtung des Rechtsstaats überall. Die Party ist zu Ende!

Wir werden alle Kontrollmechanismen in einem einheitlichen, dem Premierminister direkt unterstehenden Amt zu-



sammenführen. In dieser Richtung werden die ersten Maßnahmen von SYRIZA in Folgendem bestehen:

1. in der Stärkung und Unterstützung des Amtes für Wirtschaftskriminalitätsbekämpfung und des Amtes für Arbeitsinspektion, damit in der Privatwirtschaft und in der öffentlichen Verwaltung das Recht eingehalten wird, aber auch damit der Arbeitsmarkt von Praktiken der zügellosen Ausbeutung und der nicht versicherten Arbeit bereinigt wird;
2. in der Unterstützung des erfolgreichen Beginns der Bekämpfung von Geldwäsche;
3. in der Reaktivierung des Ausschusses für Vermögenserklärungen.

Mit einer SYRIZA-Regierung werden alle Rechenschaft darüber geben müssen, woher ihr Geld stammt.

Liebe Genossinnen und Genossen, SYRIZA kommt nicht, um ein korruptes und bankrotttes Machtsystem zu erben. Wir kommen, um es umzustürzen. Wir kommen nicht, um Machtstrukturen und -vorrechte einzunehmen, sondern um diese Strukturen zu verändern und die Vorrechte abzuschaffen. Wir kommen, um Gerechtigkeit, Gleichberechtigung und Meritokratie zu gewährleisten.

Wir sind uns jedoch voll und ganz über alle Schwierigkeiten im Klaren, die wir bewältigen müssen. Wir wissen, dass wir nicht nur verbrannte Erde erben werden. Wir werden eine aufgelöste Produktionsbasis und ein politisch, gesellschaftlich und wirtschaftlich gespaltenes und diskreditiertes Land erben. Es obliegt unserer Verantwortung, dass wir es alle gemeinsam wiedervereinigen. Und dass wir es auf den sicheren und fruchtbaren Boden des Wiederaufbaus, des Wachstums und der Würde führen.

Am 25. Januar fordern wir nicht einfach die Stimme des griechischen Volkes. Wir fordern ein Mandat der Verantwortung. Wir fordern ein Mandat für den Wandel. Wir fordern ein Mandat zur Verhandlung der Staatsschulden. Wir fordern ein kämpferisches Mandat. Wir fordern die Kraft, damit wir Griechenland wieder zu einem Land machen, das auf eigenen Beinen steht. Wir fordern die absolute Mehrheit im Parlament, um unserem Volk Eigenständigkeit zu geben.

Um es in Europa zu schaffen. Um Würde, Gerechtigkeit und Demokratie nach Griechenland zurückzubringen. Mit Verstand und mit Träumen. Mit Realismus und mit Mut.

Wir werden siegen und wir werden es schaffen. Wir sind es der Geschichte schuldig. Dies ist unsere Verantwortung gegenüber der Zukunft.

Macht ´s gut, bis zum Sieg!

#### Anmerkungen

- 1 Slogan der Nea Dimokratia im Wahlkampf 2015: „Wir sagen die Wahrheit. Wie garantieren die Zukunft“ (Anm. d. Ü.).
- 2 Seisachtheia (wörtlich Lastenabschüttelung): Begriff aus dem antiken griechischen Recht, vor allem verwendet in Zusammenhang mit einem von Solon im Jahr 594 v. Chr. in Athen beabsichtigten Schuldenerlass als Schutz vor dem Abgleiten großer verschuldeter Bevölkerungsteile in die völlige Verarmung bzw. Sklaverei (Anm. d. Üb).

## Zur neuen Lage und unseren neuen Pflichten

*Von Yiannis Bournous, Mitglied des Politischen Sekretariats von SYRIZA und des Vorstandes der Partei der Europäischen Linken, 5. März 2015*

Lerne schwimmen, Kumpel  
Die Flut wird steigen  
Und hier ist Freiheit  
(Sergio Godinho, *Mare Alta*)

Die Vereinbarung der griechischen Regierung mit der Eurogruppe bringt die Verhandlungen nicht zum Abschluss. Sie stellt nicht einmal einen Aufschub des Konfliktes dar. Im Gegenteil, sie hat eine neue, lange Periode voller schwerer Konflikte innerhalb und außerhalb unseres Landes eingeleitet. Konflikte, die es bisher nie gegeben hat, denn die frühesten Regierungen des Sparkurses haben nicht nur mit der Troika und der EU-Führung in allem übereingestimmt, sondern sind bei den Kürzungsmaßnahmen, die sie ausgearbeitet und durchgesetzt haben, in vielen Fällen sogar noch darüber hinausgegangen.

Das Hauptziel der neoliberalen Elite Europas und ihrer politischen Repräsentanten war und ist es, SYRIZA in einen solchen Rahmen zu pressen, dass es keine reale Alternative zur Hegemonie des Neoliberalismus mehr gibt. Sie wollten und wollen die griechische Regierung und SYRIZA eindeutig in eine defensive Stellung treiben, damit wir gezwungen sind, nur noch den Schaden zu begrenzen und keine eigenen alternativen Schritte zu gehen.

Der Verhandlungsrahmen wurde von unseren Gegnern so gesetzt, dass die griechische Regierung entweder scheitern oder sich lächerlich machen sollte. Diese hat mit ihrer Haltung die Pläne jedoch durchkreuzt und das von griechischen und ausländischen Kreisen verbreitete erpresserische Argument widerlegt, das da lautete, wenn die griechische Seite ihre Zustimmung verweigere, werde unser Land entweder in den Bankrott gehen oder aus der Eurozone gedrängt werden.

Es ist äußerst wichtig, dass es uns gelungen ist, diese Gefahren zu bannen und entscheidende Zeit zu gewinnen. Bedeutsam ist auch, dass wir die schmerzlichen Einschnitte, auf die sich die Vorgängerregierung im Wahlkampf festgelegt hatte, absetzen konnten.

Die griechische Regierung hat eine Vereinbarung unterzeichnet, die im Grunde die Tatsache widerspiegelt, dass von jetzt an jeder Schritt ein Teil des Konfliktes sein wird. Diese Vereinbarung ist alles andere als ideal. Sie enthält Hindernisse und Restriktionen, die uns dazu zwingen, einen Teil unseres populären Regierungsprogramms aufzuschieben oder neu zu formulieren.

Dennoch: Die Rückkehr der Politik in den europäischen Prozess und die ersten politischen Spalte, die wir nach dem Wahlsieg von SYRIZA und durch die generelle Position der griechischen Regierung der sozialen Rettung auf europäischer Ebene öffnen konnten, sind ermutigende Signale für die nächste Zeit. Diese Haltung der griechischen Regierung hat den Diskussionsrahmen in ganz Europa verändert und eine große, beispiellose Solidaritätsbewegung ausgelöst. Die Verstärkung der Solidarität der Völker Europas ist eine absolut zentrale Pflicht, wenn es darum geht, die sozialen



Kämpfe überall zu verstärken und das Kräfteverhältnis auf dem Kontinent zu verändern.

Die Transparenz, mit der die neue Regierung im Verhandlungsprozess agiert hat, ist ein weiterer qualitativer Unterschied zu den Vorgängerregierungen von Nea Demokratia und PASOK. Wir haben nichts zu befürchten, solange wir vor dem griechischen Volk die vorhandenen Möglichkeiten und Probleme offen und ehrlich darlegen. Für den Verlauf der nächsten Etappen der Konfrontation mit unseren Gegnern wird entscheidend sein, ob es der Regierung gelingt, den Spalt offenzuhalten, der sich gegen die totale Dominanz des Neoliberalismus aufgetan hat. Sollten wir in der nächsten Zeit kleinere oder größere Siege erringen, dann wird die politische Entwicklung in Europa beschleunigt werden, denn das Dogma der Alternativlosigkeit des Neoliberalismus wird zusammenbrechen. Wenn wir zudem die Zielmarke der spanischen Parlamentswahl im November ins Auge fassen, dann wird der Grund verständlich, weshalb die neoliberalen Kräfte der EU ihre Offensive gegen uns eskalieren werden.

Angesichts ihrer historischen Verantwortung muss die griechische Regierung gegenwärtig sehr hart arbeiten, um neue Sparmaßnahmen zu vermeiden und zugleich die öffentlichen Finanzen dadurch aufzubessern, dass sie die Reichen zur Kasse bittet. Ein erstes positives Zeichen in dieser Richtung: Die Wirtschaftsstaatsanwälte, die die Listen der griechischen Kontoinhaber prüfen, die illegal Geld in die Schweiz und auf andere ausländische Banken transferiert habe, blockieren bereits 400 Millionen Euro, die sie auf 17 Konten entdeckt haben. Zugleich werden wir nach unseren Initiativen zur Demokratisierung des politischen Systems und der Öffentlichkeit, nach unserem Kampf gegen die Korruption und nach der Überwindung der humanitären Krise beurteilt. In dieser Woche hat die Regierung bereits ihren ersten Gesetzesentwurf vorgelegt, der die unentgeltliche Stromversorgung (300 KWH pro Monat) für Haushalte vorsieht, die in extremer Armut leben, dazu Wohngeld (70 Euro monatlich pro Person oder 220 Euro pro Familie) für 30 000 Haushalte und Nahrungsmittelunterstützung für unsere ärmsten Bürger.

In diesen vier Monaten müssen wir entscheidende Schritte tun, um unsere Position in den Kämpfen von morgen zu verbessern. Diese Schritte können gegangen werden, solange ein großer Teil der Gesellschaft entschlossen ist, die Regierung der sozialen Rettung zu unterstützen und nicht einfach abzuwarten. Dass sich das Volk so engagiert, wie es die ersten Umfragen nach der Wahl, vor allem aber die beispiellosen Demonstrationen für die Forderungen der Regierung gezeigt haben, stellt einen entscheidenden Faktor für unsere Partei dar.

Heute, da das Dogma, nach dem alle Menschen gleich seien, zusammengebrochen ist und die Politik als Möglichkeit zur Veränderung unseres Lebens zurückkehrt, muss unsere Partei ihre innere Einheit maximal stärken. Das bedeutet nicht, unterschiedliche Meinungen zu unterdrücken, sondern sie in das kollektive Denken über unsere gemeinsamen Ziele zu integrieren. Kritik und kontroverse Meinungen sind eine normale Erscheinung in der Tätigkeit der Entscheidungsgremien einer pluralistischen linken Partei, solange sie unsere innere Solidarität nicht zunichtemachen und unsere offiziellen Beschlüsse nicht entstellen.

SYRIZA muss die Türen öffnen, um alle Menschen einzubeziehen, die gemeinsam und selbstlos mitkämpfen wollen, um ihre Würde wiederzuerlangen. Unsere Planung, unsere

Vorgehensweisen und Aktionen müssen von unserer Entschlossenheit zeugen, den „kollektiven Intellektuellen“ zu entwickeln, der in der griechischen Gesellschaft ein neues gemeinsames Bewusstsein schaffen wird. Eine neue Vorstellung von gesundem Menschenverstand, der auf Gemeinsamkeit, Solidarität und der Befriedigung der sozialen Bedürfnisse beruht.

Wie der Vorsitzende von SYRIZA kürzlich formuliert hat, muss bei diesem Neuanfang unsere gemeinsame Devise sein: Weniger reden und mehr arbeiten.

*(Übersetzung aus dem Englischen: Helmut Ettinger)*

## Griechenland nicht weiter ausquetschen!

*Von Sahra Wagenknecht, Erste stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, im Bundestag, 5. Februar 2015; aus: <http://www.linksfraktion.de/im-wortlaut/>*

Herr Schäuble und Frau Merkel haben die Wahl. Wenn sie weiterhin so stur an der verhassten Troika und ihren Kürzungsdiktaten festhalten, treiben sie Griechenland in den Bankrott und aus dem Euro. Damit wären nicht nur Milliarden deutscher Steuergelder endgültig verbrannt, auch die Eurokrise würde wieder aufflammen. Der Zorn auf den Krisengewinnler Deutschland würde enorm zunehmen. Die Bundesregierung darf Südeuropa nicht länger zum Hinterhof degradieren, dem man eine zerstörerische Politik diktiert, ohne sich um die Situation der dortigen Bevölkerung und das Ergebnis demokratischer Wahlen zu scheren. Erst recht nicht, wenn man gleichzeitig von der dortigen Misere in Form von Kapitalzuflüssen, extrem niedrigen Zinsen sowie der massenhaften Zuwanderung gut ausgebildeter junger Leute profitiert.

Nicht die griechische Regierung ist radikal, sondern Frau Merkel und Herr Schäuble

Der griechische Finanzminister und die deutschen Gewerkschaften haben Recht: Europa braucht keine weiteren Spardiktate, sondern eine Art Marshallplan, der Investitionen und Wachstum fördert und die Schuldenlast auf ein tragfähiges Niveau reduziert. Erinnern wir uns: Statt die Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg für die Nazi-Verbrechen endlos bluten zu lassen, haben unsere Gläubiger seinerzeit einen Großteil der Schulden erlassen, die Zinsen gesenkt und den Tilgungszeitraum für ein Viertel der Kredite auf unbestimmte Zeit gestreckt, nämlich bis zur Vereinigung im Jahr 1990. Ein Land, das seinen Wohlstand nicht zuletzt der Gnade seiner Gläubiger verdankt, darf jetzt nicht so gnadenlos mit Schuldnerländern umspringen. Und gnadenlos ist es ohne Zweifel, wenn man der griechischen Regierung nicht einmal die nötige Atempause verschaffen will, um ein realistisches Reformprogramm zu entwickeln.

Nicht die griechische Regierung ist radikal, sondern Frau Merkel und Herr Schäuble, die auf völlig überzogenen Forderungen beharren. Kein Land der Welt kann dauerhaft Haushaltsüberschüsse von vier oder gar acht Prozent der Wirtschaftsleistung für den Schuldendienst abzweigen – erst recht kein Land wie Griechenland, das aufgrund der brutalen



Kürzungspolitik total verarmt ist. Warum hört Frau Merkel diesmal nicht auf Präsident Obama, dem sie doch sonst so hörig ist? Obama hat nämlich ausnahmsweise Recht: Man kann ein Land, das sich in einer Depression befindet nicht immer weiter ausquetschen. Nur wenn die griechische Wirtschaft auf die Beine kommt, können auch Kredite bedient werden, insofern ist es ein vernünftiger Vorschlag des griechischen Finanzministers, die Höhe des Schuldendienstes vom Wachstum der Wirtschaft abhängig zu machen.

Griechenland war schon vor fünf Jahren zahlungsunfähig. Durch die Strukturanpassungsprogramme der Troika sind die Schulden noch drückender und die Fähigkeiten zur Rückzahlung noch geringer geworden. Statt die griechische Korruption zu bekämpfen und den Reichen höhere Steuern abzuverlangen, hat die Troika den griechischen Sozialstaat brutal abgerissen, Gewerkschaften entrechtet, Löhne gedrückt und ein Millionenheer an Arbeitslosen produziert. Viele Menschen haben nicht mehr genug Geld, um ihren Strom, ihre Wohnung oder Nahrungsmittel zu bezahlen. Zwei von zehn Griechen leben in Haushalten, in denen kein einziges Mitglied mehr ein eigenes Einkommen hat. Etwa 800 000 Menschen haben keine Krankenversicherung mehr, die Säuglingssterblichkeit und die Suizidrate haben sich fast verdoppelt. Wer von Griechenland die Fortsetzung dieser katastrophalen Politik verlangt, hat keinen Verstand und kein Gewissen.

Statt für ein europäisches Problem eine europäische Lösung zu finden, hat die Bundesregierung Unfrieden in Europa gestiftet, indem das Risiko einer griechischen Staatspleite von Banken und Hedgefonds auf die Steuerzahler abgewälzt wurde. Wie zynisch muss es in griechischen Ohren klingen, wenn Frau Merkel ein Rettungsprogramm für deutsche, französische und andere Banken und Hedgefonds als europäische „Solidarität“ und „Hilfe für Griechenland“ verkauft, obwohl dasselbe Programm dort eine humanitäre Katastrophe herbeigeführt hat? Muss man sich da wundern, wenn umgekehrt die Forderung aufkommt, Deutschland möge wenigstens für einen Bruchteil der von den Nazis angerichteten Verwüstungen und Plünderungen eine Entschädigung zahlen? Zumal diese Forderungen alles andere als unberechtigt sind.

## Ganz Europa braucht einen New Deal

Europa braucht keine weiteren Kürzungsdiktate, sondern ein öffentliches Investitionsprogramm im Umfang von mindestens 500 Milliarden Euro pro Jahr. Die Europäische Zentralbank sollte endlich die nötigen Mittel für ein solches Aufbauprogramm bereitstellen statt wie geplant eine Billion Euro in die Finanzmärkte zu pumpen und damit wieder nur die Reichsten zu mästen. Vor allem muss die Europäische Zentralbank endlich das Urteil des Europäischen Gerichtshofs respektieren, ihre Erpressungspolitik beenden und der griechischen Regierung die nötige Zeit geben, damit über einen Ausweg aus der europäischen Schuldenkrise verhandelt werden kann.

Nicht nur Griechenland, ganz Europa braucht einen New Deal. Statt weiteres Geld der Steuerzahler zu versenken, sollten die EU-Staaten lieber über eine Neuordnung der alten Schulden verhandeln. Die Bankenrettungspolitik hat die Reichen noch reicher gemacht, nun ist es an der Zeit, dass die Millionäre und Milliardäre ihren Beitrag zur Überwindung der Krise leisten. In ganz Europa sollte eine Vermögensabga-

be für Millionäre eingeführt werden, die genutzt wird, um den öffentlichen Schuldenstand auf ein tragfähiges Niveau abzusenken. Ferner sollten Mindeststeuern auf Unternehmensgewinne und Vermögenseinkommen eingeführt sowie Steuerhinterziehung und Korruption entschieden bekämpft werden. Europa braucht aber auch einen neuen Asylkompromiss: Es kann nicht sein, dass die Mittelmeerstaaten mit dem wachsenden Flüchtlingsproblem allein gelassen werden, während sich Deutschland mit einer unsozialen Drittstaatenregelung vor den Folgen seiner Politik abschottet.

## Eine Chance für einen Neuanfang in Griechenland, eine Chance für Europa

*Rede Gregor Gysis bei der Beratung des Antrags des Bundesfinanzministeriums zu Finanzhilfen zugunsten Griechenlands am 27. Februar 2015; aus: <http://www.linksfraktion.de>*

### Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Herr Schäuble, ich habe Ihnen sehr genau zugehört. Sie haben nur vergessen, zu erwähnen, dass der gesamte Sozialabbau in Europa – und auch eine unfaire Konkurrenz mit der Agenda 2010 in Deutschland – begonnen hat, als man sich hier entschieden hat, prekäre Beschäftigung und Lohnsenkungen zu organisieren.

Sie werden mir aber nun zustimmen: Die Wahlen in Griechenland am 25. Januar waren wirklich bedeutsam. Erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg stellt eine Partei links von der Sozialdemokratie führend eine Regierung in Griechenland. Das stimmt doch, oder? Haben Sie das Wahlergebnis nicht mitbekommen? Die Linksregierung in Griechenland bricht nun mit der gescheiterten Kürzungspolitik. Das verändert Griechenland. Das verändert Europa, und das verändert auch uns.

Dieser historisch zu nennende Wahlerfolg ist ein deutliches Votum der Griechinnen und Griechen gegen die fast siebenjährige Kürzungspolitik, gegen das Diktat der EU, des Internationalen Währungsfonds und der Europäischen Zentralbank, also der Troika, die von der Bundesregierung auch instrumentalisiert wurde. In gewisser Weise haben Sie, Herr Schäuble, und auch Sie, Frau Bundeskanzlerin Merkel, ungewollt so zum Wahlerfolg von SYRIZA beigetragen.

Denn wozu führte Ihre Politik in Griechenland? Sie müssen das einfach zur Kenntnis nehmen: Einkommensverluste von 30 Prozent, Wirtschaftseinbruch von 25 Prozent, Massenarbeitslosigkeit von 28 Prozent, Jugendarbeitslosigkeit der Menschen bis 25 Jahre von 60 Prozent, Zusammenbruch des Gesundheitssystems – fast die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger Griechenlands sind nicht mehr versichert –, Anstieg der Staatsschulden – die sollten doch abgebaut werden – von 120 Prozent auf 175 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Das war eine Kamikazepolitik, die Sie dort an den Tag gelegt haben. Ich sage Ihnen: Diese Politik ist gescheitert. Mit einer solchen Politik können die Schulden niemals zurückgezahlt werden.

Wissen Sie, was mich ärgert? In den Medien, aber auch hier im Parlament wird eines immer ausgelassen: Sie haben doch Bürgschaften für die Schulden der Südländer unter-



schrieben. Deutschland, das heißt die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in Deutschland, haften für 27 Prozent aller Schulden. Das bedeutet bei Griechenland: Wir haften für 60 Milliarden Euro. Wenn Griechenland wirklich pleiteginge, müssten wir die 60 Milliarden Euro bezahlen. Wovon wollen Sie die eigentlich bezahlen? Ich verstehe Ihre ganze Politik des Abbaus nicht. Die hat doch gar keine Logik. Wir müssen Griechenland aufbauen, dann kann es auch seine Schulden zurückzahlen, und unsere Steuerzahlerinnen und Steuerzahler haften nicht mehr.

Aber eines muss man der SYRIZA-Regierung lassen: Sie hat sofort die ganze Europäische Union durcheinandergebracht. Da sehen Sie einmal, was eine linke Regierung alles kann. Vor allen Dingen hat sich der Zeitgeist geändert. Das ist das Entscheidende. Wirklich, er hat sich geändert. Mit SYRIZA gibt es die erste Regierung in Europa, die diesen Neoliberalismus offen infrage stellt und den Bruch vollziehen will. SYRIZA zeigt: Es gibt Alternativen zur herrschenden neoliberalen, marktradikalen Politik, die angeblich so alternativlos ist. Schauen Sie sich es an. Der Zeitgeist ändert sich in den Medien, in der Wissenschaft, in der Politik.

Selbst der Internationale Währungsfonds kritisiert die völlig überzogenen Auflagen und bemängelt die völlig unrealistischen Erwartungen über die Erlöse von Privatisierungen von Häfen, Flughäfen und staatlichen Unternehmen.

In dieser Woche gab es eine Fernsehdokumentation über die Arbeit der Troika-Beamten, die mit erpresserischen Methoden, ohne jede demokratische Kontrolle die Kürzungsdiktate gegenüber demokratisch gewählten Regierungen durchgesetzt hat. Es gibt das Beispiel, als die griechische Regierung gesagt hat: Wir brauchen dafür sechs Monate, dann ginge es viel besser. – Da sagte ein Beamter: Nein, morgen. – So ist das gelaufen, und das ist vorbei. Es ist auch höchste Zeit, dass das vorbei ist.

Ich begrüße übrigens sehr den gemeinsamen Aufruf des DGB und des Österreichischen Gewerkschaftsbundes. Darin steht Folgendes: „Der politische Erdbeben in Griechenland ist eine Chance nicht nur für dieses krisengeschüttelte Land, sondern auch dafür, die Wirtschafts- und Sozialpolitik der EU grundsätzlich zu überdenken und zu korrigieren.“

Das ist vom DGB-Vorsitzenden, den Vorsitzenden der IG Metall, IG BCE, IG BAU, Verdi unterschrieben. Darunter finden sich gestandene Gewerkschafter mit SPD-Parteibuch. Aber, Herr Gabriel, auch Sie sind der Adressat des Appells und hätten dazu einmal Stellung nehmen sollen.

Aber der Kampf um die Wiederaneignung von Politik gegen das Diktat der Finanzmärkte wird sehr schwer. Wir haben keine Illusionen. Ein Land gegen 18 Länder, dazu noch ein Land, das wirtschaftlich und finanziell schwach ist. Aber die 18 Länder sind sich auch nicht mehr so einig. Die Finanzminister mussten letztlich dem Griechenland-Antrag auf Verlängerung der Kreditvereinbarung mit der Europäischen Union und dem Internationalen Währungsfonds um vier Monate zustimmen. Schon das ist ein wichtiger Einschnitt.

Es gibt kein Beharren mehr auf drastischen Kürzungsmaßnahmen. Angenommen wurde eine Reformliste mit Maßnahmen zum Kampf gegen Steuerflucht und Steuervermeidung. Gerechterweise werden endlich die wirklich Vermögenden und Reichen in Griechenland herangezogen. Es wird ein Kampf gegen Korruption geführt. Weitere Rentenkürzungen wird es nicht geben. Es gibt keine weiteren Entlassungen im öffentlichen Dienst, keine neuen Steuererhö-

hungen für niedrige Einkommen und auch nicht für die Mitte der Gesellschaft.

Das ist das Ende der Troika-Diktatur. Es wurde auch höchste Zeit, dass sie beendet wurde. Auch da gibt es etwas Neues. Bisher saßen die Beamten der Troika in Athen und haben den Griechen gesagt, was sie machen müssen. Jetzt fahren führende Mitglieder der griechischen Regierung nach Brüssel und müssen mit den führenden Vertretern der anderen EU-Institutionen sprechen. Es wird wenigstens verhandelt. Auch das ist ein Neubeginn.

Übrigens, es ist ja völlig albern gewesen, dass sowohl die Union als auch die SPD meinten, dass die Konservativen und die Sozialdemokraten in Griechenland erfolgreich die Korruption bekämpfen könnten, die sie selbst eingeführt hatten. Also, das konnte nicht gut gehen. SYRIZA trauen wir zu, das wirklich zu schaffen.

Nun zum Kompromiss. Zu einem Kräfteverhältnis von 1:18 gehört allerdings auch, dass Athen sich für die nächsten vier Monate verpflichten musste, keine Kürzungen und Reformen zurückzunehmen und auf – ich zitiere wörtlich – „einseitige Veränderungen der Politik und Strukturreformen“ zu verzichten, „welche die Haushaltsziele, die wirtschaftliche Erholung oder die finanzielle Stabilität negativ beeinflussen“. Das lässt zwar Interpretationen zu, aber es ist ganz klar, dass in dieser Vereinbarung Dinge stehen, die uns nicht gefallen.

Ein wichtiges Zugeständnis an Athen ist aber die Sache mit dem Primärüberschuss des Haushalts, das heißt mit dem Geld, das die Griechen erwirtschaften und zurücklegen müssen. Die Zahl hat die Troika bisher immer willkürlich festgelegt. Jetzt muss es angemessen sein. Das ist eine ganz andere Voraussetzung und erweitert die Spielräume.

Vor allem hat Griechenland Zeit für Verhandlungen zum Anschlussvertrag gewonnen, der nach dem Willen der Linksregierung eine völlige Abkehr, einen Bruch mit der bisherigen Abbaupolitik beinhalten soll. Sie, Herr Schäuble, waren ein Hardliner. Sie drohten. Sie sagten, Griechenland könne selbst entscheiden, ob es alle Auflagen akzeptiere oder den Austritt aus dem Euro, also den Grexit, bevorzuge. Es ging Ihnen um das Prinzip.

Sie wollten keinen Millimeter von harten Auflagediktaten abweichen. Aber Herr Schäuble war auch in der Euro-Gruppe und gegenüber der EU-Kommission nicht mehr unumstritten. Juncker wollte den Kompromiss. Auch Frau Merkel wollte irgendwann den Kompromiss. Der französische Außenminister wollte den Kompromiss.

Ich habe eine Frage: Wo waren Sie eigentlich, Herr Gabriel? Warum lassen Sie dem Schäuble das alles durchgehen? Was sind Sie eigentlich für ein Koalitionspartner, der sich dagegen nicht einmal öffentlich äußert? Die SPD ist wohl noch nicht so weit. Bedenken Sie aber: Die sozialdemokratische PASOK in Griechenland liegt jetzt bei 5 Prozent.

Ich wollte nur sagen: Letztlich mussten Sie sich, Herr Schäuble, auf Kompromisse einlassen. Deshalb bekommen Sie jetzt auch Kritik von rechts: von der AfD, von Teilen der CSU, von Teilen Ihrer Abgeordneten.

Es gibt eine These, die auch die Bild-Zeitung verbreitet: Die deutschen Steuerzahler finanzieren Griechenland. Das ist der größte Quatsch, den ich je gelesen und gehört habe. 90 Prozent der 240 Milliarden Euro für Griechenland gingen an die Banken und die Gläubiger. Dazu gehörte auch die Deutsche Bank. Dazu gehörten auch französische Banken.



90 Prozent dieser Summe gingen also nicht an die Griechinnen und Griechen; sie haben kaum etwas davon gesehen. Wie soll Griechenland bei diesem Abbau überhaupt jemals die Darlehen zurückzahlen? Darüber scheint sich hier keiner Gedanken zu machen.

Es gibt noch etwas: Der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Marcel Fratzscher, unterstützt im Kern die Vorhaben der SYRIZA-Regierung in Griechenland. Wenigstens das sollte die Union einmal nachdenklich machen. Auf diesen Mann könnten Sie doch einmal hören. Ich sage Ihnen jetzt Folgendes: Die Bundesregierung hat Europas Akzeptanz bei vielen Bürgerinnen und Bürgern im Süden Europas zerstört. Was glauben Sie, was mir die Jugendlichen in Griechenland sagen, wenn ich sie nach Europa frage? Deren Antwort kann ich mir sehr gut vorstellen. Diese Jugendlichen haben von Europa vor allem Abbau und Not erlebt. Wir brauchen aber Aufbau. Schulden darf es nur noch für Aufbau, nicht für weiteren Abbau, nicht für Krisen geben. Sonst sind sie nicht bezahlbar.

Ich sage es noch einmal, auch aufgrund unserer eigenen Geschichte: Wir brauchen für den Süden Europas einen Marshallplan. In Griechenland muss investiert werden: in Bildung, in Schiffsindustrie und in Tourismus. Dann kommt das Land auch voran. Es geht nicht, die Löhne, die Renten zu kürzen und alles zu verkaufen, wie Sie es vorgeschrieben haben.

Ich weiß: Es sind schwere Zeiten und harte Auseinandersetzungen, die auch auf die griechische Regierung zukommen. Das Programm der Linksregierung ist aber eine klare Kampfansage an die gescheiterte neoliberale Politik.

Am Schluss sage ich Ihnen: Wir stimmen dem Antrag Griechenlands auf Verlängerung des Hilfsprogramms um vier Monate mit großer Mehrheit zu. Das ist keine Zustimmung zur gescheiterten Sparpolitik. Das ist keine Zustimmung zur Politik der Bundesregierung. Aber es ist eine Zustimmung dazu, dass Griechenland eine Atempause und eine Chance für einen Neuanfang bekommt. Das hilft nicht nur Griechenland; es ist auch eine Chance für ein soziales, demokratisches und friedliches Europa.

Bei einem neuen Hilfspaket, wenn es je käme, hängt unsere Zustimmung oder unsere Ablehnung davon ab, ob es verbunden ist mit weiterem Sozialabbau und mit weiterer Zerstörung oder ob es verbunden ist mit sinnvollen Investitionen, die Griechenland aufbauen, was uns allen nutzt. Letztlich – das sage ich Ihnen – geht es auch um eine Chance für unsere Wirtschaft, für unseren linken sozialen Kampf und für ein europäisches Deutschland statt eines deutschen Europas.

Danke schön.

## Die Zeiten der Spaltung überwunden

*SYRIZA hat sich in den vergangenen 25 Jahren von einem Splitterbündnis zur größten Oppositionspartei entwickelt.*

*Von Dominic Heilig, Journalist und Autor, 23. Januar 2015; aus: <http://dominic.linkeblogs.de>*

Wenn er die Bühne betritt, brechen Parteigänger in Jubel aus. Zuletzt Anfang des Jahres, als Alexis Tsipras vor 5 000 Sympathisanten in Athen den Wahlkampf von SYRIZA einläutete. Positive Zuschreibungen erhält Tsipras in deutschen Medien dennoch eher selten. Kurz vor der Parlamentswahl 2012 bezeichnete ihn „Bild“ als „Halbkriminellen“, der „mit gewalttätigen Anarchisten“ sympathisiere. Auch zu Beginn des Jahres 2015, vier Wochen vor der Neuwahl, waren die Beschreibungen deutscher „Leitmedien“ wenig schmeichelhaft. Nicht anders geht mancher Politiker mit ihm um. Regierungsmitglieder fabulieren über einen Euro-Austritt Griechenlands. Und das, obwohl SYRIZA gar nicht daran denkt, die Gemeinschaftswährung aufzukündigen. Nur wenige interessiert Programmatik und Geschichte der Linkspartei, obwohl die durchaus beachtlich sind.

Die Gründungstage von SYRIZA liegen weit zurück, in der Spaltung der Kommunistischen Partei (KKE). Von der damals illegalisierten und im „Ostblock stationierten“ griechischen KP trennte sich 1968 ein später „eurokommunistisch“ genannter Flügel. Nach dem Ende der griechischen Militärdiktatur entwickelte sich ein Teil der „Eurokommunisten“ in den 80er Jahren weiter zur undogmatischen und dem linken Bildungsbürgertum nahestehenden „Griechischen Linken“ (EAR). Ende der 1980er Jahre, inmitten einer skandalbedingten Krise der PASOK-Regierung, formte diese mit der marxistisch-leninistischen KKE die „Koalition der Linken und des Fortschritts – Synaspismos“ (SYN). Obwohl von Beginn an ein fragiles Gebilde kam das Wahlbündnis 1989 bei der Parlamentswahl auf 13,1 Prozent. Interne Auseinandersetzungen und der Kollaps der Sowjetunion führten aber 1991 zum Bruch.

Dennoch entschieden sich ein Jahr später undogmatische Linke und sogenannte KKE-Reformer, die verbliebenen Reste von Synaspismos in eine Partei umzuwandeln. Dieser gelang der Einzug ins nationale Parlament erstmals 1996. In den folgenden Jahren rang die Partei beständig darum, die Drei-Prozent-Hürde zu überwinden. Nach den Wahlen im Jahr 2000 erfolgte die erste große Spaltung der Partei. Protagonisten des „rechten Flügels“ wanderten zur Sozialdemokratie ab und SYN rückte im Parteienspektrum weiter nach links. So konnte sie weitere linke Gruppen und soziale Bewegungen an sich binden. 2004, kurz vor der Parlamentswahl, wurde zum ersten Mal die „Koalition der radikalen Linken – SYRIZA“, gebildet, welche aber lediglich 3,26 Prozent der Stimmen errang. Das Wahlbündnis zerfiel weitgehend.

Erst 2007 konnte SYRIZA unter veränderter Zusammensetzung wiederbelebt werden. Fundament der teils weit auseinander stehenden Parteien und Gruppierungen waren erneut der Kampf gegen den neoliberalen Umbau Griechenlands sowie die enge Bindung an die globalisierungskritische Bewegung.

Ungeachtet der Tatsache, dass auch maoistische und trotzkistische Gruppen in SYRIZA mitarbeiteten, blieb Syna-



spismos stets die tragende Säule. SYN gelang es beispielsweise, trotz einer tiefen EU-Skepsis innerhalb des Bündnisses, den Verbleib Griechenlands in der Europäischen Union programmatisch durchzusetzen. Nach dem mit 5,04 Prozent gestärkten Einzug ins Parlament 2007 schlossen sich weitere Gruppen dem Bündnis an. Bei der Wahl 2009 ging der Stimmenanteil dennoch auf 4,6 Prozent zurück. Der immer wieder aufflackernde Flügelstreit führte während der einsetzenden Finanzkrise beinahe zur endgültigen Spaltung. 2010 verließ ein großer Teil des abermals „rechten Flügels“ Synasmos und gründete „als konstruktive, linke Opposition“ zu PASOK die „Demokratische Linke“ (Dimar). Die Parteiführung um Alexis Tsipras, seit 2008 Vorsitzender, konnte Synasmos weiter öffnen und enttäuschte Mitglieder sowohl von PASOK als auch von der KKE für eine Mitarbeit in SYRIZA gewinnen.

Am 6. Mai 2012 erhielt SYRIZA so mit 16,8 Prozent die zweitmeisten Wählerstimmen. Nachdem die Koalitionsversuche der erstplatzierten Nea Dimokratia gescheitert waren, erhielt Tsipras den Auftrag für Sondierungsgespräche. Dieser hatte vor den Wahlen für ein gemeinsames Bündnis aller linken Kräfte geworben. Seine diesbezüglichen Versuche aber waren an der gemeinsamen wie trennenden Geschichte der griechischen Linken gescheitert.

Die Weigerung von Tsipras, eine Koalition mit PASOK einzugehen und trotzdem weiter für eine Linksregierung zu werben, ließen die Umfragewerte für SYRIZA sogar steigen. Sie sagten für einen erneut nötig gewordenen Urnengang ein Kopf-an-Kopf-Rennen von ND und SYRIZA voraus. Größtes Hindernis für die Linkspartei sollte aber der Siegerbonus im griechischen Wahlsystem sein. Danach erhält die stärkste Partei 50 Bonusmandate in dem gerade einmal 300 Sitze zählenden Parlament. Da nur Parteien und nicht Wahlbündnisse im Falle eines Wahlsieges davon profitieren, ließ sich SYRIZA noch vor dem zweiten Urnengang am 17. Juni 2012 als Partei registrieren. Zwar reichte es auch im zweiten Anlauf nicht für eine Linksregierung. Dennoch legte SYRIZA noch einmal über zehn Prozent zu und erzielte 26,9 Prozent. Seitdem ist SYRIZA stärkste Oppositionskraft im griechischen Parlament.

Obwohl die Steigerung der Wahlergebnisse von 4,6 Prozent (2009) auf 26,9 Prozent (Juni 2012) beispiellos in der Geschichte der europäischen Linken ist, besteht das eigentliche Verdienst SYRIZAs in der Herausbildung kontinuierlicher (Arbeits)Strukturen. Zwar war die Überführung von einem Wahlbündnis in eine Partei einem gewissen Zwang gefolgt. Dennoch ist es gelungen, aus einem wechselhaften und über Jahre fragilen Zusammenschluss eine Partei zu formen. Gleichzeitig hat SYRIZA den Charakter als breites Bündnis linker, ökologischer und feministischer Kräfte nicht verloren. Anspruch war und ist es, Partei und Bewegung zu sein. Alexis Tsipras und SYRIZA beweisen seit zweieinhalb Jahren, dass sie dem weiterhin gerecht werden wollen. Auch daraus mag sich das eine oder andere „Missverständnis“ deutscher Medien im Hinblick auf Programmatik und Agieren von SYRIZA speisen.

- **Anmerkung der Redaktion:** SYN gehörte 2004 zu den Mitbegründern der Partei der Europäischen Linken (EL), wo SYRIZA heute aktives Mitglied ist. Alexis Tsipras ist stellvertretender Vorsitzender der EL.

## Koalitionspartner gefunden – Freunde verschreckt?

*Kein Rechtfertigungs-, aber ein Erklärungsversuch*

*Von Dominic Heilig, Journalist und Autor, 27. Januar 2015; aus: <http://dominic.linkeblogs.de>*

Die Nachricht, dass die griechische Linkspartei SYRIZA eine Koalition mit der populistischen, nationalkonservativen ANEL-Partei bilden wird, hat unter Linken in Europa für Verwirrung gesorgt.

Ganze zwei Mandate fehlten letztlich Alexis Tsipras und seiner linken Sammlungspartei zur absoluten Mehrheit im griechischen Parlament. Ein Wermutstropfen fiel mitten in das zu Recht ausgiebig gefeierte Wahlergebnis von 36,4 Prozent. Tsipras ist auf Koalitionspartner angewiesen.

Im Vorfeld der Wahl war für den Fall eines knappen Scheiterns SYRIZAs an der absoluten Mehrheit bereits darüber spekuliert worden, ob es in dieser Situation nicht doch gelingen könnte, ein oder zwei „Überläufer“ aus anderen Fraktionen abzuwerben. Das griechische Parlament ist gekennzeichnet durch eine vergleichsweise hohe Wechselrate von Abgeordneten zwischen den Fraktionen. Augenscheinlich sind bislang jedoch alle diesbezüglichen Versuche – wenn sie denn überhaupt unternommen wurden – von wenig Erfolg gekrönt gewesen. Hinzu kommt ein hoher zeitlicher Druck zur Bildung einer Regierung in Athen. Die Landesverfassung sieht dafür gerade einmal drei Tage vor.

Bereits in der Wahlnacht, nachdem klar war, dass SYRIZA „nur“ 149 statt der notwendigen 151 Stimmen auf sich vereinigen wird, verdichteten sich Gerüchte, wonach Alexis Tsipras zur Bildung einer Koalitionsregierung zunächst auf die populistische national-konservative Partei „Unabhängige Griechen“ (ANEL) zugehen würde. Als dann die ersten Bestätigungen eines solchen Koalitionsbündnisses über die Ticker liefen, war die europäische bzw. deutsche Linke wortlos überrascht. In „Griechenland ist man darüber weit weniger überrascht als in den internationalen Medien“, schreibt hierzu das Bündnis „Blockupy Goes Athens“.<sup>1</sup>

Und in der Tat, in Griechenland selbst wurde vor dem Hintergrund der konsequenten Ablehnung der Memorandenpolitik durch beide Parteien in der Vergangenheit eine Koalition beider Kräfte des Öfteren diskutiert. Beide kooperierten bereits bei der Nicht-Wahl eines neuen Staatspräsidenten Ende 2014 im Athener Parlament und erzwangen damit überhaupt erst die vorgezogenen Neuwahlen.

Wer aber ist ANEL?

### ANEL

„Wegen der Weigerung, das zweite Gläubiger memorandum mitzutragen“, fasst Anke Stefan für die Tageszeitung „neues deutschland“ zusammen, „war Panos Kammenos am 13. Februar 2012 aus der Nea Dimokratia ausgeschlossen worden. Nur zwei Wochen später – am 24. Februar 2012 – gründete Kammenos seine Partei der ‚Unabhängigen Griechen‘, die im Sommer 2012 mit 7,5 Prozent und 20 Abgeordneten ins Parlament einzog. Insbesondere der absolutistische Führungsstil des Parteivorsitzenden trieb in der Folge nach und nach acht Parlamentarier aus der Partei. Bei der Europawahl im vergangenen Mai fielen die ‚Unabhängigen Griechen‘ auf 3,5 Prozent zurück. [...]“





Inhaltlich decken sich die Vorstellungen der ‚Unabhängigen Griechen‘ nur hinsichtlich der Rücknahme der Austeritätspolitik mit denen von SYRIZA. In Fragen wie dem Umgang mit Migranten und insbesondere den ‚nationalen Themen‘ steht die Partei von Kammenos dessen alter politischer Heimat Nea Dimokratia wesentlich näher.“<sup>2</sup>

Die nun vereinbarte Kooperation mit SYRIZA ist nicht die erste von ANEL mit einer linken Partei. Bereits zu den Parlamentswahlen 2012 kooperierte ANEL mit der sozialistisch-sozialdemokratisch ausgerichteten Kleinstpartei „Panhellenischer Streitwagen der Bürger“ (Panellinio Arma Politon). Bei dieser handelte es sich um ein 2011 gegründetes Projekt zweier ehemaliger PASOK-Abgeordneten, die ihre Partei verließen, nachdem sie gegen eines der ersten Sparpakete der damaligen Regierung Papandreou gestimmt hatten. Anknüpfungspunkt für beide Parteien war also auch hier die Ablehnung der Troika-Kürzungspolitiken.

Trotzdem handelt es sich bei ANEL zweifelsohne um eine populistische national-konservative Partei, die sich selbst nahe der orthodoxen Kirche und als europaskeptische Partei verortet. Sie ist im Zuge der Krisenproteste entstanden und schöpfte auch 2015 bei den Wahlen aus dem Wählerreservoir der Empörten-Bewegung auf dem Syntagma-Platz. ANEL repräsentierte damals wie heute die „patriotische Mittelschicht“ innerhalb dieser „Bewegung“, die sich im Unterschied zu Spanien in Griechenland organisierte.

„Blockupy Goes Athens“ beschreibt ANEL als eine „nationale Protestpartei, die versucht, sich mit rechtspopulistischen Tönen als die wahre Alternative zu den korrupten Eliten und gegen ausländische Mächte zu inszenieren.“<sup>3</sup>

Diese Beschreibung ist auch aus meiner Sicht treffend. So verbindet Parteichef Kammenos seine Ablehnung der Troika-Memoranden mit scharfen, nationalen Tönen, wenn er etwa „von einem nationalen Erwachen“ und „internationalen Verschwörungen gegen Griechenland“ fabuliert.<sup>4</sup> Der ehemalige Vize-Schifffahrtsminister bezeichnet Griechenland in der Krise als eine „Schuldenkolonie der Troika“ und streitet für die „nationale Souveränität Griechenlands“.<sup>5</sup> Die Partei stellt sich in populistischer Manier gegen die Korruption der alten Eliten und Oligarchien im Land, fordert die Aufhebung der Immunität von Abgeordneten und Ministern, die für die Politik während der „Krise“ verantwortlich waren. Parteichef Kammenos gibt sich das eine oder andere Mal gerne als populistischer Verschwörungstheoretiker und aufrechter Kämpfer für Reparationszahlungen Deutschlands an Griechenland. Seine Partei gründete er symbolhaft in der griechischen Gemeinde Distomo.<sup>6</sup> Die Partei setzt auf Wählerstimmenmaximierung und weniger auf den Aufbau fester Parteistrukturen oder einer traditionellen Mitgliedschaft. Ihr Programm ist lückenhaft, unkonkret, populistisch. So wendet sich die Partei innenpolitisch gegen fundamentale linke Positionen. Sie agitiert, wie Nea Dimokratia, gegen „unkontrollierte Zuwanderung“. Im Europäischen Parlament ist die Partei Mitglied der Fraktion der „Europäischen Konservativen und Reformisten“ (ECR), in der u. a. die deutsche AfD organisiert ist. Bei der Wahl am 25.1.2015 erreichte die Partei 4,7 Prozent der Stimmen!

## Warum bildet SYRIZA ausgerechnet mit dieser Partei eine Koalition?

Beide Parteien vertreten auf den ersten Blick zwei völlig unterschiedliche Ideologien und leben vollkommen unterschiedliche politische Kulturen. Daran ändert sich auch auf den zweiten, dritten, ... hundertsten Blick nichts. Es ist also davon auszugehen, dass die Genoss/-innen von SYRIZA in den kommenden Tagen hierzu eine Erklärung abgeben werden. Das ist auch nötig, denn sonst bliebe ein falsches Signal aus Athen am Ende des fulminanten Wahlerfolges stehen. Bereits einen Tag nach dem Wahlsieg der LINKE-Schwesterpartei aber davon auszugehen, diese hätte sämtliche wesentlichen Grundsätze über Bord geworfen, ist wohl doch etwas zu weit gegriffen. Den ersten offiziellen Termin als ernannter Ministerpräsident absolvierte Alexis Tsipras denn auch bei einer Kranzniederlegung am Denkmal für 200 von den Nazis 1944 ermordeten Kommunisten.

Der zurückliegende kurze wie intensive Wahlkampf in Griechenland war ausschließlich auf ein Thema reduziert bzw. zugespitzt worden: Wie wird sich das Land zukünftig gegenüber den europäischen Partnern und der Troika aufstellen? Es war eine Abstimmung zwischen den Memoranden-Gegnern (SYRIZA, To Potami, ANEL, KKE) und denjenigen, die weiter wie bisher Griechenland neoliberal umbauen und die Reste des Sozialstaates zerschlagen wollen (ND, PASOK, KIDISO). In diesem Zusammenhang machten SYRIZA wie auch ANEL Front gegen die alten Eliten, die Oligarchien und die Korruption im Land und plädierten für einen Schuldenschnitt, so wie auch für deutsche Entschädigungszahlungen. Andere politische Fragen gerieten dabei nicht nur in den Hintergrund, sie spielten schlichtweg keine Rolle.

Gut vorstellbar ist also, dass sich SYRIZA und ANEL – in diesem zumindest für eine Seite ungeliebten Zweckbündnis – darauf verständigt haben, genau diesem Fokus der Wähler/-innen und Wahlkämpfer/-innen zu folgen, und sich an die Umsetzung dieser einen Forderung, der Forderung nach einer neuen europäischen Schuldenkonferenz, machen. Weitere gemeinsame politische Projekte, so wird hinsichtlich der deutlich sichtbaren Gegensätze beider Parteien klar, werden wohl nicht angegangen.

Gut vorstellbar ist auch, dass sich SYRIZA für die Durchsetzung weiterer und progressiver politischer Ziele, wie z. B. die Öffnung der Ehe in Griechenland – was mit einer an die orthodoxe Kirche gebundenen ANEL nicht durchsetzbar wäre – andere Bündnispartner im Parlament und außerhalb dessen suchen wird. Vergessen wir nicht, dass SYRIZA eben nicht nur Partei, sondern auch außerparlamentarische Bewegung ist. Gestern wurde bekannt gegeben, dass sich Tsipras auch mit der Führung von To Potami (Der Fluss) zusammensetzen wird, um über eine gemeinsame politische Arbeit zu beraten. Eine Koalition mit der ebenfalls im Parlament vertretenen sozialdemokratischen PASOK war von vornherein ausgeschlossen worden und hätte die Glaubwürdigkeit SYRIZAs im Kampf gegen die alten Oligarchien stark beschädigt. Die Kommunistische Partei KKE verweigert sich seit Jahren einem breiten linken Bündnis und einer Regierungsbeteiligung in kapitalistischen Gesellschaften. Die Liste an potenziellen Partnern im Parlament ist also nicht gerade lang!

Oft wird vor allem To Potami als Partei dargestellt, die sich als „natürlicher Koalitionspartner“ für SYRIZA anbieten



würde. To Potami selbst ist aber ebenfalls ein Produkt, das von Medien gegründet und mit Labels wie „liberal“ und „proeuropäisch“ versehen wurde. Bei genauerer Betrachtung ist diese Partei weder „progressiv“ noch „irgendwie links (liberal)“. Bei To Potami handelt es sich auch um ein autoritär organisiertes – weil auf wenige Personen zugeschnittenes – populistisch agitierendes Parteikonstrukt, welches in vielen programmatischen Fragen bewusst vage bleibt. Es ist nicht zu übersehen, dass auch die Protagonisten von To Potami der alten griechischen Oligarchie entstammen.

Die Partei ANEL ist vergleichsweise jung. Im europäischen wie deutschen Raum weiß man noch zu wenig über sie. Das hat nicht zuletzt mit ihrer Organisationsform und öffentlichen Kommunikationsstrategie zu tun. DIE LINKE wie „die Linke“ sollte weit entfernt davon sein, wegen der nun vereinbarten punktuellen Zusammenarbeit von SYRIZA mit ANEL sich Letztere schönzureden. Davon bin auch ich weit entfernt.

Zugleich aber sollte nicht der Fehler gemacht werden, andere europäische Parteien ausschließlich durch das Überstülpen deutscher Entsprechungen („ANEL ist eine Art CSU“, „die griechische AfD“, usw.) zu beschreiben. Diese Herangehensweise wäre zu einfach und trifft nur selten den Kern des Diskurses. Eines aber ist das „Zeitbündnis“ in Athen mit Sicherheit gewiss nicht: Ausdruck eines neuen Querfrontdenkens und -handelns der europäischen Linken!

Zu erwarten ist nun, dass eingedenk der Tatsache, dass SYRIZA „nur“ zwei weitere Stimmen für eine Mehrheit im Parlament benötigt, der Einfluss von ANEL in der Koalition eher gering bleiben wird. Und vielleicht ist es das Kalkül der Linkspartei, Zeit zu gewinnen, um doch noch den einen oder die andere Abgeordnete zum Übertritt in die SYRIZA-Fraktion oder zur Mitarbeit in zentralen innenpolitischen Fragen zu bewegen.

#### Anmerkungen:

- 1 Vgl. <http://blockupy-goes-athens.tumblr.com/post/109200382895/linksregierung-mit-einem-schuss-rechtspopulismus>
- 2 Vgl. <http://www.neues-deutschland.de/artikel/959666.syriza-bildet-koalition-mit-unabhaengigengriechen>
- 3 Vgl. <http://blockupy-goes-athens.tumblr.com/post/109200382895/linksregierung-mit-einem-schussrechtspopulismus>
- 4 Vgl. <http://www.athensnews.gr/portal/1/53978>
- 5 Vgl. <http://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/europe/greece/11369309/Greek-election-who-are-Independent-Greeks.html>
- 6 Vgl. <http://derstandard.at/2000010869310/Rechtspopulisten-ANEL-mit-aehnlichem-Anti-Austeritaetskurs-wie-Syriza>

## Das ist kein Völkerball

*Die Argumente von Merkel und Co. gegen einen Schuldenschnitt für Griechenland – und warum sie wenig taugen*

Von Antonella Muzzupappa und Sabine Nuss,  
Rosa-Luxemburg-Stiftung;  
aus: *neues deutschland*, 9. Februar 2015

Seit das Linksbündnis SYRIZA in Griechenland die Regierung führt, steht das Thema Schuldenschnitt im Zentrum der öffentlichen Debatte. SYRIZA fordert eine Senkung der Schulden. Die Bundesregierung und andere EU-Staaten zeigen sich unerbittlich: Einen Schuldenerlass wird es nicht geben, egal in welchem Gewand er sich zeigen soll – so wird gebetsmühlenartig wiederholt. Aber warum eigentlich nicht? Hier die fünf zentralen Argumente der Schuldenschnitt-Gegner und was sich dahinter verbirgt.

### 1. „Die deutschen Steuerzahler sollen nicht für die Schulden Griechenlands bezahlen müssen.“

Dazu ist Folgendes zu sagen, erstens: Die deutschen Kredite an Griechenland kommen nicht aus dem Steueraufkommen. Die Bundesregierung hat sich das Geld geliehen und an die „Krisenstaaten“ weiter verliehen. Die „Krisenstaaten“ zahlen Zinsen dafür. In diesem Sinne hat der „Steuerzahler“ noch nichts gezahlt.

Zweitens: Ein Schuldenschnitt für Griechenland wäre ökonomisch absolut verkraftbar, sowohl für die Bundesrepublik als auch für die EU. In europäischen Dimensionen betrachtet sind die rund 320 Milliarden Euro griechische Schulden „Peanuts“ – sie entsprechen etwa drei Prozent der Wirtschaftsleistung der Euro-Zone. Ursprünglich wollte die griechische Regierung, dass die Hälfte ihrer Schulden gestrichen wird – also ein Betrag, der nur 1,5 Prozent der Euro-Wirtschaftsleistung entspricht.

Und überhaupt: Was nutzt es dem „Steuerzahler“, wenn Griechenlands Pleite nur immer weiter hinausgezögert und sein Elend verlängert wird? Und was nutzt es ihm, wenn Griechenland definitiv Pleite geht und die Schulden gar nicht mehr zurückzahlen kann?

Das Interesse der „deutschen Steuerzahler“ ist die stärkste Waffe der Schuldenschnitt-Gegner. Dabei liegt auf der Hand: Die Berufung auf die Steuerzahler ist ein rein instrumentelles Argument. Laut Umfragen sind zwar mehr als die Hälfte der deutschen Steuerzahler gegen einen Schuldenerlass für Griechenland. Das müsste die Bundesregierung allerdings nicht interessieren: In Umfragen zum Afghanistan-Einsatz war die Mehrheit der Befragten ebenfalls dagegen. Das hat die Bundesregierung nicht davon abgehalten, Millionen für diesen Krieg statt für KITAS auszugeben. Das Argument „der deutsche Steuerzahler“ (respektive der europäischen) nutzt die Bundesregierung für ihre Zwecke: Sie kann so tun, als führe sie in den Entscheidungen zu Griechenland nur den Willen der Bevölkerung aus. Die Regierung als Dienstleister!

So argumentieren Politiker, wann immer möglich. Für alle Nicht-Politiker, also für die Steuerzahler gilt: Lasst euch nicht täuschen, denn in Europa geht es gar nicht um „Deutschland gegen Griechenland“, „Frankreich gegen Italien“ oder „Niederlande gegen Spanien“. Das ist kein Völkerball.



Tatsächlich geht es um „Arm gegen Reich“, um „Lohnabhängige gegen Kapitalbesitzer“ – also darum, dass die Ausgaben des Staates die Kapitalbesitzer unterstützen sollen, statt soziale Maßnahmen zu finanzieren. Die normale Bevölkerung soll billiger werden, sparen, auf Lohn verzichten, mehr arbeiten, wettbewerbsfähiger werden (siehe „Agenda 2010“), um Investitionen in Europa rentabler zu machen. Die „Euro-Rettung“ ist darauf angelegt, Investitionsrenditen zu erhöhen. Dafür müssen die einen zahlen und arbeiten, die anderen kassieren. Und das in jedem einzelnen Land.

Das Argument „Steuerzahler“ dagegen sortiert die Menschen nach ihrer Nationalität. Nach dem Muster: Jeder Steuerzahler ist ein kleiner Finanzminister. Wer so denkt, hat die falschen Feinde: die Griechen, Deutschen, Spanier, Portugiesen, Franzosen ... Und er hat die falschen Freunde: seine Regierung und die heimische Elite. Der alte Spruch „Die Grenze verläuft nicht zwischen den Nationen, sondern zwischen oben und unten“ gilt nach wie vor.

## **2. „Ein Schuldenschnitt würde doch gar nichts bringen.“**

Das stimmt zum Teil, wenn man nur die Schulden Griechenlands bei den EU-Staaten und dem Euro-Rettungsschirm (EFSF) betrachtet. Für diese Kredite werden Zinsen und Rückzahlungen erst ab dem Jahr 2020 fällig. Nur ein wenig an Zinsen muss Griechenland schon jetzt zahlen, aber es handelt sich hier um Summen, die zu vernachlässigen sind. Wenn diese Schulden gestrichen werden, schafft das also Griechenland in den nächsten Jahren kaum Erleichterung. Soweit stimmt der Einwand: Bei den Schulden von EFSF und EU-Staaten bringt ein Schuldenschnitt kurzfristig keine Verbesserung. Ab 2020 sieht die Sache natürlich auch hier anders aus. Aber schauen wir uns an, wie sich die Situation bei den Krediten der anderen Gläubiger darstellt.

Rund 50 Milliarden Euro schuldet Griechenland dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Europäischen Zentralbank (EZB). Und diese Schulden müssen schon jetzt bedient werden: Bereits dieses Jahr werden hierfür Zins- und Rückzahlungen über mehrere Milliarden fällig. Für diese Schulden würde also ein Schuldenschnitt auch kurzfristig etwas bringen. EZB und IWF dürfen aber laut Statuten die Schulden nicht streichen.

Will man diese Statuten nicht ändern, dann liegt die Lösung auf dem Tisch: Die EU-Staaten oder der Euro-Rettungsschirm übernehmen die Schulden von EZB und IWF, streichen Teile (sie dürfen das nämlich), senken Zinsen, legen die Schulden still, koppeln ihre Bedienung an das griechische Wirtschaftswachstum, was auch immer. Ob das jetzt passiert oder nicht, ist weniger mit ökonomischen Sachzwängen zu erklären, sondern ist eine politische Entscheidung: Indem man die Schulden nicht streicht, kann man den Druck auf Griechenland dauerhaft aufrechterhalten und die Politik des Landes kontrollieren. Denn ohne Schuldenschnitt braucht Griechenland immer neue Kredite von der EU, und die erhält es nur, wenn dort weiter die sogenannten Reformen durchgesetzt werden (Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, Privatisierungen, Entlassungen, Schwächung der Gewerkschaften, Kürzungen, usw.). Genau damit will die Regierung von SYRIZA Schluss machen – und genau das erlauben Bundesregierung und Troika (EU-Kommission, IWF, EZB) nicht. Im Gegenteil, sie wollen ihre „Reform“politik europaweit durchsetzen.

## **3. „Griechenland hat schon einen Schuldenschnitt bekommen!“**

Im Jahr 2012 gab es tatsächlich einen Schuldenschnitt für Griechenland. Damals ging es um die Kredite von privaten Gläubigern (Banken, Investmentfonds, Versicherungen). Sie verzichteten auf Forderungen über 100 Milliarden Euro, heißt es (tatsächlich sanken Griechenlands Schulden viel weniger). Schön und gut. Aber:

Erstens ist ein Schuldenschnitt für sich kein Argument gegen einen zweiten Schuldenschnitt, sollte Griechenland ihn brauchen.

Zweitens ging es damals nicht darum, dass durch den Schuldenschnitt Geld frei wird für Infrastruktur, Soziales oder ähnliches. Ziel der Angelegenheit war, die Schuldenlast Griechenlands „tragbar“ zu machen. Gestrichen wurde nur der Teil der Schulden, den man für ohnehin uneinbringbar hielt. Der Rest blieb bestehen. Durch den Schuldenerlass sollte Griechenland die Bedienung dieser Restschulden ermöglicht werden. Das war die „Rettung“: Die Ansprüche der Gläubiger sollten gesichert werden, und dafür musste das Land natürlich weitere soziale Einschnitte aufbringen.

Profitiert haben davon die privaten Gläubiger, also die Banken und Investmentfonds, die Griechenland Geld geliehen hatten: Sie mussten ihre Griechenland-Kredite nicht voll abschreiben, sondern konnten einen Teil retten, weil die EU und der IWF einsprangen. Im Ergebnis liegen Griechenlands Schulden nun bei EU und IWF und die privaten Geldgeber sind fein raus.

## **4. „Griechenland muss sich an die Vereinbarungen halten!“**

Auch das ist für sich kein Argument. Verträge können verändert werden. Auch die Bundesrepublik erhielt 1953 einen großen Schuldenerlass, um die Wirtschaft des Landes zu stärken. Und übrigens: Die Zwangsanleihe, mit der das Dritte Reich im Zweiten Weltkrieg Millionen aus Griechenland herausholte, wurde nie zurückgezahlt. Von wegen „Verträge müssen eingehalten werden“!

Der wahre Grund dafür, dass die Bundesregierung auf die Einhaltung der Vereinbarungen besteht, ist: Es gibt keinen Schuldenschnitt, weil es keinen geben darf. Das ist zwar ökonomischer Irrsinn – „Man kann Länder nicht mitten in einer Depression ausquetschen“, sagte jüngst sogar US-Präsident Barack Obama. Doch Bundesregierung und EU bleiben hart, verweigern jeden Schuldenschnitt. Das ist eine politische Entscheidung – kein ökonomischer Sachzwang, sondern Ausdruck eines Interesses.

Die Schulden Griechenlands sollen aufrechterhalten werden,

- um nicht zugeben zu müssen, dass die Politik der Troika komplett gescheitert ist. Die sogenannten Reformen haben in Griechenland nämlich bislang zu einer Schrumpfung der Wirtschaft um 25 Prozent, einer Arbeitslosenrate von 25 Prozent (50 Prozent bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen), einem Zusammenbruch des Gesundheitssystems usw. geführt. Gleichzeitig wuchs durch den „Sparkurs“ die Schuldenlast immer weiter;
- um weiter Druck auf Griechenland und andere Länder auszuüben. Das gibt die Bundesregierung auch offen zu. Ein Schuldenschnitt oder andere Erleichterungen könnten „den Reformwillen in Europa erlahmen lassen“;
- um am Beispiel Athen ein Exempel zu statuieren und ein

Signal an alle Länder Europas zu senden: Wer innerhalb der Eurozone die „Hilfe“ anderer Staaten braucht, der erhält sie nur, wenn er sich bereit erklärt, alles dem Spar- und Reformdiktat der Geldgeber unterzuordnen und notfalls auch große Teile seiner Wirtschaft zu opfern. Ganze Länder, ihre Bevölkerungen und ihre Wirtschaft werden dabei einem Maßstab untergeordnet: „Schuldentragfähigkeit“. Ein Land muss – fern jedweder ökonomischen Notwendigkeit – alles tun, um seine Verbindlichkeiten zu bedienen, koste es, was es wolle: Schuldenbedienung ist wichtiger als die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Leute. Damit Schulden bedient werden können, wird Menschen die medizinische Versorgung gestrichen, ihre Wohnung zwangsversteigert, ihnen wird der Strom abgestellt und der Lohn gesenkt. Hauptsache das Land bezahlt die Schulden zurück, bedient also die Ansprüche der Gläubiger und das heißt meistens: der Anleger an den Finanzmärkten.

### 5. „Wir haben Griechenland doch schon genug geholfen!“

Was heißt hier „Hilfe“? Griechenland erhielt doch keine milden Gaben, sondern Kredite. Wären Kredite „Hilfen“, so wäre jede Bank eine Hilfsorganisation. Die Kredite der EU-Staaten an Griechenland dienten nicht dem Zweck, den Menschen dort Leid zu ersparen. Das wäre eine „Hilfe“ gewesen! Ihr Ziel war es zum einen, die privaten Geldgeber Griechenlands vor hohen Verlusten zu schützen. Zum anderen sollte durch eine Vermeidung der Staatspleite Griechenlands die Euro-Zone stabilisiert werden, die die Basis des wirtschaftlichen Erfolgs gerade Deutschlands ist. Also: Die EU hat nicht Griechenland vor der Pleite gerettet. Sondern: Die EU hat sich vor den Folgen einer Griechenland-Pleite gerettet. Die „Hilfs“kredite waren nicht als Hilfe gedacht, sondern als Investition. Dass sie sich lohnt, dafür sollen die Menschen in Griechenland geradestehen.

## Die deutsche Milliardenschuld

*Die Nazis stahlen Griechenland auch Geld. Von einer späten Rückzahlung will die Bundesregierung jedoch nichts wissen.*

*Von Tom Strohschneider;  
aus neues deutschland 5. Januar 2015*

Die „Bild“-Zeitung ist schwer im Wahlkampf gegen die linke SYRIZA in Griechenland. „Europa in Angst“, schlagzeilte das Kombinat für Vorurteile angesichts der bevorstehenden Neuwahlen. Alexis Tsipras habe sich auf Deutschland „eingeschossen“, wird in unnachahmlicher historischer Sensibilität behauptet – immerhin geht es der „Bild“ auch um Ansprüche, die in Griechenland wegen der Nazi-Besatzung im Zweiten Weltkrieg erhoben werden. „Sogar Reparationszahlungen“ würden von SYRIZA geltend gemacht.

Sogar! „Bild“ nennt die Forderung „dreist und gefährlich“. Kurz darauf wurde unter der Überschrift „Hetz-Protokolle des linken Griechen“ nachgelegt. Das Blatt hat dazu eine Äußerung von SYRIZA-Chef Tsipras zitiert: „Die Frage des Besatzungsdarlehens steht für uns offen. Vom ersten Tag an, von dem wir an der Spitze des Landes sein werden, wird das

zur offiziellen griechischen Position werden.“ Bei „Bild“ wird daraus „Er will uns ans Geld“, um „seine Wunschliste vom deutschen Steuerzahler bezahlen“ zu lassen. Dabei müsse „man bedenken, dass Deutschland für die Griechen in Millio-nenhöhe haftet“, so „Bild“.

Nun ist es erstens so, dass nicht nur SYRIZA erwogen hat, die Frage der Reparationen für die Barbarei der Nationalsozialisten in Griechenland erneut auf die Tagesordnung zu heben. Sie ist dort eigentlich schon längst: Als Bundespräsident Joachim Gauck im März in Athen weilte, forderte auch der griechische Staatspräsident Karolos Papoulias, es müssten schnell Verhandlungen über Reparationen und die Rückzahlung einer von den Nazis erhobenen Zwangsanleihe aufgenommen werden.

„Griechenland hat diese Forderungen nie aufgegeben“, sagte Papoulias damals – eben jener Präsident, dessen Nachfolge nun in drei Wahlgängen scheiterte, weshalb Neuwahlen zum Parlament anstehen. Papoulias übrigens hatte sich als 14-Jähriger dem Partisanenkampf gegen die Nazi-Besatzer angeschlossen und später in Deutschland promoviert: über „Erwerb und Verlust des unmittelbaren Besitzes im griechischen und deutschen Recht“.

Gauck hatte die Forderung seines griechischen Amtskollegen damals abtropfen lassen: „Ich werde mich dazu nicht äußern. Und ganz gewiss nicht anders als meine Regierung“, sagte der Bundespräsident im März.

In der Tat, und hier beginnt zweitens, versucht die Bundesregierung seit Jahren, die Frage der Reparationen und der Rückzahlung einer von den deutschen Besatzern 1942 aufgenötigten Zwangsanleihe auszusetzen. Allein Letztere soll heute mindestens rund 3,5 Milliarden US-Dollar Wert sein. Andere Angaben gehen von 75 Milliarden Euro aus – wie auch die Bundesregierung bestätigt.

Schon vor Jahren hatte sich die damalige PDS-Fraktion im Bundestag bei der deutschen Regierung um Aufklärung über diese Frage bemüht. Im Jahr 2000 antwortete das Bundesfinanzministerium auf eine Anfrage der PDS: „Griechenland verlangt die Rückzahlung der sogenannten Zwangsanleihe, die das Deutsche Reich als Besatzungsmacht 1942 der griechischen Staatsbank auferlegt hatte.“ Die Bundesregierung sei aber „nicht bereit, diese Forderungen anzuerkennen“.

Zur Begründung hieß es damals: „Nach Ablauf von 55 Jahren seit Kriegsende und Jahrzehnten friedlicher, vertrauensvoller und fruchtbarer Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland mit der internationalen Staatengemeinschaft hat die Reparationsfrage ihre Berechtigung verloren.“ Hat sie das? Für wen? In Griechenland kommen nicht wenige zu einer anderen Beurteilung.

Die Bundesregierung wies außerdem darauf hin, dass Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg „in hohem Maße Reparationsleistungen erbracht“ habe. Wie hoch das Maß war? Im Rahmen eines Wiedergutmachungsabkommens von 1960 wurden an die griechische Regierung 115 Millionen D-Mark gezahlt. Das wären etwas mehr als drei Prozent der Summe, die heute als Mindestwert der Rückforderung allein wegen der Zwangsanleihe angeben wird.

2010 fragte die Linksfraktion erneut nach. Diesmal antwortete das Auswärtige Amt: „Bei der sogenannten Zwangsanleihe geht es darum, dass 1942 Griechenland auferlegt wurde, über die Kosten der deutschen Besatzungstruppen hinaus Beträge unmittelbar über die Bank von Griechenland



zur Verfügung zu stellen. Dabei wurden sogenannte Anlaskungskonten im Warenverkehr zwischen Griechenland und dem Deutschen Reich saldiert. Bei Kriegsende war ein Betrag von 476 Millionen Reichsmark offen.“

2010, die Eurokrise hatte gerade an Fahrt aufgenommen und Kanzlerin Angela Merkel taktierte in der Frage der Griechenland-Hilfe auf gefährliche Weise, behauptete die Bundesregierung, ihr seien „keine Bestrebungen der griechischen Regierung bekannt, derartige Forderungen geltend zu machen. Gespräche mit der griechischen Regierung hat es in dieser Sache nicht gegeben.“

Dabei hätten deutsche Vertreter wohl auch nichts anderes getan als ihre Rechtsauffassung zu wiederholen: Man sieht in der Rückforderung der Zwangsanleihe einen Reparationsanspruch – und hält diesen für abgegolten. Die Argumentation: Im Londoner Schuldenabkommen von 1953 sei die Regelung der deutschen Reparationen auf die Zeit nach Abschluss eines „förmlichen Friedensvertrages“ vertagt worden. Diese Regelung wiederum sei 1990 durch den Zwei-plus-Vier-Vertrag gegenstandslos geworden – die Bundesregierung liest die Vereinbarung so, dass die Reparationsfrage nach dem Willen der Vertragspartner nicht mehr geregelt werden sollte. Dem habe auch Griechenland zugestimmt, da es die KSZE-Charta von Paris unterzeichnet habe.

In Athen – und keineswegs nur bei SYRIZA – gibt es Stimmen, die das anders sehen. Der Zwei-plus-Vier-Vertrag sei damals lediglich zur Kenntnis genommen worden, damit sei also auch die Reparationsfrage noch nicht völlig vom Tisch. Die „Tageszeitung“ formulierte es einmal so: „Wer seinem Gläubiger sagt, er soll in 70 Jahren wiederkommen, der darf sich auch nicht wundern, wenn dieser sich tatsächlich meldet.“

Tatsächlich heißt es in der Charta von Paris lediglich: „Wir nehmen mit großer Genugtuung Kenntnis von dem am 12. September 1990 in Moskau unterzeichneten Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland.“ Weder ist von Reparationen die Rede noch davon, dass die Unterzeichner der Charta von Paris, also auch Griechenland, „damit die Rechtswirkungen des Zwei-plus-Vier-Vertrages auch für sich anerkannt“ hätten, wie es die Bundesregierung formuliert.

Die Linksfraktion blieb an der Sache dran. Im Februar 2014 erklärte auf ihre Anfrage nun wieder das Bundesministerium der Finanzen: „Ein formeller, endgültiger Verzicht der griechischen Regierung auf die Geltendmachung von Reparationsforderungen ist der Bundesregierung nicht bekannt.“ Zuvor hatte die Linksfraktion mehrere Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages zu der Frage der Zwangsanleihe eingeholt, mindestens eines davon wurde laut Linksfraktion als vertraulich deklariert.

In einer dieser Expertisen (WD 2, 093/13) heißt es laut Linksfraktion, die griechischen Forderungen ließen sich nicht zwingend als Reparationsanspruch klassifizieren, sondern könnten auch als vertragsrechtlicher Darlehensrückzahlungsanspruch betrachtet werden. In einem anderen Gutachten heißt es laut Linksfraktion (WD 2, 041/13), die Rechtsauffassung der Regierung sei aus völkerrechtlicher Sicht nicht zwingend. Von der rechtlichen Situation abgesehen, müssten auch moralische und politische Pflichten berücksichtigt werden. „Was die Nazis gestohlen haben, darf die Bundesrepublik Deutschland nicht einfach behalten“, fasste das die Linksfraktion zusammen.

Auf diese Argumente wollte sich das Bundesfinanzministerium im Februar 2014 aber nicht einlassen. Man verwies auf die bisher vertretene Rechtsauffassung und erklärte mit Blick auf die Gutachten: „Schlussfolgerungen sind daher seitens der Bundesregierung nicht zu ziehen.“

Im April 2014, kurz nach Gaucks Besuch in Athen, wurde ein „streng geheimer“ Bericht bekannt, in dem griechische Experten im Auftrag der Regierung in Athen auf 80 Seiten mögliche Ansprüche auf milliardenschwere Reparationszahlungen aufgelistet haben. Unklar blieb, wie die angeblich ebenfalls in dem Geheimbericht formulierte juristische Argumentation aussieht. Und auch die genaue Höhe der etwaigen Ansprüche blieb offen: Damals war davon die Rede, dass Griechenland gegenüber Deutschland Forderungen geltend machen könnte, die sich auf über 100 Milliarden Euro belaufen.

Die LINKE-Politikerin Ulla Jelpke kritisierte im Frühjahr 2014, „Deutschland hat Griechenland während des Zweiten Weltkriegs mehrere Milliarden Euro geraubt und bis heute nichts davon zurückgegeben.“ Und: „Deutschland darf nicht einfach kaltschnäuzig auf Geld sitzen bleiben, das die Nazis gestohlen haben.“

Bei „Bild“ sieht man das anders. Und man sagt es in Springers Blatt mit einer Kaltschnäuzigkeit, die mit den Worten „dreist und gefährlich“ noch viel zu milde beurteilt wäre.

## Ein Signal an die europäische Linke

Von Tom Strohschneider, Chefredakteur;  
aus: *neues deutschland*, 23. Februar 2015

Wer ist der Sieger des Treffens [der Finanzminister der Euro-Gruppe] vom Freitagabend? Wer der Verlierer? Die Frage ist falsch gestellt – denn ob und wer in Brüssel was genau erreicht hat, ist nicht nur eine Angelegenheit des Konflikts um das Kreditprogramm für Griechenland und die umstrittenen Kürzungsaufgaben. Es geht hier um mehr, um die europäische Krisenpolitik, um die Machtbalance in der EU und um die Glaubwürdigkeit eines neoliberalen Kurses, der bis zur Peinlichkeit demaskiert ist – und trotzdem immer noch die Szenerie bestimmt. Aber eben nicht mehr ganz unangefochten.

Zum Kompromiss von Freitagabend sind mehr als vorläufige Überlegungen zudem kaum angemessen. Immerhin muss bereits in der Nacht zum Dienstag die nächste große Hürde übersprungen werden: Die „Institutionen“ und die Euro-Finanzminister müssen den Vorschlägen aus Athen erst zustimmen. „Wenn die Liste keine Billigung findet, dann ist die Vereinbarung tot“, hat der griechische Finanzminister Yanis Varoufakis erklärt. Die Entscheidung darüber, ob Griechenland zum „Ko-Autor der Reformen und seines Schicksals“ werden kann, ist also noch gar nicht endgültig gefallen.

Dennoch liegt in der Nacht zum Sonnabend der Keim eines Erfolgs von SYRIZA. Die neue Regierung in Athen hat etwas Spielraum gewonnen, unter anderem in Sachen Primärüberschuss und bei einem Teil der Kürzungsaufgaben. Klar: Ein Befreiungsschlag ist das nicht, es gelten die alten Regeln weiter, es wird kaum einfacher. Aber: Die Linkspartei hat ge-



genüber der kompromisslosen Linie in Berlin gezeigt, wer wirklich ein Interesse an einer Einigung hatte, was im öffentlichen Ringen um Zustimmung nicht unwichtig ist. Und: SYRIZA hat in den vier Wochen seit Amtsantritt bereits mehr für einen Kurswechsel in der Krisenpolitik geleistet, als es der europäischen Linken – oder wer sich zu ihr gern zählte, dann aber anders handelte – bisher gelungen ist. Diese dringend notwendige Kehrtwende ist ohnehin kein Projekt weniger Wochen, schon gar nicht eines, das im Rahmen der schwierigen Verhandlung über die Verlängerung des Kreditprogrammes für ein Land zu erreichen ist.

Es wird jetzt von links an SYRIZA zweifellos Kritik geben. Das ist auch völlig in Ordnung, ja: notwendig. Die gegen jeden Kompromiss gepanzerte Kommunistische Partei KKE hat sich am Samstagmorgen bereits ablehnend geäußert, andere werden folgen. Der Kurs, den zuletzt vor allem Varoufakis verkörpert hat, führt in der Tat weder direkt in die „Neukonstituierung Europas“ unter völlig veränderten Vorzeichen, auch nicht in einen Instant-Sozialismus vom Reißbrett und wahrscheinlich muss SYRIZA sogar Abstriche bei einigen der geplanten sozialen Sofortmaßnahmen machen.

Und dennoch: Der Gewinn von Zeit ist mehr als eine Fristverlängerung für ein „bloß reformistisches“ Projekt, es ist ein notwendiger Umweg. Weder sind die Gefahren gebannt, dass die Vertiefung der Krise – und diese wäre das sichere Ergebnis einer Staatspleite und eines Grexits – nach rechts ausschlägt noch kann ernsthaft davon die Rede sein, dass es bereits gesellschaftliche Mehrheiten im europäischen Maßstab für eine andere, neue EU gibt. Nur: Darauf kann SYRIZA nicht warten, der Preis ist untragbar – eine humanitäre Krise, von der sich auch die meisten Beobachter außerhalb Griechenlands kaum eine realistische Vorstellung machen können.

Schließlich, aber keineswegs abschließend: Der Abend von Brüssel bringt Dämpfer für das neoliberale Berlin mit sich. Auf europäischer Bühne ist Schäubles Njet der vergangenen Wochen nicht durchgegangen, das ist ein Erfolg gegen den Versuch, sich mit Erpressungspolitik über alle alternativen Erwägungen und Kompromisse hinwegzusetzen. Im Machtspiel der EU ist, zweitens, das Gewicht des „politischen Europa“ der Kommission gegenüber dem „finanziellen Europa“ der Eurogruppe und des Bundesfinanzministeriums gestärkt worden. Drittens: Der Kurs, der maßgeblich von Schäubles Ultras vorangetrieben wurde, ist im Ringen um die Verlängerung des Kreditprogramms demaskiert worden. Weder sind die Vorschläge aus Athen so „irre“, wie es die veröffentlichte Meinung hierzulande gern darstellt, noch lässt sich die politökonomische Verengung auf Austerität weiter gegen eine Wirklichkeit verteidigen, die gezeigt hat, welche Folgen dieser Kurs hat. Und jeder, der es wissen möchte, kann sehen, dass der Satz „There is no Alternative“ eine politische Lüge ist: Unlängst erst hatte sich Berlin dafür eingesetzt, die „extrem harten Auflagen“ für einen geplanten IWF-Kredit an die Ukraine zu lockern, um das Land „innenpolitisch nicht zu destabilisieren“.

Was also hat SYRIZA erreicht? Die Regierung in Athen hat die Re-Politisierung der Krisenbearbeitung in der EU vorangetrieben, was auch die politischen Bedingungen für Linke in anderen Ländern verbessert. SYRIZA hat die Unbedingtheit eines neoliberalen Bürokratismus durchbrochen, der nur Memoranden, Vereinbarungen und technische Parameter kennt – und einem Dogmatismus der Austerität frönt, den

man angesichts seiner Bilanz lächerlich nennen könnte, würde die politische Herrschaft dieses Irrglaubens nicht so viel soziale und ökonomische Verheerungen hinterlassen.

Über die Bedingungen der Gläubiger kann, das ist eine Botschaft von Freitagabend, politisch verhandelt werden, auch wenn die deutsche Seite das verhindern wollte. Über den realen Ertrag von Privatisierungsforderungen, über die Frage, warum nach Jahren des „Sparens“ die Schuldenberge nicht kleiner werden, welche Rolle europäische Werte wie die der Menschenwürde, der sozialen Sicherheit und der guten Arbeit gegenüber dem Prinzip der Austerität haben, wird schon jetzt anders gesprochen als vor den Wahlen in Griechenland. Das ist, gerade aus der linken Perspektive eigener Schwäche in der Krise, alles andere als nichts.

## Ein Ende der Eiszeit macht noch keinen Frühling

*Zur Debatte um den Wahlsieg von SYRIZA und die Konsequenzen für die Linke in Deutschland*

*Von Dominic Heilig und Luise Neuhaus-Wartenberg,<sup>1</sup> 15. Februar 2015; aus: <http://dominic.linkeblogs.de>*

Es waren vorgezogene Neuwahlen in Athen – fast schon eine Normalität im politischen Griechenland seit dem Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise – an diesem denkwürdigen und bislang für die politische Linke in Europa einzigartigen 25. Januar. Die linke Sammlungspartei SYRIZA verfehlte zwar denkbar knapp – um zwei Sitze – die parlamentarische absolute Mehrheit, konnte aber alle Vorwahlumfragen bestätigen und wurde mit über 36 Prozent der Stimmen zur stärksten Partei in Griechenland.

Die bislang regierenden und als Oligarchie im Land auf tretenden Konservativen der Nea Dimokratia (ND) blieben sogar unterhalb der 30-Prozent-Marke und mussten damit schließlich die Regierungsgeschäfte an SYRIZA abgeben. Ob sie aber tatsächlich auch die Macht im Lande abgegeben haben, werden die kommenden Monate zeigen. Pikant ist zudem: Über einen Erfolg der neuen Linksregierung wird längst nicht allein in Athen, sondern auch in Berlin und in Brüssel entschieden.

### Was tun ...

Tom Stroschneider und Horst Kahrs haben in ihrem bemerkenswerten Beitrag<sup>2</sup> „Was tun“ die Frage aufgemacht, ob und wie die Linke in Europa aus ihrer „Zuschauer-Solidarität“ heraustreten könne. Sie schreiben: „Ein echter Bruch mit dem Merkel-Modell wird nur dann erfolgreich sein, wenn er nicht der Kanzlerin selbst überlassen wird.“

Lutz Brangsch von der Rosa-Luxemburg-Stiftung antwortete in seinem Beitrag<sup>3</sup> „Die eigenen Lösungen ernst nehmen“ prägnant: „Das Erzwingen eines Politikwechsels allein SYRIZA und eventuell PODEMOS aufzuladen, wird beide Projekte zum Scheitern bringen.“

Auch Moritz Warnke hat sich in die Debatte eingeschaltet, plädiert für eine „Terrainverschiebung, weg von der klassischen Logik parlamentarischer Repräsentation“ und stellt dem entgegen, „dass gerade das Charakteristische des Aufbruchs in Südeuropa“ nicht in der Fixierung auf die „parla-



mentarische Dimension“, sondern in der „Maulwurfsarbeit in den Platzbewegungen“ zu suchen sei.

Zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte regiert in einem europäischen Land eine Partei links der Sozialdemokratie nicht als Anhängsel oder Mehrheitsbeschafferin. Die Solidarität in Europa mit der neuen Athener Regierung unter Linken ist deshalb groß. Wann hat es das schon gegeben, dass Linke nicht gegen, sondern für eine Regierung auf Straßen und Plätzen demonstrieren? Und das nicht nur in Athen, sondern auch in Berlin, Madrid, Brüssel, kurz, überall in den europäischen Zentren.

SYRIZA liefert dafür das Fundament. Vor wenigen Tagen stellte Regierungschef Tsipras seine politischen Vorhaben im Athener Parlament vor, reist samt Ministern seit seinem Wahlsieg von einem EU-Mitgliedsstaat zum nächsten, wirbt für einen Politikwechsel. Wenige Stunden nach der Regierungsbildung in Griechenland wurde die Privatisierung des Hafens von Piräus zurückgenommen, wurden Mindestrente und Mindestlöhne angehoben, entlassene Mitarbeiter des Öffentlichen Dienstes wieder eingestellt, die Polizei bei Demonstrationen „entwaffnet“. EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker dachte nach dem Rauswurf der Troika aus Griechenland sogar laut über deren Auflösung nach, Italiens Regierungschef Renzi und Frankreichs Staatspräsident Hollande sympathisieren vorsichtig mit der neuen griechischen Politik, und Österreichs Außenminister solidarisierte sich offen mit Athen.

80 Prozent der Griechinnen und Griechen stehen hinter den Maßnahmen der Regierung Tsipras, und nach neuesten Umfragen würde SYRIZA bei Wahlen über 40 Prozent erzielen. Die Linke wirkt europaweit wie elektrisiert und hat die passenden Demospruchbänder und Plakate immer dabei. „Zuerst nehmen wir Athen, dann Madrid“ heißt es da unter anderem. Oder „Wir sind in Griechenland gestartet“. Nur – wohin führt der Weg, und wird er von Dauer sein?

Diese Fragen bleiben unbeantwortet und damit auch die Frage, wie ein Politikwechsel in Europa gelingen kann.

Richtig ist, dass der Sieg SYRIZAs ein für die europäische Linke historischer ist. Die Linke sollte dies entsprechend feiern und als Signal, als eine einmalige Chance verstehen. Richtig ist weiter, dass die griechische Regierung ein unglaubliches und selten in Europa zu beobachtendes Tempo vorgelegt hat. Richtig ist auch, dass alle bisherigen Maßnahmen geeignet sind, den Menschen in Griechenland das Vertrauen in die Politik zurück zu geben, denn SYRIZA setzt bislang das um, was sie in ihrem Programm versprochen hatte. Glücklicherweise scheint auch der Einfluss des rechts-konservativen Koalitionspartners ANEL auf die Politik der Regierung mehr als nur beschränkt zu sein. Dies zeigt sich wohl am deutlichsten an der unmittelbaren Einbürgerung von Flüchtlingskindern und der Initiative zur Öffnung der Ehe im orthodoxen Griechenland.

Viele in der deutschen LINKEN sprechen deshalb von einem „europäischen roten Frühling“. Doch: Ein Ende der Eiszeit bedeutet noch lange nicht, dass der Frühling gekommen ist. Denn Kanzlerin Merkel kann gar nicht anders, als gemeinsam mit ihrem Finanzminister Wolfgang Schäuble die Forderungen z. B. nach einem Schuldenschnitt für Griechenland strikt abzulehnen. Deutschlands Wort hat Gewicht in Europa. Ein Übergewicht, ohne Zweifel. Sollte Merkel Alexis Tsipras in zentralen Fragen entgegenkommen, würde sie ein ihrer bisherigen Politik entgegenstehendes Signal in die an-

deren Krisenländer wie Spanien und Portugal aussenden. Daran aber haben weder Merkel noch die konservativen Kürzungsregierungen auf der iberischen Halbinsel ein Interesse. Ende des Jahres stehen Wahlen an; ein Kurswechsel käme zum jetzigen Zeitpunkt zu spät und wäre Wasser auf die Mühlen der Protestierenden.

## Hindernisse auf dem Weg nach Madrid

Auch die Linke in Europa schaut nun gebannt von Athen nach Madrid. Dort führt seit einigen Monaten die Sammlungspartei PODEMOS die Umfragen deutlich an. Bereits heute wird von einer zweiten Linksregierung in Europa geträumt. Übersehen wird dabei aber, dass die SYRIZA viel näher stehende und in Aufbau und Auftreten vergleichbare Linkspartei Izquierda Unida (IU) nicht in gleichem Maße von einer Wechselstimmung unter der Bevölkerung profitiert. PODEMOS als Sammlungsbewegung ist darüber hinaus, anders als SYRIZA, eben nicht eine dezidiert linke Bewegung, kann und darf dies auch nicht sein, will sie im Dezember in Madrid die Mehrheit erringen.

Was die meisten linken Solidaritätsadressen ebenfalls übersehen: Bevor in Spanien ein Regierungswechsel eingeleitet werden könnte, werden im Nachbarland Portugal die Bürger an die Wahlurnen gerufen. Davon allerdings ist unter der politischen Linken im Rest Europas kaum etwas zu vernehmen. Fast scheint es, als fokussiere sich Solidarität nach dem Sieg von SYRIZA ausschließlich auf Sieger(typen) und weniger auf die „Sorgenkinder“ Europas. Dies aber kann zum Bumerang für die europäische Linke, auch für PODEMOS in Spanien werden. Die Wechselwirkung politischer Prozesse zwischen beiden Ländern ist nicht zu ignorieren.

Die Linke in Portugal ist tief gespalten, obwohl die Proteststimmung ob der jahrelangen Troika-Kürzungsdiktate mit der in Griechenland und Spanien vergleichbar ist.<sup>4</sup>

Aufgrund der eigenen Schwäche und eines noch immer fehlenden Impulses, die Kräfte zu bündeln, wird in Lissabon ein Politikwechsel nur anhand von Konstellationsdebatten und Koalitionsoptionen mit der sozialdemokratischen PS diskutiert. Eine Debatte, die der deutschen LINKEN nicht unbekannt sein dürfte. Soll man der Sozialdemokratie ein parlamentarisches Bündnis anbieten, um eine große Koalition mit den Konservativen zu verhindern? Möglich, aber gesellschaftliche Mehrheiten werden so nicht geschaffen. Eine Erkenntnis die auch in Deutschland reift.<sup>5</sup>

Kahrs und Strohschneider entwickeln mit Blick auf Deutschland ein interessantes Gedankenspiel: „Im Bundestag gibt es eine Mehrheit von SPD, Linkspartei und Grünen. In allen Parteien wird mindestens eine Korrektur der auf reine Austerität setzenden Krisenpolitik befürwortet.“ Statt aber, wie die beiden Autoren schreiben, einen Neuanfang zu starten und zumindest „die bestehende parlamentarische Mehrheit für ein Minimalprogramm“ zu nutzen, wird wieder in langweiligem Kanon mitgeteilt, warum man mit der Gabriel-SPD und Teilen der Grünen nicht könne oder umgekehrt aufgrund der Außenpolitik der LINKEN mit dieser Partei eine Zusammenarbeit scheitert.

Vielleicht wäre es nach dem Sieg von SYRIZA sinnvoll, wenn sich der Fokus der europäischen Linken statt auf Spanien nun auf Deutschland richten würde. Der LINKEN würde dies sicherlich helfen. Denn auch in ihr wird aktuell nicht debattiert, was denn nun nötig wäre, um der neuen griechischen Regierung, dem „roten europäischen Frühling“,

praktische Solidarität zuteilwerden zu lassen. Aktuell verharrt DIE LINKE immer noch in ihrer administrativ-solidarischen Diplomatie, – die sie selbst als Internationalismus bezeichnet – die sich dadurch auszeichnet, an „Merkel zu appellieren“ und auf Schildern „Solidarität mit Griechenland“ statt „Solidarität mit den Griech/-innen“ zu fordern. In Berlin bleibt man außenstehender Kommentator von Einzelentscheidungen und übernimmt nicht die Rolle des Aufklärers und Streiters für einen kontinentweiten Politikwechsel. Diese Rolle hatte schließlich Alexis Tsipras mit seinem „Offenen Brief“ an die deutsche Bevölkerung übernommen.

### Politik als praktische Solidarität

Bislang gibt es keine neuen oder definierten Initiativen die zum Ziel haben, die Politik der Europäischen Union gegenüber den Krisenländern zu ändern. Zwar wird der Rauschmiss der Troika aus Griechenland bejubelt, konkrete Politik folgt daraus nicht. Wo bleibt die Initiative, die bisherigen Programme der Troika und die Zahlungsmodalitäten der verschiedenen Tranchen unter die demokratische Kontrolle der Menschen, z. B. über das Europäische Parlament zu stellen? Wo bleiben die Initiativen der LINKEN, angesichts der auch in Deutschland wieder kontroverser geführten Flüchtlingsdebatten, die eine sofortige Legalisierung von Flüchtlingen und die Einbürgerung von minderjährigen Flüchtlingen vorsehen, so, wie es SYRIZA getan hat? Muss nicht DIE LINKE in Deutschland gerade jetzt den Fokus auf eine Rentenerhöhung und die Schließung der Schlupflöcher beim Mindestlohn setzen?

Praktische Solidarität besteht nicht im Kommentieren der Athener Politik, sondern vielmehr darin, Themen im Gleichschritt aufzugreifen, weil sie auch für die Bevölkerung in Deutschland von existenzieller Bedeutung sind. Darüber würde die DIE LINKE auch dahin gelangen, sich mit den immer offensichtlicher zu Tage tretenden Demokratiedefiziten in diesem Land auseinanderzusetzen und dieses Thema nicht als Anhang der sozialen Frage zu bearbeiten. Ist es nicht so, dass auch hierzulande von einer Finanz- und Politikoligarchie gesprochen werden kann? Nicht einmal die Vereinigung der beiden deutschen Staaten vor 25 Jahren vermochte es, an der Ausgestaltung des politischen Systems, der politischen Beteiligungsrechte in diesem Land etwas zu ändern. Dieses Land funktioniert im Hinblick auf seine politische Repräsentanz noch immer wie in den 1960er und -70er Jahren.

Auch in Bezug auf eine neue Europa- und Krisenpolitik ist mehr notwendig, als die Partei zurzeit leistet. Jetzt kann es sich rächen, dass die EU-Debatte nach dem Hamburger Parteitag 2014 so abrupt abgewürgt wurde. Im Vergleich: Tsipras und seine Mannschaft führen keinen griechischen, nationalen politischen Diskurs. Es ist ein europäischer. Wir in der deutschen LINKEN haben augenscheinlich noch nicht verstanden, dass es sich bei der Parlamentswahl in Athen um die erste europaweite Wahl in der Geschichte der Europäischen Union (EU) handelte. Die Frage, die Europa mit der Wahl in Griechenland verband, war, ob es dort gelingen würde, einen Bruch mit der als alternativlos bezeichneten Kürzungspolitik zu organisieren, oder nicht.

### DIE LINKE nicht aus dem Blick verlieren

Schließlich aber könnte sich DIE LINKE aus ihrer „Zuschauer-Solidarität“ herausarbeiten, wenn sie es den griechischen Genoss/-innen gleich täte und sich von der Angst vor einer

stetigen Modernisierung und Öffnung befreien würde. Jan Korte (MdB) hat sich vor kurzem in einem Strategiepapier<sup>6</sup> für eine sogenannte Mandatserweiterung der LINKEN, die Ansprache neuer Milieus, ausgesprochen.

Leider ist darüber keine tiefgreifende Debatte innerhalb unserer Partei entstanden. Diese aber ist nicht nur wahlarithmetisch dringend notwendig. Es geht mithin um die Zukunft der Partei. Ein Diskurs über eine Milieuerweiterung hätte auch zur Folge, den leider viel zu früh abgeschlossenen Prozess der Neuaufstellung der Partei mit der Fusion von Linkspartei.PDS und WASG um weitere Partner in der Republik neu anzustoßen.

Für einen Richtungs- und Politikwechsel in Europa ist mehr denn je notwendig, die Große Koalition hierzulande mit konkreter Politik in Bedrängnis zu bringen. Zumindest im Hinblick auf die parlamentarische Seite hat DIE LINKE hier einiges an Möglichkeiten. Zu schnell trat aber in den Hintergrund, dass wir mit Bodo Ramelow und seiner rot-rot-grünen Koalition in Thüringen zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik eine linksgeführte Landesregierung vorweisen können. Es muss nun wieder darum gehen, die Politik, die in Erfurt auch mit Signalwirkung für den Bund gestaltet wird, solidarisch und fern jeder Zuschauerhaltung zu unterstützen und aufklärerisch bekannt zu machen. In Brandenburg sind soeben die ersten 100 Tage der Neuaufgabe von rot-rot unter Beteiligung der LINKEN abgelaufen; und deren veröffentlichte Bilanz hat in der Partei kaum jemand zur Kenntnis genommen oder diskutiert. Damit lässt man die Brandenburger Genoss/-innen allein zurück. Sie aber benötigen den Partei- und Gesellschaftsdiskurs wie Thüringen, nicht zuletzt um im Bündnis mit der Sozialdemokratie eigene Inhalte durchsetzen und ein neues Denken anstrengen zu können.

Es wird also höchste Zeit, sich wieder mit der Politik vor Ort zu befassen und diese für einen Politikwechsel in Deutschland und damit in Europa – wie gegenüber Griechenland – zu organisieren. Das eine also tun, ohne das andere zu lassen. Und wann, so das Resultat der griechischen Wahlen, standen die Chancen der LINKEN für tiefgreifende Veränderungen besser als jetzt?

### Anmerkungen

- 1 Luise Neuhaus-Wartenberg (MdB) und Dominic Heilig sind Bundessprecher/-innen des „forum demokratischer sozialismus“ (fds). Neuhaus-Wartenberg hat lange in Griechenland gelebt und ist Kennerin des politischen Diskurses vor Ort. Dominic Heilig schreibt seit Jahren zur Entwicklung der europäischen Linken.
- 2 <http://www.neues-deutschland.de/artikel/960088.was-tun.html>
- 3 <http://www.neues-deutschland.de/artikel/960829.die-eigenen-losungen-ernst-nehmen.html>
- 4 <http://dominic.linkeblogs.de/athen-ist-nicht-einfach-zu-exportieren-portugals-linke-in-der-krise/>
- 5 Ebenda.
- 6 <http://www.jankorte.de/de/article/3197578.die-demokratiefregemandatserweiterung-der-linken.html>





## Die Ukraine ein Jahr nach dem Umsturz

*Von Manfred Schünemann, Vizepräsident des Verbandes für Internationale Politik und Völkerrecht e. V.*

Vor einem Jahr kam es in Kiew nach wochenlangen Massenprotesten gegen die Nichtunterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU zum gewaltsamen Sturz des Janukowitsch-Regimes. Mit massiver Unterstützung der USA und anderer westlicher Staaten übernahmen konservativ-nationalistische Kräfte die Macht und vollzogen einen grundlegenden Kurswechsel in der Politik des Landes. Seither ist es aber nicht gelungen, die innenpolitische Lage zu stabilisieren und Kurs auf die Lösung der Probleme des Landes zu nehmen. Im Gegenteil: Heute befindet sich die Ukraine in der tiefsten politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Krise seit Erlangung der Unabhängigkeit 1991. Das Fortbestehen eines einheitlichen ukrainischen Staates ist durch militärische Auseinandersetzungen zwischen der Staatsmacht und Regierungsgegnern im Osten und Südosten des Landes ernsthaft bedroht.

Daran ändert sich auch nichts durch die Minsker Vereinbarungen vom 12. Februar 2015, die zu einem dauerhaften Ende der militärischen Auseinandersetzungen in den Gebieten Donezk und Luhansk führen sollen, jedoch die tieferen Ursachen des Konflikts nicht beseitigen. Dazu bedarf es der grundsätzlichen Bereitschaft zu Kompromisslösungen aller am Konflikt beteiligten inneren Kräftegruppierungen und ihrer ausländischen Unterstützer für eine Neugestaltung der Verfassungsordnung der Ukraine, für die einvernehmliche Einbindung der Ukraine in europäische und eurasische Integrationsstrukturen sowie für eine grundlegende Erneuerung des Verhältnisses zu Russland und dem Westen. Die Minsker Vereinbarungen können in dieser Richtung ein erster Schritt sein. Ihre konsequente Umsetzung und Weiterführung müssen aber für lange Zeit von der EU und Russland sowie den USA politisch und wirtschaftlich begleitet werden. Einseitige Parteimahmen und Sanktionen oder zusätzliche Waffenlieferungen gefährden nicht nur die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen, sondern führen zur Verschärfung des Konflikts mit der Gefahr einer Ausweitung der militärischen Auseinandersetzungen über das Konfliktgebiet hinaus. Das belegt nicht zuletzt die gesamte Entwicklung seit dem Sturz des Janukowitsch-Regimes vor einem Jahr.

Die innen- und außenpolitischen Auseinandersetzungen um das Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union zielten von Anfang nicht nur auf den Sturz des korrupten Janukowitsch-Regimes, sondern auf einen grundsätzlichen politischen Kurswechsel zur dauerhaften Bindung der Ukraine an EU und NATO sowie zur Absage an die Bestrebungen Russlands, die Ukraine in eurasische Integrationsstrukturen einzubinden. Die diesen Kurswechsel tragenden Herrschaftsgruppierungen (Oligarchen und national-patrioti-

sche Kräfte) setzten dabei auf die seit Langem bestehenden Widersprüche in der ukrainischen Gesellschaft über das Verhältnis zum Westen und zu Russland, deren Wurzeln in der Geschichte des Landes sowie in kulturell-ethnischen und sozial-ökonomischen Unterschieden liegen.

Eine „Europäische Orientierung“ wird seit Jahren von einer Bevölkerungsmehrheit befürwortet. Allerdings verstehen die meisten darunter vor allem eine Angleichung der allgemeinen Lebensbedingungen an die Standards der EU und die ungehinderte Teilhabe an den Vorzügen der europäischen Integration (Reise-, Studien- und Arbeitsmöglichkeiten). Der „Kurs der Europäischen Orientierung“ war seit Ende der 1990er Jahre wirtschafts- und außenpolitisches Grundziel aller Führungen der Ukraine. In den Amtszeiten von Leonid Kutschma (1994 – 2004) und Viktor Janukowitsch (2010 – 2014) wurde dieser Kurs jedoch nicht in ökonomischer und politischer Abgrenzung zu Russland verfolgt, sondern mit einer Politik der mnogovektornost, d. h. einer Politik sowohl in Richtung Europa als auch in Richtung Russland verbunden. Der Versuch, mit der sogenannten Orangenen Revolution 2004/2005 einen grundsätzlichen Kurswechsel in Richtung Westen durchzusetzen, scheiterte aber am inneren Kräfteverhältnis, an den Machtkämpfen innerhalb der westlich orientierten Kräftegruppierungen sowie an der Unentschlossenheit des Westens, für die Westbindung der Ukraine eine dauerhafte Belastung des Verhältnisses zu Russland mit weitreichenden Folgen für die europäische Sicherheitsarchitektur nach dem Ende des Kalten Krieges in Kauf zu nehmen.

Besonders die Verknüpfung der „Europäischen Orientierung“ mit der sicherheitspolitischen Einbindung der Ukraine in die NATO, wie sie mit massiver Unterstützung der USA vom „Orangenen Lager“ (Juschtschenko/Timoschenko) angestrebt wurde, stieß bei einer breiten Mehrheit der Bevölkerung auf Ablehnung. Vor allem in den östlichen Landesteilen befürchtete man eine dauerhafte Abgrenzung von Russland mit negativen Folgen für die bestehende enge Wirtschaftskooperation mit russischen Unternehmen und eine Einschränkung der persönlichen Bindungen. Diese Befürchtungen verstärkten sich nach dem Machtwechsel Ende Februar 2014 bei der russischsprachigen Bevölkerung in der Ostukraine durch den Personalwechsel in den Gebietsverwaltungen sowie durch politische Aktivitäten der national-konservativen und nationalistischen Kräfte zur „Ukrainisierung“ des gesamten öffentlichen Lebens (Sprache, Kultur und Geschichte). Dieses Vorgehen der neuen Regierungskräfte in Kiew führte zunächst zu scharfen Auseinandersetzungen um die politische Macht in den ostukrainischen Gebieten und schließlich durch die Bewaffnung von extremistischen Kräften auf beiden Seiten zu den militärischen Auseinandersetzungen in den Gebieten Donezk und Luhansk mit Tausenden Opfern, unermesslichem Leid für die Bevölkerung, enormen Zerstörungen in der Wirtschaft und Infrastruktur und nachhaltigen negativen Folgen für das friedliche Zusammenleben der Völker dieser Region und ganz Europas.

Die Ursachen für die tragischen Entwicklungen sind außerordentlich vielschichtig und komplex. Sie liegen zum einen in der unvollkommenen Transformation der ukrainischen Gesellschaft, wodurch es zur Herausbildung einer „Funktionsdemokratie“, d. h. von „demokratischen Strukturen und Institutionen“ kam, die lediglich den jeweiligen Funktionsträgern

und den hinter ihnen stehenden Herrschaftseliten zur Machtsicherung dienten.

Zum anderen wurde und wird die gesamte Entwicklung in der Ukraine seit Erlangung der Unabhängigkeit außerordentlich stark von den geopolitischen Zielsetzungen sowohl Russlands als auch des Westens, vor allem der USA, in der postsowjetischen Region geprägt. Erklärtes Ziel der USA-Politik nach dem Zerfall der Sowjetunion war es, eine Neuintegration der postsowjetischen Staaten unter Führung Russlands zu verhindern, das wirtschaftliche und militärstrategische Potenzial Russlands zu beschränken und möglichst viele Staaten der Region dauerhaft in westliche Bündnisstrukturen einzubinden. Eine Schlüsselrolle spielte und spielt dabei aufgrund ihrer territorialen Größe, des wirtschaftlichen und militärpolitischen Potenzials sowie der Bevölkerungsstruktur die Ukraine. Die innenpolitischen Auseinandersetzungen und Machtkämpfe waren deshalb stets auch Widerspiegelung und Teil der geopolitischen Auseinandersetzungen zwischen Russland, den USA und dem Westen insgesamt. Sie gewannen in dem Maße an Schärfe, wie sich die Beziehungen Russlands zu den USA und zur Europäischen Union in Folge wieder erstarkter russischer Positionen verschlechterten und Russland der Einbindungspolitik des Westens eigene Integrationsprojekte entgegensetzte.

Bei den Versuchen zur Umsetzung dieser Projekte (Euroasiatische Wirtschaftsgemeinschaft; Gemeinsamer Wirtschaftsraum; Vertrag für kollektive Sicherheit u. a.) unterschätzte die russische Politik besonders bezüglich der Ukraine lange Zeit das innere und äußere Kräfteverhältnis. Besonders der hohe Grad der Abhängigkeit von russischen Energieträgern, die engen Kooperationsbeziehungen zwischen den militärisch-industriellen Komplexen und die traditionellen kulturell-ethnischen Bindungen großer Teile der ukrainischen politischen und wirtschaftlichen Eliten sowie von Teilen der Bevölkerung wurden überbewertet und andererseits die Einflussmöglichkeiten der USA und des Westens insgesamt unterschätzt. Erst der gewaltsame Machtwechsel und die damit verbundene Grundsatzentscheidung über die Einbindung der Ukraine in die westlichen Integrations- und Bündnisstrukturen machten das tatsächliche innere und äußere Kräfteverhältnis offensichtlich und führte auf russischer Seite zu einseitigen, z. T. übereilten Reaktionen. Mit der völkerrechtswidrigen Eingliederung der Krim in die Russische Föderation (März 2014) sowie der politischen, moralischen und materiellen Unterstützung der Regierungsgegner in den bewaffneten Auseinandersetzungen in der Ostukraine durch Russland ist das gesamte ukrainisch-russische Beziehungsgefüge dauerhaft untergraben, eine Rückkehr zu gutnachbarlicher Zusammenarbeit außerordentlich erschwert und eine geregelte Anbindung der Ukraine an die eurasischen Integrationsstrukturen auf lange Zeit ausgeschlossen.

Mit dem gewaltsamen Sturz von Präsident Janukowitsch und dem Machtwechsel Ende Februar 2014 gelangten jene ukrainischen Wirtschafts- und Finanzgruppierungen an die politische Macht, die seit jeher einen strikten Kurs der Westorientierung verfolgten und zum großen Teil enge politische und wirtschaftliche Beziehungen zu den USA, Westeuropa und Polen haben. Ihre politische und organisatorische Basis bilden die heutigen national-konservativen und marktliberalen Parteien wie „Narodni Front“ (Ministerpräsident Jazenjuk), die Präsidentenpartei „Block Petro Poroschenko“, die Lwiver Bürgerpartei „Samopomitsch“, „Batkiwtschina“ (Julia

Timoschenko) und UDAR (Vitali Klitschko) sowie die nationalistischen Parteien „Swoboda“, „Graschdanska Posizija“ und Radikale Partei. Diese Parteien und Bewegungen haben alle enge, personelle und organisatorische Verbindungen zu staatlichen und wissenschaftlichen Institutionen sowie zu zivilgesellschaftlichen Organisationen in den USA, Kanada und westeuropäischen Staaten und wurden von diesen über lange Jahre materiell und ideell unterstützt. Ihr Wählerpotenzial rekrutiert sich vor allem aus jenen Teilen der Bevölkerung – vorwiegend in den westlichen und zentralen Landesteilen, die traditionell eine national-konservative Grundhaltung haben und die in der Erlangung der Unabhängigkeit 1991 vor allem eine Abgrenzung von Russland und „Hinwendung nach Europa“ sahen.

Zur institutionellen und personellen Legitimierung der Ergebnisse des gewaltsamen Umsturzes fanden im Mai bzw. Oktober vorgezogene Präsidenten- und Parlamentswahlen statt, obwohl eine demokratische Durchführung der Wahlen in allen Landesteilen nur bedingt möglich war. Mit einer massiven nationalistischen, antirussischen und rechtspopulistischen Wahlkampagne vor dem Hintergrund der bewaffneten Auseinandersetzungen in ostukrainischen Gebieten und der völkerrechtswidrigen Eingliederung der Krim in die Russische Föderation gelang es aber, eine Bevölkerungsmehrheit für die Bestätigung der seit dem gewaltsamen Sturz des Janukowitsch-Regimes bestehenden Machtverhältnisse und des seither verfolgten politischen Kurses zur einseitigen Bindung an EU und NATO und zur Abgrenzung von Russland zu mobilisieren. Zugleich machten die Wahlergebnisse deutlich, dass der Grunddissens in der ukrainischen Gesellschaft – einer mehrheitlich auf die Einbindung der Ukraine in die europäischen Integrationsstrukturen und Abgrenzung von Russland orientierten Bevölkerung in den west- und zentralukrainischen Landesteilen und einer überwiegend nach Russland orientierten Bevölkerung in den ostukrainischen Gebieten – auch nach den Wahlen fortbesteht. So erzielten die Parteien des Regierungslagers ihre besten Ergebnisse ausschließlich in den west- und zentralukrainischen Gebieten, während sie in den ostukrainischen Gebieten lediglich Ergebnisse zwischen 10 und 15 Prozent erzielten. Dort wurde trotz massiver Behinderungen und Ausgrenzungen aller regierungskritischen Kräfte der neu gegründete Oppositionsblock zur stärksten politischen Kraft.

Mit dem vor einem Jahr vollzogenen Macht- und Kurswechsel in der Ukraine sind die großen wirtschaftlichen, politischen und zivilgesellschaftlichen Probleme des Landes nicht gelöst. Durch die Kampfhandlungen in den industriellen Ballungszentren des Donbass, in denen ca. 16 Prozent des BIP und 20 Prozent der Gesamtexporte erbracht wurden, und durch die weitgehende Reduzierung der Wirtschafts- und Finanzbeziehungen zu Russland hat sich die wirtschaftliche und finanzielle Lage des Landes weiter dramatisch verschlechtert. Ein drohender Staatsbankrott konnte nur durch Kreditaufnahmen und Hilfezusagen von westlichen Banken und Staaten, insbesondere IWF, Weltbank, USA und EU, in Höhe von insgesamt etwa 40 Mrd. Dollar abgewendet werden. Die gesamte wirtschaftliche Entwicklung war 2014 wie schon in den Vorjahren durch Rückgang und Stagnation gekennzeichnet. Nach vorläufigen Angaben der Statistikbehörde sank das BIP gegenüber 2013 um ca. 6,5 Prozent und die Industrieproduktion um ca. 10,7 Prozent. Die Exporte sanken um ca. 11 Prozent und die Importe um



ca. 27 Prozent. Die Inflationsrate stieg im Dezember 2014 im Vergleich zum Vorjahresmonat auf über 24 Prozent und die Staatsverschuldung wuchs auf etwa 70 Prozent des BIP. Auch die westlichen Finanzhilfen führten nicht zu einer Ankurbelung der Wirtschaft und zum Ausbau der Infrastruktur, sondern wurden überwiegend für den Schuldendienst (etwa 12 – 15 Mrd. Dollar), für die Finanzierung der Militäroperationen (die Verluste betragen nach Angaben von Präsident Poroschenko etwa 10 Mio. Dollar pro Tag) und für die Sicherung von Erdöl- und Erdgaslieferungen aus Russland verwendet. Die Gewährung der Kredite war zudem an strenge Auflagen durch die Kreditgeber zur Kürzung der Staatsausgaben, zum Abbau von Subventionen für kommunale Leistungen (Wohnungsmieten, private Energiekosten; Verkehrstarife) und zur Reduzierung von Renten und Sozialleistungen im Gesundheitswesen, zur Kinderbetreuung und Altenpflege gebunden, so dass sich die Lebenslage großer Teile der Bevölkerung drastisch verschlechtert hat.

Auch für 2015 bestehen kaum Aussichten, die Wirtschafts- und Finanzlage dauerhaft zu stabilisieren. Der Finanzbedarf für den Schuldendienst – ohne die Zahlungsverpflichtungen gegenüber GAZPROM – liegt erneut bei etwa 12 Mrd. Dollar, der nur durch neue Kredite, weitere Kürzungen im Sozialbereich und drastische Einschränkungen bei Investitionen und Subventionen für Infrastruktur und Wirtschaft gedeckt werden kann. Hinzu kommen die hohen Kosten für die Militäroperationen, für die Umrüstung der ukrainischen Armee nach NATO-Standards und für die weitere personelle Aufstockung der Armee um ca. 60 000 Mann.

Die existenziellen Herausforderungen, vor denen die Ukraine steht, erfordern zwingend die konsequente und dauerhafte Einhaltung der in Minsk vereinbarten Beendigung der militärischen Auseinandersetzungen im Osten der Ukraine, dauerhafte Regelungen für den Verbleib der ostukrainischen Regionen im ukrainischen Staatsverband und eine einvernehmliche Klärung des Verhältnisses zu Russland. Da militärische Lösungen für eine Konfliktbeilegung ausgeschlossen sind, bleibt nur der Weg, in Verhandlungen zwischen allen Beteiligten (ukrainische Regierung, Separatisten, Russland, EU und USA) Kompromisslösungen für den Ukraine-Konflikt im Kontext des Gesamtverhältnisses zwischen EU und Eurasischer Union zu vereinbaren, die für einen längeren Zeitraum Frieden und Stabilität in der Region sichern. Die Minsker Erklärung der Präsidenten Russlands, der Ukraine und Frankreichs sowie der deutschen Bundeskanzlerin kann dafür eine Grundlage bieten. *(Stand: 15.2.2015)*

## Die Ukraine in einer blutigen Sackgasse

*Von Georgi Krjutschkow, Mitglied des ZK der KP der Ukraine; aus: Prawda, Moskau, 16. Dezember 2014 (geringfügig gekürzt)*

Das zu Ende gehende Jahr bot der Ukraine ein Übermaß an bedeutungsschweren, vorwiegend tragischen Ereignissen. Nehmen wir als Beispiel die äußerlich ruhige letzte Novemberdekade. In diese zehn Tage fiel der erste Jahrestag des Beginns des sogenannten Euromajdans in Kiew; zehn Monate waren seit dem Staatsstreich vergangen, der zum Sturz des bankrotten Regimes von Viktor Janukowitsch führte, ein halbes Jahr seit der Wahl Petro Poroschenkos zum Präsidenten der Ukraine und ein Monat seit der vorgezogenen Parlamentswahl. Hat eines dieser Ereignisse das Leben unseres Volkes verbessert? Das hat keines getan. In dieser Hinsicht unterscheiden sich die Dekaden dieses Jahres kaum voneinander.

### Vom selben Schrot und Korn

Die tiefgreifenden Veränderungen, die das Jahr 2014 unserem Land gebracht hat, müssen allseitig durchdacht werden. Die zentrale Staatsmacht hat gewechselt, auf der regionalen und kommunalen Ebene laufen Säuberungen des Personals. Die Konfrontation in der Gesellschaft hat sich weiter zuge-spitzt und ist im Osten der Ukraine zu einem blutigen Bürgerkrieg ausgeartet, in dem kein Ende abzusehen ist. Der Donbass ist zerstört und gespalten. Es wird alles getan, um die Brudervölker der Ukraine und Russlands zu entzweien und auf Jahrhunderte zu Feinden zu machen. In der Auseinandersetzung führender geopolitischer Subjekte – des Westens und Russlands – drängen die Herrschenden der Ukraine ihr Land in die Rolle einer Speerspitze gegen Russland ohne Rücksicht darauf, welche Folgen das für unser Volk haben kann.

All das vollzieht sich vor dem Hintergrund einer rapiden Verschlechterung der Lage in der Wirtschaft und einer Verarmung riesiger Menschenmassen, die katastrophale Ausmaße angenommen hat. Wenn man von den Reallöhnen ausgeht, lebt fast die Hälfte der Bevölkerung bereits unterhalb des Existenzminimums. Der Riss, der quer durch die Gesellschaft geht, ist so tief wie nie zuvor. Alle sozialen Widersprüche haben sich verschärft.

Die vorgezogene Parlamentswahl hat den rechtsnationalistischen Kräften des Staatsstreichs zwar den Sieg gebracht, aber zugleich offenbar gemacht, dass die neue Macht an Unterstützung verliert. Nahezu die Hälfte der Bürger ist gar nicht erst zur Wahl gegangen. In den Regionen des Südostens hat der Oppositionsblock das höchste Ergebnis erzielt. Die Spaltung der Gesellschaft vertieft sich. Den Menschen, die jenen geglaubt haben, die ihnen ein „neues Leben“ (das sofortige Ende von Krieg, Korruption, Rechtlosigkeit und Willkür, stattdessen Frieden und Ordnung) versprochen, dämmert nach der Wahl, dass man sie erneut übers Ohr gehauen hat. Anders konnte es gar nicht sein, denn zur Macht sind Leute gekommen, die schon einmal an ihren Hebeln standen und gescheitert sind, die bei der Präsidentenwahl 2010 und der Parlamentswahl 2012 von dort vertrieben wurden.



Mit welchen Namen man die Ereignisse des abgelaufenen Jahres auch belegen mag – eine Revolution waren sie nicht, denn zum Sturz der gesellschaftlichen und politischen Ordnung haben sie nicht geführt. Aber auch Frieden haben sie nicht gebracht. Es hat nur ein Oligarchenclan den anderen von der Futterkrippe verdrängt. Verändert hat sich lediglich, dass die Interessen der Oligarchen in den Machtorganen früher von ihren Kreaturen wahrgenommen wurden, während die Dollarmillionäre und -milliardäre jetzt in vielen Fällen selber hohe Posten auf nationaler und regionaler Ebene besetzt haben.

Was die Grundfragen der Entwicklung unseres Landes betrifft, so unterscheiden sich die Positionen der Spitzen des derzeitigen Regimes kaum von der Politik ihrer glücklosen Vorgänger. In ihrer Raffgier sind sie genau so unersättlich, denn der Klassencharakter ist der gleiche. Mehr noch: Die Amtsvorgänger haben ihnen regelrecht den Weg zur Macht geebnet. Das zeigt sich vor allem in ihrem Verhältnis zur Privatisierung. Janukowitschs Partei der Regionen (den „Regionalen“) war es nicht gelungen, die Energie-, die Rüstungswirtschaft und weitere strategische Zweige zu privatisieren. Die „orangenen“ Parteien, damals in der Opposition, erklärten, die Privatisierung schade den nationalen Interessen der Ukraine. Wieder zur Macht gelangt, haben sie verkündet, schon in aller nächster Zeit umfassende Privatisierungen durchführen zu wollen.

Auch der Weg zur Integration in westeuropäische Strukturen, zum Bruch mit Russland – im Interesse des Westens! – ist von den Vorgängern der heutigen Machthaber gebahnt worden. Zwei Jahre lang haben Janukowitsch und seine Gefolgsleute die „Vorzüge des Anschlusses an Europa“ in den höchsten Tönen gepriesen. Sie haben den Leuten eingehämmert: „Europa ist unser Haus, Russland nur ein Nachbar.“ „Die Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft – nicht unsere Wahl.“ Sie haben die Dinge bis zum Assoziierungsabkommen mit der EU getrieben. Als ihnen in allerletzter Minute die katastrophalen Folgen einer Freihandelsvereinbarung mit der EU (endlich!) klar wurden, haben sie die Unterzeichnung aufgeschoben (nur aufgeschoben, nicht verweigert!). Die neue Macht hat unmittelbar nach Unterzeichnung des Abkommens erklärt, dass ... die Inkraftsetzung des ökonomischen Teils bis Ende 2015 aufgeschoben wird, d. h., sie hat das Gleiche getan wie ihre Vorgänger.

Mit ihrer ganzen Politik haben die „Regionalen“ es dazu gebracht, dass die Ukraine zu einem willfährigen Werkzeug von USA, EU, IWF, Weltbank und weiteren internationalen Finanzoligarchien gemacht wurde, denn sie haben alle Forderungen dieser Gremien widerspruchslos erfüllt. Mit der Ratifizierung des Assoziierungsabkommens hat die neue Macht anerkannt, dass die Ukraine – wenn nicht zu einer Kolonie, so doch zu einem Mandatsgebiet des Westens geworden ist.

Was beweist dies deutlicher als die Erklärung von Ministerpräsident Jazenjuk bei einer Begegnung mit Mitgliedern der European Business Association (EBA), dass die Regierung mit allen Bedingungen des IWF für die Gewährung weiterer Devisenkredite einverstanden ist? Hier einige dieser Forderungen:

- Anhebung des Renteneintrittsalters (für Männer um zwei, für Frauen um drei Jahre)
- Festsetzung des Pensionsbeginns für Armeeoffiziere auf 60 Jahre

- Abschaffung des Rechts auf Vorruhestand, Aufhebung der Bestimmung, dass bei gesundheitsschädlicher oder gefährlicher Tätigkeit doppelte Arbeitsjahre anzurechnen sind
- Abschaffung der Sonderpensionen für Wissenschaftler, Staatsbeamte und Leiter von Staatsbetrieben
- Erhöhung des Gaspreises für kommunale Unternehmen um 50 Prozent, für Privatverbraucher um 100 Prozent und des Strompreises um 40 Prozent
- Freigabe der Festlegung der Mieten durch die kommunale Wohnungswirtschaft und entsprechende Angleichung weiterer Preise und Tarife
- Erhöhung der Benzinsteuer
- Streichung von ermäßigten Tarifen und Erhöhung der Steuern im Verkehrswesen
- Keine weitere Angleichung des Existenzminimums an die Inflationsrate
- Ausgleich sozialer Notstände durch punktuelle Zuwendungen
- Zahlung von Arbeitslosengeld erst nach einer Karenzzeit von sechs Monaten
- Senkung des Krankengeldes auf 70 Prozent des Lohnes/Gehalts und Berechnung erst ab dem 3. Krankheitstag
- Privatisierung aller Bergwerke, Streichung sämtlicher Bergbausubventionen. Abschaffung aller Vergünstigungen für Unternehmen von kommunaler Wohnungswirtschaft, Verkehr u. a.
- Streichung der staatlichen Hilfen für unentgeltliche Schulspeisung und Lehrbücher
- Einschränkung der Praxis vereinfachter Besteuerung
- Abschaffung des niedrigeren Mehrwertsteuersatzes auf dem Lande
- Einführung der Mehrwertsteuer für Apotheken
- Aufhebung des Moratoriums für den Verkauf von landwirtschaftlichen Nutzflächen
- Streichung der Subventionen für die Erzeuger von Schweine- und Hühnerfleisch.

Auch bei der Einstellung der früheren und heutigen Machthaber zur Frage „Ukraine und NATO“ gibt es keine wesentlichen Unterschiede. Unmittelbar nach Annahme des Gesetzes über die Grundlagen der Innen- und Außenpolitik, in dem der blockfreie Status der Ukraine festgelegt ist, was eine Mitgliedschaft in diesem Pakt ausschließt, gab Präsident Janukowitsch dem Parlament in einer Botschaft zu verstehen, dass damit lediglich ein übereilter Beitritt gemeint war. Die neue Staatsmacht hat die Blockfreiheit aufgekündigt und ihre Absicht erklärt, einen Antrag um Aufnahme der Ukraine in die NATO zu stellen.

### Für uns gilt kein Gesetz

Geerbt hat das Regime, das nach dem Putsch vom Februar etabliert wurde, den „großzügigen“ Umgang mit dem Grundgesetz unseres Landes. Hier sei daran erinnert, dass Janukowitsch die Verfassung vom Dezember 2004 verwarf, die eine parlamentarisch-präsidentiale Republik eingeführt und die Kompetenzen des Präsidenten eingeschränkt hatte. Dafür benutzte er ein eindeutig verfassungswidriges Urteil des Verfassungsgerichts der Ukraine. Die nach dem Februarputsch etablierte Macht hat dies durch einen ebenso rechtswidrigen Beschluss der Obersten Rada bestätigt.

In seiner Einstellung zum Recht geht das rechtsnazistische Regime allerdings noch wesentlich weiter als seine



Vorgänger. Eine gefährliche Abwertung des Verfahrens der Rechtssetzung ist nicht zu übersehen. Wir haben einen brutalen Krieg im Land, es fließt Blut, Menschen sterben, Städte und Dörfer werden zerstört. Von einem Krieg sprechen auch die höchsten staatlichen Amtsträger – Präsident, Regierungschef und Parlamentspräsident. Aber juristisch existiert der Krieg nicht – er wird als „Operation zur Terrorismusbekämpfung“ kaschiert. Das gibt die Möglichkeit, zahlreiche Akte von Rechtsbruch und Willkür ungestraft zu lassen. Dabei haben wir es in bestimmten Fällen mit regelrechtem Völkermord zu tun.

Und wie soll man den Beschluss zur Einstellung der Rentenzahlung an Bürger nennen, die in den gegenwärtig nicht von ukrainischen Truppen kontrollierten Gebieten des Donbass leben? Entweder ist das eine bewusste Verletzung der Verfassung oder es ist die Anerkennung dessen, dass die Staatsmacht diese Gebiete nicht mehr als Territorium der Ukraine betrachtet. Solche Fragen kommen einem, wenn man im Fernsehen sieht, wie der ukrainische Präsident, gestikulierend wie ein Marktschreier, den unbotmäßigen Bewohnern des Donbass droht, mit solchen unmenschlichen Sanktionen den Krieg zu gewinnen.

Auch das von der Obersten Rada beschlossene Gesetz über die „Lustration“ zum Zwecke der Säuberung der Machtorgane verletzt die Verfassung der Ukraine in gröblicher Weise. Das ist die Auffassung angesehener Verfassungsrechtler, der Führungen von Staatsanwaltschaft und Oberstem Gericht der Ukraine, vieler verantwortlicher Politiker und der Öffentlichkeit im In- und Ausland. Eine solche Verhöhnung der Rechte der Bürger und der Verfassung ist in unserer Zeit kaum noch vorstellbar. Aber im neuen „demokratischen Rechtsstaat“ Ukraine ist sie zur politischen Praxis geworden.

Die Staatsmacht sieht zu, wie die „Lustration“ vielerorts von maskierten Kerlen vorgenommen wird, die Funktionsträger oder Mitarbeiter, die ihnen nicht passen, in Mülltonnen werfen. Eine derartige Behandlung ist bereits Gouverneuren, Staatsanwälten und Geistlichen zuteil geworden. Vor solcher Erniedrigung ist heute keiner mehr sicher. Ist es nicht eine Schande, einen „Tag der Freiheit und der Würde“ begehen zu wollen, wenn die Würde von Menschen in den Schmutz getreten wird?

Offenbar nehmen sich die ukrainischen Behörden die USA zum Vorbild, wo nach dem Zweiten Weltkrieg eine hysterische Kampagne zur Überprüfung der „Loyalität“ und politischen Zuverlässigkeit von über zweieinhalb Millionen Amerikanern ausgelöst wurde – die antikommunistische Massenpsychose der McCarthy-Ära. Was die praktischen Methoden der „Lustration“ angeht, so hat man wohl Anleihen bei unseren Nachbarn in Polen genommen, wo eine starke antikommunistische und antisowjetische Stimmung herrscht.

Zwar hat selbst Präsident Poroschenko, der das „Lustrationsgesetz“ unterzeichnete, „Unvollkommenheiten“ eingeräumt, aber es ist nach wie vor in Kraft. Im Gegenteil, es wird mit voller Wucht angewandt, und auch das Staatsoberhaupt hält sich dabei nicht zurück. Nicht selten verlieren Unschuldige ihre Arbeit, werden Menschen gebrochen, nimmt das fachliche Niveau der Arbeit vieler staatlicher Behörden nicht wieder gut zu machenden Schaden. Eine solche Willkür, eine außergerichtliche Abrechnung mit politischen Gegnern solchen Ausmaßes hat es in der „unabhängigen“ Ukraine bisher nicht gegeben.

Dagegen ist nicht ein einziger Fall bekannt geworden, da korrupte Figuren hohen Ranges, gegen die das Gesetz angeblich vor allem gerichtet sein soll, zur Verantwortung gezogen worden wären. In keinem der Aufsehen erregenden Untaten wie der Verbrennung von Menschen in Odessa, dem Einsatz von Scharfschützen, die in Kiew Dutzende Menschen getötet haben, gibt es ein Ermittlungsergebnis, sind Schuldige bestraft worden. Aber ohne dies ist die vom Gesetz verkündete „Reinigung der Machtorgane“ nicht möglich. Doch auf den höchsten Ebenen ist man ganz offensichtlich nicht daran interessiert, die Wahrheit zu erfahren und Gerechtigkeit walten zu lassen.

Die verächtliche Haltung zu Recht und Gesetz nimmt zuweilen zynische Formen an. Kürzlich wurde bekannt, dass der Gouverneur des Gebietes Dnepropetrowsk Ihor Koloymoiski nicht nur Bürger der Ukraine, sondern auch Israels und der Republik Zypern ist. Ein Reporter fragte ihn: „Wie vereinbart sich das mit dem ukrainischen Recht?“ Darauf der Milliardär in höhnischem Ton: „Das Gesetz verbietet die doppelte Staatsbürgerschaft, von einer dreifachen Staatsbürgerschaft ist dort nicht die Rede.“ Die Medien haben darüber ein wenig die Zähne gebleckt und die Angelegenheit ... wieder vergessen. Der Präsident der Ukraine, der doch eigentlich der Garant der Einhaltung der Verfassung sein soll, hat darauf nicht reagiert. Wie viele wohl die Reaktion aus, wenn bekannt würde, dass ein Staatsbeamter neben der ukrainischen auch die russische Staatsbürgerschaft besitzt?

## Die braunen Flecken auf dem Staatsrock

Von welch totalitärem, im Grunde neonazistischen Charakter das herrschende Regime in der Ukraine ist, zeigt sich vor allem im ideologischen Bereich. Nationalismus in einer extrem chauvinistischen, dem Nazismus nahekommenden Variante ist zur Staatsideologie erhoben worden. Man hat eine beispiellose Welle moralischen und physischen Terrors gegen die Kommunisten ausgelöst. Auf verfassungswidrige Weise wurde die Tätigkeit der Fraktion der KPU während der letzten Legislaturperiode der Obersten Rada beendet. Mit einer äußerst fadenscheinigen Begründung hat es das Verfassungsgericht der Ukraine abgelehnt, die Verfassungsbeschwerde von 60 Abgeordneten über die Verfassungsmäßigkeit dieses Beschlusses zu behandeln.

In der Atmosphäre einer antikommunistischen Psychose wird ein Gesetz über das Verbot der kommunistischen Ideologie durchgepeitscht. Auf Forderung von Ex-Radapäsident Turttschinow, der zeitweilig als Staatspräsident amtierte, hat man einen Gerichtsprozess zum („unverzüglichen“) Verbot der Tätigkeit der KP der Ukraine eingeleitet. Aber es gibt keine Grundlage für ein Verbot der Partei, und die Mühlen der Justiz laufen leer. Aber die militanten Antikommunisten lassen nicht locker. Besonders ereifert sich der Chef des ukrainischen Geheimdienstes, der dadurch aufgefallen ist, dass die Hochschuldiplome an die künftigen Aufklärer während seiner Amtszeit in Anwesenheit des US-Botschafters überreicht wurden. Vielleicht will er sich ja bei dem einflussreichen ausländischen Diplomaten lieb Kind machen, denn er fällt selbst unter das „Lustrationsgesetz“.

Eine besondere Rolle beim Anheizen der antikommunistischen Psychose spielt das Institut für nationales Gedenken, das unter der Führung von Gefolgsleuten der faschistischen Kollaborateure, den militantesten Trägern der nationalistischen Ideologie, steht. Mit faktischer Billigung höchster



staatlicher Führungskreise hat es eine Kampagne der Geschichtsfälschung eingeleitet, die alles ausrotten soll, was an die sowjetische Vergangenheit unseres Volkes erinnert. Gestürzt werden Denkmäler hoher Staatsmänner jener Epoche, von Soldaten, die gegen den Faschismus, für die Freiheit und Unabhängigkeit unserer Heimat gekämpft haben. Begriffe wie „Großer Vaterländischer Krieg“, „Sowjetvolk“ oder „Völkerfreundschaft“ werden aus dem politischen Sprachgebrauch, aus den Lehrbüchern für Schulen und Hochschulen verbannt.

In Verletzung der Urteile des Nürnberger Prozesses ist die Rehabilitierung und Heroisierung von Helfershelfern der faschistischen Okkupanten der Zeit des Großen Vaterländischen Krieges zur Staatspolitik erhoben worden. Als eine zynische Beschmutzung des Andenkens der heldenhaften Befreier, als Schlag ins Gesicht von Kriegsveteranen und Millionen Bürgern unseres Landes muss die Tatsache gelten, dass die Delegation der Ukraine in der UNO gemeinsam mit den Delegationen der USA und Kanadas gegen die Resolution der Generalversammlung über die Verurteilung von Erscheinungen des Neonazismus und des Faschismus in unseren Tagen gestimmt hat. Die Resolution ist bekanntlich mit 119 Stimmen angenommen worden. 55 Delegationen, darunter die Mitgliedstaaten der EU, haben sich der Stimme enthalten.

Aber auch in diesen Fragen setzt die gegenwärtige Staatsmacht die Politik des ehemaligen Regimes fort. Auch Janukowitschs Diplomaten hatten Resolutionen früherer UN-Generalversammlungen über die Verurteilung von Neonazismus und Faschismus ihre Unterstützung verweigert. Allerdings enthielt sich die ukrainische Delegation damals zusammen mit den EU-Mitgliedsländern verschämt der Stimme.

## Der Fehler der KPU

Im Lichte dessen, was während der vergangenen zehn Jahre im Lande geschehen ist, werden die Fehler der KP der Ukraine gegenüber der Partei der Regionen deutlicher.

Dabei wurde der Beschluss, die Kandidatur von Viktor Janukowitsch bei der Präsidentschaftswahl zu unterstützen und der parlamentarischen Koalition (der Mehrheit) mit den „Regionalen“ und Litwins Volkspartei beizutreten, nicht überlegt gefasst. Mit diesen Schritten konnte die KPU-Führung den reaktionärsten rechten und nazistischen Kräften mehrere Jahre lang den Weg zur Macht versperren. Das Programm Janukowitschs und der Partei der Regionen enthielt nicht wenige Punkte, die mit Positionen der KPU übereinstimmten. Als Präsidentschaftskandidat unterzeichnete Janukowitsch eine Vereinbarung mit dem Block der Linkskräfte, den die KP anführte. Er verpflichtete sich, das Programm des Blocks im Falle seiner Wahl zu berücksichtigen. In der ersten Zeit hielten sich die „Regionalen“ an dieses Abmachung. So wurde das Gesetz über die Grundlagen der Innen- und Außenpolitik beschlossen, in dem der blockfreie Status der Ukraine verankert ist. Die Beziehungen zu Russland verbesserten sich. Ein weiteres Gesetz brachte eine Verbesserung der Situation in der Sprachenfrage.

Jedoch nach einiger Zeit gingen der Präsident und seine Partei nach und nach von den vor den Wahlen verkündeten Positionen ab. Zum Schaden der nationalen Interessen distanzieren sie sich mehr und mehr von Russland und den anderen GUS-Staaten. Immer deutlicher zeigte sich, dass die

„Regionalen“ nicht die Absicht hatten, die Kommunisten als Koalitionspartner ernst zu nehmen. Konträr zu den Bestimmungen der Verfassung ließen sie das von der KPU vorgeschlagene Referendum über die Art der außenwirtschaftlichen Integration der Ukraine (in der EU oder der Eurasischen Wirtschaftsunion – d.Ü.) nicht zu, obwohl mehr als drei Millionen Bürger es mit ihrer Unterschrift unterstützt hatten.

So entstand eine völlig anomale Situation: Die kommunistischen Abgeordneten in der Obersten Rada vertraten faktisch in allen Grundfragen andere Positionen als die „Regionalen“, aber aus der Parlamentsmehrheit traten sie nicht aus. Das war ein schwerwiegender Fehler, der die Partei teuer zu stehen kam. Nicht beherzigt wurde die Warnung von Marx und Engels, dass vom Patriotismus der Bourgeoisie ein bloßer Schein bleibt, wenn ihre Tätigkeit in Finanzen, Handel und Industrie kosmopolitischen Charakter annimmt. In Weiterführung dieses Gedankens mahnte Lenin, dass die Bourgeoisie das Vaterland verrät und zu jedem Verbrechen bereit ist, um ihre Macht und ihren Profit zu erhalten.

Aus diesen Fehlern zu lernen, ist die vorrangige Aufgabe der KP. Vor allem jetzt, da sie vom neonazistischen Regime verfolgt wird, da die Oligarchen nach schwachen Gliedern in der Partei Ausschau halten, Schwankende kaufen und die Partei zu spalten suchen. Die Lehren zu verdeutlichen ist die unabdingbare Voraussetzung dafür, dass die KPU ihre Stellung in der Gesellschaft wiederherstellt, als Verteidigerin der Interessen der arbeitenden Menschen und als wahrhaft patriotische Kraft erneut Vertrauen gewinnt.

## Ausblick

Eine Bilanz der Ereignisse des abgelaufenen Jahres führt zu dem Schluss, dass der als Euromajdan bezeichnete konterrevolutionäre Prozess die Grundlagen der kapitalistischen Ausbeuterordnung in der Ukraine nicht angetastet, das Land um viele Jahre zurückgeworfen und zur Errichtung einer brutalen totalitären Diktatur neonazistischen Typs geführt hat. Es besteht die reale Gefahr eines Staatsbankrotts und der Spaltung des Landes. Dazu haben die ideenlose, selbstmörderische Politik des Janukowitsch-Regimes, die verräterische Haltung der Oligarchenclans, aber auch die Bestrebungen der herrschenden Kreise des Westens, vor allem der USA beigetragen, das „gelenkte Chaos“ in der Ukraine zur Stärkung ihrer Positionen in der Auseinandersetzung mit Russland zu nutzen.

Mit einer baldigen Normalisierung der Lage im Lande ist nicht zu rechnen. Es kann sogar zu weiteren Zuspitzungen kommen. Die nach Tausenden zählenden Bewaffneten der verschiedenen „Hundertschaften“, „Bataillone“ und ähnlicher Gruppierungen sowie der Privatarmeen von Oligarchen können nach Beendigung der Kampfhandlungen zu einer Kraft werden, die die Lage weiter destabilisiert. Viele dieser Männer sind zu einem anderen Leben weder willens noch fähig. Aufhorchen lassen Informationen über Reibereien zwischen diesen Gruppen, von Betriebsbesetzungen und anderen rechtswidrigen Akten. Wie die Presse berichtet, ist allein in Kiew die Menge der Waffen in den Händen dieser Leute seit Anfang dieses Jahres auf das Vierfache angewachsen. Andererseits ist nicht ausgeschlossen, dass die neonazistische Politik des Regimes die Reihen derer wachsen lässt, die mit seiner Herrschaft nicht einverstanden sind. Damit entstehen die Voraussetzungen für eine schwerwiegende



Konfrontation auf Jahre hinaus. Auch können Gruppen oder Einzelne für umgebrachte Verwandte und Freunde, für zerstörtes Eigentum oder zunichte gemachte Lebenspläne Vergeltung üben.

Immer aktiver und besser organisiert zeigen sich die Antikriegskräfte der Gesellschaft. Ehefrauen und Mütter weigern sich, ihre Männer und Söhne ins Kriegsgebiet ziehen zu lassen. Wenn die berüchtigte „Lustration“ voranschreitet, die die legitimen Rechte von Bürgern verletzt (wovon – Familienangehörige eingerechnet – Millionen Menschen betroffen sein werden), dann stärkt das Regime damit objektiv die Basis der Opposition, und zwar nicht durch unpolitische Kleinbürger, sondern durch erfahrene Menschen, die in Verwaltungen und anderen wichtigen Strukturen tätig waren. Im Lande wird ein Klima des Militarismus angeheizt. Dabei zeigt sich immer deutlicher, dass eine Lösung der schwerwiegenden Probleme, vor allem der Erhalt der Einheit der Ukraine, ohne die Normalisierung der Beziehungen zu Russland nicht gelingen wird. Im Namen der eigenen nationalen Interessen ist es unabdingbar, mit der Russischen Föderation eine gemeinsame Sprache zu finden. Dafür ist jedoch im Moment keine Bereitschaft zu erkennen.

In der Gesellschaft ist die Meinung verbreitet, der Präsident und der Regierungschef vertreten zwei unterschiedliche Parteien – die des Friedens und des Krieges. Damit soll die Öffentlichkeit im In- und Ausland desorientiert werden. Die Tatsachen sprechen davon, dass beide Politiker von der Vorstellung besessen sind, den Widerstand der Bevölkerung des Donbass mit Gewalt zu brechen. Beide stehen der sowjetischen Vergangenheit unseres Landes und der kommunistischen Ideologie mit aggressiver Ablehnung gegenüber. In diesen Fragen sind nicht einmal bei der Wortwahl besondere Unterschiede festzustellen.

Vor allem aber sind beide Staatsmänner in ihrem Handeln nicht frei. Beide dienen einem Herrn in Übersee, der, wenn er es für nötig hält, seine Bevollmächtigten in die ukrainische Hauptstadt schickt, damit hier die „richtigen Beschlüsse“ gefasst werden. Auch in Personalfragen. Der kürzliche Besuch von US-Vizepräsident Joe Biden, der verlangt hat, die Regierung der Ukraine binnen sechs Tagen auf die Beine zu stellen, ist ein anschaulicher Beweis. Dafür spricht auch die Aufnahme ausländischer Bürger in die Regierung.

Bisher ist in der Ukraine keine Änderung zum Besseren eingetreten. Wenn die neue Staatsmacht daraus keine ernsthaften Schlussfolgerungen zieht, dann werden die unzufriedenen Massen ihr Wort sprechen. Das kann bereits in der nächsten Zeit der Fall sein.

*(Übersetzung aus dem Russischen: Helmut Ettinger)*

## Schluss mit der schändlichen Gerichtsfarce!

*Erklärung des Präsidiums des ZK der Kommunistischen Partei der Ukraine, Pressedienst der ZK der KPU, 20. Februar 2015*

Der politische Prozess gegen die Kommunistische Partei der Ukraine geht nun schon in den achten Monat. Auf kategorische Forderung des früheren amtierenden Präsidenten der Ukraine, Olexandr Turtschynow, wird vor dem Bezirksverwaltungsgericht der Stadt Kiew der vom Sicherheitsdienst der Ukraine, der Generalstaatsanwaltschaft und dem Justizministerium zusammengezwungene Antrag auf Verbot der Partei verhandelt. Diese mit erfundenen Vorwänden und gefälschten Fakten eingeleitete Gerichtsfarce ist ein Beweis dafür, dass das nach dem Umsturz vom Februar 2014 in der Ukraine etablierte Regime einen Kampf gegen Andersdenkende führt.

Während der turnusmäßigen Sitzung des Gerichts am 18. Februar 2015 haben alle zehn Richter des Bezirksverwaltungsgerichts ihren Rücktritt erklärt. Sie weigern sich, an der Verhandlung der Sache Nr. 826/9751/14 über das unrechtmäßige Verbot der Tätigkeit der Kommunistischen Partei weiter mitzuwirken.

Diesen Entschluss haben die Richter wegen des beispiellosen, zynischen Drucks von Vertretern des herrschenden neonazistischen Regimes gefasst. Mitarbeiter von Staatsanwaltschaft und Miliz haben Diensträume des Gerichts durchsucht, Computer mit Arbeitsmaterial und Urteilsentwürfen in aufsehenerregenden Fällen beschlagnahmt. Dabei wurden nicht nur Verfassung und Gesetze der Ukraine, sondern auch Normen des Völkerrechts verletzt. Diese Willkür des herrschenden Regimes hat bei kommunistischen und Arbeiterparteien sowie der progressiven Weltöffentlichkeit Empörung und Protest ausgelöst.

Das Präsidium des ZK der KPU bringt seine hohe Wertschätzung der mutigen staatsbürgerlichen Haltung der Richter des Bezirksverwaltungsgerichts zum Ausdruck.

Es ist vollkommen klar, dass der Prozess gegen die KP Bestandteil einer großangelegten Kampagne der imperialistischen, neonazistischen Kreise gegen jegliche abweichende Gesinnung ist. Die Kommunisten werden diskriminiert, gehetzt, außergerichtlich verfolgt, mit psychischem und physischem Terror überzogen, weil sie die einzige organisierte Kraft der Gesellschaft sind, die sich grundsätzlich und tatsächlich für die sofortige Einstellung von Blutvergießen und Krieg, für die dringenden Nöte und die Bürgerrechte der arbeitenden Menschen, für die territoriale Integrität und Souveränität der Ukraine einsetzt und sich gegen die Herrschaft der Oligarchenclans wendet.

Jeder Tag beweist aufs Neue, wie käuflich die alten und neuen Behörden der Ukraine sind, dass sie die nationalen Interessen unseres Landes ihren ausländischen Gönnern zu Liebe verraten.

Die Koalition der kosmopolitischen Kompradorenbourgeoisie, der servilen Beamtenschaft und der chauvinistisch eingestellten Pseudo-Elite betreibt eine gegen die Werktätigen gerichtete Innen- und Außenpolitik, schafft ein Klima von Angst, Rechtlosigkeit und Willkür. Da sie weder gewillt, noch in der Lage ist, das Leben der Bürger der Ukraine zu



verbessern und zu schützen, greift sie zu Kriegspsychose, Russlandfeindlichkeit, antikommunistischer Hysterie und Faschismus.

Die Kommunisten aller Generationen kämpfen heute für eine würdige, sozialistische Zukunft der Ukraine, für eine friedliche, gleichberechtigte und gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit mit allen, besonders den Nachbarländern und -völkern.

Für diese patriotische, humanistische und zivilisatorische Position werden wir auch weiterhin eintreten. Willkür, gerichtliche Verfolgung und neofaschistische Provokationen des Günstlingsregimes schrecken uns und unsere Mitkämpfer nicht. Damit bekommen sie uns nicht klein.

Die Wahrheit ist auf unserer Seite!

(Übersetzung aus dem Russischen: Helmut Ettinger)

- Siehe dazu auch: <http://www.neues-deutschland.de/artikel/962834.pleite-bei-kpu-prozess.html?sstr=klaus|joachim|herrmann>

## Die Definition des Wahnsinns

*In Südeuropa ist Austerität gescheitert. Jetzt soll die Ukraine alle Fehler wiederholen.*

*Von Stephan Meuser, Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Kiew; aus: <http://www.ipg-journal.de>*

Die Wirtschaft der Ukraine ist im freien Fall. Auch ohne den Konflikt in Osten des Landes wäre die Situation nicht einfach. Nun aber steht die ukrainische Gesellschaft vor wirklich schweren Zeiten. Im vergangenen Jahr ist die Wirtschaftsleistung nach Angaben der ukrainischen Notenbank um 7,5 Prozent geschrumpft. Das ist der schlimmste Einbruch seit der Weltwirtschaftskrise 2008/2009, von dem sich die Ukraine noch gar nicht richtig erholt hatte. Hinzu kommen die Zerstörungen des Krieges, geschätzte 450 000 Binnenflüchtlinge, die auf absehbare Zeit nicht in ihre Heimat zurückkehren können, und eine beginnende Krise am Arbeitsmarkt. Ebenfalls kritisch: eine Staatsverschuldung, die eine Refinanzierung nicht mehr am Anleihenmarkt, sondern nur noch über IWF-, EBRD- und EU-Hilfspakete zulässt. Daneben ist auch der Außenwert der ukrainischen Hryvna im Laufe des Jahres 2014 praktisch abgestürzt und hat sich gegenüber US-Dollar und Euro im Wert halbiert.

In dieser desolaten Situation setzen westliche Geber auf die üblichen austeritätspolitischen Ansätze. Gefordert werden Steuererhöhungen, ein Herunterfahren der Subventionen für den Gas-Endverbraucher, nur minimale Erhöhungen des Mindestlohnes, obwohl dieser ohnehin kaum zum Leben reicht, und die Abschaffung der Parität bei der Verwaltung der Sozialkassen.

Doch gerade diese Forderungen sind keine adäquate Lösung, will man die ohnehin stark unter Druck stehende Bevölkerung nicht geradezu in die Verarmung treiben. Dennoch werden sie weitgehend unhinterfragt propagiert. Und zwar sowohl von westlichen Ländern als auch von der neuen ukrainischen Regierung und dem Euromaidan.

## Mehr von der falschen Medizin

Bezeichnenderweise holte die Übergangsregierung im Frühjahr ausgerechnet den georgischen Verfechter libertären Wirtschaftens, Kakha Bendukidze, als Wirtschaftsberater in die Ukraine. Er hatte in Georgien Expräsident Saakaschwilis Kampf gegen jegliche Marktregulierung angeführt. Allerdings konnte er vor seinem plötzlichen Tod am 13. November 2014 kaum Wirkung entfalten. Tatsächlich ist in den nunmehr neun Monaten seit dem Sturz Janukowitschs kaum eine der vom IWF vorgeschlagenen Reformen angegangen worden. Von der Prioritätenliste des IWF-Abteilungsleiters für Europa, Moghadam, vom April 2014 wurde bisher einzig im Bereich der öffentlichen Ausschreibungen und der Reform der Steuerverwaltung etwas Vorzeigbares abgearbeitet.

Einerseits ist das bezeichnend für die Beharrungskräfte des alten ukrainischen Elitengeflechts, das nach wie vor Bestand hat. Andererseits jedoch fragt man sich, weshalb angesichts der katastrophalen Auswirkungen der Austeritätspolitik in der EU die in Griechenland, Portugal und Spanien begangenen Fehler nun auch in der demnächst assoziierten Ukraine wiederholt werden müssen. Nach Albert Einstein ist die Definition von Wahnsinn, immer wieder das Gleiche zu tun und andere Ergebnisse zu erwarten. Oder will die EU unter deutscher Anleitung nun noch eine weitere „verlorene Generation“ wie in den südlichen Unionsstaaten produzieren? Nun auch an der östlichen Grenze? Oder soll angesichts des Fachkräftemangels in Nord- und Mitteleuropa die Hoffnung der Ukrainer auf ein besseres Leben dazu genutzt werden, vom Brain Drain der gut Ausgebildeten zu profitieren? Es sei in dem Zusammenhang daran erinnert, dass seit der staatlichen Unabhängigkeit rund sechs Millionen Ukrainer im Verlassen des Landes den einzigen Ausweg aus ihrer Misere sahen.

Wie dem auch sei. Fest steht, dass die ukrainische Öffentlichkeit dieser neoliberalen Politik derzeit kaum etwas entgegenzustellen hat. Die ukrainischen Gewerkschaften etwa, die durch die Ereignisse im Februar in Kiew und im Mai in Odessa erhebliche materielle Einbußen zu verzeichnen hatten, haben durch den Verlust von Eigentum auf der annektierten Krim ihre Budgets um bis zu 40 Prozent kürzen und Mitarbeiter entlassen müssen. Das bringt sie nicht gerade in die vorteilhafteste Ausgangsposition für den anstehenden sozio-ökonomischen Reformprozess. Hinzu kommen die herkömmlichen Probleme des Mitgliederschwundes aufgrund von Überalterung, innere Konflikte unter den konkurrierenden Gewerkschaftsbünden und die Marginalisierung einst dominanter industrieller Branchen der Ukraine. Dieser Prozess hat aufgrund der Situation im Donbass noch einmal an Fahrt zugenommen.

Bislang haben die Gewerkschaften in der neuen Regierung keine Ansprechpartner gefunden. Die alte Regierungspartei „Partei der Regionen“ hatte zuweilen in paternalistisch-populistischer Weise (Arbeits-)Gesetzgebung betrieben. Nun wird mehr und mehr deutlich, dass selbst damit nicht zu rechnen ist. Im Gegenteil: Seit dem Sommer 2014 kursieren fragwürdige Gesetzesvorhaben, die nur wegen der Diskontinuität des Parlamentsbetriebs noch nicht verabschiedet worden sind. Hierzu zählen etwa die Beschneidung althergebrachter Einspruchsrechte der Gewerkschaften bei Entlassungen, die faktische Abschaffung der ohnehin nur noch auf dem Papier existenten staatlichen Arbeitsinspektion und die





Aufhebung der Mitwirkungsrechte bei der Verwaltung der Sozialkassen. Vor allem bei letzterem ist das Cui Bono leicht zu beantworten: Der Staat sehnt sich nach einem Griff in die Kassen.

### Das ökonomische Schweigen des Euromaidan

Bezeichnenderweise haben es aber auch die Aktivisten des Euromaidan bisher nicht vermocht, eigene Reformmodelle für die ukrainische Wirtschaft aufzuzeigen. Ihre wirtschaftspolitischen Forderungen erschöpf(t)en sich nahezu ausschließlich im Ruf nach einem Ende der Korruption. Einzige Ausnahme sind hier einige Kandidaten auf der überraschend ins ukrainische Parlament eingezogenen Parteiliste Samopomich (Selbsthilfe). Ansonsten folgt der Maidan-Mainstream in undifferenzierter Weise dem in Westeuropa vorherrschenden neoliberalen Diskurs und schaut – abermals aufgrund des geringen Vertrauens in das bisherige Handeln der ukrainischen Politik – auf die EU als Hüterin der durch das Assoziierungsabkommen nötigen Anpassungsprozesse.

In die Umsetzung des als Teil des Assoziierungsabkommens übernommenen Deep and Comprehensive Free Trade Agreement (DCFTA) sollen dabei entlang der 15 Unterkapitel mittels begleitender „Plattformen“ und Arbeitsgruppen sowohl die Sozialpartner als auch NGOs eingebunden werden. Grundsätzlich ist die Involvierung zivilgesellschaftlicher Akteure in den closed shop des Sozialen Dialogs durchaus in Frage zu stellen. Allerdings mag man daraus angesichts des Zustandes der Gewerkschaftsbewegung zumindest die Hoffnung auf eine spätere Allianzbildung von Teilen der NGOs und der Gewerkschaften zugunsten der arbeitenden Bevölkerung schöpfen.

Auf europäischer Seite ist der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) das Partnerorgan zur Implementierung des DCFTA. Das stellt in dieser Konstruktion eine komplette Neuheit dar. Daraus ergibt sich für die kritische Begleitung und Beeinflussung des Implementierungsprozesses zumindest die Chance, politisch über die Bande der Arbeitnehmerseite des EWSA Änderungen zu erwirken. Ebenfalls innerukrainisch liegt im Zuge der angestrebten Dezentralisierung des Landes einige Hoffnung in der Aktivierung der bereits existenten regionalen dreiseitigen Räte des Sozialen Dialogs im Sinne einer aus der Not geborenen neu aufgelegten Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften, Arbeitgebern und dem Staat.

Dennoch liegt auf der Hand, dass sozial abgefederte Reformen im Sinne des „rheinischen Kapitalismus“ und des oft propagierten „Europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells“ einer Schocktherapie nach russischem Vorbild der 1990er-Jahre vorzuziehen sind. Wenn dies nicht geschieht, steht nicht nur der innere Zusammenhalt des Gemeinwesens in Frage. Diese Politik könnte auch eine neue, diesmal sozial begründete Protestbewegung heraufbeschwören.

## Fließende Übergänge zum Faschismus. Nach den Wahlen in der Ukraine

Von Reinhard Lauterbach, Osteuropa-Korrespondent der „jungen Welt“, aus: *Ça ira*, Nr. 83

Die Wahlen zum Kiewer Parlament und in Donezk und Lugansk zeigen vor allem eines: Die Ukraine ist tief gespalten. Sie hat ihre gut 50 Jahre währende staatliche Form schon jetzt verloren. Nur eine auf Ausgleich zielende Politik kann ein weiteres Auseinanderbrechen noch verhindern. Doch die Wahlgewinner in Kiew wollen über den Südosten des Landes siegen und die westlichen Regierungen wollen über Russland siegen. Das ist kriegerisches Denken. Und Krieg führt die Regierung der Ukraine bereits gegen Donezk und Lugansk.

Die Bewertung der Wahlergebnisse in der Westukraine als pro-europäisch ist im besten Falle blauäugig. In erster Linie sind sie nationalistisch, antirussisch – und sie haben die politische Achse noch weiter nach rechts verschoben. Demokratische und linke Parteien hatten kaum eine Chance. „Swoboda“ und der „Rechte Sektor“ konnten zwar „nur“ Direktmandate (sechs bzw. zwei) erringen, doch ihre politische Richtung hat weiterhin maßgeblichen Einfluss im Parlament und im Staatsapparat, wie unten zu zeigen sein wird. Mit Ausnahme des „Oppositionsblocks“ (9,4 Prozent der Zweitstimmen), der ausdrücklich auch künftig die militärische Neutralität der Ukraine erhalten will, sind alle anderen in der Rada vertretenen Parteien in dem Sinn rechts, dass sie sich durch eine scharfe Gegnerschaft zu Russland auszeichnen, sich für die forcierte EU-Integration und die NATO-Mitgliedschaft einsetzen und den Konflikt mit dem Südosten auch mit Gewalt lösen wollen.

Es ist ein Charakteristikum der ukrainischen Parlamentswahl vom 26.10.14, dass radikale Nationalisten mit zumindest fließenden Abgrenzungen zum Faschismus auch außerhalb der traditionellen faschistischen Parteien kandidiert haben. Hier ist an erster Stelle an die „Radikale Partei“ von Oleg Ljaschko zu erinnern.

Ljaschkos Markenzeichen ist es, mit unmittelbarer Gewalt gegen politische Gegner vorzugehen. Im Internet existieren zahlreiche Videos mit Darstellungen, wie er diese Gegner physisch misshandelt, beschimpft, erniedrigt und bedroht. Auch Amnesty International hat ihn deshalb im Sommer 2014 kritisiert. Ljaschko war bis 2010 im „Block Julia Timoschenko“ (BJuT) aktiv, wurde aber dort wegen des Vorwurfs der Zusammenarbeit mit der Partei der Regionen ausgeschlossen und gründete seine eigene Partei. Von Seiten des traditionellen ukrainischen Nationalismus wird ihm oft vorgeworfen, eine false-flag-Partei im Interesse prorussischer Oligarchen zu betreiben, um den „wahren“ ukrainischen Nationalismus zu diskreditieren. Selbst wenn es so wäre, dass er ein „falscher Faschist“ wäre, würde dies aber nichts daran ändern, dass er als „echter Faschist“ gewählt wurde.

Nazi-Apologeten bekleiden weiterhin hohe Positionen im ukrainischen Staatsapparat – und es kommen neue hinzu. Einer von ihnen ist der am meisten berüchtigte ehemalige Abgeordnete der Partei „Swoboda“, Juri Michalstschyschyn. Er hat jetzt die Partei verlassen, um Propagandachef des Sicherheitsdienstes zu werden. Über ihn schreibt die englischsprachige Homepage [ukraineantifascistsolidarity.word](http://ukraineantifascistsolidarity.word)



press.com: „Michaltschyschyn ist ein offener Nazi-Apologet, der eine Ehrenmedaille der SS-Division Galizien besitzt. Er hatte einige Zeit in einem Freikorps an der ‚Anti-Terror-Operation‘ im Donbass teilgenommen. (...) Im April dieses Jahres rannte er durch den Plenarsaal der Rada, um den Vorsitzenden der Kommunistischen Partei, Simonenko, während dessen Rede anzugreifen und ihn von der Rednertribüne zu zerren: 2013 erhielt Michaltschyschyn bei den Feiern zum 70. Jahrestag der Gründung der SS-Division Galizien, die aus ukrainischen Freiwilligen gebildet wurde, eine Gedächtnismedaille. Jene SS-Division Galizien, die im Zweiten Weltkrieg gemeinsam mit der Ukrainischen Aufstandsarmee den Völkermord an den Juden beging und die brutale Vertreibung der örtlichen polnischen Bevölkerung zu verantworten hatte.

Michaltschyschyn, der aus Lwiw stammt und sich selbst entweder als ‚autonomer Nationalist‘, als ‚Sozialrevolutionär‘, ‚Sozialnationalist‘ oder ‚revolutionärer Nationalsozialist‘ beschreibt, ist einer der Hauptideologen der Swoboda.“

Für das Abgleiten in den ukrainischen Nationalismus tragen die USA, die EU, dabei insbesondere Deutschland, Frankreich und Polen eine hohe Mitverantwortung. Die Parteien der Großen Koalition und die Grünen haben immer wieder den ukrainischen Nationalismus bis hin zum Faschismus verharmlost. Dagegen werden wir weiter zu den Rechten wie zu Faschisten in der Ukraine nachforschen und aufklären.

## Faschisten außerhalb der traditionellen faschistischen Parteien

Die von Ministerpräsident Arseni Jazenjuk, Parlamentspräsident Oleksander Turtschynow und dem ehemaligen Chef des Nationalen Sicherheitsrates, Andryj Parubi, geleitete Partei „Volksfront“ hat ihre Kandidatenlisten mit etlichen Feldkommandeuren von Freiwilligenbataillonen und Maidan-Aktivistinnen besetzt.

Als Faschisten oder zumindest Personen im Grenzbereich zum Faschismus sind einzustufen:

- Andrej Parubi. Der langjährige nationalistische Aktivist war lange Jahre Funktionär der „Sozial-nationalen Partei der Ukraine“, aus der 2004 die „Swoboda“ hervorging. Parubi machte dieses Rebranding seinerzeit nicht mit und setzte seine Karriere in der Partei von Julia Timoschenko fort.
- Tetjana Tschornowol. Die Vertreterin der dritten Generation einer „Dynastie“ von ukrainischen Nationalisten war verheiratet mit einem Mann, der im faschistischen Bataillon „Asow“ (Bataillonselement: die Wolfsangel) kämpfte und im August 2014 fiel. Im Anschluss hieran schloss sie sich selbst dem Bataillon Asow an. Ihre Bezeichnung als „Journalistin“ und „Antikorruptionskämpferin“ in der bürgerlichen Presse ist zumindest irreführend.
- Andrej Bilezki, Kommandeur des Freiwilligenbataillons „Asow“ und Mitglied im „Militärrat“ der Partei. Der studierte Historiker Bilezki saß unter Janukowitsch wegen „Terrorismus“ ein, da er Sprengstoffanschläge auf Lenin-Denkmäler ausgeführt hatte. Nach dem Sieg des Euromaidans freigelassen, rühmte er sich im Frühjahr 2014, die Skinhead- und Fußballfanszene von Charkiw vom russischen auf den ukrainischen Nationalismus umgepolt zu haben. Solche Charkiwer Ultras waren wesentlich am Pogrom in Odessa am 2.5.2014 beteiligt. Dem Militärrat

gehören noch mindestens vier weitere Bataillonselemente an .

- Ein weiterer Feldkommandeur ist Semjon Semjontschenko (Kampfname) vom Bataillon Donbass. Er kandidierte auf Platz zwei der neu ins Parlament gekommenen Partei „Samopomitsch“ (Selbsthilfe) des Bürgermeisters von Lwiw, Andryj Sadowyj. Diese Partei ist bemüht, einen „modernen“ Konservatismus europäischen Typs zu vertreten. Semjontschenko muss als einer der gegenwärtig intelligentesten und gefährlichsten Vertreter der ukrainischen Rechten betrachtet werden. Er vertritt einen modernen ukrainischen Staatsnationalismus jenseits der ethnischen Borniertheit der Swoboda. Semjontschenko ist nach dem, was er selbst über sich preisgegeben hat, ethnischer Russe, aus Donezk gebürtig, und ist offenbar pensionierter Offizier der ukrainischen Armee. Sein Bataillon hat sich in den Kämpfen durch eine relativ hohe Effizienz ausgezeichnet und ist offenbar so gut diszipliniert, dass ihm bisher keine Kriegsverbrechen nachgewiesen wurden. Im Gegenteil hat Semjontschenko sich gelegentlich nicht gescheut, Kriegsverbrechen anderer ukrainischer Einheiten publik zu machen. Sein Bataillon erhielt bei der Aufstellung offenbar Unterstützung von israelischen Ausbildern und soll den Reserveeinheiten der israelischen Armee nachgebildet sein. Im September 2014 war Semjontschenko etwa zehn Tage lang in Washington und führte Verhandlungen mit der US-Militärführung und den Geheimdiensten. Ergebnis war, dass die Kämpfer seines Bataillons von „pensionierten“ Angehörigen amerikanischer Spezialeinheiten ausgebildet werden sollen, u. a. im Partisanenkampf.

## Auf humanitärer Mission – Bericht über eine „skandalöse“ Reise in die Ostukraine

Von Wolfgang Gehrcke, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, und Andrej Hunko, MdB; aus: <http://www.waehlt-gehrcke.de>, 17. Februar 2015

### I. Humanitäre Hilfe ist dringend notwendig

Bei unserem ersten Besuch in der Region im November 2014 besuchten wir auch Flüchtlingslager auf der russischen Seite des Don. Wir hatten die Information, dass rund eine halbe Million Menschen aus den Kampfgebieten nach Russland geflüchtet sind und dort aufgenommen wurden. Die Angst, Not und Verzweiflung der Flüchtlinge hat uns sehr berührt. Einige machten uns auf das Krankenhaus in Gorlowka aufmerksam, eine Stadt mit mehr als 250 000 Einwohnern, nicht weit von Donezk entfernt. Dieses Kinderkrankenhaus, speziell auch für Waisenkinder, war zudem ein UNESCO-Projekt. Zwei Ärzte von „Ärzte ohne Grenzen“ halten sich derzeit in Gorlowka auf. Sie kommen auf Grund der Kampfhandlungen nicht heraus – und wir kamen nicht hinein.

Die Mitteilung, dass in Krankenhäusern in der Ostukraine Kinder sterben, weil nicht die notwendigen Medikamente zur Verfügung stehen, hat uns keine Ruhe gelassen. „Wir wollen



helfen!“, das war unsere Entscheidung. Bis heute (17.2.2015) haben 886 engagierte Bürgerinnen und Bürger, Freundinnen und Freunde als Einzelspender und viele weitere in Sammel-spenden über 86 000 Euro gespendet. Alle haben gegeben, was sie konnten. Die Einen 2 oder 5 Euro, andere sandten 1 000 oder gar 2 000 Euro für humanitäre Hilfe. Wir, Andrej Hunko und Wolfgang Gehrcke, haben garantiert, dass für dieses Geld Medikamente an die Krankenhäuser geht und dass wir dies öffentlich dokumentieren werden. „Das Geld wird zu 100 Prozent für die Kinderhilfe verwendet, für Medi-kamente und das, was die Kinder am dringendsten brau-chen. Das garantieren und belegen wir: Wolfgang Gehrcke, Andrej Hunko“.

Spenden gehen auf das Konto „Hilfe für die Kinder von Donezk“ (Verwendungszweck) bei der Berliner Sparkasse, IBAN DE80 1005 0000 4184 6308 00 (Kontoinhaber: Wolf-gang Gehrcke).

## II. Auf der Suche nach Partnern

Allen Spenderinnen und Spendern sind wir verpflichtet, un-abhängig davon, wie sie selbst ihren politischen Standort beschreiben. Über politische Erfahrungen zur Deeskalation von Konflikten verfügen Andrej Hunko und Wolfgang Geh-rcke nicht zuletzt, weil die Linksfraktion im Bundestag und die Partei DIE LINKE in der Friedenspolitik konsequent für eine neue Entspannungspolitik in Europa eingetreten sind. Wir haben aber auch zugesagt, und dabei bleibt es, dass wir unsere humanitäre Initiative, Kindern zu helfen, nicht mit der Propaganda unserer politischen Positionen verbinden wer-den. Humanitäre Hilfe fragt nicht und darf nicht fragen nach Religion, Weltanschauung, Parteimitgliedschaft der Empfän-gerinnen und Empfänger. Wir waren und sind überwältigt und beglückt von der großen Bereitschaft so vieler Men-schen zu helfen.

Selbstverständlich haben wir uns bei Hilfsorganisationen, die über weit mehr Erfahrungen in der Organisation verfü- gen, als wir sie aufbringen können, erkundigt, wie ein Trans- port von Medikamenten für eine solch große Summe zu be- werkstelligen ist. Das Rote Kreuz signalisierte, dass es eine Vertretung des Internationalen Roten Kreuzes in Donezk gibt, sie selbst aber keine Medikamente in die Region sen- den und wünschte viel Erfolg für die Aktion. Medico interna- tional dankte für die Informationen und teilte uns mit, dass sie selbst nicht in der Region aktiv wären. Von Ärzte ohne Grenzen ist ein Team aus zwei Schweizer Ärzten vor Ort in Gorlowka, die im allgemeinen Krankenhaus Unterstützung leisten. „Wir werden nicht in der Lage sein, unsere Aktivitä- ten mit den Ihrigen zu verbinden. Es scheint so, dass Sie in Folge ihres Besuches in der Region bereits über die nötigen Kontakte verfügen. Ich hoffe, dass Sie Ihre Hilfe jetzt direkt an die Menschen bringen können durch die Kontakte, die Sie in der Ukraine und der Russischen Föderation haben“, schrieb uns Herr Robert-Nicoud von der Schweizer Sektion. Es wurde uns auch vorgeschlagen, mit der in Moskau ansäs- sigen Initiative von „Dr. Lisa“ zusammenzuarbeiten. Hier sind wir gerade in Kontakt getreten. Sehr geholfen hat uns vor Ort eine Hilfsinitiative aus dem Donbassgebiet. Allen danken wir und wollen mit ihnen weiter zusammenarbeiten.

Aus Gorlowka wurde uns mitgeteilt: „Wahre Helden sind die Ärzte, auf denen unsere Hoffnung ruht. Solche Ärzte wie Jelena Petrowna Kundeus und Sergej Anatoljewitsch Korotja. Sie kann man wahrlich Helden nennen, denn sie haben

schon vielen Kindern das Leben gerettet. Daher haben wir uns über die Entscheidung gefreut, sie mit Ihnen zusammen- zubringen. Das sind Menschen von Ehre, Güte und Herois- mus, die die Verwendung der Medikamente genau kontrollie- ren werden.“ Die von den Spendengeldern beschafften Me- dikamente sind für die Kinder bestimmt, ihre Verwendung wird auch von den Krankenhäusern dokumentiert.

## III. Kein sicherer Zugang von Westen

Um sicherzugehen, dass die Medikamente, die man am drin- gendsten braucht, gekauft werden und bei den Empfängern ankommen, haben wir uns endlich entschieden: Wir fahren selbst und geben die Medikamente zeit- und ortsnah ab. Vom 13. bis 15. Februar sind wir über den Don in den Don- bass gefahren. Wir danken unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die uns begleiteten, nicht nur für ihre Arbeit, sondern auch für ihre Bereitschaft, ihr Leben und ihre Ge- sundheit einzusetzen. Bis Rostow am Don wurden wir be- gleitet vom stellvertretenden Pressesprecher der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, Michael Schlick, und einer studen- tischen Hilfskraft, Julius Zukowski-Krebs, der für uns ge- dolmetscht hat. Die Journalistin Christiane Reymann und der Journalist Peter Wolter vervollständigten unseren Hilfskon- voi. Allerdings konnten ausschließlich Andrej Hunko und Wolfgang Gehrcke in die Ostukraine einreisen, da nur sie über einen Diplomatenpass verfügten.

Die Einreise über russisches Gebiet war die einzige Chan- ce, da uns von Seiten der ukrainischen Regierung keine Zu- sicherung freien Geleits bis zu dem Punkt in der Ostukraine, wo andere Machtverhältnisse herrschen, gegeben wurde. Gegenüber dem ukrainischen Außenministerium hatten wir um eine entsprechende Unterstützung gebeten. „Ich bitte Sie und Ihre Regierung, meinem Kollegen Andrej Hunko und mir sowie einer kleinen Begleitgruppe von Kollegen, Unter- stützerinnen und Unterstützern freies und sicheres Geleit durch die Ukraine zu gewähren, zumindest zu den Punkten, die unter Einfluss der Zentralregierung stehen.“ (Wolfgang Gehrcke am 5. Februar 2015 an den Botschafter der Ukraine in Berlin, Herrn Andrej Melnyk).

Keine Frage: Es wäre uns lieber gewesen, die Medikamen- te in Deutschland zu kaufen und sie auch auf direktem Weg in die Krankenhäuser zu transportieren. Das war leider nicht möglich. Selbstverständlich haben wir ebenfalls das Auswär- tige Amt der Bundesrepublik Deutschland informiert. Außen- minister Frank-Walter Steinmeier schrieb in seiner Antwort:

„Ich begrüße (...) grundsätzlich Ihre Initiative, das Kinder- krankenhaus in Horlivka zu unterstützen. Die Lage der Bin- nenvertriebenen und der schutzbedürftigsten Teile der Be- völkerung in den von Separatisten kontrollierten Gebieten stellt uns derzeit vor die größte humanitäre Herausforde- rung.“ Der Außenminister schrieb weiter: „Gerade weil die Lage so gefährlich ist, rät das Auswärtige Amt allerdings von Reisen in die östlichen Verwaltungsbezirke Donezk und Luhansk dringend ab. Teile dieser Gebiete werden von be- waffneten Separatisten kontrolliert. Es kommt dort immer wieder zu gezielten Entführungen und Festsetzungen von Ausländern. Konsularischer Schutz kann deutschen Staats- angehörigen dort angesichts der aktuellen Lage derzeit nur sehr eingeschränkt, in Teilen der genannten Bezirke gar nicht gewährt werden.“

## IV. Hilfe überwindet Grenzen

Mit Hilfe des Duma-Abgeordneten der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation Wladimir Bessonow haben wir in Rostow am Don für rund 40 000 Dollar, die in Rubel umgetauscht worden waren, Medikamente und medizinisches Material eingekauft. Die „Einkaufsliste“ stellen wir gern zur Verfügung. Die eingekauften Medikamente und das medizinische Material wurden auf vier angemietete Kleinlastwagen verstaute, insgesamt sechs Tonnen. Mit diesen vier Fahrzeugen, für die wir in Rostow auch Fahrer gewonnen haben, die bereit waren, mit uns ins Kriegsgebiet zu fahren, wurden wir zwar nur ein kleiner, aber sehr respektable Konvoi. In den letzten Stunden entschieden wir uns, dass von den vier Fahrzeugladungen zwei nach Gorlowka, eine an die Abteilung für kriegstraumatisierte Kinder des Zentralkrankenhauses von Donezk und die vierte nach Lugansk gehen sollten. Wir danken unseren Freundinnen und Freunden in Rostow, besonders dem Abgeordneten Bessonow und seinem Team. Wir danken den russischen Behörden, und wir danken für die Möglichkeit, den Konvoi in das Gebiet der „Volksrepublik Donezk“ bringen zu können. All das war nur möglich, weil im entscheidenden Moment nicht nach den Regeln der Bürokratie, sondern der Humanität entschieden wurde. Der Einkauf einer solchen Menge Medikamente, deren Transport über Grenzen und der Verzicht, Zollgebühren auf humanitäre Güter zu erheben – das ist großartig und verdient Dank.

## V. Wir starten: mit humanitärer Hilfe unterwegs

Am Samstag, dem 14. Februar 2015, überschritt unser Hilfskonvoi – ein Kleinbus und vier Kleinlastwagen – die russische Grenze zum Donbass. Auf der russischen Seite wurden wir von russischem Zoll und russischer Passkontrolle abgefertigt. Uns war aber nicht klar, was uns auf der anderen Seite erwarten würde. Dort gab es ebenfalls eine „normale“ Grenzkontrolle, allerdings durch Aufständische des Donbass. Tarnanzüge und umgehängte Maschinenpistolen, sandsackgesicherte Kontrollposten gehören fast zum Alltag des Lebens unter den Bedingungen des Krieges. Machtstrukturen, die auf dieser Seite das Kommando übernommen haben, gewährleisteten unsere Sicherheit. Ein neuer Konvoi unter der Begleitung des Gesundheitsministers der „Volksrepublik Donezk“ wurde formiert. Polizei am Anfang und Ende, unser Kleinbus (Gehrcke, Hunko) plus die vier Kleinlastwagen und entsprechender Personenschutz mittendrin.

Die Fahrt von der Grenze bis Donezk führt durch viele zerschossene und zerstörte Ortschaften. Uns fiel auf, dass offensichtlich vor allem Schulen und Tankstellen Ziel von Zerstörungen waren. In der Stadt Donezk selbst zeigten einige Viertel, durch die wir fuhren, kaum Spuren von Krieg und Zerstörung. Andere hingegen, insbesondere in der Nähe des Flughafens, sind schwer zerstört. Unser „bewachter“ Konvoi ist im Übrigen auch auf youtube (Link) zu besichtigen.

## VI. Mit der Macht im Gespräch

In Donezk erwartete uns Alexander Sachartschenko und wollte gern mit uns sprechen. Weder Begegnung noch Gespräch mit dem Chef der „Donezker Volksrepublik“ hatten auf der Reiseplanung gestanden. Aber wir – Andrej Hunko und Wolfgang Gehrcke – hatten uns vorher entschieden, dass wir, wenn es zu einer solchen Situation kommen

sollte, ihr auch nicht ausweichen werden. Dies aus mehreren Gründen: Humanitäre Hilfe in einem Gebiet, das von den „Aufständischen“ kontrolliert wird, der Transport und die Verteilung von Medikamenten ist ohne Zustimmung der realen Macht überhaupt nicht möglich. Unsere Hilfe für die Krankenhäuser war also auf die Bereitschaft angewiesen, die Hilfe anzunehmen. Das ist der wichtigste Grund.

Ebenfalls wichtig: Unsere Ankunft war der Tag, an dem nach 23 Uhr Ortszeit die in Minsk vereinbarte Waffenruhe in Kraft treten sollte. Das wollten wir wissen: Tritt diese Waffenruhe in Kraft oder wird sie nicht in Kraft treten?

Darüber hinaus: Abgeordnete müssen das Recht verteidigen, sich ein eigenes Bild über die Lage machen zu können. Abgeordnete sind kein Staat, die einen anderen Staat anerkennen oder nicht. Der künftige Status des Donbass war nicht Gegenstand unserer Hilfsaktion und konnte es auch gar nicht sein.

Das Gespräch mit Alexander Sachartschenko begann mit der Frage „Wie sprechen wir uns an?“ Den offiziellen Sprachgebrauch des Westens „Separatisten“ wollten wir nicht benutzen. Den Kiewer Sprachgebrauch „Terroristen“ lehnen wir ab. Der von uns angebotene Begriff „Aufständische“ war unserem Gesprächspartner fremd, aber nach unserem Hinweis, dass wir uns ebenfalls gegen eine ungerechte Gesellschaft aufständisch fühlen, wurde er akzeptiert.

Unsere Fragen und die Antworten von Alexander Sachartschenko:

### ● **Werden die Aufständischen die Waffenruhe einhalten?**

Klare Antwort: Ja.

### ● **Was ist mit dem Kessel um Debalzewo?**

Klare Antwort: Im Kessel befinden sich nicht nur reguläre Truppen der ukrainischen Armee, sondern auch ausländische Söldner und Kämpfer der sogenannten Freiwilligenbataillone, die ähnlich wie die SS völlig fanatisiert sind. Alle können durch einen Korridor abziehen, wenn sie vorher die Waffen niedergelegt haben.

### ● **Sind die Aufständischen bereit, Hilfslieferungen in das von ihnen beherrschte Gebiet zu lassen, wenn sich Deutschland entschließt, Hilfe in den Donbass zu schicken?**

Antwort: Ja, und mit großer Dankbarkeit. Die Verteilung von Hilfsgütern könnte über das Internationale Rote Kreuz erfolgen.

### ● **Wie haben Sie sich bei den Minsker Verhandlungen gefühlt?**

Ich habe bei den Verhandlungen viel gelernt.

### ● **Werden Sie mit der OSZE-Mission zusammenarbeiten?**

Antwort: Ja, wir werden den OSZE-Beobachtern, soweit wir können, vernünftige Arbeitsbedingungen garantieren.

### ● **Fühlen Sie sich als Abgesandter oder Statthalter Russlands oder wie beschreiben Sie Ihre Identität?**

Meine Familie lebt seit drei Generationen in Donezk, und wenn Sie wollen, zeige ich Ihnen mein Wohnhaus. Es liegt allerdings in der unmittelbaren Kampfzone am Flughafen. *(Dieses Angebot haben wir dann auch angenommen.)*

## VII. Unterwegs in Donezk

Mit Alexander Sachartschenko fuhren wir in die unmittelbare Nähe des Flughafens. Er am Steuer eines SUV; Fenster heruntergekurbelt, neben ihm ein Adjutant, auf dem Rücksitz



zwei deutsche Abgeordnete. Es geht durch die Stadt Donezk in das verwüstete Stadtviertel rund um den Flughafen. Das ehemalige Wohnhaus der Familie Sachartschenko ist ein Plattenbau, zerbombt, die Fenster zugenagelt. Auf den Straßen und den zerwühlten Wegen sind nur wenige Passanten unterwegs. Einige Menschen sitzen vor ihren kaputten Häusern. Sie machen auf uns einen sehr apathischen Eindruck. Plötzlich kracht es – ein Geschoss fliegt über uns hinweg und schlägt in 150 oder 100 Metern Entfernung ein. Sachartschenko fährt im Zickzack aus der Gefahrenzone heraus. Auch andere Plätze in der Stadt, wo man ihn oder sonstige führende Personen der Aufständischen vermutet, sind offensichtlich beschossen worden. Wir werden am Krankenhaus in Donezk abgesetzt. Ein Teil des Krankenhauses zeigt deutliche Spuren von Beschuss und Zerstörung. Unter anderem sind dort auch Flüchtlinge untergebracht. Wir sind froh, als wir das Hauptgebäude des Krankenhauses unverseht erreichen.

Wir sprechen mit Ärzten und Pflegern, besuchen Krankenstationen und geben noch eine Pressekonferenz für die örtlichen Medien. Eindringlich bittet uns der Gesundheitsminister, nicht selbst nach Gorlowka zu fahren. In der Stadt würden noch schwere Kämpfe stattfinden und mit dem Konvoi zum Krankenhaus durchzukommen, wäre ausgeschlossen. Der Gesundheitsminister garantiere uns, dass die Ladung der zwei für Gorlowka bestimmten Lastwagen auch nach Gorlowka gebracht wird. Wir begleiten unseren Hilfskonvoi in das zentrale Lager für Medikamente und Krankenhausversorgung. Fotoaufnahmen waren allerdings nur in einer Lagerhalle möglich, da die Sorge berechtigterweise sehr hoch war, dass auch dieses Lager militärisch unter Beschuss genommen werden könnte. Bevor es dunkel wird, machen wir uns auf den Weg zur russischen Grenze, Ausreise aus dem Donbass, Einreise nach Russland, Rückfahrt nach Rostow am Don.

## VIII. Ausblick

Wir werden die Hilfsaktion fortsetzen und eine engere Kooperation mit erfahrenen Hilfsorganisationen suchen. Es bleibt bei unserer Zusage: Auch der Einkauf weiterer Medikamente und ihr Transport nach Gorlowka, Donezk und Lugansk wird von uns, unter unserer Kontrolle und aktiven Mitwirkung garantiert. Die politischen Debatten über die Zukunft der Ukraine werden wir in der Öffentlichkeit und im Bundestag mit Engagement führen. Für uns ist klar: Die Waffenruhe muss halten. Entwaffnung ist notwendig. Es dürfen keine Waffen in die Ukraine geliefert werden. Entsprechender Druck der USA auf die EU muss zurückgewiesen werden, aber auch aus Russland dürfen keine Waffen in den Donbass gelangen. Über den künftigen Status des Donbass muss verhandelt werden, inklusive Festlegungen zu möglichen Wahlen. Wir wünschen, dass der Einfluss von rechten, rechts-extremen politischen Formationen in der Ukraine zurückgedrängt wird. Internationale Söldner und US-Militärberater sollten die Ukraine sofort verlassen.

Deutschland soll weiter diplomatisch vermittelnd tätig werden und humanitär helfen. Die deutsche Diplomatie ist gefragt und nicht deutsches Militär oder Kriegsgerät.

## MH 17: Chronologie eines Verbrechens

Von Bernd Biedermann, Oberst a. D.

**17. Juli 2014:** Eine Boeing 777 der malaysischen Fluggesellschaft, die als Flug MH 017 von Amsterdam nach Kuala Lumpur unterwegs war, stürzt über der Ostukraine ab. Alle 298 Insassen finden den Tod. Das Ereignis löst sofort eine Medienkampagne größten Ausmaßes aus. Dabei werden die sogenannten prorussischen Separatisten als Verursacher benannt. Sie hätten mit einer Boden-Luft-Rakete vom Typ Buk das Flugzeug abgeschossen. Nahezu alle Zeitungen, Fernseh- und Rundfunkstationen verbreiten Meldungen in diesem Sinne.

Einzelheiten zum Flugverlauf:

- Start der Boeing 777 auf dem Amsterdamer Flughafen Schiphol 10.31 Uhr, geplante Ankunft am Zielflughafen von Kuala Lumpur um 6.10 Uhr Ortszeit.
- Die Boeing fliegt in 10 000 m Höhe im Luftkorridor 330 für internationale Transitflüge über ukrainisches Gebiet. Um 12.53 Uhr fliegt sie in die Luftkontrollzone von Dnepropetrowsk ein. Dort wird die Crew aufgefordert, die Flughöhe um einige hundert Meter zu erhöhen, um einer nachfolgenden Maschine den Weiterflug auf Höhe 10 000 m zu ermöglichen. Die Crew meldet, sie sei nicht in der Lage, weiter zu steigen, und bittet um die Erlaubnis, ihre Höhe beizubehalten. Dafür erhält sie die Genehmigung.
- Etwa um 13.00 Uhr ersucht die MH 17 Besatzung um die Erlaubnis, den Kurs wegen der Wetterbedingungen um 20 Meilen nach links zu ändern. Nach einigem Hin und Her fliegt sie dann ca. 3,5 Meilen nördlich der Mitte der des Korridors.
- Um 13.20 Uhr bricht die Funkverbindung ab.

In einer sofort einsetzenden Medienkampagne ohnegleichen werden die Separatisten mit immer neuen Behauptungen beschuldigt, die Maschine mit einer Buk-Rakete abgeschossen zu haben.

**19. Juli 2014:** Rainer Rupp widerspricht in einem Beitrag der Zeitung junge Welt der voreiligen und einseitigen Schuldzuweisung im Fall MH 17. Er weist darin auf die extreme Unwahrscheinlichkeit eines versehentlichen Abschusses hin.

**20. Juli 2013:** Drei Tage nach dem Absturz erklärt US-Außenminister Kerry, man „wisse“, dass dafür die „prorussischen Separatisten“ beziehungsweise Russland verantwortlich seien.

Diese voreilige und einseitige Schuldzuweisung zu erschüttern erweist sich als schwierig, zumal sich die russische Seite zunächst mit einer offiziellen Stellungnahme zurückhält.

Insider erinnern sich sofort an den Abschuss einer russischen TU-154 der Fluggesellschaft Siberia Airlines am 4. Oktober 2001. Die Maschine befand sich damals auf einem Charterflug von Tel Aviv nach Nowosibirsk als sie im südöstlichen Teil des Schwarzen Meeres abstürzte. Der Pilot einer armenischen Antonow A-24 hatte die Explosion eines Flugzeugs in der Luft und den Absturz beobachtet und über Funk gemeldet. Die TU-154 war von einer ukrainischen Flugabwehrrakete des Systems S-200 getroffen worden, die im Rahmen einer Luftverteidigungsübung auf eine ferngelenkte



Drohne zur Zieldarstellung gestartet worden war. Infolge des unorganisierten Zusammenwirkens der beteiligten Luftverteidigungskräfte kam es zu einer Feuereröffnung durch einen bordgestützten Komplex mit einer Fla-Rakete S-300. Die Rakete traf die Drohne, auf die die Rakete von S-200 gerichtet war. Deren Selbstlenkkopf erfasste daraufhin ein anderes Ziel in dieser Richtung und lenkte sie dahin. Das neue Ziel war die TU-154, die getroffen wurde, sofort Feuer fing und abstürzte.

Eine gemeinsame ukrainisch-russische Untersuchungskommission legte nach weniger als 10 Tagen am 13.10.2001 einen Abschlussbericht vor, in dem die Ursachen und der Hergang des Vorfalls offengelegt wurden. Der ukrainische Verteidigungsminister trat zurück, zwei seiner Stellvertreter wurden entlassen. Die jährlichen Gefechtsschießen der S-200, S-300 und Buk-Einheiten wurden für sieben Jahre ausgesetzt. Die Ukraine zahlte an jede Familie der 38 russischen und 40 israelischen Opfer je 200 000 Dollar Entschädigung.

**22. Juli 2014:** Auf einer Pressekonferenz des russischen Generalstabs legt Generalleutnant Kartopolow eine Fülle von Darstellungen zum Verlauf des Fluges von MH 17 und den Flugbewegungen in dem relevanten Raum vor. Darin werden auch zwei Kampfflugzeuge erwähnt, die sich in unmittelbarer Nähe der Boeing befanden. Die westlichen Medien reagieren darauf mit der These „Russland provoziert mit Theorie um Kampfjet“.

**24. Juli 2014:** In einem Beitrag, den das ND am 24. 7. veröffentlicht, begründet Bernd Biedermann mit sachlichen Argumenten, dass die Maschine mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht durch den Treffer einer Flugabwehr-Rakete zum Absturz gebracht wurde.

Etwa zeitgleich tritt Peter Haisenko aus München, ehemaliger Pilot von großen Passagierflugzeugen, mit einer Erklärung zu den Absturzursachen im Internet an die Öffentlichkeit. Er geht davon aus, dass die MH17 durch ein oder zwei andere Luftfahrzeuge bekämpft worden war, wobei sowohl eine Luft-Luft-Rakete als auch Bordkanonen eingesetzt wurden. Als Beweise führt er die Lage der Einschüsse sowie ihre Form und Größe an. Nach seiner Meinung wurde das Cockpit der Boeing gezielt mit einer Bordkanone beschossen, um die Besatzung zu töten.

Die offiziellen Stellen der Kiewer Regierung, ebenso wie die US-Seite bleiben dabei, es sei eine Buk-Rakete gewesen, die die MH17 getroffen hätte. Das von den USA als Beweis vorgelegte Material, darunter Satellitenbilder mit falschem Zeitstempel, war von so geringer Qualität, dass es keiner ernsthaften Prüfung standhielt. Außerdem gab es keinerlei Zeugen, die am 17. Juli in dem relativ dicht besiedelten Gebiet des Geschehens Beobachtungen gemacht hatten, die beim Start einer Flugabwehrrakete unerlässlich auftreten (in sich übergehender lauter Knall nach dem Zünden des Triebwerks und beim Durchbruch der Schallmauer sowie Kondensstreifen der Flugbahn).

**7. August 2014:** Die malaysische Zeitung „New Straits Times“ schreibt auf Seite 1, dass MH17 von Kampfflugzeugen abgeschossen wurde. Zu diesem Schluss seien amerikanische Analysten gekommen. Demzufolge habe erst eine Luft-Luft-Rakete die Passagiermaschine getroffen, die dadurch schwer beschädigt und anschließend solange mit Bordkanonen beschossen wurde bis sie zu Boden fiel. An den einzelnen Bruchstücken am Boden könnte das mit wis-

senschaftlichen Untersuchungen forensischer und ballistischer Art durchaus nachweisbar sein. In diesem Zusammenhang war es deshalb nicht verwunderlich, dass die Kiewer Regierung ihre Truppen zu einer ausgedehnten Operation gegen die Separatisten genau im Absturzgebiet einsetzte. Dadurch wurde die Arbeit der internationalen Untersuchungskommission vor Ort so stark behindert und gefährdet, dass sie abgebrochen werden musste.

Eine weitere Frage drängt sich auf. Warum haben die britischen Spezialisten, die sowohl die Flugschreiber als auch den Stimmenrecorder untersuchten, so lange kein Sterbenswort verlauten lassen? Laut internationalen Experten ist es möglich, schon nach wenigen Tagen erste Informationen zum Inhalt der Aufzeichnungen zu geben. Bis heute liegen der Öffentlichkeit keine Protokolle zu den Aufzeichnungen vor.

**15. August 2014:** Der ehemalige Richter am Bayerischen Verwaltungsgericht, Peter Vonnahme, spricht in einer Erklärung zur Berichterstattung der deutschen Medien über MH 17 von einem „Glaubwürdigkeitsgau“. Er schreibt: „Die Trümmer der MH17 lagen noch qualmend irgendwo im ukrainischen Niemandsland, da war für die USA, für die NATO, für die EU und für die ukrainischen Machthaber bereits klar, wer an dem Flugzeugabsturz schuld ist: Putin, dem bekanntlich jederzeit und überall jede Schandtat zuzutrauen ist. Die deutsche Regierung, die Nachrichtenagenturen und die Massenmedien machten sich diese Schnelleinschätzung, die durch keinerlei Fakten belegt war, sofort zueigen.“

**9. September 2014:** Nach einer relativen medialen Stille erscheint ein Interview von Ray McGovern, der zusammen mit anderen US-Geheimdienstveteranen 2003 die Veteran Intelligence Professionals for Sanity (VIPS) gegründet hat (zu Deutsch etwa: Geheimdienstveteranen für geistige Gesundheit). Er selbst hat 27 Jahre als Analytiker (Auswerter) für die CIA gearbeitet, bevor er 1990 in den Ruhestand trat. McGovern war mitverantwortlich für die Vorbereitung der Tagesberichte an den US-Präsidenten. Der Mann weiß, wovon er redet. In dem Interview zu einem offenen Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel führte er u. a. aus:

„Was Politiker wie Angela Merkel meines Erachtens wissen sollten: Nicht nur die USA betreiben einen recht freimütigen, politisch instrumentalisierten Umgang mit ‚Geheimdienstinformationen‘. Der BND macht wahrscheinlich dasselbe, denn er ist im Grunde genommen eine Zweigstelle der CIA und der NSA. Und er will seine besondere Beziehung zu den US-Diensten nicht riskieren. Daher gibt er wahrscheinlich dieselben irreführenden Informationen heraus, die die Entscheidungsträger in Washington von den US-Diensten erhalten. [...] Wir sagen daher: Frau Merkel, nehmen Sie sich ein Beispiel an ihrem Vorgänger Gerhard Schröder. Der hatte damals durchschaut, dass George W. Bush mittels gefälschter Geheimdienstberichte seine ‚Koalition der Willigen‘ in die Schlacht führte und hat dazu konsequenterweise nein gesagt. So schonend wie möglich sagen wir in unserem Brief an die Kanzlerin: ‚Frau Merkel, beenden Sie ihre unterwürfige Haltung gegenüber den USA, der Zweite Weltkrieg ist lange vorbei! Werden Sie erwachsen!‘“

Wörtlich sagte er im Interview: „Wir wissen nicht, wer Flug MH 17 abgeschossen hat. Aber die US-Geheimdienste wissen es, die russischen auch, und ich wage sogar zu sagen, dass Kiew es auch weiß. [...] Ich übe mich jetzt in Spekulationen: Aufgrund meiner Quellen habe ich Grund zu der



Annahme, dass die ukrainischen Kräfte für den Absturz verantwortlich sind, aber Präsident Poroschenko davon nichts wusste. Dass also womöglich andere Oligarchen, die ja selbst auch Teile der bewaffneten Kräfte kommandieren, dahinter stecken.“ [...] Und ich glaube, dass Russland über eindeutige Beweise verfügt, dass die ukrainischen Kräfte verantwortlich waren.“

**5. September 2014:** Die Bundesregierung antwortet auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 8. August 2014. Mehrfach wird darin darauf verwiesen, dass man aus Gründen der Geheimhaltung keine offene Beantwortung der Fragen vornehmen könne. Die Antwort auf solche Fragen wie nach dem Inhalt aufgefangener Funksprüche sei als Verschlussache gemäß der Verschlussachenanweisung (VSA) mit dem Geheimhaltungsgrad „Geheim“ eingestuft. Was kann denn an dem Funkverkehr zwischen einer zivilen Flugleitzentrale und einem Verkehrsflugzeug so geheim sein, dass die Regierung meint, das eigene Volk sei für eine Kenntnisnahme nicht befugt oder unerwünscht? Diese Art der Geheimhaltung kann doch nur im Sinne der Meinungsmanipulation der Bevölkerung verstanden werden. Das Schweigen in dieser Angelegenheit legt die Annahme nahe, dass die Bundesregierung, wenn sie einen Beleg für die Täterschaft der Russen hätte, diesen offenlegen würde. Da das bisher nicht geschehen ist, könnte es auch sein, dass man die wahren Verursacher kennt, sie aber angesichts der jetzigen Situation keinesfalls benennen will.

**10. September 2014:** Die Niederländische Sicherheitskommission (Dutch Safety Board) legt endlich ihren „Vorläufigen Bericht über den Absturz der malaysischen Boeing 777-200 Flug MH17“ vor. Wer erwartet hatte, dass darin die genaue Ursache benannt wird oder ein eindeutiger Hinweis auf die Urheber des Absturzes geschrieben steht, sah sich arg enttäuscht. In all den Wochen der Arbeit der Kommission war es entweder nicht gelungen, die Gründe aufzuklären oder man wollte sie nicht finden. Das war natürlich nicht die Schuld der Kommission allein, da spielten ganz andere Faktoren eine Rolle.

**17. September 2014:** Vor über 120 Teilnehmern eines Forums, das von der Künstleragentur Schäfer (con-takt-akut) am 16. September zum Thema „Die Lage in der Ukraine und der Absturz der MH17“ organisiert worden war, legen Peter Haisenko und Bernd Biedermann ausführlich und überzeugend dar, warum die Behauptung, die Maschine sei von einer Flugabwehrrakete abgeschossen worden, nicht zutreffend sein kann. Zur Lage in der Ukraine sprechen Wolfgang Grabowski von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Wilfried Handwerk vom Deutsch-ukrainischen Wirtschaftsverein, völkerrechtliche Aspekte beleuchtet Dr. Walter Rösler (ehemaliges Mitglied der AdW).

**19. September 2014:** Im Internet erscheint eine Meldung des Verbandes der Ingenieure Russlands vom 1.8.2014 unter der Überschrift „Analyse der Gründe für den Absturz des Fluges MH17“. Warum die Meldung erst vier Wochen später veröffentlicht wird, ist nicht bekannt. Die Analyse schließt den Abschuss durch eine Fla-Rakete aus und kommt zu dem Schluss, dass die Boeing durch ein oder zwei Luftfahrzeuge bekämpft wurde.

Als Ende September noch immer keine Beweise zur Urhebererschaft vorliegen, tritt eine mediale Stille ein. Warum? Möglicherweise hat Ray McGovern Recht mit seiner Annahme, dass die Russen ihre Trumpfkarte clever einsetzen.

**8. Oktober 2014:** BND-Präsident Gerhard Schindler behauptet vor dem Parlamentarischen Kontrollgremium, seine Behörde kenne „Die ultimative Wahrheit“ zum Abschuss der MH17.

Danach verfüge der BND über Beweise, dass prorussische Separatisten für den Abschuss von MH17 verantwortlich sind. Fotos und Satellitenaufnahmen würden belegen, dass die Separatisten eine Buk-Startrampe besessen haben. Damit sollen sie eine Rakete gestartet haben.

Wo ist hier ein Beweis für den Abschuss mit einer Flugabwehrrakete? Der Besitz einer Startrampe ist nie und nimmer der Beweis für ein erfolgreiches Schießen damit.

Einschätzungen von Spezialisten, die sich auf Sachverstand und wissenschaftlich gesicherte Erkenntnisse stützen, machen deutlich: Es kann keine Fla-Rakete gewesen sein, die die MH17 zum Absturz gebracht hat. Dazu folgende Begründungen:

1. Die Trümmerteile des Flugzeugs, viele davon größeren Ausmaßes, sind alle ohne zu brennen auf einem relativ großen Gebiet niedergegangen. Mindestens die Teile, in denen sich Treibstoff befand, hätten beim Treffer einer Fla-Rakete wegen der entstehenden Reibungshitze gebrannt. Zu Bränden kam es aber erst, als am Boden heiße Triebwerksteile mit brennbarem Material in Berührung gerieten.

2. Die veröffentlichten Fotos zeigen Zerstörungen, die nicht durch die Splitter einer Fla-Rakete hervorgerufen sein können. (Ungleichmäßige Verteilung, unregelmäßige Durchmesser, sowohl Eintritts- als auch Austrittsöffnungen). Da die Splitter einer Fla-Rakete alle etwa die gleiche Größe haben, verursachen sie gleichmäßige Einschlaglöcher.

3. Aus den Fotos geht hervor, dass das Flugzeug an unterschiedlichen Stellen von „hochenergetischen Körpern“ getroffen wurde (massiv in Cockpitnähe, unregelmäßig an Tragflächen). Das ist völlig untypisch für das Trefferbild einer Fla-Rakete. Die Verteilung der Splitter des Gefechtsteils einer solchen Rakete folgt der sog. Normalverteilung, d. h. die meisten Splitter liegen dicht beieinander.

4. Der Anflug der Buk-Rakete auf ein Ziel erfolgt von oben. Die Fotos zeigen aber keine Häufung von Treffern im oberen Bereich der MH17.

5. Der Start einer Rakete des Komplexes Bug ist unüberhörbar. Das Geräusch der Triebwerkszündung und der Überschallknall vereinigen sich, sodass der Knall auch in großer Entfernung deutlich wahrnehmbar ist. Ebenso kann der Kondensstreifen des Fluges beobachtet werden. Obwohl das betroffene Gebiet besiedelt ist, hat niemand etwas gehört oder gesehen.

6. Außerdem steht fest, dass ein Fla-Raketen-Komplex Buk nur durch eine komplette Besetzung des Kommandopunkts (Raketenleitstation) und mindestens eines Startfahrzeugs bedient werden muss, um eine Rakete starten und zum Ziel leiten zu können. Ohne eine konkrete Zuweisung durch den Kommandopunkt oder die Station zur Zielaufklärung kann eine einzelne Startrampe kein bestimmtes Ziel erfassen, um es dann mit dem eigenen Radar aufzuhellen.

**14. November 2014:** Im russischen Fernsehen wird ein Foto veröffentlicht, das beweisen soll, dass Flug MH 17 von einem Kampfjet abgeschossen wurde. Vermutlich handle es sich um ein Foto, das von einem britischen oder amerikanischen Spionagesatelliten stammt, so jedenfalls äußerte sich der Vizepräsident des Verbandes der Ingenieure Russlands. Auf dem Foto ist deutlich zu erkennen, dass sich ein Kampf-

flugzeug einem Passagierjet genähert und eine Rakete gestartet hat. Im Internet entbrennt sofort ein erbitterter Streit um die Authentizität des Fotos und um die Frage, warum es erst jetzt veröffentlicht wird.

Peter Haisenko schreibt dazu auf dem Portal des Anderwelt Verlags: „Neueste Recherchen haben ergeben, dass es sich bei diesem Bild nicht um eine Satellitenaufnahme handelt. Vielmehr ist dieses Foto von einem Spionageflugzeug aufgenommen worden, das sich in einer Höhe von etwa 14 Kilometern aufgehalten hat. Das Kampfflugzeug ist keine MiG 29, sondern eine Su 27.“

Wie dem auch sei, ein belastbarer Beweis konnte mit diesem Foto nicht erbracht werden. Zu viele Details weisen auf eine vorsätzliche Irreführung bzw. Fälschung hin. Zwar wird damit die These unterstützt, wonach der Absturz nicht auf den Beschuss durch eine Flug-Abwehr-Rakete zurückzuführen ist, aber es ist kein Beweis dafür, dass hier der Abschuss dokumentiert ist. Allerdings sprechen inzwischen immer mehr Indizien dafür, dass MH 17 Opfer eines Kampfflugzeugs geworden ist. Darauf hatte Generalleutnant Kartopolow bereits in der Pressekonferenz des russischen Generalstabs am 22. Juli hingewiesen. Auch der US-Geheimdienstveteran Ray McGovern war sich sicher, dass die russischen Geheimdienste wissen, wer MH 17 abgeschossen hat bzw. wie der Abschuss erfolgte. Man muss allerdings befürchten, dass tatsächliche Zeugen bzw. Teilnehmer an der Aktion nicht mehr aussagen können oder daran gehindert werden.

**Anfang Dezember 2014:** Große Teile der Trümmer von MH17 werden vor Ort auf LKWs verladen und über die BRD in die Niederlande gebracht, wo weitere Untersuchungen vorgenommen werden sollen. Bei dieser Gelegenheit wird die öffentliche Debatte über die Absturzursachen wieder angefacht. Inzwischen mehren sich die Stimmen, die zu dem Schluss kommen, dass das Flugzeug keinesfalls von einer Boden-Luft-Rakete abgeschossen wurde. Demnach kommt für den Abschuss nur ein Kampfflugzeug in Frage. Jens Berger (Nachdenkseiten), der zunächst die These vom Abschuss durch ein Buk-System favorisierte, präferiert nun die These vom Abschuss durch ein Kampfflugzeug. Nachdem der Privatdetektiv Josef Resch für anonyme Hintermänner eine Belohnung von 47 Millionen Dollar für die Klärung des Absturzes ausgesetzt hatte, wurde bald deutlich, dass in der Vergangenheit falsch gespielt und vieles vertuscht wurde. Berger zeigt in einem speziellen Video sechs Starts von Buk-Raketen auf einem finnischen Schießplatz. Das Video macht deutlich, dass der Start einer solchen Rakete einen gewaltigen Lärm verursacht, der über mehrere Kilometer hörbar ist. Außerdem entsteht ein gut sichtbarer Kondensstreifen, der minutenlang sichtbar ist. Die Explosion des Sprengkopfes ist selbst noch bei Entfernungen über 10 Kilometer deutlich hörbar.

Dagegen wird die Hypothese vom Abschuss mit den Bordkanonen von Kampfflugzeugen anhand eines weiteren Videos gestützt, das speziell die Wirkung der 30-mm-Kanone einer Su-25 bei Treffern in einem Flugzeug zeigt. Die Ähnlichkeit dieser Trefferbilder mit denen an der MH17 ist frappierend.

Durch die immer wiederholte Behauptung vom Abschuss der MH17 mit einer Buk-Rakete ist allerdings eine Legende entstanden, die inzwischen für viele zur Realität geworden ist. Technisch spricht jedoch so gut wie nichts dafür, dass es so gewesen ist. Bleibt nur zu hoffen, dass einer der un-

mittelbar Beteiligten sein Schweigen bricht und den tatsächlichen Hergang darlegt.

**23. Dezember 2014:** Russische Medien veröffentlichen in Wort und Bild ein Interview mit einem ehemaligen Angehörigen der ukrainischen Luftstreitkräfte. Er gibt an, den Piloten der Su-25 zu kennen, der die MH17 abgeschossen hat. Nach den Angaben des Zeugen starteten am 17. Juli 2014 etwa eine knappe Stunde vor dem Absturz der MH17 auf der Luftwaffenbasis Awiatorskoje bei Dnepropetrowsk drei Kampfflugzeuge. Zwei von ihnen waren mit Luft-Boden-Raketen bestückt, das dritte Flugzeug, eine Su-25, hatte R-60 Luft-Luft-Raketen an seinen Außenaufhängungen. Während die beiden mit Luft-Boden-Raketen bestückten Flugzeuge nicht zurückkehrten, landete die Su-25 später wieder auf dem Flugplatz, allerdings ohne Raketen. Als der Pilot, Hauptmann Wladislaw Woloschin, ausgestiegen war, zeigte er sich fassungslos. Er sagte: „Es war ein anderes Flugzeug.“ Auf die Frage, was mit dem Flugzeug geschehen sei, antwortete er: „Das Flugzeug war zur falschen Zeit am falschen Ort.“ Alle Versuche zu einem weiteren Gespräch wurden sofort gestoppt.

Wie muss man die Aussage von Woloschin werten, dass es „ein anderes Flugzeug“ war, und welches Flugzeug sollte er denn abschießen? Es kann sich dabei ja nur um eine Maschine gehandelt haben, die auf einem ähnlichen Kurs und in etwa gleicher Höhe geflogen ist. Gibt es vielleicht einen Zusammenhang zu anderen Flugzeugen, die in diesem Großraum unterwegs waren? Und war es möglicherweise nicht so, dass Hauptmann Woloschin mit seiner Su-25 zur falschen Zeit am falschen Ort war?

Offensichtlich befinden sich die ukrainischen Streitkräfte seit geraumer Zeit in einem desolaten Zustand. Zu einer Verwechslung von zwei Flugzeugen, die in einem Abstand von mehreren hundert Kilometern fliegen, darf es bei einem normal funktionierenden Flugmeldenetz jedenfalls nicht kommen.

Handelt es sich bei der Erklärung, die von ukrainischer Seite unmittelbar nach dem Absturz von MH17 veröffentlicht wurde, es habe sich zu diesem Zeitpunkt kein einziges ukrainisches Kampfflugzeug im Luftraum der Ostukraine befunden, nur um eine der vielen Lügen des Sprechers des Verteidigungsministeriums?

Bemerkenswert ist jedenfalls, dass Woloschin am 19. Juli, also zwei Tage nach dem Absturz der MH17, per Erlass 599/2014 vom ukrainischen Präsidenten Poroschenko mit dem Orden für Tapferkeit ausgezeichnet wurde.

**10. Januar 2015:** Der Spiegel veröffentlicht unter der Überschrift „Wahrheit in Trümmern“ einen mehrseitigen Beitrag, den Reporter des Spiegels, Journalisten der niederländischen Zeitung *Allgemeen Dagblad* und Mitarbeiter des ersten gemeinnützigen deutschen Recherchebüros CORRECT!V mit Unterstützung der internationalen Investigativplattform Bellingcat in wochenlanger Arbeit zusammengestellt haben.

Herausgekommen ist eine Story, der es an Fakten, Beweisen und Sachkenntnis mangelt, die dafür aber viele Annahmen, Vermutungen, Indizien, Spekulationen, Halbwahrheiten und Falschaussagen enthält. Das Beste daran ist noch der Titel „Wahrheit in Trümmern“.

Erzählt wird quasi eine Parallelgeschichte, in der das Schicksal eines Opfers verknüpft wird mit einer Schilderung des Verlaufs des Fluges bis zum Absturz. Dabei wird aus-





schließlich die Variante des Abschusses durch eine BUK-Rakete favorisiert. Dass es auch ganz anders gewesen sein könnte, wird nur beiläufig erwähnt.

Im Beitrag wird dann von einer „Informationsschlacht“ gesprochen, die unmittelbar nach dem Absturz begann. Nach Ansicht der Autoren sind die „Medien zum wichtigsten Schlachtfeld des Propagandakriegs geworden“. Auf YouTube, Facebook und Twitter hätten sich Regierungen und Geheimdienste mit Fotos, Videos und Gutachten duelliert, die beweisen sollten, wer schuld ist am Tod von 298 Menschen. Dabei sei vieles lanciert und einiges gefälscht worden.

Das ist wohl wahr, denn noch nie hat es eine so willkürlich verschleppte Aufklärung eines Luftzwischenfalls dieser Art gegeben. Da nach dem bisherigen Verlauf der Untersuchungen zum Absturz aus meiner Sicht nur geringe Aussichten auf ein klares Urteil bestehen, setze ich meine Hoffnung darauf, dass weitere echte Zeugen den Mut und die Möglichkeit haben werden, sich öffentlich zu äußern.  
(Stand: 3. 2. 2015)

Russland

## „Wieder Krieg in Europa? Nicht in unserem Namen!“

*Frühere Spitzenpolitikerinnen und Spitzenpolitiker, Minister, Staatssekretäre, Bundeskanzler, Bundespräsidenten zusammen mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Künstlerinnen und Künstlern warnten in einem am 5. Dezember 2014 in zahlreichen Medien veröffentlichten Appell vor der Kriegsgefahr in Europa. Wenn sich die Welt inzwischen auch weitergedreht hat und die Lage in der Ukraine zu einem „Hoffnungsschimmer“ Anlass gibt, hat das Dokument in seinen Forderungen nichts an Aktualität eingebüßt. Deshalb sei es hier dokumentiert (d. Red.)*

Niemand will Krieg. Aber Nordamerika, die Europäische Union und Russland treiben unausweichlich auf ihn zu, wenn sie der unheilvollen Spirale aus Drohung und Gegendrohung nicht endlich Einhalt gebieten. Alle Europäer, Russland eingeschlossen, tragen gemeinsam die Verantwortung für Frieden und Sicherheit. Nur wer dieses Ziel nicht aus den Augen verliert, vermeidet Irrwege.

Der Ukraine-Konflikt zeigt: Die Sucht nach Macht und Vorherrschaft ist nicht überwunden. 1990, am Ende des Kalten Krieges, durften wir alle darauf hoffen. Aber die Erfolge der Entspannungspolitik und der friedlichen Revolutionen haben schläfrig und unvorsichtig gemacht. In Ost und West gleichermaßen. Bei Amerikanern, Europäern und Russen ist der Leitgedanke, Krieg aus ihrem Verhältnis dauerhaft zu verbannen, verloren gegangen. Anders ist die für Russland bedrohlich wirkende Ausdehnung des Westens nach Osten ohne gleichzeitige Vertiefung der Zusammenarbeit mit Moskau, wie auch die völkerrechtswidrige Annexion der Krim durch Putin, nicht zu erklären.

In diesem Moment großer Gefahr für den Kontinent trägt Deutschland besondere Verantwortung für die Bewahrung des Friedens. Ohne die Versöhnungsbereitschaft der Menschen Russlands, ohne die Weitsicht von Michail Gorbatschow, ohne die Unterstützung unserer westlichen Verbün-

deten und ohne das umsichtige Handeln der damaligen Bundesregierung wäre die deutsche Einheit friedlich zu ermöglichen, war eine große, von Vernunft geprägte Geste der Siegermächte. Eine Entscheidung von historischer Dimension. Aus der überwundenen Teilung sollte eine tragfähige europäische Friedens- und Sicherheitsordnung von Vancouver bis Wladiwostok erwachsen, wie sie von allen 35 Staats- und Regierungschefs der KSZE-Mitgliedsstaaten im November 1990 in der „Pariser Charta für ein neues Europa“ vereinbart worden war. Auf der Grundlage gemeinsam festgelegter Prinzipien und erster konkreter Maßnahmen sollte ein „Gemeinsames Europäisches Haus“ errichtet werden, in dem alle beteiligten Staaten gleiche Sicherheit erfahren sollten. Dieses Ziel der Nachkriegspolitik ist bis heute nicht eingelöst. Die Menschen in Europa müssen wieder Angst haben.

Wir, die Unterzeichner, appellieren an die Bundesregierung, ihrer Verantwortung für den Frieden in Europa gerecht zu werden. Wir brauchen eine neue Entspannungspolitik für Europa. Das geht nur auf der Grundlage gleicher Sicherheit für alle und mit gleichberechtigten, gegenseitig geachteten Partnern. Die deutsche Regierung geht keinen Sonderweg, wenn sie in dieser verfahrenen Situation auch weiterhin zur Besonnenheit und zum Dialog mit Russland aufruft. Das Sicherheitsbedürfnis der Russen ist so legitim und ausgeprägt wie das der Deutschen, der Polen, der Balten und der Ukrainer.

Wir dürfen Russland nicht aus Europa hinausdrängen. Das wäre unhistorisch, unvernünftig und gefährlich für den Frieden. Seit dem Wiener Kongress 1814 gehört Russland zu den anerkannten Gestaltungsmächten Europas. Alle, die versucht haben, das gewaltsam zu ändern, sind blutig gescheitert – zuletzt das Größenwahnsinnige Hitler-Deutschland, das 1941 mordend auszog, auch Russland zu unterwerfen. Wir appellieren an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages als vom Volk beauftragte Politiker, dem Ernst der Situation gerecht zu werden und aufmerksam auch über die Friedenspflicht der Bundesregierung zu wachen. Wer nur Feindbilder aufbaut und mit einseitigen Schuldzuweisungen hantiert, verschärft die Spannungen in einer Zeit, in der die Signale auf Entspannung stehen müssten. Einbinden statt ausschließen muss das Leitmotiv deutscher Politiker sein. Wir appellieren an die Medien, ihrer Pflicht zur vorurteilsfreien Berichterstattung überzeugender nachzukommen als bisher. Leitartikler und Kommentatoren dämonisieren ganze Völker, ohne deren Geschichte ausreichend zu würdigen. Jeder außenpolitisch versierte Journalist wird die Furcht der Russen verstehen, seit NATO-Mitglieder 2008 Georgien und die Ukraine einluden, Mitglieder im Bündnis zu werden. Es geht nicht um Putin. Staatenlenker kommen und gehen. Es geht um Europa. Es geht darum, den Menschen wieder die Angst vor Krieg zu nehmen. Dazu kann eine verantwortungsvolle, auf soliden Recherchen basierende Berichterstattung eine Menge beitragen.

Am 3. Oktober 1990, am Tag der Deutschen Einheit, sagte Bundespräsident Richard von Weizsäcker: „Der Kalte Krieg ist überwunden. Freiheit und Demokratie haben sich bald in allen Staaten durchgesetzt. ... Nun können sie ihre Beziehungen so verdichten und institutionell absichern, dass daraus erstmals eine gemeinsame Lebens- und Friedensordnung werden kann. Für die Völker Europas beginnt damit ein grundlegend neues Kapitel in ihrer Geschichte. Sein Ziel ist eine gesamteuropäische Einigung. Es ist ein gewaltiges Ziel.“



Wir können es erreichen, aber wir können es auch verfehlen. Wir stehen vor der klaren Alternative, Europa zu einigen oder gemäß leidvollen historischen Beispielen wieder in nationalistische Gegensätze zurückzufallen.“

Bis zum Ukraine-Konflikt wähten wir uns in Europa auf dem richtigen Weg. Richard von Weizsäckers Mahnung ist heute, ein Vierteljahrhundert später, aktueller denn je.

#### **Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner:**

- Mario Adorf, Schauspieler
- Robert Antretter (Bundestagsabgeordneter a. D.)
- Prof. Dr. Wilfried Bergmann (Vizepräsident der Alma Mater Europaea)
- Luitpold Prinz von Bayern (Königliche Holding und Lizenz KG)
- Achim von Borries (Regisseur und Drehbuchautor)
- Klaus Maria Brandauer (Schauspieler, Regisseur)
- Dr. Eckhard Cordes (Vorsitzender Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft)
- Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin (Bundesministerin der Justiz a. D.)
- Eberhard Diepgen (ehemaliger Regierender Bürgermeister von Berlin)
- Alexander van Dülmen (Vorstand A-Company Filmed Entertainment AG)
- Stefan Dürr (Geschäftsführender Gesellschafter und CEO Ekosem-Agrar GmbH)
- Dr. Erhard Eppler (Bundesminister für Entwicklung und Zusammenarbeit a. D.)
- Prof. Dr. Dr. Heino Falcke (Propst i. R.)
- Prof. Hans-Joachim Frey (Vorstandsvorsitzender Semper Opernball Dresden)
- Pater Anselm Grün
- Sibylle Havemann (Berlin)
- Dr. Roman Herzog (Bundespräsident a. D.)
- Christoph Hein (Schriftsteller)
- Dr. Dr. h.c. Burkhard Hirsch (Bundestagsvizepräsident a. D.)
- Volker Hörner (Akademiedirektor i. R.)
- Josef Jacobi (Biobauer)
- Dr. Sigmund Jähn (ehemaliger Raumfahrer)
- Uli Jörges (Journalist)
- Prof. Dr. Dr. h.c. Margot Käßmann (ehemalige EKD Ratsvorsitzende und Bischöfin)
- Dr. Andrea von Knoop (Moskau)
- Prof. Dr. Gabriele Krone-Schmalz (ehemalige Korrespondentin der ARD in Moskau)
- Friedrich Küppersbusch (Journalist)
- Vera Gräfin von Lehnendorff (Künstlerin)
- Irina Liebmann (Schriftstellerin)
- Dr. h.c. Lothar de Maizière (Ministerpräsident a. D.)
- Stephan Märki (Intendant des Theaters Bern)
- Prof. Dr. Klaus Mangold (Chairman Mangold Consulting GmbH)
- Reinhard und Hella Mey (Liedermacher)
- Ruth Misselwitz (evangelische Pfarrerin Pankow)
- Klaus Prömpers (Journalist)
- Prof. Dr. Konrad Raiser (ehem. Generalsekretär des Ökumenischen Weltrates der Kirchen)
- Jim Rakete (Fotograf)
- Gerhard Rein (Journalist)
- Michael Röskau (Ministerialdirigent a. D.)

- Eugen Ruge (Schriftsteller)
- Dr. h.c. Otto Schily (Bundesminister des Inneren a. D.)
- Dr. h.c. Friedrich Schorlemmer (ev. Theologe, Bürgerrechtler)
- Georg Schramm (Kabarettist)
- Gerhard Schröder (Bundeskanzler a. D.)
- Philipp von Schulthess (Schauspieler)
- Ingo Schulze (Schriftsteller)
- Hanna Schygulla (Schauspielerin, Sängerin)
- Dr. Dieter Spöri (Wirtschaftsminister a. D.)
- Prof. Dr. Fulbert Steffensky (kath. Theologe)
- Dr. Wolf-D. Stelzner (geschäftsführender Gesellschafter: WDS-Institut für Analysen in Kulturen mbH)
- Dr. Manfred Stolpe (Ministerpräsident a. D.)
- Dr. Ernst-Jörg von Studnitz (Botschafter a. D.)
- Prof. Dr. Walther Stütze (Staatssekretär der Verteidigung a. D.)
- Prof. Dr. Christian R. Supthut (Vorstandsmitglied a. D.)
- Prof. Dr. h.c. Horst Teltschik (ehemaliger Berater im Bundeskanzleramt für Sicherheit und Außenpolitik)
- Andres Veiel (Regisseur)
- Dr. Hans-Jochen Vogel (Bundesminister der Justiz a. D.)
- Dr. Antje Vollmer (Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages a. D.)
- Bärbel Wartenberg-Potter (Bischöfin Lübeck a. D.)
- Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker (Wissenschaftler)
- Wim Wenders (Regisseur)
- Hans-Eckardt Wenzel (Liedermacher)
- Gerhard Wolf (Schriftsteller, Verleger)

## **Rede des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten Russlands, Sergej Lawrow, auf der 51. Münchener Sicherheits- konferenz am 7. Februar 2015**

*Aus: junge Welt, 11. Februar 2015*

### **Sehr geehrte Damen und Herren,**

Herr Wolfgang Ischinger hat das Thema „Zusammenbruch der Weltentwicklung“ in die Tagesordnung aufgenommen. Ich muss wohl zustimmen, dass sich die Ereignisse bei weitem nicht nach einem optimistischen Szenarium entwickelt haben. Aber ich kann unmöglich das Argument einiger Kollegen akzeptieren, dass es zu einem abrupten, rasanten Zusammenbruch der seit Jahrzehnten bestehenden Weltordnung gekommen sei.

Im Gegenteil, die Geschehnisse des letzten Jahres haben die Richtigkeit unserer Warnungen vor tiefgreifenden, systemischen Problemen bei der Organisation der europäischen Sicherheit und in den internationalen Beziehungen insgesamt bestätigt. Ich möchte an die Rede erinnern, die Russlands Präsident Wladimir Putin vor acht Jahren an dieser Stelle gehalten hat.

Die Struktur der Stabilität, die auf der UNO-Charta und den Prinzipien von Helsinki beruht, ist seit langem von den USA und ihren Verbündeten untergraben worden – in Jugoslawien, das bombardiert wurde, im Irak, in Libyen, durch



die Osterweiterung der NATO und das Ziehen neuer Trennlinien. Das Projekt des „gesamteuropäischen Hauses“ ist deshalb gescheitert, weil unsere Partner im Westen sich nicht vom Interesse an der Errichtung einer offenen Sicherheitsarchitektur bei gegenseitiger Achtung der Interessen leiten ließen, sondern von der Illusion und dem Glauben, sie seien die Sieger des Kalten Krieges. Die im Rahmen der OSZE und des Russland-NATO-Rates feierlich übernommenen Verpflichtungen, die eigene Sicherheit nicht auf Kosten der Sicherheit anderer zu gewährleisten, blieben auf dem Papier und wurden in der Praxis ignoriert.

Das Problem der Raketenabwehr beweist anschaulich den starken destruktiven Einfluss unilateraler Schritte beim Aufbau von Militärpotenzialen, die den legitimen Interessen anderer Staaten zuwiderlaufen. Unsere Vorschläge zur Zusammenarbeit bei der Raketenabwehr wurden abgelehnt. Statt dessen hat man uns empfohlen, uns dem Aufbau der globalen Raketenabwehr der USA anzuschließen, und das strikt nach den Vorgaben Washingtons, was, wie wir mehrfach betont und anhand von Tatsachen erläutert haben, reale Risiken für die russischen Kräfte der atomaren Abschreckung in sich birgt.

Jede Aktion, die die strategische Stabilität untergräbt, zieht unvermeidlich Gegenmaßnahmen nach sich. Damit wird das gesamte System internationaler Verträge im Bereich der Rüstungskontrolle, dessen Lebensfähigkeit vom Faktor Raketenabwehr unmittelbar abhängt, dauerhaft beschädigt.

Wir verstehen einfach nicht, wieso die Amerikaner so versessen darauf sind, eine globale Raketenabwehr zu schaffen. Ist es ihr Streben nach unumstrittener militärischer Überlegenheit? Ist es der Glaube an die Möglichkeit, Probleme technologisch zu lösen, die ihrem Wesen nach politisch sind? Wie dem auch sei, die Raketenbedrohung ist nicht geringer geworden, aber jetzt ist im euro-atlantischen Raum ein starker Reizfaktor aufgetaucht, den wieder abzubauen lange Zeit dauern wird. Wir sind darauf vorbereitet. Ein weiterer destabilisierender Faktor ist die Weigerung der USA und anderer NATO-Mitglieder, die Vereinbarung zur Anpassung des Vertrages über konventionelle Streitkräfte in Europa (VKSE) zu ratifizieren, womit dieser Vertrag begraben wurde.

Nun versuchen unsere amerikanischen Kollegen bei jeder von ihnen selbst geschaffenen komplizierten Situation die Verantwortung Russland zuzuschieben. Nehmen wir die in der letzten Zeit wieder aufgekommene Diskussion zum Vertrag über die Mittelstreckenraketen (INF). Die Fachleute kennen genau jene Aktionen der USA, die Geist und Buchstaben dieses Dokumentes zuwiderlaufen. So hat Washington im Rahmen des Aufbaus einer globalen Raketenabwehr ein umfangreiches Programm zur Entwicklung von Zielraketen mit Eigenschaften aufgelegt, die den vom INF-Vertrag verbotenen landgestützten ballistischen Raketen gleichen oder nahekommen. Die von den USA vielfach genutzten Kampfdrohnen fallen nach diesem Vertrag unter die Definition von landgestützten Cruise Missiles mittlerer Reichweite. Nach dem Vertrag direkt verboten sind auch die Abschussrampen für die Raketenabwehr, die in Kürze in Rumänien und Polen aufgestellt werden, da sie auch für Cruise Missiles mittlerer Reichweite genutzt werden können.

Die amerikanischen Kollegen wollen diese Tatsachen nicht anerkennen und behaupten, sie hätten im Zusammenhang mit dem INF-Vertrag „begründete“ Einwände gegen

Russland. Doch sie vermeiden es hartnäckig, konkret zu werden.

Wenn man angesichts dieser und vieler weiterer Faktoren versucht, die gegenwärtige Krise allein auf die Ereignisse des vergangenen Jahres zurückzuführen, dann ist das nach unserer Meinung gefährlicher Selbstbetrug.

Wir haben es mit der Kulmination des während des letzten Vierteljahrhunderts von unseren westlichen Kollegen verfolgten Kurses zur Aufrechterhaltung ihrer Dominanz in der Weltpolitik mit allen Mitteln, zur Eroberung des geopolitischen Raumes in Europa zu tun. Von GUS-Staaten, unseren engsten Nachbarn, mit denen wir seit Jahrhunderten wirtschaftlich, humanitär, geschichtlich, kulturell und sogar familiär verbunden sind, hat man gefordert, eine Wahl zu treffen – „entweder mit dem Westen oder gegen den Westen“. Das ist die Logik von Nullsummenspielen, die wir alle eigentlich hinter uns lassen wollten.

Ihre Härteprüfung nicht bestanden hat die strategische Partnerschaft Russlands mit der Europäischen Union, die, statt Mechanismen eines gegenseitig vorteilhaften Zusammenwirkens zu entwickeln, einem Konfrontationskurs den Vorzug gegeben hat. Hier komme ich nicht umhin, an die verpasste Gelegenheit zu erinnern, die von Bundeskanzlerin Angela Merkel im Juni 2010 in Meseberg vorgeschlagene Initiative zur Schaffung einer Kommission Russland – EU auf Außenministerebene zu Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik zu realisieren. Russland hat diese Idee unterstützt, aber die EU hat sie abgelehnt. Dieser Mechanismus eines ständigen Dialogs (wenn er denn geschaffen worden wäre) hätte es uns ermöglicht, Probleme operativer und wirkungsvoller zu lösen, wechselseitige Besorgnisse rechtzeitig auszuräumen.

Was nun die Ukraine betrifft, so haben unsere amerikanischen Kollegen und unter ihrem Einfluss auch die Europäische Union leider in jedem Stadium der Krise Schritte unternommen, die zur Eskalation geführt haben. So war es, als die EU es abgelehnt hat, unter Einbeziehung Russlands über die Folgen der Inkraftsetzung des wirtschaftlichen Teils des Assoziierungsabkommens mit der Ukraine zu sprechen, als später der Staatsstreich und zuvor die regierungsfeindlichen Unruhen direkt unterstützt wurden. So war es, als die westlichen Partner gegenüber den Behörden in Kiew immer wieder Nachsicht übten, als diese, statt ihr Versprechen eines nationalen Dialoges zu halten, eine großangelegte Militäraktion gestartet und ihre eigenen Bürger, die mit dem verfassungsfeindlichen Machtwechsel und dem Wüten der Ultranationalisten nicht einverstanden waren, zu „Terroristen“ gestempelt haben.

Wir können uns nur schwer erklären, warum viele unserer Kollegen auf die Ukraine nicht die universellen Prinzipien zur Regelung innerstaatlicher Konflikte anwenden, die vor allem einen inklusiven politischen Dialog aller Protagonisten erfordern. Warum rufen unsere Partner zum Beispiel im Falle von Afghanistan, Libyen, Irak, Jemen, Mali oder Südsudan die Regierungen beharrlich dazu auf, sich mit der Opposition, mit Aufständischen und in Einzelfällen gar mit Extremisten zu einigen, während sie in der Ukraine-Krise anders handeln, Kiew faktisch zu der Militäraktion ermutigen und dabei so weit gehen, den Einsatz von Cluster-Munition zu rechtfertigen oder dies zumindest versuchen.

Leider neigen unsere westlichen Kollegen dazu, bei allem, was die Kiewer Behörden sagen und tun, die Augen zu ver-

schließen, selbst wenn sie fremdenfeindliche Stimmung schüren. Ich erlaube mir zu zitieren: „Der ukrainische Sozial-Nationalismus betrachtet die ukrainische Nation als Blut- und Rassegemeinschaft.“ Oder: „Die Frage der totalen Ukrainisierung des künftigen sozial-nationalistischen Staates wird mit Hilfe einer harten und ausgewogenen Staatspolitik binnen drei bis sechs Monaten gelöst sein.“ Diese Äußerungen stammen vom Abgeordneten der Obersten Rada der Ukraine, Andrej Bilezki, dem Kommandeur des Regiments „Asow“, das an den Kampfhandlungen im Donbass aktiv beteiligt ist. Für eine ethnisch reine Ukraine, für die Vernichtung von Russen und Juden haben sich mehrfach auch andere in die Politik und zur Macht gelangte Aktivisten ausgesprochen, darunter Dmitri Jarosch, Oleg Tjagnibok und der Chef der in der Obersten Rada vertretenen Radikalen Partei, Oleg Ljaschko. Solche Äußerungen haben in den Hauptstädten des Westens keinerlei Reaktion ausgelöst. Ich glaube nicht, dass es sich das heutige Europa leisten kann, die Gefahr der Ausbreitung des neonazistischen Virus zu ignorieren.

Die Ukraine-Krise ist mit militärischer Gewalt nicht zu regeln. Das hat sich bereits im vergangenen Sommer gezeigt, als die Lage auf dem Schlachtfeld dazu zwang, das Minsker Abkommen zu unterzeichnen. Es bestätigt sich auch jetzt, da der laufende Versuch, einen militärischen Sieg zu erringen, gerade misslingt. Ungeachtet dessen wird in einigen Ländern des Westens immer lauter gefordert, die Unterstützung für den Kurs der Kiewer Behörden zur Militarisierung von Gesellschaft und Staat noch stärker zu unterstützen, die Ukraine mit todbringenden Waffen „vollzupumpen“ und in die NATO zu ziehen. Hoffnung macht, dass in Europa der Widerstand gegen solche Pläne wächst, die die Tragödie des ukrainischen Volkes nur vertiefen können.

Russland wird auch weiterhin nach Frieden streben. Wir treten konsequent für die Einstellung der Kampfhandlungen, für den Abzug der schweren Waffen, für die Aufnahme direkter Verhandlungen Kiews mit Donezk und Lugansk über konkrete Wege zur Wiederherstellung eines gemeinsamen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Raumes im Rahmen der territorialen Integrität der Ukraine ein. Darauf zielten zahlreiche Initiativen Wladimir Putins im Rahmen des „Normandie-Formats“, die den Start des Minsker Prozesses ermöglicht haben, ebenso unsere nachfolgenden Bemühungen zu seiner Weiterentwicklung, darunter die gestrigen Verhandlungen der Spitzenpolitiker Russlands, Deutschlands und Frankreichs im Kreml. Wie Sie wissen, werden diese fortgesetzt. Wir sind der Meinung, dass alle Möglichkeiten vorhanden sind, Ergebnisse zu erzielen und Empfehlungen abzustimmen, die es den Seiten ermöglichen, den Knoten des Konflikts tatsächlich zu lösen.

Es ist wichtig, dass allen bewusst wird, wie groß die Risiken in Wirklichkeit sind. Es ist an der Zeit, dass wir die Gewohnheit ablegen, jedes Problem einzeln zu betrachten, und „den Wald vor lauter Bäumen nicht sehen“. Es wird Zeit, die Lage im Komplex zu betrachten. Die Welt erlebt gegenwärtig eine steile Wende, die mit einem historischen Epochenwechsel zusammenhängt. Die „Geburtswehen“ der neuen Weltordnung zeigen sich im Anwachsen des Konfliktpotenzials in den internationalen Beziehungen. Wenn anstelle einer strategischen globalen Sicht konjunkturelle Entscheidungen der Politiker mit Blick auf die nächste Wahl im eigenen Land die Oberhand gewinnen, dann entsteht die Gefahr, dass die Kontrolle über die Hebel der globalen Steuerung verloren geht.

Ich erinnere daran, dass im Anfangsstadium des Syrien-Konflikts viele im Westen gefordert haben, die Gefahr von Extremismus und Terrorismus nicht zu übertreiben, diese Erscheinungen würden schon irgendwie von selbst verschwinden, die Hauptsache sei ein Regimewechsel in Damaskus. Wir sehen, was daraus geworden ist. Riesige Gebiete im Nahen Osten, in Afrika, in der Region Afghanistan-Pakistan sind von den legitimen staatlichen Behörden nicht mehr zu kontrollieren. Der Extremismus greift auf andere Regionen über, auch auf Europa. Das Risiko der Ausbreitung von Massenvernichtungswaffen steigt. Die Lage bei der Regelung des Nahostproblems wird hochexplosiv, ebenso bei anderen regionalen Konflikten. Bisher sind keine adäquaten Strategien entwickelt worden, um mit diesen Herausforderungen fertig zu werden.

Man möchte hoffen, dass die Diskussionen heute und morgen in München uns dem Verständnis näherbringen, wo wir bei unseren Bemühungen um kollektive Antworten auf die uns alle bedrohenden Gefahren stehen. Wenn wir in diesem Gespräch ernsthaft ein Ergebnis anstreben, dann kann es nur gleichberechtigt, ohne Ultimaten und Drohungen geführt werden.

Wir sind nach wie vor davon überzeugt, dass der ganze Komplex der Probleme wesentlich leichter zu lösen wäre, wenn die Hauptakteure sich über strategische Orientierungen für ihre gegenseitigen Beziehungen einigen könnten. Kürzlich hat die von mir verehrte Ständige Sekretärin der Académie française, Hélène Carrère d'Encausse gesagt, dass es „ein wirkliches Europa ohne Russland nicht geben kann“. Wir möchten gern verstehen, ob unsere Partner diesen Standpunkt teilen oder ob sie den Kurs einer Vertiefung der Spaltung des gesamteuropäischen Raumes und der Konfrontation seiner Bruchstücke fortsetzen wollen. Ob sie eine Sicherheitsarchitektur mit Russland, ohne Russland oder gegen Russland aufbauen wollen. Natürlich sollen auch unsere amerikanischen Partner diese Fragen beantworten.

Wir schlagen seit langem vor, mit der Errichtung eines einheitlichen wirtschaftlichen und humanitären Raumes von Lissabon bis nach Wladiwostok zu beginnen, der sich auf die Prinzipien einer gleichen, unteilbaren Sicherheit stützt und sowohl die Mitglieder von Integrationsverbänden als auch die ihnen nicht angehörenden Länder umfasst. Besonders aktuell ist die Schaffung zuverlässiger Mechanismen des Zusammenwirkens der Eurasischen Wirtschaftsunion und der Europäischen Union. Wir begrüßen es, dass sich bei verantwortungsbewussten Spitzenpolitikern Europas eine Unterstützung dieses Gedankens abzeichnet.

40 Jahre nach der Schlussakte von Helsinki und 25 Jahre nach der Pariser Charta tritt Russland dafür ein, diese Dokumente mit realem Leben zu erfüllen, eine Verfälschung ihrer Prinzipien nicht zuzulassen, auf der Grundlage wirklicher Gleichberechtigung, gegenseitiger Achtung und Berücksichtigung der Interessen aller Stabilität und Wohlstand im gesamten euroatlantischen Raum zu gewährleisten. Wir wünschen der im Rahmen der OSZE geschaffenen „Gruppe der Weisen“ Erfolg dabei, über ihre Empfehlungen Konsens zu erzielen.

Wenn wir des 70. Jahrestages der Beendigung des Zweiten Weltkrieges gedenken, dann sollten wir uns der Verantwortung erinnern, die wir alle zu tragen haben.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.



## Antworten auf Fragen

● **Ich verstehe all die Probleme, die Sie erwähnt haben – in den Beziehungen mit den USA, mit dem VKSE und der Raketenabwehr. Abgesehen davon, dass Russland beim Vertrag über die strategischen Offensivwaffen Drohnen mit Cruise Missiles gleichsetzt, möchte ich darauf hinweisen, dass US-Präsident Barack Obama die Raketenabwehr in Europa wesentlich reduziert hat. Wenn Russland in seinen Beziehungen zu den USA Probleme hat, warum soll die Ukraine dafür bezahlen? Ich meine die Annexion der Krim und die Versuche, die Ukraine zu spalten. Was haben die armen Ukrainer denn getan, dass Sie sie für die Sünden der Amerikaner büßen lassen?**

● **Sergej Lawrow:** Ich sehe, Sie haben eine verzerrte Sicht auf die Dinge. Man sollte nicht Äpfel mit Apfelsinen verwechseln. Jetzt heißt es doch: „Wir regeln die ukrainische Krise, und dann funktioniert das System der Sicherheit und Stabilität von ganz allein.“ Umgekehrt wird ein Schuh draus. Die Krise muss geregelt werden, das hat absoluten Vorrang, doch wir können auch nicht die Augen davor verschließen, dass alle seit dem Ende des Kalten Krieges geschlossenen Vereinbarungen nicht eingehalten werden. Wir wollen uns bei niemandem rächen, und schon gar nicht auf Kosten anderer. Wir wollen normale Beziehungen zu den USA haben. Nicht wir haben die umfangreichen Mechanismen zerstört, die in den vergangenen Jahren aufgebaut wurden, einen täglichen Kontakt und das Ausräumen wechselseitiger Besorgnisse ermöglichten. Nicht wir sind aus dem Vertrag über die Raketenabwehr ausgetreten. Nicht wir haben uns geweigert, den angepassten VKSE zu ratifizieren. Jetzt müssen wir alles krümchenweise wieder auflösen, was noch vorhanden ist, und uns irgendwie durch Bekräftigung der Prinzipien von Helsinki über ein neues Sicherheitssystem einigen, in dem sich alle wohlfühlen sollen, auch die Ukraine, Georgien und Moldova, alle, die unsere amerikanischen Kollegen vor die Entscheidung stellen, sich dem Westen anzuschließen und noch weniger mit Russland zusammenzuarbeiten. Das ist eine Tatsache.

Mir ist bekannt, dass die amerikanischen Botschafter überall auf der Welt derartige Weisungen erhalten. Ich sehe hier Alexander Vershbow, der kürzlich in einem Interview die NATO den „friedliebendsten Block der Welt“, die „Hoffnung auf europäische Stabilität und Sicherheit“ genannt hat. Und wer hat dann Jugoslawien und Libyen in Verletzung von Resolutionen des UN-Sicherheitsrates bombardiert? Welche Erfolge unilaterale Aktionen bringen, können wir jetzt im Nahen Osten sehen. Die NATO braucht nicht die mustergültige Organisation zu sein, als die man sie darstellen will, sondern sie soll sich an einem gleichberechtigten Dialog zur Gewährleistung der Stabilität beteiligen. Was ist daran schlecht? Jeder verlangt von uns, wir sollen die untergeordnete Stellung aller anderen gegenüber den USA und der NATO anerkennen. Ich glaube nicht, dass das im Interesse von Ordnung und Stabilität in der Welt ist.

Was den Ursprung der Ereignisse in der Ukraine betrifft, so hat US-Präsident Barack Obama kürzlich offen gesagt, dass die USA im Prozess des Übergangs (Transits) der Macht in der Ukraine Vermittler waren. Eine bescheidene Formulierung, aber wir wissen genau, wie es gelaufen ist, wer wie offen per Telefon die Liste der Personen erörtert

hat, die der neuen ukrainischen Regierung angehören sollten, und vieles mehr. Wir wissen, was jetzt läuft, wer die Ereignisse auf dem „Majdan“ täglich überwacht hat. Wir hatten keine Militärspezialisten und andere Experten dort.

Wir wünschen sehr, dass das ukrainische Volk seine Einheit wiederherstellt, aber das muss auf der Grundlage eines wirklich gesamt-nationalen Dialogs geschehen. Wenn die Zentralmacht beschließt, die Geburtstage von Stepan Bandera und Roman Schuchewitsch oder den Gründungstag der „Ukrainischen Aufstandsarmee“ (UPA) zu Nationalfeiertagen zu erklären, dann erhebt sich die Frage, wie man diese Feiertage wohl im Osten der Ukraine begehen soll? Überhaupt nicht. Im Westen will man jetzt den 9. Mai ja auch nicht mehr feiern. Von anderen spezifischen Besonderheiten der ukrainischen Gesellschaft einmal abgesehen, aber allein das erfordert bestimmte politische Vereinbarungen.

Hier mag man wahrscheinlich nicht darüber sprechen, doch in der Ukraine läuft gegenwärtig eine Mobilmachung, die auf größte Schwierigkeiten stößt. Die Vertreter der ungarischen und rumänischen Minderheit erleben eine „positive“ Diskriminierung, proportional werden von ihnen wesentlich mehr junge Männer eingezogen als von den ethnischen Ukrainern. Warum spricht man darüber nicht? Oder darüber, dass es in der Ukraine nicht nur Ukrainer und Russen gibt, sondern auch andere Nationalitäten, die es in dieses Land verschlagen hat und die dort leben wollen. Warum soll man ihnen keine gleichen Rechte zugestehen und ihre Interessen nicht berücksichtigen? Vor der Wahl zur Obersten Rada hat die ungarische Minderheit darum gebeten, die Wahlkreise so zuzuschneiden, dass wenigstens ein einziger Ungar in die Rada einziehen kann. Man hat sie „zugeschnitten“, aber so, dass kein Ungar hinein gelangte. All das zeugt davon, dass es genügend Dinge gibt, über die gesprochen werden muss. Sie existieren real und hindern den ukrainischen Staat daran, aus der schweren Krise herauszukommen. Aber im Westen werden sie verschwiegen. Ich habe mit vielen Leuten gesprochen, auch mit einigen, die hier sitzen, als das Lustrationsgesetz eingeführt wurde. Unter vier Augen haben sie mir gesagt, das sei ein schreckliches Gesetz, das schnell wieder abgeschafft werden muss. Ich habe gefragt, warum sie das nicht offen sagen. Darauf erhielt ich die Antwort, im Moment ist es so, dass man die ukrainische Regierung unterstützen muss und nicht kritisieren kann. Was soll man dazu noch sagen?

Ich hoffe sehr, dass die gestrigen Bemühungen der Präsidenten Frankreichs, Russlands und der deutschen Bundeskanzlerin zu einem Ergebnis führen, das die Konfliktparteien unterstützen, das es ihnen ermöglicht, die Situation wirklich zu beruhigen und den so notwendigen nationalen Dialog über Wege zur Lösung aller Probleme – der sozialen, der wirtschaftlichen und der politischen – aufzunehmen.

● **Wenn wir noch einmal auf die Ergebnisse der Verhandlungen gestern in Moskau und vorgestern in Kiew zurückkommen, dann besteht die gute Nachricht doch darin, dass das Minsker Abkommen immer noch auf der Tagesordnung steht, und die schlechte, dass nicht alle seiner Unterzeichner gewillt sind, es zu realisieren. Damit meine ich die Vertreter der Donezker und Lugansker Volksrepublik, deren Angriffsoperationen, Artilleriebeschuss usw. Auch die Russische Föderation hat das Minsker Abkommen unterschrieben. Jetzt beobachten wir Versuche, die Trennungslinie neu zu ziehen. Auf die**



**Milizen wird kein Druck ausgeübt, obwohl Russland eingeräumt hat, dass es solchen Druck ausüben kann. Haben Sie wirklich die Absicht, das Minsker Abkommen zu verwirklichen? Welche Garantien können Sie als Außenminister der Russischen Föderation geben, dass alle zwölf Punkte der Minsker Vereinbarungen verwirklicht werden und dass auf die DVR und die LVR Druck ausgeübt wird?**

● **Sergej Lawrow:** Sobald die Hauptbeteiligten des Minsker Prozesses, die ukrainischen Behörden und die Vertreter der proklamierten Republiken DVR und LVR eine Vereinbarung über alle praktischen Aspekte der Durchführung jedes einzelnen der Minsker Punkte erzielt haben, bin ich überzeugt, dass Russland unter denen sein wird, die dafür die Garantie übernehmen – sei es im Rahmen der OSZE oder des UN-Sicherheitsrates. Ich bin sicher, dass Deutschland, Frankreich und weitere Staaten ebenfalls bereit sein werden, solche Garantien zu übernehmen. Aber garantieren kann man nur das, was zuvor erarbeitet und erreicht worden ist. Vereinbarungen sind nur auf direktem Wege zu erzielen. Man sollte nicht so tun, als würden diese Leute auf Kommando strammstehen. Sie leben auf ihrem Boden und kämpfen um ihn. Wenn behauptet wird, sie wären allein nicht imstande, die Überlegenheit auf dem Schlachtfeld zu gewinnen, dann antworte ich: Sie kämpfen für eine gerechte Sache. Die ukrainischen Soldaten wissen nicht, wofür man sie in den Kampf schickt. Ich sage noch einmal, vereinbaren muss man sich auf direktem Wege.

Die US-Administration ist dafür kritisiert worden, dass sie über Doha (Katar) aktive Kontakte zu den Taliban unterhalten hat. Die Administration antwortete mit der Gegenfrage, warum das kritisiert werde. „Ja, es sind Feinde, aber mit Freunden verhandelt man nicht. Man verhandelt mit Feinden.“ Wenn die ukrainischen Behörden ihre eigenen Bürger als Feinde betrachten, dann müssen sie sich trotzdem mit ihnen einigen. Unsere ukrainischen Kollegen sollten nicht darauf hoffen, dass die bedingungslose Unterstützung, die sie von außen erhalten, alle ihre Probleme lösen wird. Eine solche Unterstützung ohne jegliche kritische Analyse der Vorgänge steigt manchem zu Kopf. So wie sie 2008 Michail Saakaschwili zu Kopf gestiegen ist. Jeder weiß, wozu das geführt hat.

● **Ich bin Mitglied der Organisation „European Leadership Network“. Ihr gehören Vertreter von Russland, den USA und europäischen Ländern an. Kürzlich haben wir die Verletzungen des Luftraums untersucht. Wenn unsere erste Priorität darin besteht, die Lage im Osten der Ukraine zu entschärfen und einen Waffenstillstand zu vereinbaren, meinen Sie nicht, dass man als nächstes vorrangiges Ziel den Versuch ins Auge fassen sollte, angesichts des völligen Fehlens von gegenseitigem Vertrauen eine Vereinbarung zu erreichen, die es zumindest uns allen – Russland, der NATO, Europa und den USA – erlaubt, unnötige und potenziell gefährliche militärische Kollisionen zu vermeiden? In der heutigen Situation können wir so etwas gar nicht gebrauchen. Warum sollten wir uns nicht ernsthaft mit der Erarbeitung eines Arrangements befassen, bei dem wir sicher wären, dass unsere Flugzeuge, Kriegsschiffe und andere Objekte einander nicht so nahe kommen, wie das in den letzten Wochen geschehen ist?**

Vor mehreren Wochen flog ein Passagierflugzeug

vom Flughafen Kopenhagen nach Warschau und wäre dabei um ein Haar mit einer russischen Militärmaschine zusammengestoßen, die im internationalen Luftraum mit abgeschalteten Transpondern unterwegs war. Kein europäischer NATO-Staat hätte so etwas gegenüber Russland getan. Warum unternehmen russische Militärflugzeuge Flüge im internationalen Luftraum mit abgeschalteten Transpondern, wodurch sie faktisch unsichtbar werden? Das ist so, als wenn ein großer schwarzer LKW mit ausgeschalteten Scheinwerfern bei Nacht durch eine Stadt fährt. Warum geschieht so etwas? Wann werden solche Dinge eingestellt?

● **Sergej Lawrow:** Zwischen Russland und der NATO existierte im Russland-NATO-Rat ein umfassendes Netz zweiseitiger Mechanismen, wo die Militärs täglich Kontakt miteinander hatten, zu speziellen Beratungen. Experten aus den Hauptstädten kamen, es zahlreiche gemeinsame Projekte gab – zum Kampf gegen den Terrorismus, oder ein gemeinsames Projekt zur Entwicklung des Abstands-Sprengstoff-Detektors „STANDEX“.

Ein weiteres Projekt hatte die Ausbildung von Kadern für den Sicherheitsdienst Afghanistans und dessen Ausstattung mit Hubschraubern zum Inhalt. Es gab ein Projekt namens „Common Airspace Initiative“ (gemeinsame Initiative für Luftraumsicherheit). Jetzt ist all das eingefroren, allerdings könnte man sich im Rahmen dieser Mechanismen durchaus darüber einigen, wie gefährliche militärische Aktionen vermieden werden.

Was das Handeln der Luftstreitkräfte konkret betrifft, so haben wir eine entsprechende Statistik, aus der hervorgeht, dass diese Tätigkeit auf Seiten der NATO ungleich stärker angewachsen ist als auf Seiten Russlands. Soviel ich weiß, hat der Ständige Vertreter Russlands bei der NATO, Alexander Gruschko, im Januar mit Generalsekretär Jens Stoltenberg über diese Frage gesprochen und ihm ein fact sheet mit dieser von uns geführten Statistik übergeben. Wir sind offen für die Wiederherstellung der Mechanismen des Zusammenwirkens, aber bislang sind sie alle eingefroren. Geblieben ist nur der Rat der Ständigen Vertreter (Rat der Botschafter), der selten zusammentritt. Alles andere ist eingestellt.

Daraus ergeben sich folgende Probleme: Offenbar wollen unsere Kollegen von der NATO sogar die physische Präsenz russischer Diplomaten in der Ständigen Vertretung Russlands bei der NATO abbauen. Unser Zugang zum Hauptquartier, wo sich unser Büro befindet, wird eingeschränkt. Wahrscheinlich wird dies zum Auftauchen weiterer „dunkler Flecken“ in unseren Beziehungen und nicht zum besseren Verständnis der Absichten der Gegenseite beitragen.

● **Sie sagen, Sie möchten allgemeine Prinzipien der europäischen Sicherheit definieren. Ich meine, die Prinzipien der EU beruhen auf Selbstbestimmung und entsprechen nicht den russischen Prinzipien. Sie glauben an Einflusssphären wie es John Kennan schon vor 60 Jahren gesagt hat: Viele Nachbarn Russlands sollen sich entscheiden, ob sie Feinde oder Satelliten werden wollen. Wenn wir so unvereinbare Werte vertreten, welche gemeinsamen Regeln sollen dann möglich sein? Vor fünf Jahren hat Präsident Dmitri Medwedew ein Konzept für eine neue Sicherheitsarchitektur Europas vorgelegt. Das hat nicht funktioniert, weil Russland starken Einfluss auf seine Nachbarn ausübt. Sehen Sie einen Aus-**



**weg aus dieser Situation? Kann es einen Kompromiss zwischen dem russischen und dem europäischen Vorgehen auf dem Wege zur europäischen Sicherheit geben?**

● **Sergej Lawrow:** Vielleicht haben Sie nicht genau zugehört. Mir geht es nicht darum, dass neue Prinzipien ausgearbeitet werden müssen. Ich habe gesagt, dass die Prinzipien neu bestätigt werden sollen, die in der Schlussakte von Helsinki, in der Pariser Charta und in den Dokumenten des Russland-NATO-Rates enthalten sind, nur diesmal auf ehrliche Weise. Die Hauptsache ist jedoch, dass sie in eine bindende Form gebracht werden.

In dem von Ihnen erwähnten Vertrag über europäische Sicherheit wurde auch nichts Neues vorgeschlagen. Dort wurde lediglich vorgeschlagen, das Prinzip der unteilbaren Sicherheit, das im Rahmen von OSZE und Russland-NATO-Rat verkündet wurde, in juristisch bindender Form zu fixieren. Unsere Kollegen von der NATO haben erklärt, juristische Sicherheitsgarantien sollen ein Vorrecht der NATO bleiben, damit alle dort Mitglied werden wollen, damit diese Blickrichtung erweitert und vertieft wird. Warum soll man davon abgehen, dass es gleiche Sicherheit geben muss? Das ist verkündet worden, diese Verpflichtung haben Präsidenten und Regierungschefs des euro-atlantischen Raumes und der OSZE übernommen. Jetzt sieht es so aus, als wollte die NATO eine ungleiche Sicherheit, damit manche „gleicher sind als andere“, wie schon George Orwell schrieb.

Sie haben John Kennan zitiert. Ich möchte einen anderen Ausspruch von ihm anführen: Er hat gesagt, der Kalte Krieg sei ein kolossaler Fehler gewesen, den der Westen beging.

Man muss nichts Neues erfinden. Man muss sich einfach hinsetzen, das bekräftigen und danach ehrlich erfüllen, wofür man sich schon vor mehreren Jahrzehnten geeinigt hat.

● **Ich stimme Ihnen zu, dass in den letzten 25 Jahren nicht alles vollkommen war. Wir hatten viele Differenzen mit Russland. Wir standen schon einmal kurz davor, ein Partnerschaftsabkommen zur Modernisierung der russischen Wirtschaft zu unterzeichnen – das ist nur ein Beispiel. Ich denke, wir haben in Europa ein Arrangement getroffen, das die territoriale Integrität und die Souveränität der Staaten gewährleistet. Diese beiden Prinzipien sind verletzt worden, und wir müssen feststellen, dass Russland jetzt in der Ukraine eine Konfliktpartei ist. Wir können diese Krise nur überwinden, wenn wir die innenpolitische Situation in diesem Lande richtig analysieren. Ihre Darstellung der Lage in der Ukraine ist nicht zu akzeptieren.**

**Es hat eine Vereinbarung mit Viktor Janukowitsch gegeben, die von der Mehrheit im Parlament gebilligt wurde. Wahlen haben stattgefunden, bei denen 80 Prozent für einen europäischen Kurs gestimmt haben. Nationalisten, Kommunisten und Faschisten haben zwei bis drei Prozent der Stimmen erhalten. Das ist die reale Situation, von der man ausgehen muss. Im 21. Jahrhundert sollte es keine Gründe für die Verletzung der in der Schlussakte von Helsinki festgelegten Prinzipien der Souveränität und der territorialen Integrität mehr geben. Das Prinzip der Souveränität besteht darin, dass jedes Volk, darunter auch das der Ukraine, das Recht hat, selbstständig zu bestimmen, mit welchem Land es Handelsverträge schließen will. Wenn ein Nachbarstaat versucht, diese Entscheidung zu kontrollieren, dann ist**

**das ein Rückfall in alte Politik und eine Verletzung des Prinzips der Souveränität. Das geschieht gegenwärtig in der Ukraine.**

● **Sergej Lawrow:** Ich bin überzeugt, dass sich Ihr Auftritt im Fernsehen sehr gut machen wird.

Es gibt internationale Regeln, die tatsächlich zuweilen unterschiedlich ausgelegt werden, und manches Handeln wird geradezu gegensätzlich interpretiert. Auf der Krim hat das stattgefunden, was in der UNO-Charta vorgesehen ist – Selbstbestimmung. Dieses Dokument enthält mehrere Prinzipien, aber das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung nimmt eine Schlüsselstellung ein. Lesen Sie die Charta! Territoriale Integrität und Souveränität müssen respektiert werden. Die UN-Generalversammlung hat eine Deklaration angenommen, in der das Verhältnis der Grundprinzipien des Völkerrechts zueinander geklärt ist. Dort wurde bestätigt, dass Souveränität und territoriale Integrität unantastbar sind, und Staaten, die Anspruch darauf erheben, dass ihre Souveränität respektiert wird, müssen das Recht der dort lebenden Nationen respektieren und dürfen nicht zulassen, dass diese an der Ausübung des Rechts auf Selbstbestimmung mit brutaler Gewalt gehindert werden.

Nach Ihren Worten ist in Kiew nichts anderes geschehen als die Durchführung einer Vereinbarung, die Präsident Viktor Janukowitsch unterzeichnet hat, denn es hat dort Wahlen gegeben. Jedoch am Tag nach Unterzeichnung dieses Dokuments und unabhängig davon, wo sich Viktor Janukowitsch gerade aufhielt (er war übrigens noch in der Ukraine) wurden seine Residenz, das Gebäude der Präsidialadministration und Regierungsgebäude angegriffen – zusätzlich zu den vielen bereits zuvor auf dem Maidan in Brand gesteckten Häusern und getöteten Menschen. Doch das auf diese Weise mit Füßen getretene Abkommen, das von den Außenministern Deutschlands, Frankreichs und Polens bezeugt worden war (ich sehe hier im Saal Radoslaw Sikorski, der dazu bestimmt seine eigene Geschichte erzählen kann) ging im Paragraph 1 von der Bildung einer Regierung der nationalen Einheit aus. Das ist ein Schlüsselbegriff. Das Ziel der nationalen Einheit kann nicht vom Schicksal Viktor Janukowitschs allein abhängen. Wenn er geflohen ist, bedeutet das, dass man mit Waffengewalt die Macht ergreifen und auf die nationale Einheit pfeifen kann? Damit wären Sie doch nicht einverstanden, und zu Recht, denn es ist nicht zulässig. Das also ist an Stelle der Bildung einer Regierung der nationalen Einheit geschehen, die bis zum September eine neue Verfassung auszuarbeiten hatte, auf deren Grundlage dann allgemeine Wahlen stattfinden sollten. So wollte man vorgehen. Der Ausgangspunkt war die nationale Einheit. Darauf sollte sich die Verfassung stützen, und alle Meinungen im Lande sollten gehört werden.

Stattdessen – das erwähnte Abkommen war bereits vergessen – erschien Arseni Jazenjuk auf dem „Maidan“ und rief die Bildung einer „Regierung der Sieger“ aus. Gegen die Regionen der Ukraine, die sich empörten, protestierten und sich weigerten, die Ergebnisse des Umsturzes anzuerkennen, wurden Unterdrückungsmaßnahmen eingeleitet. Zuerst verhaftete man ihre Führer, die sich gegen den Umsturz gewandt hatten, dann wurde Gewalt angewandt. Wer hat hier wen überfallen? Haben Donezk und Lugansk etwa Kiew stürmen wollen? Durchaus nicht. In den Südosten des Landes wurden Militäreinheiten geschickt, die versuchten, mit Gewalt die Macht zu ergreifen.



Diese Vorgänge in der Ukraine wurden auch auf der Krim gesehen. In verschiedenen Stadien der Krise versuchten Kräfte des „Rechten Sektors“, dorthin vorzudringen und Verwaltungsgebäude zu besetzen. Gott sei Dank gibt es die Landenge, wo die Volksmilizen sich postierten und sie nicht durchließen. Auf der Krim wurde zunächst ein Referendum über die Unabhängigkeit und danach eines über den Beitritt zur Russischen Föderation abgehalten. In Kosovo hat es keinerlei Referendum gegeben, und doch hat US-Präsident Barack Obama kürzlich erklärt, Kosovo sei ein Musterbeispiel, denn dort hätten die Menschen bei einem Referendum abgestimmt. Dort gab es kein Referendum, wie auch bei vielen anderen Gelegenheiten nicht. Die Einheit Deutschlands ist ohne jedes Referendum hergestellt worden, und wir haben sie aktiv unterstützt. Am Ende des Zweiten Weltkrieges, daran werden Sie sich erinnern, hat sich die UdSSR gegen die Teilung Deutschlands gewandt.

Wenn wir von den Methoden sprechen, die jetzt an die Stelle eines direkten Dialogs getreten sind, dann hat der gegenwärtige Präsident der Ukraine leider das Monopol auf Gewaltanwendung verloren. In der Ukraine sind private Bataillone geschaffen worden, die besser bezahlt werden als die reguläre Armee. Diesen Bataillonen mit verschiedenen Namen (darunter „Asow“, das ich zitiert habe) schließen sich Überläufer aus der regulären Armee an. Unter ihren Anführern sind offene Ultrationalisten.

Wir beide, Herr Brok, arbeiten schon lange zusammen. Sie haben Moskau besucht. Daher gebe ich Ihnen eine einfache Antwort. Wenn Sie zornige Reden schwingen wollen, die Ihre Stellung in der Politik und im Europaparlament stärken, ist das eine Sache. Wenn Sie aber sprechen wollen, dann lassen sie uns hinsetzen und die Prinzipien von Helsinki neu bestätigen. Dann wollen wir sehen, warum Sie sie in manchen Fällen für verletzt halten und in anderen nicht.

Übrigens hat das in Nürnberg ansässige ukrainische Umfrageinstitut „GFK Ukraine“ kürzlich auf der Krim eine Umfrage durchgeführt. Danach haben über 90 Prozent der Befragten erklärt, dass sie den Beitritt der Krim zur Russischen Föderation unterstützen. Zwei Prozent waren dagegen und drei Prozent haben gesagt, sie durchschauten noch nicht, was da vorgeht. Das ist eine Statistik, das sind Menschen. Hier hat ein Kollege gesagt, das Hauptprinzip in der EU sei die Achtung der Selbstbestimmung. Allerdings hat er von Staaten gesprochen. Hier hat ein Volk sein Selbstbestimmungsrecht in Anspruch genommen, und das vor dem Hintergrund einer jahrhundertelangen Geschichte. Über all das könnten wir diskutieren, wenn Sie wirklich verstehen wollen, was für eine Position wir einnehmen und wovon wir uns dabei leiten lassen. Darüber hat Russlands Präsident Wladimir Putin mehrfach gesprochen. Man kann natürlich auch darüber lachen. Manch einem macht das eben Vergnügen. Heißt es doch: „Wer lacht, der lebt länger!“

*(Übersetzung aus dem Russischen: Helmut Ettinger)*

## Rede des russischen Außenministers Sergej Lawrow vor der Diplomatenakademie in Moskau am 27. Februar 2015

*Anmerkung der Redaktion: Die deutsche Übersetzung der Rede ist auf der Website des Außenministeriums der Russischen Föderation nachzulesen ([http://www.mid.ru/bdomp/brp\\_4.nsf/191dd15588b2321143256a7d002cfd40/e3dfa9d564fa13a043257dfc0052071?OpenDocument](http://www.mid.ru/bdomp/brp_4.nsf/191dd15588b2321143256a7d002cfd40/e3dfa9d564fa13a043257dfc0052071?OpenDocument))*

Bei der Beantwortung von Fragen der Zuhörer führte der russische Außenminister unter anderem aus:

### ● **Befindet sich Russland angesichts der gespannten Beziehungen unter den führenden Weltmächten als Folge der Sanktionen von EU und USA am Rande einer zweiten Runde des Kalten Krieges?**

Einerseits nicht, denn der Kalte Krieg beruhte auf der harten ideologischen Konfrontation der beiden Blöcke. Heute haben wir diese ideologischen Widersprüche nicht mehr, wir folgen gleichen Prinzipien in der Wirtschaft und bei der politischen Organisation der Gesellschaft. Daher gibt es keine objektiven Voraussetzungen für eine zweite Runde des Kalten Krieges. Andererseits geht die Verbissenheit, die wir in einigen westlichen Hauptstädten beobachten, über das hinaus, was wir aus dem Kalten Krieg gewohnt waren. Offenbar hängt das mit dem Streben der USA und des Westens überhaupt zusammen, die Vorherrschaft zu erhalten, die sie seit mehreren Jahrhunderten innehaben. Heute ist es nicht mehr möglich, die gesamte Welt nach dem Bilde einer Zivilisation, genauer gesagt, eines Zweiges der christlichen Zivilisation, zu formen. Das Rad der Entwicklung hat sich weitergedreht und neue starke Player mit rasch wachsenden Wirtschaften (nach vielen Kennziffern ist China schon heute die führende Wirtschaftsmacht) auf die Bühne gebracht, Länder, die über wirtschaftlichen und finanziellen Einfluss verfügen, der natürlich auch politischen Einfluss nach sich zieht.

Aber Widersprüche gibt es. Das ständige Hervorheben der Exklusivität der USA, wie es Washington praktiziert, ist schädlich. Ich hoffe, dort hat man nicht vergessen, wozu in der Geschichte Versuche geführt haben, alles durch die Brille der eigenen Ausschließlichkeit zu sehen. Das ist heute nicht mehr möglich, die Welt hat sich geändert, und Probleme können nur noch kollektiv durch den Ausgleich der Interessen der führenden Zentren der modernen Welt gelöst werden.

### ● **Vor einem Jahr sind auf dem Majdan in Kiew Dinge geschehen, die zu Chaos und Anarchie im Staat geführt haben. Hat es seitdem Veränderungen in der Tätigkeit der russischen Auslandsvertretungen zum Beispiel beim Dialog der Kulturen gegeben, um dem Aufkommen russlandfeindlicher und offen profaschistischer Ideen – u. a. in den baltischen Staaten – entgegenzuwirken?**

Jene, die die Geschichte des Zweiten Weltkrieges umschreiben, Sieger und Besiegte auf eine Stufe stellen oder gar der Sowjetunion den Einmarsch in Deutschland vorwerfen wollen wie kürzlich der ukrainische Ministerpräsident Arseni Jazenjuk, tun das mit der durchaus ernst zu nehmenden Absicht, die Geschichte der Allianz zwischen Russland und dem Westen im Kampf gegen den Nazismus aus den





Köpfen der jungen Generation zu verbannen. Diese soll gar nicht darauf kommen, dass ein solches Bündnis überhaupt möglich war. Es hat für die Zerschlagung von Faschismus und Nazismus im Zweiten Weltkrieg eine enorme Rolle gespielt und war auch nach der Beendigung des Kalten Krieges durchaus möglich. Als die Amerikaner aus dem Vertrag über die Raketenabwehr ausstiegen und an den praktischen Aufbau eines eigenen globalen Systems gingen, hat Präsident Putin dem damaligen US-Präsidenten George Bush jun. 2007 vorgeschlagen, auf der Grundlage völliger Gleichheit und gegenseitigen Vertrauens gemeinsam an die Errichtung eines Systems des Schutzes vor Raketenangriffen zu gehen. Wenn die USA auf unseren Vorschlag eingegangen wären, dann hätten unsere Beziehungen zumindest auf diesem Gebiet Bündnischarakter angenommen. Leider haben sie einen anderen Weg eingeschlagen.

● **Im Februar haben in Minsk schwierige Verhandlungen zur Regelung der Ukraine Krise stattgefunden. Womit ist aus Ihrer Sicht zu erklären, dass die EU unmittelbar nach Unterzeichnung der Minsker Vereinbarungen (Minsk II) weitere Sanktionen gegen Russland verhängt hat?**

Sanktionen haben im Grunde noch nie eine dauerhafte Lösung der Probleme gebracht, mit denen sie begründet wurden. Die Restriktionen, die der Westen im Zusammenhang mit der Ukraine Krise eingeführt hat, sind überhaupt ein merkwürdiges Phänomen. Das weitestgehende Paket von Sanktionen wurde im Juli 2014 nur wenige Tage nach dem Absturz der malaysischen „Boeing“ über der Ukraine beschlossen. Als Schuldige wurden sofort die Aufständischen in der Ostukraine [die der Westen „prorussische Separatisten“ nennt – d. Ü.] und Russland ausgemacht. Die Sanktionen wurden verhängt, aber von der Aufklärung der Sache will kaum einer noch etwas wissen.

Der UN-Sicherheitsrat hat in einer Resolution gefordert, unverzüglich freien Zugang zum Absturzort zu gewährleisten. Die Milizionäre der ausgerufenen Volksrepublik Donezk haben sofort zugesagt. Die ukrainischen Behörden erklärten, der Zugang für Experten sei erst möglich, wenn sie die militärische Kontrolle über den Unglücksort übernehmen. Mehr als eine Woche nach der verbindlichen Resolution des UNO-Sicherheitsrates wurde von ihnen kein Zugang gewährt. Trotzdem wurden die Sanktionen gegen Russland und die Aufständischen verhängt. Seitdem sind wir beinahe die Einzigen, die immer wieder Transparenz der Untersuchung einfordern. Bis heute wurden die Aufzeichnungen der Gespräche der ukrainischen Dispatcher mit der Besatzung der Maschine nicht öffentlich gemacht. Russland hat Satellitenaufnahmen vorgelegt, die USA hingegen halten die ihnen vorliegenden Aufnahmen von Satelliten und AWACS-Flugzeugen, die damals in der Gegend waren, noch immer zurück. Aber die Sanktionen sind weiterhin in Kraft. Da hat wohl jemand einen Vorwand gebraucht.

Ein weiteres Beispiel: Im September 2014, zwei Tage nach der Verabschiedung von Minsk I begrüßte die EU zunächst die Vereinbarungen, führte aber zugleich die nächste Serie von Sanktionen ein. Auf unsere erstaunten Fragen antworteten Freunde aus der EU privat, diese seien von der EU-Führung in Brüssel eigenmächtig verhängt worden, obwohl eine ganze Reihe Staaten der Meinung war, nach der Unterzeichnung der Vereinbarungen sollte erst einmal eine Pause eingelegt werden.

Ähnlich hat die EU auch im Zusammenhang mit Minsk II reagiert. Ich kann das nur so erklären: Eine aggressive Minderheit in der EU will mit aktiver Unterstützung der USA alles tun, um zu verhindern, dass sich in der Öffentlichkeit das Gefühl ausbreitet, die Ukraine Krise könnte einer Regelung näherkommen. Als die Aufständischen in den letzten Tagen ihre Bereitschaft zum Abzug der schweren Waffen erklärt haben und die ukrainische Seite nach Vorwänden suchte, um ihre eigene Zustimmung hinauszuzögern, stellten die Medien im Westen die Lage völlig verzerrt dar und suchten die OSZE zu beeinflussen, nicht auf die Bereitschaft der Aufständischen zum Abzug der Waffen einzugehen. Jetzt hat sich die Lage mehr oder weniger normalisiert und es wird auch korrekt informiert. Die OSZE erfüllt ihren Auftrag. Jetzt fürchtet man folgendes: Wenn die schweren Waffen abgezogen sind und die OSZE dies bestätigt hat, wird man auch die anderen Punkte der Vereinbarungen von Minsk II erfüllen müssen. Das ist das Zusammenwirken von Kiew, Donezk und Lugansk bei der Erarbeitung eines Sonderstatus dieser Gebiete, der in der überarbeiteten Verfassung der Ukraine festgehalten werden soll. Das ist die Zusammenarbeit von Kiew, Donezk und Lugansk an einem Gesetz über Kommunalwahlen in diesen Teilen der Ukraine, über eine Amnestie aller Beteiligten und über eine ganze Reihe weiterer Fragen, die politischen Willen und eine konstruktive Einstellung erfordern. In Kiew dominiert jedoch ungeachtet aller Erklärungen Petro Poroschenkos, er sei der „Präsident des Friedens“, leider nach wie vor die Kriegspartei, die aus anderen Mitgliedern der ukrainischen Führung besteht und mit starker Unterstützung aus dem Ausland rechnen kann.

Wie absurd die Vorgänge sind, begreifen immer mehr unserer Partner im Westen, und ich bin überzeugt, dass schließlich die Vernunft obsiegen wird.

● **Welche Maßnahmen unternimmt Russland zum Kampf gegen den IS? Weshalb kann die Weltgemeinschaft dieses Problem bisher nicht lösen? Warum gehen die Staaten nicht gemeinsam gegen derartige Organisationen vor?**

Einer der Aspekte des Kampfes gegen diese Organisationen ist die Anwendung von Gewalt. Wie Sie wissen, haben die USA im vergangenen Jahr die Bildung einer Koalition für Luftschläge gegen die Stellungen des IS verkündet – und zwar nur auf den Territorien von Irak und Syrien. Die irakische Regierung hat dem zugestimmt, aber die Regierung Syriens wurde nicht einmal gefragt. Nach unserer Auffassung wäre es korrekt gewesen, sich an den UN-Sicherheitsrat zu wenden und um die Genehmigung von Schlägen gegen konkrete terroristische Gruppierungen nachzusuchen – mit Zustimmung der Länder, auf deren Gebiet diese agieren, wo sie Territorium besetzen und ihre Herrschaft etablieren, die Bevölkerung terrorisieren und militärisch expandieren.

Die USA haben es abgelehnt, den Sicherheitsrat einzubeziehen. Sie haben die Regierung Syriens nicht einmal konsultiert. Die Begründung lautete, das Regime von Baschar Assad könne kein Partner sein. Das ist eine doppelzüngige Position. Erst vor kurzem war das Regime Assad ein wunderbarer, verlässlicher und wirksamer Partner bei der Beseitigung der syrischen Chemiewaffen. Zu behaupten, dass bei dieser Aktion Syrien ein Partner sei, beim Kampf gegen den Terrorismus aber nicht, ist ein Widerspruch in sich. Hier wird mit doppeltem Maß gemessen. Man könnte darauf kommen, dass die militärischen Schläge, die gegen von den Terroris-



ten kontrollierte Gebiete Syriens geführt werden, zum passenden Zeitpunkt auch auf andere Teile Syriens ausgedehnt werden könnten, die der IS noch nicht kontrolliert und hoffentlich niemals kontrollieren wird. Wir sind dafür, den Kampf gegen den Terrorismus auf der Grundlage des Völkerrechts zu führen. Für die Anwendung von Gewalt ist die Zustimmung des Landes erforderlich, auf dessen Gebiet dies geschieht, außerdem ein entsprechender Beschluss des UNO-Sicherheitsrates.

● **Wie schätzen Sie angesichts der internationalen Lage den Stand der russisch-chinesischen Beziehungen und die Perspektiven der Zusammenarbeit beider Länder im Rahmen der Schanghaier Organisation ein?**

Die Beziehungen zwischen unseren Ländern befinden sich heute auf einem so hohen Niveau wie noch niemals in der Geschichte. Sie beruhen nicht auf konjunkturellen Überlegungen und dem Wunsch, sich gegen andere zusammenzuschließen, sondern auf der Übereinstimmung grundlegender nationaler Interessen unserer beiden Nachbarländer mit einer sehr langen gemeinsamen Grenze. Alle Grenzfragen sind seit Langem geregelt, was den Weg für neue gemeinsame Großvorhaben eröffnet hat.

Die Beziehungen zwischen Russland und China stützen sich darauf, dass unsere Wirtschaften einander hervorragend ergänzen. Zwar spielt der Energiebereich eine relativ große Rolle, aber das betrifft nicht nur russische Erdöl- und Gaslieferungen für die chinesische Wirtschaft. Es betrifft auch die Hochtechnologien. Vor allem die Atomenergie, die Russland in China aktiv entwickelt. Dafür gibt es langfristige Programme. Es betrifft die Hochtechnologien in der Luftfahrt und in anderen Bereichen.

Die wechselseitige wirtschaftliche Abhängigkeit und Interessiertheit ist das Fundament unserer Beziehungen. Manche warnen uns vor übermäßiger Interdependenz, aber darin sehe ich nichts Gefährliches. Die Welt ist nun einmal interdependent. Wenn sich gegenseitige Abhängigkeit auf eine Rechtsgrundlage stützt, die eine Balance der Interessen der Partner darstellt, dann kann man sie nur begrüßen. Das Problem besteht darin, dass unsere Partner im Westen uns Bedingungen für die Zusammenarbeit stellen, die sie noch dazu ständig zum eigenen Vorteil verändern.

Mit China gibt es so etwas nicht. Wir schließen ehrliche Vereinbarungen. Die Verhandlungen sind manchmal schwierig, weil es um hohe Summen und Großprojekte geht. Jede Seite vertritt ihre wirtschaftlichen und finanziellen Interessen. Aber es sind Verhandlungen zwischen Partnern und Freunden. Wenn etwas vereinbart wurde, hält man sich daran.

Unsere Länder wirken auch im internationalen Bereich in vielen Fragen zusammen. Erstens stützt sich unsere Zusammenarbeit auf übereinstimmende Auffassungen zur Weltlage und der Notwendigkeit, die Weltordnung gerechter und demokratischer zu gestalten. Ein multipolares System der internationalen Beziehungen ist im Entstehen begriffen und bereits objektive Realität. Versuche, diesen Prozess künstlich zu bremsen, tragen nur Konflikte in die internationalen Beziehungen hinein. Russland und China sind sich darin einig, dass man diesen Prozess vorantreiben, Vereinbarungen schließen und den Kreis der Beteiligten, die Grundsatzentscheidungen treffen, ständig erweitern muss. Wir wirken eng im UNO-Sicherheitsrat zusammen, in den G20, die gegenwärtig die Tendenz zur Herausbildung einer

multipolaren Weltordnung am umfassendsten widerspiegelt. Die G7 kann nicht mehr für alle entscheiden, wie sich das internationale Währungs- und Finanzsystem entwickelt, wie Entwicklung finanziert oder wie Währungsstabilität in der Welt gewährleistet wird. Das war einer der Gründe für die Bildung der G20, einer Gruppe, an der auch die großen Entwicklungsländer beteiligt sind.

Unsere beiden Länder sind wichtige Partner in der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ). Gegenwärtig bereiten wir den Gipfel in Ufa vor, wo Fragen der weiteren Vertiefung und Konkretisierung von Kooperationsprojekten der Organisation beraten werden sollen. Auf der Tagesordnung steht auch die Frage der Erweiterung der SOZ. Die Kriterien dafür sind auf dem Gipfel im vergangenen Jahr beschlossen worden. Jetzt müssen die Aufnahmeanträge mehrerer Länder, darunter Indien und Pakistan, behandelt werden. Auch Iran hat um Aufnahme gebeten. Ich hoffe, dass die Fortschritte in den Verhandlungen über das iranische Atomprogramm uns bei der Behandlung dieser Frage helfen werden. Das Verfahren des Beitritts zur SOZ ist relativ lang. Kandidaten müssen zwei, drei Dutzend Dokumente der SOZ akzeptieren und ratifizieren. Aber es gibt allen Grund anzunehmen, dass in Ufa der politische Beschluss über eine Erweiterung der Organisation gefasst wird. Darüber sind wir uns mit den chinesischen Kollegen und weiteren Mitgliedern der Organisation einig.

● **Wie schätzen Sie die Lage in Syrien ein? Wie werden sich die russisch-syrischen Beziehungen weiter gestalten?**

Die Situation ist schwierig. Alles hat mit dem Versuch angefangen, das Libyen-Szenarium zu wiederholen – den Präsidenten zu beseitigen und dann verbrannte Erde zu hinterlassen. Im Irak bestand das Ziel der intensiven Suche nach nicht vorhandenen Massenvernichtungswaffen allein darin, den Diktator zu stürzen, was auch erreicht wurde. 2003 hat der damalige US-Präsident George Bush erklärt, im Irak habe die Demokratie gesiegt. Sie wissen, was daraus geworden ist.

Auch in Libyen wollte man unbedingt den Diktator Gaddafi stürzen, der auf höchst abstoßende Weise liquidiert wurde. Das alles stellte eine flagrante Verletzung der Resolution des UNO-Sicherheitsrates dar. Dort war lediglich die Kontrolle darüber gestattet, dass die libyschen Luftstreitkräfte nicht mehr starten dürfen. Anderes wurde nicht sanktioniert. Die Praxis lief jedoch auf Feuerschutz für die Kräfte hinaus, die gegen die Armee Gaddafis kämpften und heute die Basis für eine ganze Reihe terroristischer Gruppierungen stellen. Europäische Staaten und mehrere Länder der Region haben diese Kräfte unter Verletzung der Resolutionen des UN-Sicherheitsrates bewaffnet und das auch ganz offen zugegeben. Danach haben sich diese Gruppierungen mitsamt den Waffen, die sie zum Sturz Gaddafis erhalten hatten, über fast ein Dutzend afrikanischer Länder, darunter Mali und die Zentralafrikanische Republik, verstreut. Libyen steht heute weitgehend unter ihrer Kontrolle.

Zuvor wurde Jugoslawien bombardiert, um den Diktator Milošević zu stürzen. Jetzt, vier Jahre später, will man Baschar Assad beseitigen. Auch hier ist bis heute nicht klar, was danach kommen soll. Jedoch bisher ist es nicht gelungen. Es zeigt sich, dass Baschar Assad beträchtliche Unterstützung im Lande genießt. Ein bedeutender Teil der Bevölkerung sieht in ihm den Garanten für Stabilität. Das sind



nicht nur die Alawiten, sondern auch viele Sunniten, die unter Baschar Assad, bzw. seinem Vater Karriere gemacht haben oder wirtschaftlich erfolgreich waren. Die Leute sehen, was in Libyen, im Jemen und anderen Nachbarländern passiert. Und sie sind überzeugt, dass ein Machtwechsel zu Chaos, Plünderung und Enteignung führt.

Wir setzten alles daran, um die Lage auf den Weg eines Dialogs zu führen, gegenseitige Ultimaten und Vorbedingungen auszuschließen. Im Juni 2012 haben wir in Genf durchaus passable Ergebnisse erzielt. Es wurde das Genfer Kommuniqué beschlossen, in dem das Interesse der Weltgemeinschaft festgeschrieben ist, dass Syrien ein einheitliches, laizistisches, offenes Land bleibt, in dem sich alle ethnischen und konfessionellen Gruppen gleichermaßen sicher fühlen. Das Kommuniqué rief dazu auf, einen nationalen Dialog zu beginnen, wo man sich darauf einigen sollte, wie das Land sich nach diesen Grundsätzen entwickelt. Wir haben erklärt, dass eine Übergangsperiode und ein Organ nötig sein werden, das im Einvernehmen zwischen der Regierung der SAR und dem gesamten Spektrum der Opposition gebildet wird. Ein ganzes Jahr lang weigerten sich die westlichen Länder, dieses Dokument im UNO-Sicherheitsrat anzunehmen. Wir haben es immer wieder vorgeschlagen. Und erst als man an der Initiative Russlands zur Vernichtung der Chemiewaffen Syriens interessiert war, wurde in die Resolution zu den Chemiewaffen ein Absatz über die politische Regelung aufgenommen, der das Genfer Kommuniqué gebilligt hat. Wäre das früher geschehen, hätte sich die Situation vielleicht anders entwickelt. So ging ein ganzes Jahr verloren, und schließlich musste der Westen sich doch bereitfinden, dieses Dokument zu unterstützen. Dabei hieß es aber sofort: Eine Übergangsperiode bedeutet, dass Assad nicht mehr an der Macht sein darf. Wir fragten: Warum? In dem Kommuniqué steht, dass alle Aspekte und Parameter der Übergangsperiode im Einvernehmen der Regierung mit dem gesamten Spektrum der Opposition vereinbart werden sollen. Der Westen dagegen setzte nur auf eine Oppositionsgruppe, die so genannte Nationale Koalition, die faktisch zu hundert Prozent aus Emigranten besteht. Diese wird von vielen Oppositionellen im Lande nicht anerkannt, von Organisationen, die sich zwar auch gegen das Regime wenden, aber dies stets vor Ort getan haben, und nicht aus Paris, Istanbul oder den Golfstaaten.

Im vergangenen Monat haben wir in Moskau ein Treffen durchgeführt, zu dem wir so viele Oppositionsgruppen wie nur möglich eingeladen haben, um sie von den Grundsätzen des Genfer Kommuniqués zu überzeugen: Syrien soll ein einheitliches, laizistisches und demokratisches Land sein, wo sich alle Minderheiten und Gruppen in gleicher Weise wohl und sicher fühlen. Am letzten Tag kam auch eine Delegation der syrischen Regierung hinzu. Der Moderator hat am Ende eine ganze Reihe von Prinzipien dargelegt, die weder von der Opposition noch von der Regierung in Zweifel gezogen wurden.

Jetzt bereiten wir ein zweites Treffen dieser Art vor, wo wir noch mehr Oppositionsgruppen sehen wollen. Wir koordinieren unser Vorgehen mit den Ländern der Region, besonders mit Ägypten, das ebenfalls darauf orientiert, die Opposition auf einen konstruktiven Kurs zu bringen. Wenn dieser Prozess nicht von außen behindert wird und man sich nicht auf Waffengewalt gegen das syrische Regime versteift, dann glaube ich, dass es die Chance auf einen langsamen,

sich verstärkenden Prozess gibt. Wenn man sich aber auf neue Abenteuer mit Gewaltanwendung einlässt, dann erwartet Syrien eine sehr düstere Zukunft.

### ● Ist eine Erweiterung der BRICS zu erwarten? Wenn ja, wer könnten die neuen Mitglieder sein?

Eine Erweiterung ist nicht vorgesehen. Das ist die gemeinsame Position aller fünf Mitgliedstaaten zur gegenwärtigen Zeit. Sie gehen davon aus, dass man die Zusammenarbeit im Rahmen der BRICS weiter konsolidieren muss. Gegenwärtig wird die Entwicklungsbank aufgebaut, ein Pool von Valutareserven und weitere Mechanismen wie ein virtuelles Sekretariat und eine ganze Reihe Körperschaften, die sich mit Landwirtschaft, Gesundheitswesen, Medizin und vielen anderen konkreten Fragen beschäftigen sollen. Die BRICS will allerdings nicht in der Isolation wirken, sie hat eine ganze Reihe Partner.

Ursprünglich wurde die BRICS für die Zusammenarbeit bei den internationalen Währungs- und Finanzproblemen gegründet. Jetzt entwickelt sich auch das Zusammenwirken auf außenpolitischem Gebiet. In den Dokumenten der Gipfeltreffen werden gemeinsame Positionen der fünf Länder zu zentralen Problemen der gegenwärtigen Welt formuliert. Partner der BRICS sind viele Entwicklungsländer, die der G20 angehören – Argentinien, Mexiko, Saudi Arabien und Indonesien. Wenn im Rahmen der G20 Fragen der Reform des IWF erörtert werden, vertreten wir gemeinsame Positionen. Außerdem werden im Umkreis von jedem BRICS-Gipfel weitere Veranstaltungen durchgeführt, zu denen in der Regel die Partnerländer des Gastlandes eingeladen werden. Im Falle Südafrikas wurden nach dem Gipfel in Durban 2013 zum Beispiel die afrikanischen Staaten eingeladen. Im vergangenen Jahr gab es in Fortaleza in Brasilien nach dem BRICS-Gipfel eine Begegnung mit den führenden Vertretern wichtiger lateinamerikanischer Länder. Auch Russland plant ein solches Treffen mit benachbarten Regionalstrukturen in unserem geopolitischen Raum. In der Zukunft kann durchaus die Frage auftauchen, dass sich weitere Länder BRICS anschließen. Aber zunächst wollen wir uns Zeit nehmen, die Fünfergruppe zu konsolidieren.

(Übersetzung aus dem Russischen: Helmut Ettinger)

## Irrsinn an den Devisenmärkten

*Eine weitere Eskalation der Lage in Russland könnte zu wirtschaftlicher Abschottung und Nationalismus führen.*

*Von Heiner Flassbeck, Wirtschaftswissenschaftler;  
aus: neues deutschland, 18. Dezember 2014*

Die russische Wirtschaft schlittert angesichts sinkender Ölpreise, des Rubelkursverfalls und der Sanktionen in die Krise. Der Westen sollte sich nicht die Hände reiben, sondern auf Kooperation setzen.

Wir erleben gerade, wie der Westen das Ende dessen vorantreibt, woran er selbst einige Jahrzehnte lang hartnäckig gearbeitet hat: der Schaffung eines offenen, globalen Wirtschaftssystems. Was derzeit in Russland und der Ukraine geschieht, wird sich bitter rächen, weil der Westen mit seiner Sanktionspolitik in Verbindung mit dem Rückgang des Ölpreises und dem dramatischen Fall des Rubelkurses eine



Eskalation der Lage hinnimmt, die sich in beiden Ländern nur in einer unkontrollierbaren Explosion des Nationalismus entladen kann.

Die drastische Anhebung der Leitzinsen in Russland von 11 auf 17 Prozent sollte ein Alarmsignal ersten Ranges sein. Der Rückgang des Ölpreises in Verbindung mit dem Verfall des Rubelkurses hat ein Ausmaß erreicht, bei dem die russische Regierung versucht, mit Panikmaßnahmen über die Runden zu kommen. Das ist extrem gefährlich, weil die nächste Maßnahme die völlige Abschottung des russischen Geldsystems vom Westen sein muss. Wer diesen Schritt geht, ist auch politisch auf dem Weg in die Abschottung. Man kann sich vorstellen, wie viele im Westen sich klammheimlich die Hände reiben ob der Wucht der Ereignisse, die Russland derzeit treffen. Der Rückgang des Ölpreises trifft die Wirtschaft, aber auch den Haushalt direkt, weil der Staat abhängig ist von den Einnahmen des Ölexportes. Die Abwertung des Rubels, die sich in immer größerem Tempo vollzieht, lässt die Devisenreserven der Zentralbank dahinschmelzen und zwingt sie – solange man nicht zu einer vollständigen Kontrolle der Finanzbewegungen und der Devisenströme übergeht –, die Zinsen in einer Situation zu erhöhen, in der dem Land ohnehin eine Rezession droht. Ist das die Entwicklung, die den russischen Präsidenten Wladimir Putin dazu bewegt, die Krim zurückzugeben und auch sonst alles zu tun, was der Westen, unterstützt von den wirtschaftlichen Sanktionen, von Anfang an verlangt hat?

Wer das hofft, ist ungeheuer naiv. Natürlich wird Russland genau das nicht tun, sondern sich zunehmend abkapseln. Dem Rubelverfall mit Zinserhöhungen zu begegnen, ist brandgefährlich bei einer sich schnell verschlechternden wirtschaftlichen Lage. Selbst wenn es kurzfristig gelingen sollte, mit den hohen Zinsen Zocker anzulocken, kann man die Lage Russlands damit nicht stabilisieren. Denn diese Gelder werden so schnell wieder verschwunden sein, wie sie kommen. Folglich muss Russland früher oder später zu einer strengen Devisenbewirtschaftung übergehen. Russland wird nämlich nicht, wie das Entwicklungsländer in dieser Lage üblicherweise tun, den von den USA kontrollierten Internationalen Währungsfonds (IWF) zu Hilfe rufen. Devisenbewirtschaftung und systematische Einschränkung des Handels mit dem Westen sind aber genau die Schritte in Richtung Abschottung, auf die in Russland nationalistische Kreise weit rechts von Präsident Putin nur warten.

Dass das wirtschaftlich erfolgreich sein wird, ist nicht wahrscheinlich. Folglich wird man lange herumexperimentieren, ohne eine wirkliche Lösung zu finden. Aber das Scheitern wird den Nationalismus nur weiter stärken, da für jeden Fehlschlag der Westen politisch verantwortlich gemacht werden kann. Nicht anders als bei uns, wo es gelingt, mit der lächerlichen Fiktion einer drohenden Islamisierung Tausende von unzufriedenen Bürgern jede Woche auf die Straßen Dresdens zu bringen, kann man das Volk mit Verweis auf einen „Feind von außen“ über jede eigene Fehlleistung hinwegtäuschen.

In der Ukraine ist trotz vorübergehender Anbindung an den Westen die gleiche Richtung vorgezeichnet. Ein politisch in seinen Grundfesten erschüttertes System, dem neoliberale „Reformen“ aufgedrängt werden, die für Jahre ähnlich verheerende Wirkungen wie in Südeuropa haben dürften, kann jederzeit in Richtung Nationalismus abdriften, ohne dass der Westen dann noch irgendetwas dagegen unternehm-

men könnte. Es war von vornherein klar, dass man mit wirtschaftlichen Sanktionen gegen ein Russland, das seine Eigenständigkeit verteidigt, nichts erreichen kann außer einer Verschärfung des Konflikts. Der Westen hat mit seiner hochmütigen „Sanktionspolitik“ eine Lawine ins Rollen gebracht, die ohne Schaden kaum mehr aufzuhalten sein wird. Gerade jetzt, wo der Rückgang des Ölpreises und der spekulativ angefeuerte Verfall des Rubelkurses den wirtschaftlichen Druck auf die russische Regierung dramatisch verschärfen, würde eine kluge Politik des Westens einen Schritt zurücktreten und ein Angebot für neue Formen der Kooperation machen.

Auch Russland ist Teil der Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer. Wenn das Kommuniqué des letzten G20-Treffens in Australien nicht in den Wind geschrieben war, müsste man Russland zumindest bei der Stützung des Rubelkurses auf einem niedrigen Niveau entgegenkommen und den Irrsinn an den Devisenmärkten stoppen. Kluge Politik ist aber weit und breit nicht zu sehen. Wer sich jetzt die Hände reibt, wird sich am Ende die Augen reiben angesichts des Schadens, den er selbst mit angerichtet hat.

## Geschichte

### Kein Tag der Befreiung

*Von Sevim Dagdelen, Sprecherin für Internationale Beziehungen der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag; aus: junge Welt, 7. Februar 2015*

Wenn es ihr genehm ist, behauptet die deutsche Bundesregierung gern einmal, dass sie keine Geschichtspolitik betreiben würde. Doch wenn es konkret wird, tritt eine Geschichtspolitik zutage, die es in sich hat. In einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion zum Gedenken an den 70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus gibt die Bundesregierung zu, keine eigenen geschichtspolitischen Aktivitäten zu diesem Themenkomplex im Gedenkjahr 2015 zu planen.

So heißt es in der Antwort der Bundesregierung: „Im Gedenkjahr 2015 [...] wird die Erinnerung sicherlich auch in den Medien und in der Öffentlichkeit wieder stärker in den Fokus treten.“ Damit scheint für die Bundesregierung die Gedenkarbeit erledigt zu sein. Sie hat nämlich nichts in Eigenregie oder in Kooperation anlässlich des 70. Jahrestages der Befreiung geplant. Während den „Vertriebenen“ in Deutschland ab diesem Jahr ein „nationaler Gedenktag“ gewidmet wird (20. Juni), hat die Bundesregierung keine „entsprechende(n) Planungen“, dem 8. Mai als Tag der Befreiung auch solch eine Ehre zuteil werden zu lassen.

Konsequenterweise hat das Kabinett in Berlin auch keinerlei Interesse am 70. Jahrestag der Befreiung, und ebenso gibt es auch mit den Bundesländern keine Bemühungen um eine Organisation bzw. Koordination von Veranstaltungen



zu diesem wichtigen Datum. Doch die Geschichtsvergessenheit reicht noch weiter.

Besonders zynisch ist die Haltung der Bundesregierung zum Themenkomplex der sowjetischen Kriegsgefangenen im Zweiten Weltkrieg. Eine Singularität der Nazidiktatur bei der Behandlung dieser Kriegsgefangenen will sie nicht erkennen und verharmlost damit die Vernichtungsabsicht der Wehrmacht. Damit verweigert die Bundesregierung noch immer die Anerkennung sowjetischer Kriegsgefangener als Opfer besonders schweren NS-Unrechts. Gegenüber der UdSSR und ihrer Armee, die die Hauptlast bei der Niederringung des europäischen Faschismus getragen hat, ist diese Haltung eine Schande.

Konsequent ist in der Antwort der Bundesregierung auch nicht von der Befreiung vom Faschismus die Rede, sondern es wird stets die Bezeichnung „Ende des Zweiten Weltkrieges“ benutzt. In diesem offiziellen Sprachgebrauch scheint eine geschichtsrevisionistische Wende auf. Denn damit fällt man hinter die berühmte Rede des kürzlich verstorbenen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker anlässlich des 40. Jahrestages der Befreiung im Jahr 1985 zurück. Dreißig Jahre nach diesem Schritt des damaligen Staatsoberhauptes in die richtige Richtung ist die Bundesregierung wieder bei der Geschichtspolitik der Bundesrepublik der 50er Jahre angelangt.

Ihr Schweigen zum Versuch einer Umdeutung des faschistischen Vernichtungsfeldzugs Nazideutschlands in eine sowjetische „Invasion“ durch den ukrainischen Premier Jazenjuk wie auch der Persilschein der großen Koalition für die Ehrung von Nazikollaborateuren im Baltikum und in der Ukraine spiegelt sich in der geschichtsvergessenen Haltung Berlins zum 70. Jahrestag der Befreiung wider. Es herrscht Krieg in Europa. Geschichte wird gemacht.

## „Sonst verliert jedes Miteinander“

*Interview mit Petra Pau, Stellvertretende Präsidentin des Bundestages, 24. Januar 2015, Interview: Rainer Brandt; aus: <http://www.linksfraktion.de>*

*Petra Pau ist besorgt wegen der internationalen Querelen rund um den 70. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau durch die Sowjetarmee sowie wegen des europaweiten Rassismus und Antisemitismus, die sich sich immer enthemmter entladen. Dass sich Pegida auf christlich-jüdische Werte beruft, empfindet sie als dümmliche Verhöhnung von Juden, Christen, Muslimen und humanistischen Werten.*

● **Vor 70 Jahren, am 27. Januar 1945, wurden die Überlebenden des Nazi-Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau von der Sowjetarmee befreit. Im Bundestag wird es daher wieder eine Gedenkstunde geben.**

In der Bundesrepublik Deutschland ist dieser Tag seit 1996 ein offizieller Gedenktag. Angeregt hatte dies der damalige Bundespräsident Roman Herzog.

● **Markanter dürfte die Rede seines Vorgängers Richard von Weizsäcker 1985 gewesen sein.**

Für offizielle westdeutsche Verhältnisse sprach er damals

einen dramatischen Satz: „Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.“

● **Damit wurde – vorerst in Europa – der mörderischste Krieg in der Geschichte der Menschheit beendet. Die deutsche Kapitulationsurkunde wurde in Karlshorst unterzeichnet. Berlin wurde ebenfalls durch die Rote Armee befreit.**

Und von polnischen Soldaten an ihrer Seite. Aber es ging nicht nur um diesen furchtbaren Krieg, sondern auch um die Frage, ob es nach der faschistischen Barbarei in Europa noch so etwas wie Zivilisation geben kann.

● **Nun war es ja nicht ein Tag, der uns befreit hatte?**

Es waren vor allem die Alliierten Streitkräfte, nicht allein, aber maßgeblich, also die Sowjetunion, die USA, Großbritannien und Frankreich. Wobei die Sowjetunion im Kampf gegen den Faschismus mit Abstand die meisten Opfer zu beklagen hatte.

● **Warum diese Betonung?**

Erstens, weil es so war, und zweitens weil ich besorgt die internationalen Querelen rund um den 70. Jahrestag wahrnehme. Nach Lage der Dinge wird das Gedenken in Auschwitz ohne den Präsidenten Russlands stattfinden.

● **Ihm wird aktuell die Annexion der Krim vorgeworfen. Sogar jüdische Gemeinden in Tschechien sollen dafür plädiert haben, Putin vom gemeinsamen Gedenken auszuschließen?**

Wenn das so ist, dann wäre es sehr kurzsichtig. Es wäre ein Bruch mit der Kultur internationalen Gedenkens, der weder der Geschichte entspräche, noch den Opfern des Faschismus gerecht würde, auch nicht den Millionen Jüdinnen und Juden, die systematisch ermordet wurden. Und, was noch schlimmer ist ...

● **... ja?**

Es fällt mir zunehmend schwerer, das alles unter „Zufall“ oder unter „dumm gelaufen“ abzubuchen. Ich befürchte, machtpolitische Kontroversen, wie die aktuelle Krise rund um die Ukraine, sollen wieder einmal genutzt werden, um Geschichte zu verklären.

● **Was spricht dafür?**

Jüngst war der Regierungschef der Ukraine, Arseni Jazenjuk, in Deutschland auf Staatsbesuch. Mit dem Verweis, dass die Sowjetunion dereinst die Ukraine und Deutschland besetzt habe, suchte er um Geld und Zuspruch nach. Die Ukraine und Deutschland seien mithin natürliche Freunde – und zu Ende gedacht – folglich gemeinsame Feinde Russlands. Noch schlimmer ist: Es wurde ihm nicht widersprochen, zumindest nicht öffentlich.

● **Zur Gedenkstunde im Deutschen Bundestag wird dieses Jahr Bundespräsident Joachim Gauck reden. Warum kein Überlebender des Holocaust?**

Es ist Brauch, dass einmal innerhalb einer Legislaturperiode der jeweilige Bundespräsident die Gedenkrede hält. Und dann gibt es noch etwas zu bedenken. Für die Vereinten Nationen ist der 27. Januar seit 2005 ein internationaler Gedenktag an die Opfer des Holocaust. In Deutschland ist er ein Gedenktag an alle Opfer des Faschismus, also auch an Sinti und Roma, an Menschen mit Behinderungen, an Schwule, an Andersdenkende und viele andere mehr. Das halte ich für richtig und wichtig.

● **Trotzdem war der Holocaust ein einmaliges Verbrechen, oder?**



Ja, selbstverständlich, aber eingebettet in die Ideologie eines arischen Rassenwahns, der nicht nur Jüdinnen und Juden traf.

● **Rassismus und Antisemitismus nehmen aktuell zu, offenbar europaweit.**

Ob entsprechende Denkweisen zunehmen, weiß ich nicht. Aber sie entladen sich immer enthemmter. In Frankreich gibt es eine regelrechte Massenflucht von Jüdinnen und Juden nach Israel. In der jüdischen Gemeinde Wien wird immer mehr ungarisch gesprochen. Und auch in Deutschland fühlen sich immer mehr Jüdinnen und Juden bedroht, weil sie bedroht werden.

● **Juden finden neuerdings eigentümlichen Zuspruch. Pegida, die Bewegung „Patrioten Europas gegen die Islamisierung des Abendlandes“, beruft sich auf christlich-jüdische Werte.**

Dümmlicher kann man Juden, Christen und humanistische Werte nicht verhöhnen. Übrigens auch Muslime nicht. Das ist ein politisches Problem. Gleichwohl sei daran erinnert: Das Jüdische, das Christliche und der Islam, alle drei sind abrahamitische Religionen, sie haben dieselben Wurzeln. Wer einen Kulturkampf schürt wie Pegida, sollte wenigstens ein Fünkchen Ahnung haben.

● **Pegida geht es nicht um Bildungsabende, sondern um Proteste.**

Richtig, nur finden bei Pegida Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit eine Bühne. Umso mehr frage ich mich, was die Landeszentrale für politische Bildung Sachsen da vermitteln will. Besorgte Bürgerinnen und Bürger haben jedes Recht auf politischen Dialog. Rassisten indes gebührt massiver Widerstand, staatlich und gesellschaftlich. Ansonsten könnten wir auch den 27. Januar als Gedenktag vergessen.

● **Und was sollte das politisch-praktisch heißen?**

Zweierlei: Das gesellschaftliche Problem Rassismus muss endlich ernst genommen werden. Es wird seit Jahren offiziell verdrängt. Außerdem muss gruppenfeindlicher Menschenfeindlichkeit der Boden entzogen werden. Sehr verkürzt gesagt: Soziale Gerechtigkeit und mehr Demokratie müssen vorrangige Ziele der Politik werden, sonst verliert jedes Miteinander.

## Aus der internationalen Linken

### Jedem Versuch einer Militarisierung der deutschen Außenpolitik entgegentreten!

*Rede von Bernd Riexinger, Vorsitzender der Partei DIE LINKE, beim Neujahrstakt der Europäischen Linken am 11. Januar 2015 in der Berliner Volksbühne; aus: <http://www.die-linke.de>*

**Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde!**

Die Fraktionsvorsitzende der Grünen, Frau Göring-Eckardt, hat im Zusammenhang mit dieser Veranstaltung sinngemäß gesagt, dass man Kapitalismus nicht mit Faschismus gleichsetzen kann. Das ist richtig. Der Kapitalismus tendiert nicht grundsätzlich und immer zum Faschismus. Aber es scheint mir doch angebracht, im 70. Jahr der Befreiung vom deutschen Faschismus darüber zu sprechen, dass der Faschismus eine Herrschaftsform des Kapitalismus ist, ganz besonders der deutsche Faschismus von 1933 bis 1945. Max Horkheimer hat das auf einen sehr klugen, kurzen Satz gebracht: „Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen.“ August Thalheimer hat schon 1928 analysiert, dass das Kapital die politische Macht an die faschistische Massenpartei abgibt, um seine ökonomische Macht zu behalten. Und zwar gerade in Zeiten politischer Krisen. Er warnte früh vor der faschistischen Gefahr und kritisierte die Sozialfaschismustheorie der KPD. Statt die SPD zum Hauptfeind zu machen, forderte er eine Einheitsfront gegen den aufziehenden Faschismus. Eine wichtige Lehre aus der Geschichte.

Der deutsche Faschismus hat in vielen Ländern tödliche Spuren hinterlassen, Millionen Menschen mit seinem Terrorregime ermordet und in Angst und Schrecken versetzt. Dazu zählte auch Griechenland, das von der Wehrmacht von 1941 bis 1944 besetzt war. Diese verübte zahlreiche Massaker und Gräueltaten an der griechischen Zivilbevölkerung. Insgesamt starben durch die Besatzung mehr als 80 000 Griechinnen und Griechen.

Wäre es vor diesem Hintergrund nicht angemessen, dass sich die deutsche Regierung mit Ratschlägen an die griechische Bevölkerung zurückhält? Wäre es nicht angemessen, auf Drohungen, auf ökonomische Diktate und Erpressungen zu verzichten? Wäre es nicht mehr als recht und billig, wenn die Regierung, dazu gehört übrigens auch Herr Gabriel, dem griechischen Volk überlässt, welcher Partei es bei den anstehenden Wahlen die meisten Stimmen gibt? Auch das wäre eine Lehre aus der Geschichte.

Die von der Troika unter maßgeblichem Einfluss der Merkel-Regierungen verordnete Kürzungs- und Verarmungspolitik hat bei der griechischen Bevölkerung massenhaft Leid und Elend verursacht. Da ist dem griechischen Volk nur zu wünschen, dass es diese Politik am 25. Januar 2015 abwählt.



Die Troika und Merkel werden alles tun, um zu verhindern, dass eine linksgerichtete Regierung den verordneten Austeritätskurs verlässt. Das könnte ja ansteckend wirken. Dabei ist die Politik der Troika jämmerlich gescheitert. Griechenland hat heute mehr Schulden als je zuvor, 30 Prozent weniger Wirtschaftsleistung als vor sechs Jahren und eine Armutsquote von 35,8 Prozent. 60 Prozent der Bevölkerung sind armutsgefährdet. Schäuble und Merkel sagen, Griechenland sei doch auf dem richtigen Weg. Damit können sie höchstens die griechischen Millionäre meinen. Die 2 000 reichsten Familien in Griechenland konnten den Anteil ihres Vermögens von 75 auf 80 Prozent des Gesamtvermögens ihres Landes steigern.

Auf diese Art von Erfolgen kann die griechische Bevölkerung gerne verzichten. Ja, ganz Europa kann darauf verzichten. Die Europäische Linke hat die Aufgabe, gegen diese Politik mit aller Kraft zu mobilisieren.

SYRIZA und Alexis Tsipras brauchen dringend unsere Solidarität. Der Spielraum für eine andere Politik in Griechenland und für ein anderes Europa hängt davon ab, dass SYRIZA nicht alleine steht. Es muss Schluss sein mit den Kürzungs- und Verarmungsprogrammen. Eine wirkliche Europapolitik muss die Erwerbslosigkeit bekämpfen, der Jugend eine Zukunft geben und in den Ländern eine eigenständige wirtschaftliche Entwicklung ermöglichen.

Wir unterstützen die Pläne von SYRIZA, die Reichen stärker für die Kosten der Krise heranzuziehen. Wir wollen in ganz Europa eine Vermögensabgabe für Millionäre und Milliardäre.

Den Freihandelsabkommen Ceta und TTIP, dem Dienstleistungsabkommen TISA, die nur den Konzernen noch mehr Macht übertragen, Beschäftigten-, Gewerkschafts- und Verbraucherrechte abbauen, stellen wir uns entgegen. Jedes ist ein Anschlag auf die Demokratie, und es ist eine Schande, dass Gabriel von den Wahlversprechen der SPD abweicht. Wieder einmal.

Liebe Genossinnen und Genossen! Es ist auch unsere Hoffnung, dass die Entwicklung in Griechenland ansteckend ist. Europa braucht dringend einen anderen Entwicklungspfad. Für die Veränderung von Europa ist entscheidend, ob es uns hier in Deutschland, im wirtschaftlich stärksten und inzwischen politisch einflussreichsten Land, gelingt, die Kräfteverhältnisse nach links zu verschieben.

Das ist nicht dasselbe wie ein Regierungswechsel, auch wenn es gut ist, bei veränderten Kräfteverhältnissen die Regierung zu wechseln. Wir dürfen das nicht vergessen. Regierungen, vor allem wenn sie Reformen für mehr soziale Gerechtigkeit vorhaben, brauchen Rückhalt in sozialen Bewegungen und Gewerkschaften, in Sozialverbänden, von aktiven Menschen aller Art. Sie müssen dem Gefühl, dass sich ja doch nichts ändern wird, die Macht nehmen.

Der Erfolg von SYRIZA in Griechenland, von Podemos in Spanien hat auch damit zu tun, dass sie deutlich gemacht haben, dass es bessere Alternativen gibt, dass die Bedürfnisse der Menschen und ihre sozialen Interessen nicht den Sachzwängen der Troika, der Bankenrettung und Merkels Austeritätspolitik untergeordnet werden dürfen. Viele sozialdemokratische Parteien dagegen haben verloren, weil sie die herrschenden Sachzwänge der Krisenpolitik mitgetragen haben. Das kann uns eine Lehre sein.

Viele sagen jetzt: Aber bei uns gibt es diese Bewegungen nicht. Entweder schafft es die deutsche Regierung, den Leu-

ten zu erzählen, sie seien gut durch die Krise gekommen. Oder die AfD und Pegida schaffen es, ihnen zu erzählen, es seien vor allem die Flüchtlinge, der Islam und sexuelle Befreiung an ihrem Unglück schuld.

Aber das ist ja nicht das ganze Bild. Viele Menschen merken jeden Tag, dass sie nicht gut durch die Krise gekommen sind, schon weil das Geld nicht bis zum Monatsende reicht.

25 Prozent der Beschäftigten sind in prekäre, also in jeder Hinsicht unsichere Arbeitsverhältnisse abgedrängt, und fast ein Drittel der Bevölkerung lebt in prekären Verhältnissen. DIE LINKE kann sich niemals damit abfinden, dass fast ein Drittel der Bevölkerung von der gleichberechtigten sozialen, kulturellen und inzwischen auch politischen Teilhabe ausgeschlossen wird.

Und die Betroffenen finden sich ja auch nicht einfach ab. In den letzten Jahren haben die Streiks in diesen Bereichen zugenommen. Viele Grüße an dieser Stelle an die Streikenden von Amazon!

Oft fehlt es an Gelegenheiten für Protest und um sich für Alternativen einzusetzen. Deshalb starten wir zum 1. Mai, am Internationalen Tag der Arbeiterbewegung, eine Kampagne gegen prekäre Arbeit und prekäre Lebensverhältnisse unter dem Motto: Das muss drin sein.

5 Forderungen bilden das Gerüst der Kampagne:

- Befristungen und Leiharbeit stoppen – das muss drin sein!
- Mindestsicherung ohne Sanktionen statt Hartz IV – das muss drin sein!
- Arbeit umverteilen statt Dauerstress und Minijobs – das muss drin sein!
- Wohnen und Energieversorgung für alle bezahlbar machen – das muss drin sein!
- Mehr Personal für Pflege, Bildung und Gesundheit – das muss drin sein!

Wir wollen eine gesellschaftliche Bewegung für diese Forderungen auf die Beine stellen. Die Neoliberalen haben den Arbeitsmarkt nachhaltig dereguliert und bisher geltende Normalitäten zerschlagen. Es muss aber wieder selbstverständlich werden, dass wir von unserer Arbeit leben und unsere Zukunft planen können.

DIE LINKE wird das Jahr 2015 nutzen, um deutlich zu machen, dass es Alternativen zur vorherrschenden Politik der Systemparteien gibt, für die es zu kämpfen lohnt:

- Für die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten statt Reallohnverlust und Niedriglöhne. Wir haben den Mut, den Reichen in den Geldbeutel zu greifen.
- Für den Ausbau des Öffentlichen und der sozialen Sicherungssysteme statt Privatisierung oder öffentlich-privater Partnerschaften. Wir finden uns nicht mit dem Prinzip des finanzgetriebenen Kapitalismus ab: Anhäufung von privatem Reichtum in wenige Hände bei gleichzeitiger öffentlicher Armut.
- Für die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit durch ein Zukunftsinvestitionsprogramm und Arbeitszeitverkürzung. Der Lohnausgleich ist längst bezahlt.
- Für mehr Demokratie in Wirtschaft und Gesellschaft, statt Unterordnung unter Konzern- und Bankeninteressen und Einschränkung des Streikrechts. Für das Recht auf politischen Streik.
- Für den sozialökologischen Umbau der Wirtschaft statt weiteren ökologischen und sozialen Verwüstungen. Wer



das will, muss sich mit mächtigen Interessengruppen anlegen und nicht vom grünen Kapitalismus oder der Versöhnung von Wirtschaft und Ökologie träumen. Und das Wichtigste: der Kampf für Frieden, gegen Aufrüstung, Waffenexporte und Auslandseinsätze. Die letzten Monate haben gezeigt, wie wichtig es ist, dass wir im Bundestag eine Partei haben, die sich ohne Wenn und Aber gegen Kriegseinsätze und Waffenlieferungen positioniert. Auch 2015 werden wir jedem Versuch einer Militarisierung der deutschen Außenpolitik entgegenzutreten, im Parlament und auf der Straße.

Ich danke für Eure Aufmerksamkeit und wünsche uns allen ein kämpferisches, erfolgreiches Jahr.

## Die absolute Mehrheit anstreben, um das Regime zu stürzen

*Tor der Emanzipation weit aufgeschlagen: Zur eigenwilligen Strategie der spanischen Bürgerbewegung Podemos*

*Von Raul Zelik, Schriftsteller und Professor für Politik an der Nationaluniversität Kolumbien; aus: <http://www.raulzelik.net> 8. Dezember 2014*

Schon die erste flüchtige Begegnung vermittelt, was das Besondere am Phänomen Podemos ausmacht. Luis Alegre, Enddreißiger und Hochschullehrer für Philosophie, ist Mitbegründer von Podemos, jener neuen Bewegung, die sich nicht weniger als den Sturz der „casta“, der politischen Klasse Spaniens, auf die Fahnen geschrieben hat. Alegres Wohnung liegt in einem Arbeiterviertel in der Innenstadt Madrids und sieht wie das Klischee einer Studentenwohnung aus: Durch die kleinen Fenster fällt kaum Licht, Fahrräder und leere Flaschen versperren den Weg, der Aschenbecher quillt über, in der winzigen Kochnische stapelt sich Geschirr. Außerdem: unzählige Bücher – alle Wände sind vollgestellt mit Regalen. Alegre, der an der Universidad Complutense de Madrid Ästhetik und Erkenntnistheorie unterrichtet, hat keine Zeit – wie immer in diesen Monaten. Er macht einen erschöpften, aber auch energiegeladenen Eindruck. Die erst im Januar gegründete Podemos ist bei den Europawahlen zwar auf 8 Prozent gekommen und könnte nach neuesten Umfragen mit 28 Prozent im Moment sogar stärkste Partei werden, doch besitzt sie bislang weder ein Programm noch eine klare Struktur.

### Jung, links, akademisch

Der Erfolg der Linkspartei Podemos ist auch deshalb so erstaunlich, als die fünf prominentesten Gesichter der Partei aus der akademischen Linken kommen. Pablo Iglesias, gerade zum Generalsekretär der neuen Partei gewählt, war ursprünglich Universitätsdozent, wurde der spanischen Öffentlichkeit aber vor allem durch Talkshow-Auftritte in Fernsehen und Radio bekannt. Juan Carlos Monedero, der als rechte Hand von Iglesias gilt und 1989 bis 1992 in Heidelberg studierte, ist Professor für Politikwissenschaften an der Universidad Complutense de Madrid. Auch Carolina Bescansa, die bei Podemos die Gruppe „politische Analyse“ koordiniert, und Íñigo Errejón, der Leiter des Europawahlkampfes, unter-

richten an der politikwissenschaftlichen Fakultät. Gemeinsam ist den fünf Gründungsmitgliedern weiterhin, dass sie jahrelang in der politischen Linken aktiv waren. Iglesias war in der Kommunistischen Jugend, Monedero hat als Assistent der Izquierda-Unida-Führung gearbeitet, Alegre war in der trotzkistisch dominierten „Antikapitalistischen Linken“. Und kennzeichnend für Podemos ist schließlich auch, dass sowohl die Initiativgruppe als auch die Aktivist/-innen eher jung sind. Pablo Iglesias ist 36, auf den Treffen von Basisgruppen liegt das Durchschnittsalter in der Regel noch deutlich darunter.

An diesem Nachmittag ist Alegre damit beschäftigt, Vorschläge für die Organisationsstatuten zusammenzutragen. 900 Podemos-Zirkel gibt es im Land, 200 000 eingetragene Sympathisant/-innen, und über die Internetplattform haben sich Tausende an der konstituierenden Debatte der Partei beteiligt. Es gilt, die Vorschläge so zu synthetisieren, dass über sie abgestimmt werden kann. Die Zeit drängt: Bis zum Jahresende muss Podemos Statuten und einen inhaltlichen Konsens definiert haben, denn dann beginnt das für die politische Bürgerbewegung entscheidende Jahr: Im Mai 2015 wird in fast allen Gemeinden und Autonomieregionen des spanischen Staates gewählt, im Herbst finden landesweite Wahlen statt.

20 Minuten gesteht uns Alegre zu, das Nachrichten-App auf seinem Handy behält er im Blick. Die demokratische Revolution, die in Spanien heute möglich scheint, impliziert ein Leben im Ausnahmezustand: Alles ist in Bewegung, alles muss sofort entschieden werden. Und da Podemos eine soziale Bewegung ohne Apparat ist, muss alles nebenbei organisiert werden – neben Lohnarbeit, Kinderbetreuung oder Alltag.

Mit inhaltlichen Statements hält Alegre, der lange in der „Antikapitalistischen Linken“ aktiv war, sich sichtlich zurück: Man wolle „einer neuen gesellschaftlichen Mehrheit“ den Weg bereiten, bekräftigt er, erklärt aber nicht, welches ökonomische oder soziale Projekt die Grundlage hierfür sein könnte. Nein, Angst davor, die Geschichte anderer Parteigründungen zu wiederholen, habe man nicht. Die Situation in Spanien sei sehr spezifisch. „Podemos wäre undenkbar ohne die 15-M-Bewegung“ [Bewegung des 15. Mai], sagt er. Die Bewegung der Platzbesetzungen habe 2011 die gesellschaftliche Empörung zum Ausdruck gebracht, dabei aber auch „einen transversalen Konsens aufgezeigt: für eine Re-Demokratisierung der Gesellschaft, Partizipation und Transparenz in der Verwaltung, gegen die Korruption und die Zerstörung der Sozialsysteme.“ Auch der Einwand, ob man als Bewegung von den Institutionen nicht schnell absorbiert werden könne, ficht Alegre nicht an. „Das ist alles eine Frage der Regeln: der sozialen Kontrolle, der Widerrufbarkeit von Mandaten, der basisdemokratischen Aufstellung von Kandidatenlisten ...“

Tatsächlich ist das Projekt von Podemos so simpel, dass man sich fragt, warum niemand vorher auf eine ähnliche Idee gekommen ist: Die Podemos-Gründer/-innen gehen von der These aus, dass sich hinter der allgemeinen politischen und sozialen Unzufriedenheit ein antiinstitutioneller Konsens verbirgt. Sprich: Es gibt eine Mehrheit diesseits der politischen Apparate – der Parteien, bürgerlichen Medien und Verbände, aber eben auch der traditionellen Gewerkschaften. Auslöser für diese Repräsentationskrise war die Erfahrung, dass Wahlausgänge immer bedeutungsloser





werden, weil die Wirtschafts- und Sozialpolitik im Neoliberalismus sowieso immer dieselbe bleibt. Podemos zog daraus aber nicht den Schluss, dass das institutionelle Terrain bedeutungslos ist, sondern dass man es stürmen und die Regeln neu definieren muss. Anders ausgedrückt: Soziale Alternativen werden erst dann wieder möglich, wenn eine gesellschaftliche Bewegung die demokratische Neugründung der Politik gegen die bestehenden Institutionen erzwingt.

Bemerkenswerterweise ist zumindest der erste Teil dieser Strategie so glatt aufgegangen, wie es sich wohl kaum jemand hätte träumen lassen. Nach dem Abflauen des 15 M und anderer sozialer Protestbewegungen, ist mit Podemos jetzt eine neue, politische Bewegung entstanden, die realistische Chancen besitzt, das Parteiensystem Spaniens kollabieren zu lassen. Die Bewegung Podemos gewinnt in allen Regionen und in den unterschiedlichsten Milieus. Nicht nur Anhänger/-innen der Linkspartei Izquierda Unida, Nichtwähler/-innen oder enttäuschte Sozialdemokrat/-innen wenden sich der Bürger/-innen-Bewegung zu. Auch in die Wählerschaft der konservativen PP ist Podemos eingebrochen.

Dabei ist der politische Diskurs der Partei oft ambivalent, fast widersprüchlich. Der Kopf der Partei, der Journalist und Hochschullehrer Pablo Iglesias, bezeichnet sich selbst als Marxist, betont in derselben Talkshowrunde aber auch, dass Podemos „außerhalb des Links-Rechts-Spektrums“ steht. Die Partei tritt mit dem Anspruch auf, „die von unten“ (los de abajo) zu repräsentieren, bezieht sich aber auch positiv auf „die Mittelschichten“. Man verteidigt den spanischen Patriotismus gegen die Troika, aber gleichzeitig auch das Selbstbestimmungsrecht der katalanischen und baskischen Bevölkerung sowie eine antirassistische Integrationspolitik.

Die Mehrdeutigkeit der Botschaften scheint kein Problem darzustellen. Im Gegenteil: Sie erlaubt, dass Podemos in verschiedene Richtungen offen und damit seinem Anspruch treu bleiben kann. Denn wenn Podemos tatsächlich eine Plattform zur Re-Demokratisierung sein soll, können die Inhalte dieser Re-Demokratisierung nicht festgelegt sein, sondern müssen in einem gesellschaftlichen Prozess unter Beteiligung vieler entwickelt werden. Dass diese Offenheit aber nicht in Beliebigkeit umschlägt wie etwa bei der deutschen Piratenpartei, wo sich Liberale, netzlibertäre Nerds, Linke und Bürgerbewegte gegenseitig auf den Füßen standen, hat mit zwei Faktoren zu tun: Erstens hat die Gründungsgruppe von Podemos sehr klare Vorstellungen davon, wie sich ihr Projekt strategisch entwickeln soll, und konnte die Anhängerschaft bisher auch immer von ihren Ideen überzeugen. Zweitens – und das ist noch wichtiger – hat die 15M-Bewegung bereits klar vorgegeben, welche Veränderungen in Spanien anstehen: Re-Demokratisierung, eine radikale, basisorientierte Veränderung der Institutionen, verfassunggebender Prozess, Bruch mit der Austeritätspolitik und der Troika, Verteidigung der sozialen Grundversorgung und – ganz allgemein – gesellschaftliche Solidarität.

Die spanischen Medien, allen voran die rechtssozialdemokratische El País, kritisieren diese Politik als „populistisch“. Wahr an dem Einwand ist, dass sich die Strategie von Podemos an den Erfahrungen des lateinamerikanischen Linkspopulismus orientiert. Von den Podemos-Gründer/-innen hat eine ganze Reihe vorübergehend in Südamerika gearbeitet. Juan Carlos Monedero, der als möglicher Kandidat für die Bürgermeisterwahlen in Madrid gehandelt wird, hat

die chavistische Forschungseinrichtung Centro Internacional Miranda mit aufgebaut und im venezolanischen Planungsministerium gearbeitet. Luis Alegre war 2010 Preisträger des von der Regierung Chávez ausgelobten „Premio Libertador“ zur Förderung kritischer Theorie. Und Íñigo Errejón, der Leiter des Europawahlkampfes von Podemos, ist ein begeisterter Anhänger des bolivianischen Theoretikers und Vizepräsidenten Álvaro García Linera.

Das Interesse an Venezuela oder Bolivien hängt nicht zuletzt damit zusammen, dass in diesen Ländern neue Transformationsperspektiven jenseits von Reform und Revolution sichtbar geworden sind. Der Politikwechsel war dort nicht einfach das Ergebnis von linken Wahlsiegen, sondern resultierte aus der Verbindung von antineoliberalen Massenaufständen, dem kometenhaften Aufstieg neuer Wahlbewegungen und verfassunggebender Prozesse, die das Korsett der bestehenden Institutionen sprengten.

Auf diese Verknüpfung von gesellschaftlicher Revolte, Wahlbeteiligung und der Aushandlung eines neuen Gesellschaftsvertrags setzt heute auch Podemos. Die Herangehensweise der Politikwissenschaftler/-innen, die das Projekt initiiert haben, lässt sich dabei durchaus kritisieren: Die Partei wurde von einem kleinen Zirkel gegründet und wird nach wie vor von diesem bestimmt – nicht unbedingt ein Merkmal basisdemokratischer Politik. Die exponierte Rolle von Pablo Iglesias als Führungsfigur unterscheidet sich kaum vom Starkult, wie er in Massenmedien produziert und bedient wird. Iglesias mag eine integre, kritische Stimme sein – aber er ist doch auch eine Konstruktion des Fernsehens. Ohne seine wöchentlichen Talkshowauftritte gäbe es das Phänomen Podemos vermutlich gar nicht.

Podemos ist – genau wie sein Diskurs – ein ambivalentes, mehrdeutiges Projekt. Radikaldemokratisch und doch massenmedial entfremdet. Eine Initiative von Hunderttausenden, aber von einer kleinen Gruppe geprägt. Enorm repolitisiert und doch manchmal erstaunlich unpolitisch. Dass die Bewegung trotzdem alle Unterstützung und Sympathie verdient, liegt an der gesellschaftlichen Entwicklung, die sie in Gang gesetzt hat. Mit der ungeheuren Hoffnung, die Podemos geweckt hat, ist das Tor der Emanzipation weit aufgeschlagen. Alles bei Podemos ist auf den Sturz des neoliberalen politischen Systems und einen verfassunggebenden Prozess angelegt. Nicht weniger als die demokratische Revolution steht damit auf der Tagesordnung.

## Podemos lässt historische Chance liegen

*Interview mit Alberto Garzón, Parlamentsabgeordneter der Vereinten Linken (IU), über die europaweite Bedeutung von SYRIZA und das Wahljahr auf der Iberischen Halbinsel; aus: neues deutschland, 21. Januar 2015, Interviewer: Martin Ling*

● **In Spanien wird 2015 neu gewählt, aber davor stehen die vorgezogenen Wahlen in Griechenland an. Wie schätzen Sie die Situation dort ein und inwieweit kann ein gutes Ergebnis für das Linksbündnis SYRIZA die spanische Linke beflügeln, sei es die Izquierda Unida (IU), die neue Partei Podemos oder die lokalen Wahlallianzen?**

Es gibt definitiv eine klare Verbindung zwischen dem, was in Griechenland geschieht und dem, was in der Europäischen Union geschieht. Es ist für uns sehr wichtig, dass SYRIZA gewinnt, so wie es für SYRIZA wichtig ist, dass in anderen europäischen Ländern die Linke gewinnt. Wegen dieser Bedeutung hat die ökonomische Rechte, die europäische Oligarchie, eine Angstkampagne gegen die Möglichkeit gestartet, dass die Linke Regierungen bildet und Positionen gegen ihre Interessen ergreift. In dieser Hinsicht ist es sehr wichtig, die Einheit der Bevölkerung und der Linken gegen die Oligarchie zu organisieren. Dabei können wir von SYRIZA lernen, das bekanntlich eine Koalition aus unterschiedlichen linken Parteien ist. Das scheint mir die adäquate Formel, um die Transformation der Gesellschaft anzugehen. Das wird so in Griechenland diskutiert und das diskutieren wir so auch in Spanien, wo im Mai Regional- und Kommunalwahlen und dann im November die landesweiten Parlamentswahlen anstehen.

● **Die Wahlen in Spanien sind wegweisend: Im Mai treten bei den Kommunalwahlen in mehr als 100 Städten, darunter Barcelona, Valencia, Madrid, zivile Bündnisse von unten an. Ganemos (Wir gewinnen) Madrid, Guanyem Barcelona (Gewinnen wir Barcelona zurück) wollen nicht weniger als die Rathäuser übernehmen, statt ein paar Sitze in der Opposition zu ergattern. Wie sehen sie diese Allianzen? Schließt sich die IU ihnen auf lokaler Ebene an oder nicht?**

Ja, wir haben vorgeschlagen, an diesen Volksallianzen teilzunehmen, sei es Ganemos Madrid, Guanyem Barcelona oder andere. Einfach weil es darum geht, die Städte zu gewinnen. Das erscheint uns fundamental, über die lokale Ebene damit zu beginnen, die Gesellschaft zu transformieren. Dessen ungeachtet ist es sicher, dass ein relevanter Akteur dabei nicht mitmacht: Podemos (deutsch: „Wir können“), die neue Partei aus dem Umfeld der Empörten-Bewegung 15M. Sie haben ausdrücklich erklärt, sich an keinem breiten Volksbündnis beteiligen zu wollen.

● **Sie nehmen mangels Personalstärke nicht an den lokalen Wahlen teil, war das Argument von Podemos, oder?**

Wie auch immer. Fakt ist, sie stellen auch ihre Marke Podemos nicht auf lokaler Ebene zur Verfügung, machen ihr eigenes Ding und verweigern sich einer Volksallianz. Podemos will kein Volksbündnis. Dass ein solches damit erschwert, wenn nicht gar verhindert wird, ist ihre Verantwortung. Podemos muss den Menschen erklären, warum sie diese historische Gelegenheit nicht nutzen.

● **Wechseln wir zur nationalen Ebene. Pedro Sánchez, der neue Chef der sozialdemokratischen PSOE, hat mehrfach kategorisch ausgeschlossen, nach den allgemeinen Wahlen im November mit der regierenden rechtskonservativen Volkspartei (PP) eine große Koalition einzugehen. Spekuliert er auf eine Mitte-links-Regierung unter PSOE-Führung mit Podemos oder gar der IU? Sind seine Aussagen glaubwürdig?**

Sánchez hat keine Glaubwürdigkeit, überhaupt keine. Es ist vollkommen klar, dass er jetzt nicht von der Option einer großen Koalition spricht. Damit würde er definitiv Stimmen für die PSOE verlieren. Aber man muss sich doch nur anhören, was die intellektuellen Köpfe der PSOE verlauten lassen, sei es Ex-Ministerpräsident Felipe González (1982 – 1996) oder José Luis Rodríguez Zapatero (2004 – 2011), die reden schon jetzt von einer großen Koalition. Und sie machen auch klar, dass die PSOE nicht mit Podemos oder der IU zusammenarbeiten kann. Nach dem jetzigen Stand ist es sehr wahrscheinlich, dass es in Spanien erstmals auf eine große Koalition zwischen PSOE und PP hinausläuft. Wir werden zwar alles dafür tun, das zu verhindern und eine linke Regierung zu erreichen, aber danach sieht es im Moment nicht aus.

Die PSOE ist derzeit im Status der Wahlpropaganda und des Marketings, die linke Rhetorik darf man nicht für bare Münze nehmen. Die Praxis ist dagegen wie immer, die Politik der ökonomischen Rechten mitzutragen und zu stützen. Ich glaube der PSOE nicht, ich denke, dass auch ein Großteil der Bevölkerung der PSOE nicht glaubt, so wenig wie Pedro Sánchez, der 2011 eine Verfassungsänderung mit unterzeichnet hat, die die Vorfahrt der Märkte festschreibt. Das war nur durch die Stimmen der PSOE und von Sánchez möglich. (Mit der Veränderung des Verfassungsartikels 135 durch PP und PSOE im Schnellverfahren unter Ausschluss der anderen Parteien wurde die Priorität der Schuldenrückzahlung festgeschrieben, was Kürzungen im sozialen Sektor forciert, d. Red.)

● **Schaut man sich die Programme von Podemos und der IU an, gibt es eine große Übereinstimmung. In den Umfragen hat die „neue“ Partei Podemos die alte IU inzwischen weit hinter sich gelassen, liegt gar vor PSOE und PP. Sind Sie neidisch?**

Fakt ist, dass die Programme sich sehr ähnlich sind. Wir verteidigen diese Inhalte schon sehr lange, während Podemos nun mit ähnlichen Inhalten in den Wahlkampf zieht. Podemos schafft es, die Stimmen der mit dem System unzufriedenen Bürger zu kanalisieren. Podemos ist der Ausdruck der Probleme der Gesellschaft, ein Ausdruck der ökonomischen Probleme, ein Ausdruck der hohen Arbeitslosigkeit. Aber die Antwort auf diese Probleme ist links. Podemos ist das Symptom der Krise, die Linke ist die Lösung. Kurzum: Ich habe keinen Neid auf Podemos, Podemos kümmert mich nicht. Was mir Sorgen macht, ist die Situation in Spanien, die Situation der Menschen. Ich denke, dass die Linke die besseren Lösungsansätze für sie hat. Und ich mache mir Sorgen, dass die Linke nicht so stark zulegt, wie es nötig wäre. Podemos ist ein Konkurrent, aber eines ist klar: Die Hauptfeinde sind PSOE und PP, die für die neoliberale Ausrichtung des Staates stehen. In diesem Sinn ist das Ziel sehr klar: die Bürger davon zu überzeugen, dass die Linke die besten Lösungen für das Land hat. Podemos siedelt sich weder links noch rechts an, hat eine kalkuliert ambivalente



Ausrichtung, um möglichst viele unzufriedene Bürger anzuziehen, auch solche aus dem rechten Spektrum.

● **Wie steht es um den Konvergenzprozess zwischen IU und Podemos? Es gab doch Gespräche über eine Zusammenarbeit.**

Bei der IU wurde eine Konvergenz mit Podemos wohlwollend betrachtet. Podemos, die im Kern eine ziemlich hierarchische Struktur um ihre Galionsfigur Pablo Iglesias besitzt, hat entschieden, kein Volksbündnis zu wollen und in diesem Kontext dann alle Gespräche mit der IU und darüber hinaus abgebrochen. Das gilt mit Ausnahme von Guanyem Barcelona, wo noch Gespräche laufen. Und das hat damit zu tun, dass Guanyem Barcelona mit Ada Colau eine Symbolfigur an ihrer Spitze hat, der sich Podemos schlecht verweigern kann, ohne Stimmen einzubüßen. Abgesehen von Barcelona hat Podemos entschieden, sich nicht den breiten Bündnissen anzuschließen. Das ist zumindest der Stand jetzt. Wir halten das für einen historischen Fehler. Es ist jetzt eine historische Gelegenheit, sich breit aufzustellen, sicher nicht die letzte, aber doch eine wichtige Gelegenheit, die nun von Podemos nicht wahrgenommen wird. Wir glauben aus Prinzip an die Idee der Konvergenz einer Volksallianz, nicht aus wahltaktischen Gründen.

● **Das bedeutet, dass Podemos und die IU bei den Wahlen im November als Gegner antreten?**

Ja, es wird eine Konkurrenz um das Wählerpotenzial geben. Das ist besonders bedauerlich, weil das spanische Wahlrecht zulasten kleiner Parteien geht. Deswegen wäre ein konvergentes Wahlbündnis so wichtig gewesen. Sicher gibt es Differenzen zwischen Podemos und IU, aber in den zentralen Punkten gibt es Übereinstimmung, die es zu nutzen gegolten hätte. Aber wir müssen feststellen: Podemos hat eine andere Strategie, sie wollen allein antreten.

● **Wie sehen Sie den Prozess einer Verfassungsgebenden Versammlung, den Podemos anstoßen will – gewissermaßen eine zweite transición (Übergangsperiode) nach dem Ende der Franco-Diktatur 1975?**

Die IU sieht ebenso die Verfassung von 1978 als gescheitert an. Weder das Recht auf Arbeit noch das Recht auf Wohnung wird darin respektiert, wie wir in der Krise schmerzlich feststellen müssen. Wir brauchen neue politische Institutionen, die viel partizipativer angelegt sind, also viel mehr die normalen Bürger einbeziehen, statt dass sie nur alle paar Jahre ihre Stimmen abgeben dürfen. Zum Beispiel muss es mehr Referenden und andere Möglichkeiten für Bürgerinitiativen geben. Mit der alten Verfassung ist das nicht machbar, eine Reform reicht nicht, also brauchen wir eine neue. Diese sollte implizieren, dass die Menschen sich politisieren, weil ihnen Raum dafür gegeben wird, sich einzubringen. Das Problem: Es ist bereits ein Prozess zur Veränderung der Verfassung im Gange: einer von rechts, der Standards senkt, neoliberale Politik festschreibt, wie mit dem Artikel 135 geschehen. Auch der Abbau von Arbeiterrechten passt in diesen Kontext. Ein Prozess von oben gegen die Menschen von unten.

● **Podemos ist für das Recht auf Selbstbestimmung Autonomen Gemeinschaften wie das Baskenland oder Katalonien. Wie steht die IU dazu?**

Die IU sieht das auch so. Alle sollten das Recht haben zu entscheiden – auch über Unabhängigkeit. Aber unsere Haltung ist klar: Wir sind gegen die Abspaltung von Territorien von Spanien. Wir sind für einen föderalen Staat mit weitge-

henden Rechten für die Autonomen Gemeinschaften inklusive des Rechts auf Selbstbestimmung. Die IU legt den Fokus auf die Klasse, nicht auf die Nation. Das sind zwar sich ergänzende Faktoren, aber wir ziehen es vor, für die Armen in Andalusien, für die Armen in Katalonien zu kämpfen statt für die Unabhängigkeit von Regionen.

● **Könnte eine neue, föderale Verfassung dem Separatismus den Wind aus den Segeln nehmen?**

Wir denken in der Tat, dass eine wirklich föderale Republik die optimale Lösung wäre. Sie würde uns erlauben, die nationalen Identitäten zu respektieren und die soziale Frage anzugehen. In einer solidarischen, föderalen Republik sehen wir den Ansatz, den Zentralismus auf der einen und den Separatismus auf der anderen Seite zu überwinden, die derzeit Spanien prägen.

## **Athen ist nur schwer zu exportieren. Die portugiesische Linke nach dem Wahlerfolg von SYRIZA**

*Von Dominic Heilig, Journalist und Autor, aus: <http://dominic.linkeblogs.de>*

Kurz vor dem Wahlkrimi von Athen zeigte sich Joana Amaral Dias gegenüber der „Deutschen Presse-Agentur“ noch begeistert: „Ein Sieg von SYRIZA würde unserer Bewegung viele Impulse geben.“ Und doch sieht es derzeit nicht so aus, als könne Portugals Linke vom SYRIZA-Sieg profitieren. „Juntos Podemos“ („Gemeinsam können wir“) nennt sich besagte Bewegung, und die 40-jährige Psychologin gehört zu ihren Gründern. Der Name lehnt sich bewusst an den des Nachbarn Podemos in Spanien an. Nur wenige aber erinnern sich, dass es die portugiesische „Empörten-Bewegung“ war, die im März 2011, zwei Monate vor dem ersten großen Auftritt der spanischen „15M“-Bewegung, 300 000 Portugiesen gegen Sozialabbau auf die Straße brachte.

Amaral Dias, Ex-Abgeordnete des Bloco de Esquerda (Linksblock) und landesweit bekannt durch Zeitungskolumnen, ist bereits einen Tag nach dem SYRIZA-Erfolg nicht mehr „das Gesicht ihrer Bewegung“. Am 24. Januar entschied sich die Mehrheit von „Juntos Podemos“, zukünftig eine Partei sein zu wollen, um zur Parlamentswahl im Herbst anzutreten. Amaral Dias sah dies anders. Nun sammeln die Aktivisten Unterschriften für ihre Zulassung als Partei, laut Verfassung werden 7 500 benötigt. „1 200 Unterschriften haben wir in eineinhalb Wochen zusammenbekommen“, erklärt die neue Sprecherin Manuela Magno stolz. Auch sie war einst wie Amaral Dias Mitglied des „Bloco“, glaubt nun aber an den Erfolg der neuen Partei. Der noch im Parlament vertretene Linksblock wird seit Monaten von innerparteilichen Kontroversen erschüttert. Im Kern geht es um die Frage, ob die Linke nach den Wahlen mit der heute oppositionellen Sozialistischen Partei (PS) kooperieren sollte, um eine große Koalition mit den regierenden Konservativen (PSD) zu verhindern.

Die Bloco-Führung schließt eine Kooperation mit der PS aber aus. Deshalb hatte im Sommer auch die Abgeordnete



Ana Drago der Partei den Rücken gekehrt. Sie baut nun an einem alternativen linken Wahlbündnis. Vertreter mehrerer Parteien und Organisationen trafen sich am Samstag in Lissabon mit der Partei „Livre“ („Frei“) des ehemaligen Europa-Abgeordneten Rui Tavares, um über eine gemeinsame Kandidatur zu sprechen. Tavares war 2009 über die Liste des Linksblocks ins Parlament eingezogen, gründete 2013 jedoch seine eigene linksliberal-ökologische Partei. Er und Drago wollen verhindern, dass die in Wahlkämpfen traditionell links blinkenden Sozialisten danach den Rechtsschwenk vollziehen. Stattdessen wollen sie sie in eine Mitte-Links-Koalition drängen. Voraussichtlich werden die Portugiesen im September genau darüber entscheiden. An einen Sieg wie in Griechenland glaubt in Portugal aber ob der Spaltungen der Linken aktuell niemand.

## Linksblock droht zu versinken

*Auf einem Parteitag in Lissabon findet der „Bloco de Esquerda“ keinen Weg aus seiner Krise.*

*Von Dominic Heilig, Lissabon, 24. November 2014, aus: <http://dominic.linkeblogs.de>*

Dass die portugiesische Linkspartei, die Mitglied der Partei der Europäischen Linken (EL) ist, seit Jahren in der Krise steckt, daran scheinen sich die Mitglieder gewöhnt zu haben, wie auch der Parteitag am vergangenen Wochenende zeigte.

Neben den anhaltenden tiefen sozialen Verwerfungen im Zuge der europäischen Finanzkrise und der Austeritätspolitik der Troika in Portugal bieten gerade die aktuellen Skandale ausreichend Reibungsfläche und Themen für die politische Linke im Lande. Gerade wurde der noch bis 2011 amtierende Ministerpräsident José Socrates (PS) wegen Korruptionsverdachts festgenommen. Vor einer Woche bereits hatten andere Korruptionsvorwürfe zum Rücktritt von Innenminister Miguel Macedo geführt. Dennoch erging sich der „Bloco de Esquerda“ auf seinem Parteitag am Wochenende in fataler Selbstbeschäftigung, statt die etablierten Parteien politisch anzugreifen.

Der Linksblock taumelt seit einigen Jahren orientierungs- und strategielos hin und her. Ausgerechnet mit den vorgezogenen Neuwahlen 2011, die aufgrund der Kürzungspolitik der Sozialistischen Partei unter Socrates notwendig wurden, begann sein Abstieg. Gerade einmal fünf Prozent der Stimmen konnte der Block bei diesen „Austeritätswahlen“ erringen. Besser wurde es auch bei den Europawahlen 2014 nicht. Magere viereinhalb Prozent sind ein Minus von über sechs Prozent gegenüber 2009.

Seitdem wird die Partei, die 1999 als plurale linke Sammlungsbewegung gegründet wurde und sich als moderne linke Alternative zwischen sozialdemokratischer PS und dogmatischer Kommunistischer Partei (PCP) positionierte, zusätzlich durch namhafte Austritte erschüttert. Noch in der letzten Wahlperiode verließ der parteilose, aber für den „Bloco“ im Europaparlament sitzende Rui Tavares die Fraktion und formte das links-grüne „Livre“-Parteiprojekt. Im Juli folgte ihm die prominente „Bloco“-Parlamentarierin Ana Drago.

Den beiden Vorsitzenden Catarina Martins und João

Semedo gelang es seit ihrem Amtsantritt 2012 nicht, die Lücke, die ihr populärer Vorgänger Francisco Louça, durch seinem Amtsverzicht hinterlassen hatte, mit neuen Inhalten und einer erfolgreichen strategischen Ausrichtung zu füllen. Viele Beobachter machen die Versuche, mit Teilen der sozialdemokratischen PS an einem neuen Mitte-Links-Projekt zu arbeiten, für die anhaltende Krise des „Bloco“ verantwortlich. Denn die „Sozialisten“ gefallen sich seit Jahren eher darin, die Austeritätspolitik der konservativen Regierung zu stützen, statt für deren Ende zu kämpfen. Nun mussten Martins und Semedo auch noch zur Kenntnis nehmen, dass sich langjährige innerparteiliche Mitstreiter von ihnen distanzieren und mit dem „Bloco“-Fraktionsvorsitzenden Pedro Filipe Soares einen eigenen Kandidaten für den Parteivorsitz präsentierten. Wichtige Statutenänderungen, unter anderem zur Zusammensetzung des Vorstandes, konnten die „Herausforderer“ für sich entscheiden.

Doch weder Pedro Filipe Soares noch der Doppelspitze Martins/Semedo gelang es auf dem Parteitag, einen Aufbruch zu signalisieren und mit linken Inhalten sowie einer neuen Strategie die Zukunft für ihre Partei zu sichern. Mit ihren Reden gelang es ihnen lediglich, die jeweiligen Anhänger unter den 600 Delegierten zu mobilisieren. So ist es schwer vorstellbar, dass beide Seiten im nächsten Jahr gemeinsam die anstehenden Parlamentswahlen meistern können. Vielmehr machten die Worte „Spaltung“ und „weitere Austritte“ hinter den Kulissen die Runde. Am Ende setzten sich in einer knappen Abstimmung Catarina Martins und João Semedo mit gerade einmal acht Stimmen Vorsprung gegen den Fraktionsvorsitzenden Pedro Filipe Soares durch. Die Partei bleibt tief gespalten.

## Italien – das Land der Wunder

*Von Paola Giaculli, Referentin für Europakoordination der Fraktion DIE LINKE im Bundestag*

„Das Land der Wunder“ heißt eine satirische Sendung des italienischen Privatsenders LA7. Wenn man trotz der katastrophalen Zustände im Land noch etwas für Humor übrig hat, kann man die amüsanten Parodien des populären Satirikers Maurizio Crozza genießen. Der Komiker ist übrigens einer der wenigen, der in Italien mit seiner Kunst noch linke Politik macht, wenn man von Papst Franziskus und von einigen engagierten Gewerkschaftern wie Maurizio Landini, dem Chef der Metallarbeitergewerkschaft FIOM-CGIL, die zu seinen Lieblingsfiguren gehören, einmal absieht. Crozzas Gestalten sehen so echt aus, dass man sie glatt mit dem Original verwechseln könnte. Und obwohl sie – oder vielleicht gerade weil sie – so echt wirken, liefern sie eine surrealistische Darstellung Italiens, des Landes der Wunder, eines Landes, wo etwa 184 Abgeordnete Wendehälse sind und ein Gericht das Wahlrecht für verfassungswidrig erklärte. Lachen ist wahrscheinlich eine der effektivsten Waffen gegen die Gleichgültigkeit, aber leider ist Crozza nur ein Komiker, und seine Satiren scheinen nicht einmal die realen Vorbilder seiner kabarettistischen Eskapaden richtig zu ärgern.

Ministerpräsident Renzi, eine seiner beliebtesten Zielscheiben, lässt sich von niemandem einschüchtern. Er rollt wie ein Panzer auf dem Weg der so genannten Reformen



weiter, peitscht diese im Parlament durch, verwandelt Verfassung und Demokratie in verbrannte Erde.

Von einem veritablen Widerstand dagegen kann man nicht sprechen, und wie schon Berlusconi verfügt auch dieser Premier in seiner Partei PD über zahllose treue Kampfgefährten, die die Privilegien seines Schutzes nicht verlieren wollen und alle seine Mantras nachplappern. Dieser Hof der Wunder, dessen Mitglieder im eintönigen Lobgesang des Wundermenschen vereint sind, lässt sich von der bedeutungslosen innerparteilichen „Opposition“ keinen Zentimeter verrücken und redet von einer Realität, die nicht existiert.

So brüstet man sich damit, die prekäre Beschäftigung abgeschafft zu haben, denn dank der Arbeitsmarktreform „Jobs Act“ soll der unbefristete Arbeitsvertrag wieder die Regel sein. Aber nach der neuen Regelung ist die Probezeit von sechs Monaten auf drei Jahre verlängert worden, danach darf der Arbeitgeber die Arbeitnehmer/-innen unverändert nach Lust und Laune entlassen: Wenn die ihn verklagen, haben sie kein Recht mehr, wieder eingestellt zu werden. Je nachdem, wie lange sie im Betrieb beschäftigt waren, können sie eine Abfindung erhalten. Diese fällt geringer aus als die Förderung (8 000 Euro/Jahr), die der Arbeitgeber in den ersten drei Jahren nach der Einstellung einer/s Beschäftigten vom Staat erhält, besagt eine neue Studie. Kündigungsschutz ade, überall prekäre Beschäftigung per Dekret. Demnächst werden die Arbeitgeber ihre Beschäftigten auch willkürlich herabstufen dürfen.

Das entwürdigt die Arbeit, die jetzt kein Recht mehr ist, wie es in der Verfassung steht. „Der neue Rechtsrahmen wirft uns ins 19. Jahrhundert zurück“, kritisiert die Chefin des traditionell linken Gewerkschaftsdachverbandes CGIL, Susanna Camusso. Nach den erfolgreichen Generalstreiks und einer Demonstration mit einer Million Menschen letzten Herbst, die aber Renzi nicht stoppen und seine Vorhaben nicht verhindern konnten, kündigt der Chef der Metallarbeitergewerkschaft FIOM, Maurizio Landini, weitere Aktionen an: eine Unterschriftensammlung für ein abrogatives Referendum gegen den „Jobs Act“ und eine Klage beim Europäischen Gerichtshof, denen der CGIL-Vorstand schon zugestimmt hat. Landini gilt als stärkster linker Gegner von Renzi, der ihn neulich mit seiner üblichen Arroganz und Verachtung (linker) Andersdenkender heftig attackierte. Landini habe in der Gewerkschaft verloren, sagte der Premier in Bezug auf einen erfolglosen FIOM-Streik beim ehemaligen FIAT-Konzern, so wolle er in die Politik umsteigen, aber er verlasse nicht die Gewerkschaft, sondern diese habe ihn verlassen.

Kurz zuvor hatte Landini in einem Interview von seinen Plänen gesprochen, zu einem breiten gesellschaftlichen Bündnis beitragen zu wollen. Die Gewerkschaft soll ein Teil dieses Bündnisses sein, um sich der aktuellen Politik entgegenzustellen und eine neue vorzuschlagen. Klar, das sei Politik, so wie sie die Gewerkschaften in Italien immer betrieben haben, denn sie hätten immer eine gesellschaftliche und politische Rolle gespielt, die Renzi ihnen mit seiner verfassungswidrigen Politik jetzt aberkennen wolle. Übrigens hat Landini aus diesen Überlegungen nie einen Hehl gemacht und oft von der Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Opposition gesprochen, gerade weil der Arbeitswelt eine politische bzw. parlamentarische Vertretung fehle.<sup>1</sup>

Häufig und auch diesmal wurde spekuliert, dass Landini eine politische Partei gründen möchte, was viele Linke und sogar Renzi begrüßen würden, Letzterer selbstverständlich

aus ganz anderen Gründen. Denn damit würden die Arbeitnehmer/-innen insgesamt mit Landini eine starke Säule in der Gewerkschaft verlieren. Was sich Landini unter einem solchen gesellschaftlichen Bündnis als politische Vertretung vorstellt, erinnert wohl mehr an die spanische Podemos als an die Partei SYRIZA in Griechenland. Denn in Italien ähnlich wie in Spanien haben nicht nur traditionelle politische Strukturen wie Parteien ihre ursprüngliche Bedeutung verloren, weil sie Wahlvereine und Ausdruck einer abgehobenen Kaste geworden sind. Auch solche Richtungsbegriffe wie „Links“ und „Rechts“ sind ausgehöhlt. Renzi, der sich selbst als Linker bezeichnet, setzt die neoliberalen Vorgaben der Troika durch, auf die sogar Berlusconi aufgrund der starken Opposition auf der Straße verzichten musste. Renzi hat mit Berlusconi einen Pakt zur „Reform“ der Verfassung geschlossen.

Laut Landini wird die Demokratie durch einen solchen Ministerpräsidenten gefährdet, der nicht einmal gewählt worden ist und bei einer Zustimmung von nur 25 Prozent für seine Partei über eine Mehrheit im Parlament verfügt. Er sei nie zu einer Parlamentswahl angetreten, seine Vorhaben seien der Wählerschaft nicht bekannt gewesen und werden von keiner Mehrheit getragen, kritisiert Landini. Renzis „Jobs Act“ sei eher die Umsetzung der Forderungen des Arbeitgeberverbandes und der Anweisungen der EZB, so wie sie in ihrem Brief vom 5. August 2011 an die italienische Regierung standen. Seinem neuen „Feind“, den Gewerkschaften, werfe er vor, Politik machen oder eine Partei gründen zu wollen, weil er ihr Mitspracherecht bestreite. Das ändert das Verhältnis von Kapital und Arbeit in Italien grundsätzlich: Die Gewerkschaften sollen nicht mehr die Arbeitnehmer/-innen gesellschaftlich vertreten, sondern als korporative Betriebsorganisationen außerhalb tarifvertraglicher Bestimmungen fungieren, wie es beim FCA-Konzern, dem früheren FIAT, jetzt schon der Fall ist. Hier verdienen die Beschäftigten durchschnittlich 700 Euro weniger im Monat als in der übrigen Metallbranche. Übrigens reduziere sich Politik nicht auf Parteien: Auch die Gewerkschaften hätten in Italien schon immer Politik gemacht. Wofür stünde sonst der Generalstreik?

Auf ihrer jüngsten nationalen Versammlung vom 27. – 28. Februar 2015 hat die FIOM ein Dokument verabschiedet, das sich wie ein oppositionelles Aktionsprogramm für die nächsten Monate liest. Man will sich für den Aufbau eines gesellschaftlichen Bündnisses der Arbeitnehmer/-innen, Student/-innen, prekär Beschäftigten, Arbeitslosen und Migrant/-innen einsetzen, um eine andere Wirtschafts- und Sozialpolitik zu erreichen. Konkrete Aktionen sind das Volksbegehren gegen den „Jobs Act“, eine Initiative gegen die Schuldenbremse und eine für ein neues Arbeitnehmerstatut. Dieses soll weiter gehen als das von 1970, das Renzi de facto ausgehöhlt hat. Es soll die neuen Arbeitsformen berücksichtigen und Rechte für alle sichern. Die FIOM will dadurch die Demokratie stärken. Außerdem sagt sie Korruption und Steuerhinterziehung den Kampf an – gemeinsam mit populären Verbänden, die gegen die Mafia kämpfen wie das von dem mutigen Priester Don Ciotti geführte Libera.

Das gesellschaftliche Bündnis soll die Arbeitswelt vereinen, sich für die Umsetzung der Verfassung und eine Transformation der Gesellschaft im Sinne der Überwindung der Ungleichheit einsetzen. Europa sei das Aktionsfeld, um die neoliberalen EU-Regelungen auf den Kopf zu stellen. „Ein



Frühling für neue Rechte“ wird mit einer Demonstration am 28. März gestartet.

Das angestrebte Bündnis gehört zur gesellschaftlichen und politischen Tradition Italiens und kann nicht auf eine reine Fusionierung existierender Linksparteien reduziert werden. Diese sind übrigens von der allgemeinen parteipolitischen Krise betroffen, die erst zum Erfolg von (anti)politischen Phänomenen wie Grillo oder Renzi geführt hat. Die Parteien haben durch den Verfall politischer Kategorien wie „Links“/„Rechts“ an Bedeutung eingebüßt. Formationen wie Rifondazione comunista oder Nichi Vendolas SEL (Linke, Ökologie und Freiheit) liegen insgesamt in den Umfragen bei höchstens 5 Prozent.

Ein Zusammenschluss der Parteien, die es im linken Lager bereits gibt, wäre weder repräsentativ noch auf der Höhe der aktuellen Herausforderungen, denn die alten Führungen und Organisationsformen gehören zu einer alten Vorstellung von Politik, die in den Augen der Öffentlichkeit völlig diskreditiert ist. Leider konnte sich auch das letztes Jahr zu den Europawahlen entstandene Bündnis „Das andere Europa für Tsipras“, das immerhin die Sperrklausel von 4 Prozent (über eine Million Stimmen) knapp überwand, nie als wirkliche Alternative etablieren – nicht zuletzt aufgrund der Streitigkeiten zwischen den Parteien, die es gebildet haben. Keine kann es über sich bringen, sich aufzulösen und etwas wirklich Neues zu gründen, wie es angebracht wäre.

Eine letzte Aktion war die Demonstration am 14. Februar zur Unterstützung der griechischen Regierung, die mit der Eurogruppe um eine faire Lösung der Krise ringt. Daran beteiligten sich immerhin zwanzig- bis dreißigtausend Menschen. Drei Wochen zuvor hatte die so genannte Kalimera-Brigade mit ca. zweihundert Teilnehmern die Parlamentswahlen in Griechenland vor Ort erleben und die Solidarität der italienischen Linken (oder was davon noch übrig ist) demonstrieren wollen. Inzwischen versuchen die italienischen Medien die Hoffnung zu zerstören, Tsipras könne eine Alternative zur EU-Kürzungspolitik einleiten. Sein Kompromiss mit der Eurogruppe wird als Versagen interpretiert, womit er sein Versprechen einer Wende gebrochen habe. Vor allem die regierungsfreundlichen Medien – allen voran La Repubblica – scheinen die Möglichkeit einer echten Alternative in Europa demontieren und die Öffentlichkeit überzeugen zu wollen, dass die Politik Renzis und damit die Politik der die EU beherrschenden Eliten, nicht herausgefordert werden darf.

Dass die Situation bei vielen paradoxen Aspekten dramatisch ist, zeigt auch die Leichtfertigkeit des italienischen Außenministers Gentiloni und der Verteidigungsministerin Pinotti, die angebliche Bedrohungen durch die IS aus Libyen abwenden wollen. Italien soll mehr Verantwortung und außerordentlichen Einsatz zeigen, heißt es. Mit Einsatz ist selbstverständlich ein militärisches Engagement gemeint. Italien soll eine UN-Mission führen, sagte Pinotti Mitte Februar. Die Flüchtlinge, die in Europa Hunger und Krieg entfliehen wollen und besonders seit dem Ende des Rettungsprogramms „Mare Nostrum“ wieder zahlreich im Mittelmeer ertrinken, werden immer mehr kriminalisiert und jetzt auch des Terrorismus verdächtigt. Am 28. Februar organisierte die rassistische Lega Nord, die leider in den Umfragen dank ihrem Chef Matteo Salvini, Renzis neuem Herausforderer von Rechts, wieder im Aufstieg begriffen ist, gemeinsam mit den Neofaschisten der CasaPound eine Demonstration in

Rom. Zum Glück beteiligten sich statt der erwarteten Hunderttausend nur dreizehntausend Menschen daran. Viel erfolgreicher waren ihre Gegner: Ungefähr 35 000 römische Linke und Mitglieder sozialer Bewegungen marschierten gegen die Lega Nord und die Neofaschisten.

#### Anmerkungen

- 1 Siehe Interview im Neuen Deutschland vom 3. Februar 2015, „Die EU braucht mehr als den Euro“.

## Wo ist der Staffelstab?

*Von einer, die auszog, Marktwirtschaft und Demokratie zu lernen.*

*Von Holger Politt, Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung, ehemaliger Leiter des Büros Warschau*

Diese Reserve wenigstens scheint aufgebraucht: Einst beneideten alle anderen die SLD (Demokratische Linksallianz), denn die hatte bei Wahlen immer den Vorteil, über genügend treue Stammwähler zur Verfügung. So hieß es jedenfalls lange Zeit, wenn überdurchschnittlich gute Wahlergebnisse in den Medien nach einfachen Erklärungen verlangten. Es waren die Zeiten, als Polens Linksdemokraten fast durchweg als „Postkommunisten“ etikettiert wurden.

Bevor die SLD 1999 als Partei gegründet wurde, war sie unter diesem Namen ein Bündnis aus mehreren Parteien und gesellschaftlichen Kräften. Nach polnischem Wahlrecht ist es solchen Bündnissen erlaubt, unter einem gemeinsamen Schild anzutreten, dann aber gilt eine Achtprozenthürde, bevor deren Vertreter ins Parlament geschickt werden können. Wichtigste Kraft in diesem Bündnis waren die 1990 gegründeten Sozialdemokraten, die nach der Auflösung der einstigen Staatspartei PVAP als mit Abstand stärkste Kraft aus der Konkursmasse hervorgingen. Diejenigen, die der SLD schnell Profil gaben, wollten also zunächst Sozialdemokraten sein. Ein erster Paukenschlag waren die Parlamentswahlen 1993, als das Wahlbündnis SLD – die „postkommunistischen“ Schmuttelkinder – zur stärksten Kraft aufstieg und alle „Ethos“-Kräfte im bereits stark zersplitterten „Solidarność“-Lager hinter sich ließ. Mit Józef Oleksy und Włodzimierz Cimoszewicz stellte man in den folgenden Jahren zwei Ministerpräsidenten, die auch in späteren Jahren in der SLD eine bedeutende Rolle spielen sollten. 1997 wurden die Wahlen knapp gegen ein Wahlbündnis des „Ethos“-Lagers verloren, das den Erfolg der SLD auf seine Weise kopierte. Doch mittlerweile hatte man seit 1995 „sicheren“ Präsidenten, denn in einer auch weltweit beachteten dramatischen Wahlschlacht konnte der SLD-Vertreter Aleksander Kwaśniewski den legendären Amtsinhaber Lech Wałęsa knapp schlagen. Keine andere politische Formation in den ehemaligen sozialistischen Ländern, die in den Augen einer großen Öffentlichkeit den Makel einer Nachfolgeorganisation besaß, konnte auf so schnelle und gründliche Erfolge verweisen. Während z. B. die Kommunisten in Tschechien im Landesdurchschnitt oder die PDS auf dem Gebiet der einstigen DDR beachtliche Wahlerfolge um die 20 Prozent erreichten, erklommen Polens Linksdemokraten bereits ganz andere Höhen. Kwaśniewski hatte 1995 das Erfolgsmotto vorgegeben: Wir wählen die Zukunft!



Die frischgebackene Partei, die seit 1999 unter gleichem Namen das Bündnis SLD nun als straffere Organisation fortsetzte, verfehlte im Bunde mit einer weiteren kleinen linken Gruppierung und unter Führung von Leszek Miller 2001 bei den Parlamentswahlen nur knapp die absolute Mehrheit der Sitze und übernahm für entscheidende Jahre das Regierungsruder. Der Beitritt des Landes zu den EU-Strukturen 2004 stand bevor, ein Meilenstein, mit dem die schwierigste Phase der Systemtransformation abgeschlossen werden sollte. Weithin wurde dann ruhigeres politisches Fahrwasser erwartet, was es erleichtern sollte, die erreichten Positionen auf längere Sicht zumindest abzustützen. Anders gesagt, in der SLD setzte sich die Überzeugung durch, der wirkliche Sinn politischer Parteien bestehe darin, nach der Regierungsmacht zu streben und diese auszuüben.

Längst waren die meisten sozialdemokratischen Überzeugungen der Anfangszeit aufgegeben, erst müsse, so Leszek Miller als amtierender Ministerpräsident vor dem EU-Beitritt, der wirtschaftliche Aufholprozess gestaltet werden, bevor an einen Ausbau des Sozialstaats zu denken sei. Er verwies insbesondere auf Frankreich und die Bundesrepublik, die in mühsamen Reformschritten die alten, aus der Zeit der industriellen Massenfertigung stammenden „Fürsorgemodelle“ an die Erfordernisse der modernen Dienstleistungsgesellschaft anpassen müssten. Immer wieder stützte er sich dabei auf Bundeskanzler Gerhard Schröder, der ihm fast zum Kronzeugen wurde. Millers strategische Hoffnung war, auf diese Weise jenes Wählerspektrum fester an die SLD zu binden, das politische Mitte genannt wird. Dass dieses Ziel gründlich verfehlt wurde, zeigten die Parlamentswahlen 2005, bei denen die Linksdemokraten nicht einmal zwölf Prozent der Wählerstimmen erreichten, also gegenüber 2001 fast 30 Prozentpunkte verloren.

Danach machte sich in der Partei die Hoffnung breit, das Tal der Tränen könne schnell wieder verlassen werden, zumindest 20 bis 25 Prozent Wähleranteil galten als realistisch. Um dieses Niveau zu erreichen, nahm man zunächst eine deutliche Verjüngung der Führungsstrukturen vor. Als einer der Paten trat Ex-Präsident Kwaśniewski stärker in Erscheinung, allerdings im Hintergrund, doch mit dem erklärten Ziel, der SLD durch neue organisatorische Bündnisbreite bis weit in die politische Mitte hinein zu neuem Aufwind zu verhelfen. Die neue sozialliberale Vision sollte sich als Alternative gegen die Wirtschaftsliberalen der PO (Bürgerliche Plattform) unter Donald Tusk durchsetzen, weil die sich seit 2005 ganz und gar in einen verbissenen Zweikampf mit den Nationalkonservativen um die Kaczyński-Zwillingsbrüder verstrickt hatten. Man rechnete damit, dass ein Großteil der Wählerschaft in der politischen Mitte sich von diesem Zweikampf der Rechten abwenden und eine ruhige, vernünftige Alternative der Linken vorziehen werde. Doch dieses Spiel um die „Mitte“ gewannen eindeutig Tusk und die PO, die bei den vorgezogenen Parlamentswahlen 2007 die Nationalkonservativen um Jarosław Kaczyński in die Schranken weisen konnten. Das von Kwaśniewski angeführte Mitte-Links-Bündnis kam nur unwesentlich über den SLD-Wert von 2005 hinaus, so dass sich innerhalb der SLD anschließend jene Kräfte durchsetzten, die das eigene Parteischild weder aufgeben noch Zweifel an dessen Attraktivität zulassen wollten.

Die angepeilten 20 bis 25 Prozent Wähleranteil erreichte man übrigens tatsächlich, allerdings nur bei Umfragen, in denen die Wahlbürger danach befragt wurden, wen sie denn

ankreuzen würden, falls die von ihnen ansonsten bevorzugte Gruppierung nicht zur Wahl stünde. In dieser Disziplin wurde die ansonsten bei Werten um die zehn Prozent dahindümpelnde SLD sogar mehrfach Sieger. Ein guter Teil der jüngeren PO-Wähler, die dem wirtschaftsliberalen Kurs der Tusk-Regierung folgte, hatte die sozialliberale Option durchaus als mögliche Alternative im Blick, doch gelang es der SLD seit 2007 nur in Ansätzen, sich als wählbare Alternative zur neo-liberalen PO aufzubauen.

Allerdings behielt die Partei ihre faktische Monopolstellung auf der linken Seite des politischen Spektrums. Keiner anderen linksgerichteten Gruppierung gelang es seit 1997, selbständig als Fraktion in den Sejm zu gelangen – ohne die Bindung an die SLD ging nichts. Das änderte sich schlagartig 2011, als neben der SLD mit der Palikot-Bewegung eine weitere Gruppierung ins Parlament einzog, die sich linksliberal und zudem eher als bewusste Konkurrenz zur SLD verstand. Parteigründer Janusz Palikot war einige Monate zuvor im Dezember 2010 aus der PO ausgetreten, gab sein Abgeordnetenmandat zurück und begann, eine wählbare Formation zusammenzustellen. Das begründete er mit dem Verrat der Regierungspartei an ihren eigenen liberalen Grundsätzen. Die PO schließt einen einflussreichen konservativen Flügel ein, in dem z. B. Präsident Bronisław Komorowski seine politische Heimat hat. Mit dem linksliberalen Programm seiner bunten Truppe schaffte Palikot es tatsächlich, auf Anhieb zehn Prozent der Wählerstimmen zu erreichen und stolz ins Parlament einzuziehen. Die Hälfte dieses Erfolgs machten jüngere Wählerschichten aus, die sonst PO gewählt hätten. Er hatte, so schien es, die Lektion aus den Umfragen nach der „zweiten Wahl“ besser gelernt als die Linksdemokraten. Die erreichten bei diesen Wahlen nicht einmal neun Prozent Stimmenanteil und holten mit Leszek Miller wieder jenen Mann ans Ruder der Partei zurück, der zehn Jahre zuvor die SLD dorthin geführt hatte, wo jetzt die PO stand.

Zusammen allerdings hatte das linksliberale Lager aus Palikot-Leuten und Linksdemokraten fast unglaubliche 19 Prozent! Das rief Kwaśniewski und andere auf den Plan, es noch einmal mit einem linksliberalen Bündnis zu versuchen, das über die weitgehend verbrauchte Formel der SLD hinausging. Die Rechnung auf dem geduldigen Papier war einfach, das Leben indes schwieriger. Zwischen Palikot und Miller entbrannte ein hartnäckiger Streit um die Führungsrolle im linksliberalen Lager, ganz zur Freude der Medien, die die beiden Streithammel ein ums andere Mal durchs Dorf trieben. Der eine warf dem anderen vor, zu sehr nach Volksrepublik Polen zu schmecken, der andere keilte zurück, jener sei doch nichts anderes als ein Wolf im Schafspelz. Plötzlich wurde sogar am 1. Mai in grotesken Aufzügen gestritten, was nun richtige Sozialdemokratie sei, die mit oder die ohne Bismarck! Miller schlüpfte dabei in die Rolle des Verteidigers des traditionellen Sozialstaates, Palikot hingegen meinte, moderne Sozialdemokratie könne und müsse die Wirtschaft stärker von Sozialabgaben entlasten. Dieser Streit erreichte seinen Höhepunkt, als die Regierung das gesetzliche Renteneinstiegssalter auf einheitlich 67 Jahre anheb. Millers Linksdemokraten stellten sich schnell und eindeutig auf die Seite der Gewerkschaften, Palikot hingegen folgte seiner Überzeugung und den Umfragen, nach denen eine deutliche Mehrheit der jüngeren Wählerschichten in Polen nichts gegen eine solche Gesetzesreform einzuwenden hatte.

Alle Pläne, die anstehenden Wahlen 2014 zu nutzen, um



eine gemeinsame Liste für die Parlamentswahlen im Herbst 2015 vorzubereiten, wurden zu Makulatur. Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament traten beide Gruppierungen einzeln an, die Palikot-Leute scheiterten an der Fünfprozenthürde, die Linksdemokraten erreichten nur ein mageres einstelliges Ergebnis. Nicht viel besser lief es bei den Wahlen zur regionalen- und lokalen Selbstverwaltung im Herbst 2014. Damit wurden die Tendenzen bestätigt, die sich in den Umfragewerten bereits seit geraumer Zeit zeigten. Zusammengerechnet erreichen beide Formationen bei der Sonntagsfrage aktuell nur noch knapp zehn Prozent, die Palikot-Liste wird den Wiedereinzug in den Sejm – sollte kein Wunder geschehen – deutlich verfehlen. Insofern dürfte sich Miller dann freuen, zumindest den Kampf innerhalb des linksliberalen Lagers gewonnen zu haben. Allerdings ist der Preis ein hoher.

Seit zehn Jahren haben in Polens Politik nun die wirtschaftsliberale PO und die nationalkonservative PiS (Recht und Gerechtigkeit) das Sagen. Ursprünglich wollten beide Parteien das Wahlrecht ändern, vom Verhältniswahlrecht zum Mehrheitswahlrecht übergehen, nach dem in das Parlament nur noch die Gewinner oder Erstplatzierten aus den Wahlkreisen einzögen. Dass diese Pläne nie umgesetzt wurden, hing auch mit dem verbissenen Streit zusammen, den sich PO und PiS seitdem lieferten. Doch anders als bei dem Zweikampf zwischen Palikot und Miller in verschiedenen Kostümen, ging das nicht auf Kosten ihres Wählerzuspruchs. Auch im Herbst 2015 werden die beiden großen Kontrahenten – folgt man den jetzigen Umfragewerten – zusammengerechnet wieder auf fast 70 Prozent der Stimmen kommen. Insofern wären die 20 Prozent, die im Großen und Ganzen links von der PO zu holen wären, kein Pappentier, sondern so etwas wie ein Garant, um auch künftig kleineren Parteien und Gruppierungen, die nur ausnahmsweise Wahlkreise gewinnen könnten, eine gewisse politische Bedeutung zu sichern. Die Bedingung dafür wäre allerdings ein Bündnis aller Kräfte, die nach linken oder linksgerichteten Alternativen zur Wirtschafts- und Regierungspartei PO suchen.

Im laufenden Jahr wird Polens Wahlvolk zweimal an die Wahlurnen gerufen. Im Herbst wird das neue Parlament gewählt, zuvor finden im Frühjahr Präsidentschaftswahlen statt. Da Amtsinhaber Komorowski augenblicklich gute Chancen eingeräumt werden, bereits in der ersten Runde mit über 50 Prozent der Stimmen das Rennen für sich zu entscheiden, könnten die übrigen Parteien diese Wahlen nutzen, um sich auf die wichtigeren Parlamentswahlen einzustimmen. So gesehen wäre eine gemeinsame Kandidatur aus dem linksliberalen Spektrum, die zumindest einen Achtungserfolg erreichen könnte, ein hoffnungsvolles Zeichen gewesen. Dazu kam es nicht. Jetzt treten gleich vier Kandidaten mit teils gleichlautenden Wahlprogrammen vor die Wählerschaft, was die Zersplitterung des politischen Lagers weiter vertieft. Natürlich ließ es sich Janusz Palikot nicht nehmen, selbst für seine Liste anzutreten. In Umfragen werden ihm ein bis zwei Prozent eingeräumt. Für die weniger bedeutenden Grünen zieht Anna Grodzka ins Rennen, die 2011 auf der Palikot-Liste in den Sejm kam, mittlerweile aber fraktionslos ist und sich der grünen Bewegung angeschlossen hat. Sie zählt zu den bekannteren Politikerinnen Polens, weil sie als transsexuelle Frau in einer Gesellschaft, die trotz unverkennbar liberaler Öffnung zu großen Teilen konservativ geprägt ist, häufig genug in den Schlagzahlen

war. Auch für sie werden allerdings nur ein, zwei Prozent prognostiziert. Für die kleine UP (Union der Arbeit), früher immer treu an der Seite der SLD, kandidiert Wanda Nowicka, eine bekannte Frauenrechtlerin, die 2011 ebenfalls für die Palikot-Bewegung ins Parlament einzog. Die fraktionslose Vizemarschallin des Sejms hatte zwar noch im Januar 2015 die Kandidatur von Palikot begrüßt und sogar öffentlich unterstützt, doch das zählt jetzt nicht mehr. Viel mehr Prozentpunkte als den anderen beiden traut ihr kaum ein Beobachter zu. Die letzte im Bunde ist Magdalena Ogórek, eine bis dahin in der politischen Öffentlichkeit eher unbekannt junge Frau, die zur Überraschung aller für die SLD startet. Sollte sie mehr als fünf Prozent der abgegebenen Wählerstimmen bekommen, hätte das zersplitterte linksliberale Lager zusammengerechnet ganze zehn Prozent.

Vielleicht behalten jene Beobachter Recht, die die Formel der SLD für überholt halten, weil die alten Bindungen zu der Zeit vor 1990 aufgebraucht seien, weil das gesamte linksgerichtete Lager vor der Notwendigkeit steht, sich neuen, jüngeren Wählerschichten zu öffnen. Im Grunde genommen ist die Partei, die einst erfolgreich mit der Losung „Wir wählen die Zukunft“ in die politischen Schlachten zog, diejenige unter den jetzigen Parlamentsparteien, die das älteste Wählerspektrum anzieht. Das wird im Herbst für den Einzug in den Sejm reichen, ist jedoch nur ein schwacher Wechsel auf die Zukunft. So gesehen wird die SLD dann sowieso vor der Aufgabe stehen, sich neu zu erfinden. Warum also, so fragen mittlerweile viele, nicht gleich ein ganz neues Bündnis unter anderem Namen gründen, mit dem das gesamte linksliberale Spektrum erfasst werden kann? Dem hält Miller immer wieder entgegen, die SLD, die sich seit 1993 einen festen Platz in der politischen Landschaft Polens erkämpft habe, dürfe nicht einfach aufgegeben werden. Fast scheint es auf die Quadratur des Kreises hinauszulaufen, wobei alle Mittel, die seit 2005 ausprobiert wurden, um den Patienten gesunden zu lassen – eine junge Führungsriege, weite Bündnisstrukturen einerseits und dann doch wieder die feste Burg –, wohl verschlissen sind. Niemand ist in Sicht, der in der Lage wäre, den gordischen Knoten zu zerschlagen. Und wenn man genauer hinschaut, fehlt sogar der Staffelstab, der möglichen Nachfolgern übergeben werden könnte.

## Die Krise der europäischen Sozialdemokratie und die radikale Linke

Von Walter Baier, Koordinator des europäischen Forschungs- und Bildungsnetzwerks „transform! europe“:  
aus: <http://www.transform-network.net>

Sowohl Statistiken als auch politikwissenschaftliche Forschungen zeigen, dass sich die europäische Sozialdemokratie derzeit in der schwersten Krise seit ihrer Gründung befindet.

Seit Ende des Zweiten Weltkrieges ist der durchschnittliche Stimmenanteil sozialdemokratischer Parteien bei Parlamentswahlen von 33 auf 26 Prozent (1950er Jahre – 2011) – immerhin um mehr als ein Fünftel – zurückgegangen. Das scheint ernst, aber nicht dramatisch. Nimmt man allerdings





als Ausgangsbasis die Zahlen des Goldenen Zeitalters der europäischen Sozialdemokratie, die 1970er und 80er Jahre, so zeigt sich ein noch ernsteres und tatsächlich dramatisches Bild.

Welche sind die politischen Elemente, die die Periode markieren, die auf die konservativen Regierungen Adenauer, Churchill/Macmillan und de Gaulle folgten, und die man als das „Goldene Zeitalter“ der europäischen Sozialdemokratie bezeichnen kann?

1. Der beinahe gleichzeitige Machtantritt sozialdemokratischer Regierungen in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Österreich
2. der Höhepunkt des eurokommunistischen Projekts und der Höhepunkt des Einflusses des PCI
3. die demokratischen Revolutionen und der Antritt aus sozialistischen Parteien gebildeter Regierungen in den damals noch jungen Demokratien in Spanien und Portugal
4. die militärische und politische Entspannung des Ost-West-Konflikts.

Oberflächlich betrachtet schien sich diese Konstellation in den 1990er Jahren zu wiederholen. Neuerlich kamen beinahe gleichzeitig sozialdemokratische Parteien in Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien an die Macht; die Nord-erweiterung der EU führte durch die Integration traditionsreicher, mächtiger Sozialdemokratien zu einer Stärkung der europäischen Sozialisten. Dazu kam noch eine weitere scheinbare Parallele zum Ende der 1970er Jahre: das Entstehen neuer Demokratien im Osten Europas, in dem Sozialdemokratien, wo sie aus besiegten kommunistischen Staatsparteien entstanden waren, erfolgreich eine Synthese zwischen Sozialstaat, Demokratisierung und nachholender Modernisierung in Aussicht stellten und zu führenden Kräften in den jeweiligen Staaten wurden.

Zwanzig Jahre lang hat nun ein beispielloser Rückgang stattgefunden. Hier einige der charakteristischsten Beispiele:

**Deutschland:** Die SPD unter Schröder/Lafontaine, die 1999 20 Millionen Stimmen, d. h. 41 Prozent erhielt und gemeinsam mit den Grünen eine Regierung bildete, fiel 10 Jahre später auf 10 Millionen Stimmen und 26 Prozent.

**Großbritannien:** Labour Party, 1997 unter Blair: 43 Prozent; 29 Prozent im Jahr 2010.

**Schweden:** Zwischen den 1950er und den 1990er Jahren: Rückfall von 48 Prozent auf 40 Prozent, der sich bis ins Jahr 2014 auf 31 Prozent verstärkte.

**Dänemark:** In den 1990er Jahren betrug der Stimmenanteil im Durchschnitt 36 Prozent, 2011: 25 Prozent.

**Südeuropa:** PASOK (12 Prozent), PSOE (29 Prozent) – keine Notwendigkeit, hier und heute dabei länger zu verweilen.

Was ich hingegen sehr wohl ansprechen möchte, weil in unserer Debatte weniger präsent, ist **Mittel- und Osteuropa**. Die beiden aufschlussreichsten Beispiele: der Bund der Demokratischen Linken (SLD-UP) in Polen, der im Jahr 2001 41 Prozent erzielte und 2011 nur noch 8,2 Prozent. Und andererseits das markanteste Beispiel Ungarn, wo der Stimmenanteil der sozialistischen Partei (MSZP) von 43,2 Prozent im Jahr 2006 auf 19,3 Prozent im Jahr 2010 zurückfiel: Dieser Niedergang fungierte auch als Türöffner für die populistische und die neofaschistische Rechte. Dieses Bild änderte sich auch nicht dadurch, dass die MSZP im Jahr 2014 auf 25,6 Prozent kam.

Der Stimmenrückgang der europäischen Sozialdemokratie hat sich im Zeitverlauf beschleunigt. Zwei Drittel der Verluste, die sie gegenüber ihrem Einflusshöhepunkt erlitt, entfallen auf die Periode nach 1990. Das zu erklären, reichen die oft zitierten sozialstrukturellen Faktoren und Veränderungen in der Lebensweise nicht aus, obwohl zutrifft, dass diese eine Wiederholung der sozialdemokratischen Wahlerfolge immer unwahrscheinlicher werden lassen.

Doch in der Politik zählen Ideen!

Tatsächlich verfügte die europäische Sozialdemokratie in den 1970er Jahren über eine eigene, in der Gesellschaft hegemoniale Agenda, die sie von den kommunistischen Staaten und den Konservativen unterschied und die auch für jene Demokratien attraktiv war, die sich aus den Diktaturen im europäischen Süden heraus entwickelten.

Die Persönlichkeiten, die diese Agenda der 1970er-Jahre emblematisch verkörperten, waren Willy Brandt, Olof Palme und Bruno Kreisky.

Die Eckpunkte ihrer Agenda waren:

- Sozialstaat und Vollbeschäftigung
- Modernisierung im Sinne eines politischen und kulturellen Liberalismus
- Friedenspolitik.

In den 1970er Jahren siegte die sozialdemokratische über die bürgerlich-konservative Agenda von Adenauer, Macmillan und de Gaulle. Verantwortlich dafür waren ein durch die Konkurrenz mit einem anderen sozialen System günstiges internationales Kräfteverhältnis, aber auch die großen sozialen Bewegungen am Ende der 1960er Jahre.

In den 1990er Jahren verhielt es sich genau umgekehrt: Der Vertrag von Maastricht und das Schröder-Blair-Papier besiegelten die Kapitulation des Mainstreams der europäischen Sozialdemokratie vor dem Neoliberalismus, der deregulierten Marktwirtschaft und der generalisierten Konkurrenz.

Die soziale Krise, die – leider wird das zu wenig wahrgenommen – den europäischen Osten als erstes erfasst hat, bewies, dass die sozialdemokratischen Parteien sich nicht nur ihren traditionellen Kernschichten entfremdeten, sondern auch das mit dem Dritten Weg beabsichtigte dauerhafte Bündnis mit den Mittelschichten nicht stabilisieren konnten.

In Ost und West, in Süd und Nord zahlen sie nun gleichzeitig einen hohen Preis für das absehbare Scheitern dieser Strategie.

Das Ergebnis der Europaparlamentswahl hat den Eindruck entstehen lassen, dass sich die komparative Position der Sozialdemokratie gegenüber den Christdemokraten und Konservativen nicht verschlechtert, sondern sogar verbessert habe. Das trifft zu, aber es handelt sich um keine gute Nachricht, denn es verdeutlicht, dass die Krise der Sozialdemokratie Teil eines größeren Prozesses, der Krise der politischen Systeme und der europäischen Integration ist.

Das Vakuum wird in vielen Ländern durch die populistische und radikale Rechte gefüllt. Die Gefahren, die dadurch für die Demokratie erwachsen, sind evident.

Umgekehrt gibt es auch eine neue Möglichkeit. Das zeigen der Aufstieg von SYRIZA, die Entwicklungen innerhalb der Linken Spaniens, die strategischen Diskussionen in der französischen Linken, das rot-rot-grüne Bündnis in Brandenburg oder die Bildung der Liste „L'Altra Europa con Tsipras“. Die radikale Linke in Europa existiert und ist bereit, dieses



historische Fenster zu öffnen, das letzte vielleicht, für eine voraussehbare Zukunft. Es wäre zu wünschen, dass die progressiven Kräfte in den Gesellschaften, in den Gewerkschaften und sozialen Bewegungen – und auch jene Verantwortlichen in der europäischen Sozialdemokratie, die nicht in Resignation und Zynismus verfallen –, erkennen, dass sie aufgerufen sind; dass das Fenster, das durch die radikale Linke geöffnet wird, auch für alle progressiven Kräfte eine neue Möglichkeit bedeutet.

● *Der obige Text war ein Beitrag auf der Tagung „Neoliberale Agenda und Europäische Sozialdemokratien“ am 16. November 2014 in Florenz. Einen Kurzbericht über die Tagung von Roberto Morea siehe hier:*

Das internationale Treffen von Florenz, das von transform! europe in Zusammenarbeit mit Rosa-Luxemburg-Stiftung und transform! italia am 16. und 17. November veranstaltet wurde, war eine wichtige Gelegenheit für politische Reflexionen und stieß beim gesamten Spektrum der italienischen Linken auf ein breites Echo.

Intellektuelle, soziale Bewegungen, Gewerkschaften und wichtige Vertreter/-innen der politischen Linken trafen zusammen, um die Rolle der Sozialdemokratien bei der Umsetzung der Austeritätsmaßnahmen – die wir als kapitalistische Globalisierung des Neoliberalismus definieren – in Europa und Italien zu diskutieren und zu analysieren.

Ziel dieses erfolgreichen Zusammentreffens war es, den Dialog zwischen diversen Akteur/-innen zu befördern und so die Gestaltung eines politischen Subjekts anzustoßen, das aus Teilen der Gesellschaft besteht, die bei den gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen in Italien oder Europa kein Mitspracherecht haben. Dieses Ziel kann nicht ohne eingehende Auseinandersetzung mit der italienischen Politik und dem Phänomen des „Renzismo“, dem Führungsstil Renzis, erreicht werden. Besagtes Phänomen muss im Kontext sich transformierender Parteien (die jeweils die nationale Entsprechung der europäischen Sozialdemokratie sind), ihrer aktuellen Rolle und der politischen Alternativen gesehen werden, die in Europa auf Seite der Linken bestehen.

Die europäische Dimension dieser Initiative – u. a. war Alexis Tsipras anwesend – war ausschlaggebend für die substanzielle und vielgestaltige Beteiligung an einer Beschreibung des Phänomens und der Suche nach möglichen Antworten.

## Die politische Lage in Chile und unsere Partei

*Von Nancy Larenas Ojeda, Organisation der KP Chiles in Deutschland, 12. Januar 2015*

Zu Beginn der Analyse der Lage in Chile müssen wir als erstes darauf hinweisen, dass unser XXIV. Parteitag den aktuellen Hauptwiderspruch als den zwischen Neoliberalismus und Demokratie bestimmt und dabei auf den Sozialismus als Perspektive verwiesen hat. An dieser Definition hat sich die Politik unserer Partei ausgerichtet.

In Fortführung dieser Linie haben wir als Ziel die Beteili-

gung an einer Regierung definiert, die wir als Regierung neuen Typs bezeichnet haben. Dies sollte in einem Prozess des Wandels erfolgen, um die versprochenen Reformen zu verwirklichen und damit die Demontage des derzeitigen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systems einzuleiten.

Dabei handelte es sich um die Etappe der politischen und gesellschaftlichen Konvergenz und der Eroberung der Regierung, um ein Programm struktureller Reformen zu verwirklichen. Diese Etappe liegt jetzt hinter uns.

Zweitens muss festgestellt werden, dass wir uns in einer neuen Etappe befinden, in der Etappe der Beteiligung an der Koalitionsregierung der Nueva Mayoría (Neue Mehrheit – NM), in der es darum geht, die gegenüber der Bevölkerung eingegangenen Verpflichtungen über unsere Regierungsbeteiligung zu erfüllen.

Die Einschätzung unserer Partei zu dem ersten Regierungsjahr ist positiv. Es war ein sehr intensives Jahr, sehr komplex, sehr widersprüchlich; aber die Fortschritte sind vielversprechend – trotz aller Angriffe der Rechten, trotz der systematischen Deskreditierungskampagnen, der Verzerrung der Tatsachen, trotz der Drohungen und auch trotz aller Diskrepanzen innerhalb der Nueva Mayoría, die ein schnelleres Vorankommen gebremst haben.

Wir sind in dem erwarteten Tempo vorangekommen, das heißt, wir haben in einer ersten Phase alle jene Projekte umgesetzt, die in Angriff genommen wurden, ohne bereits die Überwindung des neoliberalen Systems einzuleiten.

Zu den Reformen selbst: Die im Regierungsprogramm der Nueva Mayoría vorgesehenen Reformen haben – sofern sie bereits in erster Instanz beschlossen, in den Gesetzgebungsprozess eingebracht oder dafür vorbereitet wurden – bereits tiefe Widersprüche ausgelöst, die heute die politische Szene Chiles prägen.

Das Wahlrecht für die Chilenen im Ausland ist beschlossen; weitere Reformen haben die ersten parlamentarischen Hürden genommen und liegen jetzt dem Senat vor. Darunter ist die Reform des binominalen Wahlrechts, die den Übergang zum Verhältniswahlrecht bedeuten würde. Konkret wäre das die Wahl von drei bis acht Abgeordneten je Wahlkreis, wodurch unsere Partei die Möglichkeit erhielte, weitere Abgeordnetenmandate bis zur Verdoppelung der gegenwärtigen Anzahl (3) zu gewinnen oder sogar zwei bis drei Senatsmandate zu erkämpfen.

Desweiteren ist die Steuerreform, so wie wir sie eingebracht haben, beschlossen worden; dazu die Bildungsreform und das Gesetz über die Vorschulerziehung. Angenommen wurde ein Gesetz zur Ernennung von provisorischen Verwaltungen für den Fall von finanziellen Problemen an den Universitäten. Am 29. Dezember wurde die Arbeitsrechtsreform in das Parlament eingebracht, zahlreiche weitere Gesetzesvorhaben stehen jedoch noch aus. So wurde beispielsweise der erste Schritt bei der Schaffung des Frauenministeriums erreicht, die Vorhaben eines Ministeriums für indigene Angelegenheiten und eines Kulturministeriums sind in Arbeit.

An der Gesundheitsreform wird weiter gearbeitet, der Entwurf eines Antiterrorgesetzes liegt vor, das entsprechend internationalen Vereinbarungen an die Stelle des aktuell gültigen Gesetzes treten wird, und auch der Bereich der Geheimdienste soll neu gestaltet werden. Ein wichtiges Thema, das noch weiter untersucht werden muss, ist das Sozialversicherungssystem. Dort ist ein Entwurf für die staatliche



Rentenfondsverwaltung erarbeitet worden, zu dem noch Zweifel und Unklarheiten bestehen. Die Partei bereitet darüber einen Bericht vor, der im Januar vorliegt und Vorschläge enthält, wie die Probleme des gegenwärtigen Systems überwunden werden sollen.

Ein weiteres ausstehendes Thema von größter Bedeutung ist die neue Verfassung, die noch in diesem Jahr verabschiedet werden soll.

Gegen Ende 2016 sollte dann das Gesetz zur Dezentralisierung beschlossen werden. Seine Annahme bedeutete die Autonomie der Regionen in vielen Aspekten ihrer Verwaltungstätigkeit. Die Intendenten (Chefs der Regionalverwaltungen) werden einen Regionalrat, eine Art Parlament im Kleinen, an ihrer Seite haben, über finanzielle Autonomie verfügen, eigene Steuern erheben können, etc.

### Die Widersprüche dieses Prozesses

Die Beteiligung unserer Partei an der Regierung sowie die eingeleiteten Reformen haben noch nicht die notwendige Tiefe, um strukturelle Veränderungen herbeizuführen. Dennoch stoßen sie auf starken Widerstand, der sich unter anderem im Wiederaufleben einer antikommunistischen Medienkampagne zeigt. Das reicht bis zu Drohungen und physischen Angriffen, um uns einzuschüchtern und in unserem Auftreten zu schwächen. Die von den Medien orchestrierte antikommunistische Kampagne verfolgt das Ziel, die Nueva Mayoría zu spalten, den Reformprozess zu stoppen, unsere Partei aus der Koalition zu drängen und damit letztendlich den Charakter der Regierungskoalition zu verändern. Die Einschüchterungsversuche werden weitergehen und sollen letztendlich in eine Spirale der Gewalt münden, da die eingeleiteten Umgestaltungen für die Opposition eine Bedrohung ihrer wirtschaftlichen Interessen darstellen.

Im November gab es Angriffe auf Juan Andrés Lagos, eine regelrechte Twitterkampagne, angeführt durch eine El Líbero genannte Medieneinrichtung die zur Penta-Gruppe gehört. Wir dürfen auch nicht die Ultralinken mit ihren Gewaltakten vergessen, die ein klares, von ihrem Antikommunismus geprägtes Ziel verfolgen. Daneben gibt es versteckte Warnungen aus Kreisen, die dem Militär, insbesondere Organisationen von Militärs im Ruhestand, zuzuordnen sind, sowie Verleumdungskampagnen gegen die Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes CUT, unsere Genossin Bárbara Figueroa, sowie gegen Jaime Gajardo, den Vorsitzenden der Lehrervereinigung.

Vergessen wir nicht die Tatsache, dass die Opposition alle unsere Fehler ausnutzen wird, wie das bereits im Falle der Universität ARCIS und den Äußerungen unseres Botschafters in Uruguay geschehen ist. Wir müssen uns stets bewusst sein, dass sich durch die Geschichte unserer Partei eine breite Spur von Verfolgungen, Konzentrationslagern und Morden zieht, dass unsere Klassegegner ihre Interessen und Privilegien nicht einfach aufgeben. Das muss allen chilenischen Kommunisten klar sein.

Unter den Erfolgen der jüngsten Zeit sind die Berufung unserer Genossin Claudia Pascual Grau zur Ministerin im Frauenministerium und die Wahl unserer Genossin Javiera Olivares als Vorsitzende des Journalistenverbandes hervorzuheben.

Nach Einschätzung unserer Partei ist es notwendig, dass eine Bilanz unserer Regierungsbeteiligung gezogen wird – nicht nur durch die zuständigen Strukturen, sondern durch

die Gesamtpartei. Die gesamte Partei muss außerdem eine Bilanz unserer Arbeit im Parlament ziehen, wo unsere Fraktion zu wesentlichen Themen wie der Steuerreform, der Bildungsreform und anderen wichtige Beiträge geleistet hat. Und sie muss auch unsere gesellschaftliche Mitwirkung an der Umsetzung des (Regierungs-) Programms bewerten.

Eine zweite Evaluierung muss hinsichtlich unserer Partei und ihrer Strukturen im In- und Ausland entsprechend unserer marxistisch-leninistischen Prinzipien erfolgen.

Eine Bestandsaufnahme sowohl zu unserer Regierungsbeteiligung als auch zum qualitativen und quantitativen Zustand der Partei ist unverzichtbar, weil dies die Ausgangsbasis für die Bestimmung der weiteren Aufgaben bei der Umsetzung des (Regierungs-) Programms in der gegenwärtigen Amtszeit der Regierung darstellt. Und zweitens benötigen wir diese Bestandsaufnahme, um den weiteren Kurs zur Konsolidierung der errungenen Erfolge und die Durchführung weiterer Reformen in der nächsten Amtszeit festzulegen. Das schließt unser Vorgehen bei den kommenden Wahlen bis hin zur nächsten Präsidentschaftswahl im Jahre 2017 ein.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt muss klar gesagt werden, dass wir in uns einer politischen Konfrontation mit den reaktionärsten Kräften der Rechten befinden und uns daher auf alle möglichen Szenarien einstellen müssen. Dazu muss die Partei ihr gesamtes Potenzial erschließen.

Eine weitere unverzichtbare Voraussetzung für unser Voranschreiten und die Abwehr der Angriffe ist die Einheit der Nueva Mayoría und gleichzeitig ein Kräfteverhältnis im Lande zugunsten weiterer Umgestaltungen.

Die Differenzen innerhalb der Koalition der Nueva Mayoría haben sich im Moment beruhigt, was nicht bedeutet, dass sie nicht wieder und noch heftiger aufflammen können, und zwar in dem Maße, wie die Widersprüche wachsen.

Was das Kräfteverhältnis betrifft, so ist es notwendig, unsere gesellschaftlichen Aktivitäten qualitativ und quantitativ zu verstärken. Ein Beispiel für die Dringlichkeit unseres gesellschaftlichen Wirkens ist das Thema einer neuen Verfassung, die bisher weder diskutiert noch verabschiedet wurde. Zu diesem Punkt müssen wir die gesellschaftlichen Organisationen mobilisieren und alle Anstrengungen unternehmen, damit eine Verfassung angenommen wird, die demokratischer ausfällt als jene von 1952.

Als weitere Aufgabe müssen wir eine eigene Medienpolitik erarbeiten, die es uns ermöglicht, den Angriffen der Massenmedien entgegenzutreten. Auf diesem Gebiet haben wir eine große Schwäche, da wir lediglich einen Radiosender und unsere Wochenzeitung El Siglo betreiben. Hierzu muss gesagt werden, dass die Medienarbeit aller Parteistrukturen, sowohl im In- wie im Ausland stark vorangetrieben werden muss.

### Der XXV. Parteitag

Die Aufgabe unseres XXV. Parteitages, der im 2. Halbjahr 2015 stattfinden wird, besteht darin, die politischen Leitlinien bis 2017 zu definieren.

In diesem Zusammenhang gibt es bereits drei sehr konkrete Richtungen:

→ Die Hauptkraft, die sich dem System am besten entgegenstellen kann, das zeigt die Geschichte, sind die organisierten Arbeiter gemeinsam mit ihren sozialen Organisationen.



- Unsere erste große Aufgabe besteht im Aufbau einer breiten Massenbewegung, die unsere Reformen unterstützt und vorantreibt und zugleich über die notwendige Mobilisierungskraft für deren Verteidigung verfügt.
- Die Stärkung der Parteistrukturen ist die zweite große Aufgabe. Dabei ist die ideologische Vorbereitung von ausschlaggebender Bedeutung für den Sieg in der ideologischen Auseinandersetzung.

(Übersetzung aus dem Spanischen: Dietmar Schulz)

## Moderne Landreform ist überfällig

João Pedro Stedile von Brasiliens Landlosenbewegung MST über Dilma Rousseffs neue Amtszeit; aus: neues deutschland, 13. Januar 2015

- **Brasiliens Präsidentin Dilma Rousseff hat 2015 ihre zweite Amtszeit begonnen. Seit 2003 ist die Arbeiterpartei PT damit an der Regierung. Insbesondere die erste Amtszeit von Rousseff hat viele Linke und soziale Bewegungen enttäuscht. Gibt es Hoffnung, dass die nächsten vier Jahre besser werden?**

Die Amtszeiten von Lula da Silva und Dilma Rousseff waren Regierungen mit Vertretern verschiedener Klassen. Anstatt sich Problemen zu stellen, wurde versucht, verschiedene Gruppen, wie die Banken, die Großindustrie, das Agrobusiness, die Mittelschicht, aber auch Arbeiter, Bauern und die Ärmsten, unter einen Hut zu bringen. Der jüngste Wahlkampf wurde hart geführt. Unsere Einschätzung ist, dass mit der Politik der Klassenversöhnung nun Schluss sein wird und die Regierung vor einem Scheideweg steht: Entweder positioniert sie sich weiter rechts und beendet damit endgültig den Kontakt mit den sozialen Bewegungen oder sie führt endlich die notwendigen strukturellen Reformen durch. Dafür ist es notwendig, dass diejenigen Bewegungen, die Rousseff in der Stichwahl die Stimme gegeben haben, weiter mobilisieren und Massenproteste organisieren. Nur solche Proteste können die Regierung weiter nach links bewegen.

- **Das Wahlergebnis war denkbar knapp. Was hätte Brasilien gedroht wenn Aécio Neves (Kandidat der rechtsliberalen PSDB – d. Red.) gewonnen hätte?**

Für uns wäre dies eine Katastrophe gewesen und hätte einen Rückschritt zur reinen neoliberalen Politik bedeutet. Daher war die Wahl auch eher die Niederlage der Rechten als ein Sieg des Programms der Regierung.

- **Nicht erst seit den sogenannten Juni-Protesten 2013, als hunderttausende junge Brasilianer auf die Straße gingen, zeigt sich, dass sich soziale Kämpfe primär in den Städten abspielen. Spielt der Kampf auf dem Land überhaupt noch eine Rolle?**

Auf jeden Fall. Unser Kampf hat eine enorme Relevanz, da er sich nicht auf ein Thema beschränkt und lediglich Großgrundbesitz angreift, wie im vergangenen Jahrhundert. Heute richtet sich der Widerstand der Bauern gegen die Art und Weise der kapitalistischen Produktion. Die Probleme, die das Agrobusiness auf dem Land verursacht, sind nämlich auch in der Stadt spürbar. Die Monokulturen zerstören die Biodiversität und tragen damit zu klimatischen Veränderun-

gen bei. Dies verursacht auch in den Städten große Probleme, wie wir gerade mit der Wasserknappheit in São Paulo erleben. Der Einsatz von Pestiziden vergiftet den Boden, das Wasser und die Lebensmittel. Viele Stadtbewohner leiden deshalb an Krebserkrankungen.

Aber es stimmt, dass sich soziale Kämpfe letztendlich in der Stadt entscheiden werden, denn dort leben 85 Prozent der brasilianischen Bevölkerung. Obwohl die großen Mobilisierungen in urbanen Regionen stattfinden, sind die angesprochenen Themen Reichtumsverteilung, Verdrängung oder Umweltprobleme auf engste mit denen in ländlichen Regionen verbunden.

- **Vor genau 30 Jahren wurde die MST mit dem Ziel gegründet, eine Agrarreform durchzusetzen. Seitdem ist viel passiert. Auch nach zwölf Jahren PT-Regierung liegt das Ziel in weiter Ferne. Wie kann man sich eine Agrarreform im 21. Jahrhundert vorstellen?**

Wenn von Agrarreform gesprochen wird, herrscht oft ein großes Missverständnis. Im allgemeinen Verständnis ist die Agrarreform lediglich der Versuch, Land zu enteignen und den Zugang zu Land zu demokratisieren, wie das in den 1980er Jahre der Fall war. Der Slogan dieser Zeit war: Land für diejenigen, die es bebauen. Im 21. Jahrhundert befinden sich der Boden und Naturschätze unter der Kontrolle des Finanzkapitals und großer, internationaler Unternehmen. Das Kapital kontrolliert die Landwirtschaft nicht nur über den Großgrundbesitz. Daher muss eine Agrarreform heute ihre Ziele verändern und nicht nur eine Reform für die Bauern sein. Ziel muss es sein, sowohl Kooperativen und kleine Betriebe zu fördern, als auch Agrarfirmen wie Nestle oder Parmalat zu demokratisieren und unter die Kontrolle der Arbeiter zu bringen. Die Agrarreform muss zudem die Vision verfolgen, gesunde Lebensmittel für die gesamte Gesellschaft biologisch zu produzieren. All dies ist Teil einer neuen Agrarreform, einer populären Reform, die im Prinzip auf eine Reorganisation der gesamten Produktion abzielt und sich nicht nur auf das Eigentum an Boden konzentriert.

- **Vor einigen Wochen trafen Sie und weitere Vertreter von sozialen Bewegungen im Vatikan Papst Franziskus. Kann ein religiöses Organ wie der Vorsitzende der konservativen katholischen Kirche überhaupt Ansprechpartner für die Linke sein?**

Ich glaube, dass Papst Franziskus für die Linke ein wichtiger Verbündeter sein wird, da er die Probleme des Kapitalismus anklagt und sich nicht auf Veränderungen in der Kirche beschränkt. Zum ersten Mal haben wir einen Papst aus der südlichen Hemisphäre, der die Widersprüche hier kennt. Er ist ein Papst mit politischer Erfahrung, der über 40 Jahre lang im konfliktgeprägten Argentinien gelebt hat. Er hat uns ohne Vorbehalte eingeladen und wir hatten die Möglichkeit mit ihm über von uns gewählte Themen zu diskutieren. Dies hat es noch nie vorher gegeben. Nach dem Treffen hat er eine Stellungnahme mit unseren Anliegen veröffentlicht. Dies ist bereits eine politische Positionierung und wird der katholischen Kirche in unseren Ländern helfen, fortschrittlichere Positionen einzunehmen. Aus diesem Grund werden wir den Dialog mit der Kirche weiterführen. Doch auch unabhängig davon werden wir weiter über die Probleme des Kapitalismus diskutieren. Unsere Idee ist es, in den nächsten Jahren ein Treffen von sozialen Bewegungen aus aller Welt zu organisieren.



## Präsidentin Park wünscht keine linke Opposition

*Südkoreas Verfassungsgericht verbietet Fortschrittspartei UPP. Regierung in Seoul beruft sich auf bundesdeutsches KPD-Verbot.*

*Von Detlef D. Pries;*

*aus: neues deutschland, 20. Dezember 2014*

Das südkoreanische Verfassungsgericht in Seoul verfügte am 18. Dezember 2014 die Auflösung der Vereinigten Fortschrittspartei.

Mit der Zwangsauflösung ihrer Partei habe das höchste Gericht des Landes „das Tor zum Totalitarismus geöffnet“ und Südkorea in einen diktatorischen Staat verwandelt, klagte Lee Jung Hee am Freitag vor der Presse. Frau Lee hatte bei den Präsidentschaftswahlen 2012 für die Vereinigte Fortschrittspartei (englische Abkürzung UPP) kandidiert und der jetzigen Präsidentin Park Geun Hye vorgehalten, dass deren Vater, der südkoreanische Diktator Park Chung Hee (1961–1979), als japanischer Kolonialoffizier unter dem Namen Takagi Masao an der Unterdrückung des eigenen Volkes beteiligt war.

Unter anderem dafür habe sich die Regierung unter Präsidentin Park mit ihrem Verbotsantrag vom November vergangenen Jahres an der Fortschrittspartei rächen wollen, vermutete der Abgeordnete Lee Sang Gyu bei einem Berlin-Besuch im Frühjahr. Lee ist einer von fünf UPP-Parlamentsabgeordneten, die durch das Urteil ihres Mandats beraubt werden.

Acht von neun Verfassungsrichtern sahen es als dringend notwendig an, die „Bedrohung der demokratischen Grundordnung zu beseitigen“ die angeblich von der UPP ausgeht. Justizminister Hwang Kyo Ahn warf der Partei vor Gericht vor, einen bewaffneten Umsturz, die Bildung einer prokommunistischen Regierung und die Wiedervereinigung Koreas unter nordkoreanischer Vorherrschaft anzustreben.

Als Anlass für diese Vorwürfe diente ein Vortrag des ehemaligen UPP-Abgeordneten Lee Seok Ki vor Parteifreunden. Angesichts der zugespitzten Situation auf der Halbinsel im Frühjahr 2013 hatte Lee vor einem drohenden Krieg und der unweigerlich daraus resultierenden Verfolgung fortschrittlicher Kräfte im Süden gewarnt. Dagegen müsse eine friedliche Bewegung mobilisiert werden.

Aus diesem Vortrag hatte der Geheimdienst NIS den Aufruf zur bewaffneten Rebellion und die Existenz einer „Revolutionären Organisation“ konstruiert. Lee Seok Ki wurde daraufhin zu zwölf Jahren Haft verurteilt, das Berufungsverfahren vor dem Obersten Gericht läuft noch.

Zum Vorwurf der Kollaboration mit dem Norden erklärte Lee Sang Gyu in Berlin, die UPP trete sehr wohl für Versöhnung und friedliche Wiedervereinigung beider Koreas ein und sei gegen die militärische Allianz des Südens mit den USA. Seine Partei stehe im „kommunikativen Austausch“ mit der Sozialdemokratischen Partei in der KDVR, einer „Blockpartei“ der herrschenden Partei der Arbeit. Doch habe er sich klar gegen Atom- und Raketentests wie auch gegen das politische System des Nordens ausgesprochen. In seinem Land werde aber schon die Forderung nach „fortschrittlicher Demokratie“ und „ökonomischer Gleichheit“ als kommunistisch und nordkoreafreundlich denunziert. Dass sich die Regierung in ihrem Antrag auf das bundesrepublikanische

KPD-Verbot von 1956 berufen habe, spreche dafür, dass sie der „Logik des Kalten Krieges“ folge.

Amnesty International sieht in der Zwangsauflösung der Partei, die nach eigenen Angaben 100 000 Mitglieder zählte, einen Akt der Unterdrückung der politischen Opposition unter Berufung auf Gebote der nationalen Sicherheit. Das Verbot werfe „ernste Fragen nach dem Verhältnis der Regierung zur Meinungs- und Versammlungsfreiheit“ auf, ließ sich Roseann Rife, AI-Forschungsdirektorin für Ostasien, von der Nachrichtenagentur Reuters zitieren.

## Internationale Umschau

### Kapitulation der Demokratie

*Helmut Scholz, MdEP, über die Pläne der EU-Kommission, mit TTIP die Vorabprüfung von Gesetzen durch Konzerne einzuführen; aus: neues deutschland, 5. März 2015*

Das Europaparlament hat inzwischen großes Mitspracherecht bei der Gesetzgebung. Doch einen wichtigen bedauerlichen Unterschied zu den nationalen Parlamenten gibt es nach wie vor: Das EU-Parlament hat kein Initiativrecht. Konkrete Textvorschläge für europaweit gültige Gesetze bringt allein die EU-Kommission ein. Der Rat der Regierungen der Mitgliedstaaten und das Parlament prüfen dann diese Vorschläge, entwickeln ihre Änderungswünsche und erarbeiten einen Kompromiss als künftiges geltendes Recht.

In den Verhandlungen über das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP hat die Kommission nun einen Vorschlag für ein Vertragskapitel auf den Tisch gelegt, der sich auf dieses Gesetzgebungsverfahren drastisch auswirken wird. Die Kommission will sich selbst und am liebsten auch die Mitgliedstaaten verpflichten, künftig schon in der Planungsphase jedes Vorhaben für ein Gesetz oder eine Regulierung in einen Ausschuss für „regulatorische Kooperation“ einzubringen.

Der soll unter dem Dach von TTIP geschaffen werden. Darin sollen Beamte sitzen, Unternehmen jedoch das Recht erhalten, sich in die Prüfung des Vorschlages einzubringen. Auf dem Tisch der europäischen Gesetzgeber landen dann nur noch Entwürfe, die mit der US-Regierung und beteiligten Konzernen abgestimmt sind.

Jedes Vorhaben soll einer Prüfung unterzogen werden, wie es sich auf den internationalen Handel und Investitionen auswirkt. Sogar bestehende Regelungen sollen darunter fallen. Ich bin mir sicher, dass viele unserer Umweltgesetze bei einem solchen Verfahren die Planungsphase nicht überlebt hätten. Wie wäre der Atomausstieg beurteilt worden? Hätten wir jemals den Schutz vor gefährlichen Chemikalien erhalten, den uns die REACH-Verordnung gebracht hat?

In meinem Demokratieverständnis müssen Abgeordnete die Ergebnisse der Meinungsbildung in der Bevölkerung in die Parlamente tragen und dort im Interessenausgleich in die Gesetze einfließen lassen. Mit TTIP wäre wohl schon die



Diskussionsgrundlage nach den Interessen der Konzerne gestrickt. Wird dies noch damit verbunden, den Unternehmen das Sonderklagerecht ISDS zu geben, falls doch mal ein Gesetzgeber aufbegehrt, käme dies einer geregelten Kapitulation unserer demokratischer Verfahren gleich.

Ich habe mich selbst für eine Prüfung neuer Gesetze ausgesprochen: nämlich für eine Sozialverträglichkeitsprüfung. Das fand für die EU-Ebene jedoch nicht die Unterstützung von CDU, SPD oder Liberalen und ihren Schwesterparteien. Gleichzeitig soll aber akzeptiert werden, eine Investorenverträglichkeitsprüfung in einem Vertrag festzuschreiben, der nicht einmal gekündigt werden kann? Wenn einige Personen in der Kommission der Meinung sind, Investitionen müssten vor Wahlergebnissen geschützt werden, dann sollten sie dies ehrlicher Weise auch so sagen. Das gilt für beide Seiten des Atlantiks.

Doch auch Konzernvertreter, die sich für eine solche Einschränkung der demokratischen Vielfalt einsetzen, haben nicht verstanden, dass sie ihr eigenes Innovationspotenzial vernichten. Die Konzerne hätten sich nicht von allein dafür entschieden, umweltverträglichere Motoren zu entwickeln. Die heutige Wettbewerbsfähigkeit entstand aus dem Druck neuer gesetzlicher Regeln, die durch öffentliche Debatten um künftige soziale und ökologische Eckwerte für unsere Lebensweise und das Umweltbewusstsein der Bevölkerung weiterentwickelt werden konnten. Gewerkschaften mussten ebenso erkämpft werden wie Gleichberechtigungsrechte, und all dies ist heute Ausdruck eines gesellschaftlichen Entwicklungsstandes, ohne den viele neue Ideen nie gedacht worden wären. Viele weitere Beispiele sind sicherlich anzuführen.

Wussten Sie, dass in den USA schon seit vielen Jahren kein progressives Gesetz mehr beschlossen wurde, ohne dass Konzerne mit aufschiebenden Klagen dessen Anwendung verhindert hätten? Oder dass für jedes neue Gesetz dort eine in Dollar berechnete Kosten-Nutzen-Bilanz präsentiert werden muss?

Regulatorische Kooperation klingt vielleicht kompliziert und langweilig, aber tatsächlich gehört dies zu den weitreichendsten und kritischsten Elementen der TTIP-Verhandlungen. Es geht hier nicht nur um eine Gefahr für unsere heute gültigen Standards. Die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft, ihrer Gesetze und Regulierungen droht verhindert zu werden.

## **Nicht in Charlies Namen. Wie das Andenken der Opfer von Paris vereinnahmt wird**

*Von Tobias Riegel;  
aus: neues deutschland, 17. Januar 2015*

Die Ermordeten von Paris sind unschuldig. An ihrem sinnlosen Tod durch ein schreckliches Verbrechen sowieso. Aber auch an der Welle des Pathos, der Heuchelei und der dreisten Vereinnahmung ihres Andenkens.

Die versammelte Spiegel-Gruppe ist angeblich „Charlie“, Google trägt Trauerflor, die „FAZ“ schwafelt von „Heldentot“, die Pariser Menge applaudiert den Scharfschützen, der Anti-

Terror-Spezialist Petro Poroschenko wird ebenso untergehakt wie der Pressefreiheitskämpfer Viktor Orban. „Europa rückt zusammen“ – und definiert seine Werte feierlich neu: in Form von strengeren „Terror“-Gesetzen. Und unsere großen Medien haben mit den scheußlichen Attentaten und dem „Unwort des Jahres“ passende Instrumente zur Diffamierung auch linker Kritik an die Hand bekommen. Sie können (und werden) nun Islamisten, Links- und Rechtsextreme „vereint durch ihren Hass auf die Lügenpresse“ sehen. Ist ja alles irgendwie das Gleiche.

Die französischen Opfer sind uns naturgemäß näher als ferne Bürgerkriegstote. Aber jede Sonderstellung hat ihre Grenzen. Man soll Tote nicht aufrechnen. Die im erlebten Exzess fast schon obszöne Huldigung der „eigenen“ Toten (durch fragwürdiges Personal) setzt die Opfer der „Anderen“ irgendwann doch herab.

Der Marsch von Paris war ein großartiges Symbol – doch wofür eigentlich? Dafür, dass „wir“ den Muslimen nun erst recht auf die Mütze geben sollen? Für die Pressefreiheit? Angefeuert von „Bild“ und anderen Verrätern der Pressefreiheit, die „uns“ noch vor jedem Krieg und nach jeder Finanzkrise im Regen stehen lassen?

Es wird der Eindruck erweckt, die demonstrierenden Franzosen wollten einen harten Anti-Terror-Kampf gegen den Unwillen der Regierung durchsetzen. Abgesehen davon, dass dieser Unwille nicht existiert: Natürlich haben die Menschen Islam-Ängste. Sie wurden seit dem 11. September 2001 dazu erzogen.

Zur Frage, ob Mohammed-Karikaturen überhaupt als Satire zu bezeichnen sind, schrieb Raul Zelik vor einigen Tagen sehr treffend im „nd“: „Auch schlechte Satiriker sollten nicht hingerichtet werden, schon gar nicht von religiösen Witzfiguren.“ Andersherum werden die westlichen Medienkonzerne aber nicht ehrenhafter, weil nun eine Zeitung angegriffen wurde. Zumal die engagierte und nach allen Seiten austeilende Mannschaft von „Charlie Hebdo“ mit Springer und Murdoch so viel gemein hat wie Christian Ströbele mit den Menschenrechts-Bellizisten seiner grünen Partei. Ebenso werden Werk und Weltsicht von Islamhassern wie dem Niederländer Theo Van Gogh nicht erträglicher, weil er ermordet wurde.

Wer die Karikaturen als Satire bezeichnet, suggeriert eine nichtexistente muslimische Deutungshoheit, gegen die man sich zur Wehr setzen müsse. Doch wenn sich Karikaturen in den Chor der Herrschafts-Haltung einreihen – werden sie dann nicht zur mehrheitstauglichen Häme auf Kosten Schwächerer? Hier macht schon die Quantität den Unterschied. Die Karikaturen wurden nicht in den luftleeren Raum veröffentlicht. Sie wurden auch nicht in Saudi-Arabien veröffentlicht. Sie wurden im Westen zusätzlich zur „Mainstream“-Propaganda in Stellung gebracht und wurden dadurch Teil davon.

Wer im Chor mit der Herrschaftsmeinung auf „die Muslime“ eindrischt, handelt etwa so herrschaftskritisch wie Wolf Biermann, wenn er gemeinsam mit den Herrschaftsparteien des Bundestags die Linkspartei verächtlich machen will. Die Karikaturen sind so subversiv wie das Bild Putins als hungrieriger Bär. Ist der Nichtabdruck also Feigheit? Oder Respekt? Die „New York Times“ steht wegen ihrer Haltung, grundsätzlich keine voraussehbar religiös verletzenden Bilder zu veröffentlichen, gerade schwer unter Druck. Die „Titanic“ hat sich einst bewusst gegen den Nachdruck von Mohammed-



Karikaturen entschieden. Glen Greenwald wiederum hat nun eine Reihe von geschmacklosen Juden-Karikaturen veröffentlicht, was der „Spiegel“ gar nicht pressefreiheitlich findet. Eine Spirale der gezeichneten Gehässigkeiten scheint in Gang.

Man kann es beklagen, sollte es aber trotzdem wahrnehmen, dass sich viele friedliche Muslime von Mohammed-Karikaturen offensichtlich viel direkter und persönlicher angesprochen fühlen als selbst streng gläubige Christen von Papst- oder Jesus-Diffamierungen. Auch wenn wir es aus unserer erfolgsverwöhnten, super-dominanten Siegerposition nicht nachvollziehen können: Die Wirkung auf viele Muslime ist anscheinend vergleichbar mit derjenigen langnasiger Juden-Karikaturen.

Der Mohammed, der in einer Badewanne voll Blut badet, stellt die Verhältnisse zudem in hetzerischer Weise auf den Kopf. Ja, der Nahe Osten wird regelmäßig in Blut gebadet – aber wer richtet denn diese Blutbäder vor allem an? Wer ist überhaupt technisch in der Lage, in einer einzigen Shock-And-Awe-Terror-Nacht tausende Zivilisten zu töten und Millionen heimatlos zu machen? Wer treibt die Menschen erst der religiös verbrämten Pest in die Arme – durch Verwüstung, Verarmung und Entstaatlichung einerseits und direkte Unterstützung militanter islamistischer „Widerstandskämpfer“ (Afghanistan, Syrien, Libyen ...) andererseits?

Konfrontiert man sie mit westlichen Verbrechen, wird auch von „unseren“ Torexperthen genervt eingeräumt: Ja, ja. Wir bombardieren ihre Großstädte, wir verhetzen sie in unseren Massenmedien. Aber so zurückzuschlagen, ist doch wohl keine Art. Das ist wohl wahr. Die abstoßenden Bluttaten zeigen aber, wozu westliche Irrsinnspolitik labile und dumme Menschen provozieren kann, die (mangels Drohnen und weltumspannender Medienkonzerne) der Möglichkeit beraubt sind, ein angemessenes Gegengewicht zur massiven Ungerechtigkeit zu schaffen.

Attentate auf Unbeteiligte sind, auch wenn sie dadurch provoziert wurden, nicht durch Verbrechen der französischen Armee zu rechtfertigen. Terror gegen Zivilisten ist abstoßend und krank. Doch wie geht man mit dieser Krankheit um? Man muss versuchen, die Morde zu erklären, um die Wahrscheinlichkeit zu verringern, dass Irre bald wieder Unschuldige metzeln. Dafür müssen die größten Mythen zum Verhältnis „der Muslime“ zu „dem Westen“ sowie zur Zuschreibung, wer hier wen attackiert, erörtert werden. Denn die Umkehrung des Schuldprinzips ist im Falle der Muslime besonders gründlich verlaufen. Heute erscheint „der Westen“ nicht mehr als der Raubritter, der seit Jahrzehnten muslimische Länder terrorisiert. Im Gegenteil, ist er das „Opfer“, das doch nur in Ruhe Pornos gucken und Alkohol trinken will und rätselt, warum der Araber nur so sauer auf ihn ist. Stauend steht er dann da, der Westen, und fragt sich, woher plötzlich all die „Teufelskrieger“ des IS kommen, die westliche Waffen führen.

„Was wollen die Islamisten?“ Diese Frage ist so böseartig-naiv wie das ewige „Was will Putin?“ Die Islamisten wollen vor allem, dass die westlichen Armeen ihre Länder verlassen – einschließlich der „Berater“ und Drohnenstützpunkte. Sie wollen ihre Bodenschätze selber ausbeuten, sie wollen ihre Wirtschafts- und Gesellschaftsform selber wählen. Und darum haben „die Terroristen“ auch nicht „gewonnen, wenn wir unsere ‚Freiheit‘ einschränken“, wie es seit dem 11. September 2001 in den Kommentaren heißt. „Unsere“ Freiheit

ist ihnen herzlich egal. Es geht ihnen um die Freiheit, die „der Westen“ vielen muslimischen Ländern brutal vorenthält. Wodurch „der Westen“ sich auch mitschuldig macht an der Rückständigkeit, die er beklagt. Man kann nicht Länder ins Mittelalter bomben und dann einen Genderstatus des 21. Jahrhunderts einfordern.

Mit einer Sicht, die nur in den europäischen Grenzen verharret, können „wir“ uns tatsächlich etwas auf unsere Verfassungen und Gewaltenteilungen einbilden. Unsere einflussreichen Kommentatoren sind dementsprechend besoffen von „unserer“ Fortschrittlichkeit. Doch der christlich dominierte Neoliberalismus lebt eben nicht über die eigenen Verhältnisse, sondern über die der „dritten Welt“. Ein Blick auf die an Muslimen verübten westlich/christlichen Verbrechen allein im jungen Jahrhundert müsste die US-europäische Selbstbeweihräucherung auf dem Gebiet der „Menschenrechte“ augenblicklich zum Verstummen bringen.

Auch der Hinweis, die Terroristen in Europa seien westlich sozialisiert, ihre Taten hätten also nichts mit den Kriegen im Nahen Osten zu tun, ist nicht zielführend. Zum einen ist der westliche Sozialisations-Einfluss auf Zuwanderer – wegen der westlichen Ausgrenzungspolitik ihnen gegenüber – begrenzt. Zum anderen ist ein Mindestgrad an Bildung und sozialer Sicherung Voraussetzung für Politisierung und damit Radikalisierung. Es ist daher nicht verwunderlich, dass Einwandererkinder in westlichen Metropolen zu Terroristen werden. Sie erfahren durch ihren direkten Einblick in beide Welten die globale Ungerechtigkeit am eigenen Leib. Auch haben sie mehr Überblick über die weltweiten (Wirtschafts-) Zusammenhänge als der Schafhirte in Irak. Dazu kommen persönliche Zurückweisungen. Das Gefühl eines jungen, im reichen London oder Paris benachteiligt aufwachsenden Irakers, er müsse für seine vom Westen in Bagdad ermordeten Verwandten in den Kampf ziehen, ist als Motiv nicht abwegig. Und auch dabei geht es ihm wohl nicht (zuerst) um die Umerziehung der Briten, sondern um die British Air Force, die sein Land jahrelang immer wieder bombardiert hat.

Einer der Attentäter von Paris bezeichnete im mutmaßlichen Bekennervideo die westlichen Kriege in Nahost explizit als Tatmotiv. Man möchte diesen gefährlichen Idioten schützen – hat er durch seine Wahnsinnstat doch genau die „Rechtfertigung“ dafür geliefert, dass diese Kriege nun erst richtig Fahrt aufnehmen werden. Es fällt schwer zu glauben, dass es schlichte Gemüter gibt, die immer noch nicht wissen, dass sich Terror augenblicklich gegen die proklamierte „Sache“ wendet. Und wenn sie es doch wissen – warum begeben sie ihre Taten?

Beginnend mit „Lawrence von Arabien“, über die Mudschaheddin in Afghanistan, bis zur aktuell skandalös freien Hand für den Terrorsponsor und US-Vasall Saudi Arabien und die westlich geschaffenen Islamisten-Armeen in Syrien, Libyen und Irak: Warum gestatten unsere Medien „dem Westen“ immer wieder, sich von den eigenen Produkten zu distanzieren? Warum lassen wir es durchgehen, dass die westlichen Väter des IS nun mit geheuchelter Abscheu auf jene westlich bewaffneten Desperados deuten?

Der radikale Islamismus ist gefährlich und darf nicht verharmlost werden. Die Geister, die der Westen rief, und wiederholt probierte zu nutzen, haben sich als üble Ausprägungen wie Boko Haram auch (scheinbar) selbstständig gemacht. Aber die Religion ist dem Islamismus Vehikel. Sein



Ursprung ist sozial und geopolitisch. Und sozialer und geopolitischer Art müssen auch die Anti-Terror-Strategien sein – und nicht militärisch.

Während man aber von konkreten Bildern der Verwüstungen durch westliche Armeen verschont bleibt, werden krasse Einzelaten etwa des IS breit gesendet. Wir kennen die Bilder der Enthauptungen der westlichen IS-Geiseln ja nicht, weil wir uns in Islamisten-Foren herumtreiben. Sondern weil sie in allen großen Medien abgebildet waren. Der dauernde Verweis eben jener Medien auf die „Medienkompetenz“ der Islamisten, die „genau wüssten, wie sie Angst und Schrecken verbreiten“, ist da eine absurde Schutzbehauptung: Diese Bilder wurden gierig aufgesogen, riesengroß aufgemacht und als Argument für den westlichen (bald auch deutschen) Kriegseintritt genutzt.

Die Verbrechen unserer „Eliten“ bedeuten aber nicht, dass die EU- und US-Bürger sich nun schuldbeladen fühlen müssen. Sie suchen sich die Medienkonzerne nicht aus, von denen sie vergiftet werden. Und auch wenn diese behaupten, unser Wohlstand hinge vom Massenmord in anderen Ländern ab: Der westliche Normalbürger und auch der US-Soldat haben (außer der Terrorgefahr) nichts von den westlichen Drohnenattacken und Eroberungskriegen, und etwa die US-Bevölkerung hat gar keine pazifistische Wahl-Option – im Gegensatz zur deutschen, die sie aber nicht nutzt.

Die Attentäter von Paris sind tot. Ebenso wie die Terroristen macht „der Westen“ keine Gefangenen. Hüben wie drüben herrscht die Kultur der extralegalen Hinrichtungen. Die unschuldigen 17 Opfer der beiden abscheulichen Attentate von Paris aber werden noch so manches westliche Massaker rechtfertigen müssen. Vielleicht muss die Losung schon bald nicht mehr lauten „Ich bin Charlie“ sondern: „Nicht in Charlies Namen!

## Die alte Geschichte von der reifen Frucht

*Zur Normalisierung der Beziehungen Kuba – USA*

*Von Jörg Rückmann (AG Cuba Sí) und Horst Schäfer; aus: Cuba Sí-Revista 1-2015*

Am 17. Dezember 2014 verkündeten Barack Obama und Raúl Castro die Normalisierung der Beziehungen zwischen den USA und Kuba. Nur wenige Wochen vorher veröffentlichten William M. LeoGrande und Peter Kornbluh freigegebene Dokumente des Nationalen Sicherheitsarchivs der Vereinigten Staaten aus dem Jahr 1976 über Kriegsvorbereitungen der USA gegen Kuba.

„Ich glaube, wir werden Castro zerschmettern müssen.“ Mit diesen Worten unterbreitete der damalige US-Außenminister Henry Kissinger am 25. Februar 1976 Präsident Gerald Ford den Vorschlag, Krieg gegen Kuba zu führen. Mit einem kurzen „I agree“ stimmte Ford diesem Vorschlag zu.

Als Grund für die Kriegspläne wird in den Dokumenten die militärische Unterstützung Kubas für Angola angegeben.<sup>1</sup> Umgesetzt werden konnten die Pläne aber nicht mehr, da Ford nach seiner ersten Amtszeit durch James Carter im Präsidentenamt abgelöst wurde und eine kurze Phase vorsichtiger Annäherung begann.

## Kaufen oder annektieren?

Die wahren Gründe für die Kriegspläne erschließen sich bei einem historischen Rückblick auf das Verhältnis der USA zu Kuba.

Das Interesse der USA an Kuba ist so alt wie die Vereinigten Staaten selbst. US-Präsident Thomas Jefferson (1801 – 1809) machte der spanischen Kolonialmacht im Jahre 1808 ein Kaufangebot für die Insel. Die Spanier aber lehnten ab.

John Quincy Adams (US-Präsident von 1825 – 1829) meinte schon in seiner Zeit als Außenminister (1817 – 1824), Kuba gehöre eigentlich zu den USA. Er verglich die Insel mit einer reifen Frucht, die durch die „Gesetze der politischen Gravitation“ in den Schoß der USA fallen werde.

Anfang des 19. Jahrhunderts begannen in zahlreichen spanischen Kolonien Mittel- und Südamerikas Unabhängigkeitskämpfe – was wiederum dazu führte, dass sich andere europäische Kolonialmächte für Lateinamerika zu interessieren begannen.

Am 2. Dezember 1823 definierte US-Präsident James Monroe (1817 – 1825) in seiner „President’s Annual Message“ den amerikanischen Kontinent als „Hemisphäre“ der USA und warnte die europäischen Kolonialmächte davor, sich in die Angelegenheiten der Neuen Welt einzumischen. Diese Textpassage, die als Monroe-Doktrin bekannt geworden ist, bestimmt bis in die Gegenwart die Außenpolitik der Vereinigten Staaten.

Im Verlauf des 19. Jahrhunderts begannen die USA mehr und mehr, ihre geopolitischen Interessen mit militärischen Mitteln durchzusetzen – und das nicht nur in „ihrer Hemisphäre“, sondern weltweit.<sup>2</sup> Die Begründungen für die Militäreinsätze lauteten immer ähnlich, so z. B.: Schutz von US-Bürgern, von US-amerikanischen Interessen, von US-Eigentum. Von 1822 bis 1825 rückten US-amerikanische Kriegsschiffe viermal in Richtung Kuba aus. Als Grund wurde hier der Kampf gegen die Piraterie angegeben.<sup>3</sup> Auch wiederholten die USA noch mehrere Male ihr Kaufangebot für Kuba: Zwischen 1839 und 1858 wollten sie bei drei Angeboten bis zu 130 Millionen Dollar bezahlen, bei zwei weiteren Offerten boten sie bis 1898 bis zu 400 Millionen – doch Spanien lehnte immer wieder ab.

Auch über eine Annexion der Insel hatte man in Washington nachgedacht. Der US-Botschafter in London und spätere Präsident James Buchanan (1857 – 1861) drohte zusammen mit seinen US-Kollegen in Paris und Madrid 1854 im „Manifest von Ostende“, wenn Spanien Kuba nicht verkaufe, könne es notwendig werden, Gewalt anzuwenden.

Einige Jahre zuvor hatte General Narciso López aus Florida versucht, ähnliche Gedanken in die Tat umzusetzen. 1849 heuerte er mit Unterstützung des Gouverneurs von Mississippi, John Quitman, eine Söldnertruppe an, um Kuba für die USA zu erobern. Doch das Unternehmen scheiterte.

## Verhinderte Unabhängigkeit

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nahmen in Kuba die Bestrebungen für die Unabhängigkeit des Landes zu. Nach dem „Zehnjährigen Krieg“ (1868 – 1878) und mehreren kleineren Aufständen begann 1895 ein weiterer Unabhängigkeitskrieg. Nach einem opferreichen Kampf stand die Befreiungsbewegung Anfang 1898 kurz vor dem Sieg. Das alarmierte Regierung, Militär und insbesondere die Geschäfts-





welt der USA. Die Anerkennung eines unabhängigen Kubas wurde von US-Präsident McKinley als „unklug“ abgelehnt, denn dann, so fürchtete man, würde den USA der Einfluss auf die Entwicklung Kubas erschwert. Doch die Regierung McKinley wusste nicht so recht, wie sie einen Krieg gegen Spanien rechtfertigen sollte.

Am 15. Februar 1898 explodierte im Hafen von Havanna das US-Kriegsschiff Maine<sup>4</sup> – und man hatte den gesuchten Vorwand. Am 25. April segnete der US-Kongress den Marschbefehl für Armee und Flotte ab. Dieses militärische Eingreifen der USA richtete sich nicht nur gegen Spanien, sondern auch gegen die kubanischen Aufständischen und brachte Kuba nicht Selbstbestimmung, sondern US-Dominanz bis 1959.

Die USA veränderten mit diesem kurzen Krieg aber auch die politische Weltkarte: Spanien musste neben Kuba auch Puerto Rico, Guam und die Philippinen an die USA abtreten.

Kuba wurde gezwungen, den USA durch einen zusätzlichen Verfassungsartikel (Platt Amendment) u. a. das Recht zur „Intervention für die Bewahrung der kubanischen Unabhängigkeit“ einzuräumen. Von diesem Recht machten die USA mehrfach Gebrauch. So z. B. 1906: Nach Unruhen wegen Wahlbetrugs schickte Präsident Theodore Roosevelt seinen Kriegsminister Howard Taft, um Ordnung zu schaffen. Die USA kontrollierten mit ihren Truppen das Land bis 1909. 1912 rebellierte die schwarze Bevölkerung Kubas. Taft, jetzt US-Präsident (1909 – 1913), ließ wieder Truppen einmarschieren. Begründung: Schutz des Eigentums von US-Bürgern.

Die USA unterstützten Diktator Gerardo Machado, der Kuba von 1924 bis 1933 regierte. 1933 verweigerten sie der progressiven Regierung unter dem Medizinprofessor Ramón Grau San Martín die Anerkennung. Nach nur 105 Tagen im Amt wurde sie im Januar 1934 – unter maßgeblicher Beteiligung von Fulgencio Batista – gestürzt.

Batista, von 1940 bis 1944 selbst Präsident Kubas, kandidierte 1952 noch einmal zu den Wahlen, doch die Umfragen machten deutlich, dass er verlieren würde. Drei Wochen vor dem Urnengang, am 10. März 1952, putschte sich Batista an die Macht. Die US-Regierung unter Harry S. Truman erkannte innerhalb von 17 Tagen die Putschregierung an und ließ ihr wirtschaftliche und militärische Hilfe zukommen. Noch im März 1952 schlossen die USA mit Kuba Vereinbarungen über „gegenseitige“ Unterstützung bei der Verteidigung (Mutual Defense Assistance Agreement, Military Assistance Program).

Freigegebene vertrauliche Papiere der US-Regierung über Waffenlieferungen nach Kuba belegen, dass der Kampf gegen die Revolutionäre um Fidel Castro nicht erst mit dem Sieg der Revolution 1959 begann. So beantwortete z. B. US-Botschafter Earl T. Smith am 13. September 1957 eine Anfrage von Außenminister Dulles und teilte darin mit, dass von Batistas Armee Waffen und anderes Kriegsmaterial aus den USA „in erheblichen Mengen in den vergangenen Monaten in der Offensive gegen die Streitkräfte der Rebellen von Fidel Castro in den Bergen der Sierra Maestra benutzt wurden“.<sup>5</sup>

Die weitere Geschichte ist bekannt: Nach dem Sieg der Revolution 1959 versuchten die USA mit unzähligen Maßnahmen, ein unabhängiges oder gar sozialistisches Kuba zu verhindern: Blockade, Invasion, biologische Kriegführung, terroristische Aktionen, Attentate ...

## Neue Kräfteverhältnisse

Zu dem Zeitpunkt, als Kissinger, Ford und Scowcroft im Weißen Haus über einen Krieg gegen Kuba berieten, hatte Kuba seine Revolution schon mehr als 16 Jahre erfolgreich verteidigt und konnte sich auf die umfangreiche Unterstützung der sozialistischen Länder verlassen. Die USA waren nicht mehr alleinige Weltmacht, und die politische Weltkarte veränderte sich weiter. Viele Länder Afrikas und Asiens hatten in den 50er und 60er Jahren ihre Unabhängigkeit erkämpft. In den 70er Jahren fielen in Europa die Diktaturen in Portugal, Spanien und Griechenland. In Vietnam hatten es die USA trotz eines jahrelangen blutigen Krieges nicht vermocht, die Unabhängigkeit und den sozialistischen Weg des Landes zu verhindern.

Kuba half ab 1975 der jungen Volksrepublik Angola militärisch im Kampf um die Bewahrung der gerade errungenen Unabhängigkeit – gegen die Armee des südafrikanischen Apartheidregimes und gegen Söldnertruppen, die auch von den USA unterstützt wurden.

Die 70er Jahre markierten aber auch den Beginn einer Gegenoffensive der US-geführten kapitalistischen Welt. 1973 wurde mit Hilfe der USA der sozialistische Präsident Chiles, Salvador Allende, gestürzt. Das südamerikanische Land wurde in der Zeit der Pinochet-Diktatur auf grausame Weise zum Versuchslabor für den Neoliberalismus.

Die von LeoGrande und Kornbluh veröffentlichten Kriegspläne gegen Kuba aus dem Jahr 1976 sind also weniger eine Reaktion der USA auf das internationalistische Engagement Kubas in Angola, sie belegen vielmehr die Kontinuität der aggressiven Außenpolitik der Vereinigten Staaten gegen Länder, die für ihre Unabhängigkeit und für sozialen Fortschritt kämpfen. Und sie reißen sich nahtlos ein in die lange Liste der US-Attacken gegen Kuba.

## Großer politischer Erfolg

17. Dezember 2014: Nach über einem halben Jahrhundert wollen die USA ihre Beziehungen zum sozialistischen Kuba normalisieren. An diesem Tag saß wohl ganz Kuba vor dem Fernseher und verfolgte die parallel gehaltenen Fernsehansprachen von Präsident Raúl Castro und US-Präsident Barack Obama: Gefangenenaustausch, engere Zusammenarbeit, Lockerung der Blockade, Eröffnung von Botschaften.

Dieses Ergebnis monatelanger Geheimverhandlungen ist ein enormer politischer und diplomatischer Erfolg für das sozialistische Kuba. Das kleine Land hat der Welt gezeigt, dass man politische Auseinandersetzungen erfolgreich führen kann, ohne eigene Prinzipien aufzugeben.

Die wirtschaftliche Stabilisierung Kubas, die gleichberechtigte Position Kubas in der lateinamerikanischen Völkerfamilie sowie die neuen Kräfteverhältnisse in der Region haben die USA gezwungen, sich auf Kuba zuzubewegen und ihre seit über 50 Jahren unverändert harte Position gegenüber dem sozialistischen Land zu ändern.

## Besorgte Stimmen

Fakt ist: Der Einfluss der USA auf ihren „Hinterhof“ Lateinamerika ist geringer geworden, ihr politisches Ansehen in der Region ist beschädigt und ohne ein gutes Verhältnis zu Kuba sicher auch nicht so leicht zu reparieren.

In zahlreichen Ländern der Region stehen linke Kräfte in Regierungsverantwortung. Mit ALBA, CELAC, UNASUR sind



Staatenbündnisse entstanden, die sich einem friedlichen und solidarischen Zusammenleben der Völker verpflichtet sehen. Einige Länder haben sich aus der Abhängigkeit von IWF und Weltbank befreit, Handelsabkommen werden z. T. in nationalen Währungen abgerechnet – nicht mehr in US-Dollar. Im ALBA-Raum ist ein eigenes Finanzsystem im Entstehen. In Lateinamerika sind zudem neue, starke Wirtschaftspartner aktiv, die den USA sowohl in der Region, aber auch international Konkurrenz machen.

Die jetzige Änderung der US-Kubapolitik ist eine Folge dieser politischen Entwicklung und wird international positiv bewertet. Aber in Kuba, Lateinamerika und in der internationalen Solidaritätsbewegung sind auch besorgte Stimmen zu vernehmen.

Gegen Venezuela und Russland haben die USA fast zeitgleich zu den Meldungen des 17. Dezember Sanktionen verhängt.<sup>6</sup> Diese Maßnahmen richten sich gegen Verbündete Kubas und gegen bestehende Allianzen – und schaden so wiederum Kuba.

Der venezolanische Präsident Maduro reagierte auf diese widersprüchliche Politik Obamas mit folgenden Worten: „Einerseits erkennt er das Scheitern von Aggressionspolitik und Sanktionen gegen unsere kubanische Schwester an, die mit Würde Widerstand geleistet und gesiegt hat, andererseits initiiert er eine neue Etappe von Aggressionen gegen das Vaterland von Bolívar ...“

Mit der Annäherung an Kuba wollen die USA auch ihr Image in der Region aufpolieren und über diesen Weg wieder mehr Einfluss in „ihrem Hinterhof“ zurückgewinnen. Eine paradoxe Situation.

Liest man die Rede Obamas sowie den Preetext des Weißen Hauses vom 17. Dezember aufmerksam, wird schnell klar, dass die US-Regierung ihre alten Positionen zu Lateinamerika nicht geändert hat und immer noch von der „reifen Frucht“ Kuba träumt.

„... ich meine“, so der US-Präsident in seiner Ansprache, „dass wir das kubanische Volk stärker unterstützen und uns noch besser für die Verbreitung unserer Werte dort engagieren können.“ Die Isolierung Kubas habe nicht funktioniert, und jetzt sei der Moment für eine neue Politik. „Angesichts der Geschichte Kubas gehe ich davon aus, dass Kuba eine Außenpolitik fortsetzen wird, die zuweilen immer noch in scharfem Gegensatz zu amerikanischen Interessen stehen wird.“<sup>7</sup>

Und in der Erklärung des Weißen Hauses heißt es unter anderem: „Heute erneuern wir unsere Führungsrolle auf dem gesamtamerikanischen Kontinent. ... Die Administration wird weiterhin US-Programme umsetzen, die einen positiven Wandel in Kuba fördern ...“<sup>8</sup>

Bei diesen Worten kommen einem die Medienberichte des vergangenen Jahres über aufgeflogene US-Programme gegen Kuba in Erinnerung: So z. B. das twitterähnliche „Zun-Zuneo“, das junge Leute zu einem „kubanischen Frühling“ auf die Straße bringen sollte. Oder die „Unterstützung“ junger Musiker, die sich in ihren Texten gegen die kubanische Regierung positionieren sollten.<sup>9</sup> Mit solch verdeckten Aktionen führen die USA heute den Kampf gegen die kubanische Revolution; und sie werden künftig alle Bereiche nutzen, in denen Kuba neue bilaterale und internationale Beziehungen entwickeln und ausbauen kann – Sport, Wissenschaft, Kultur, Tourismus, Ökonomie, die Arbeit von NGOs und Kirchen, das Feld der Diplomatie ...

## Offene Fragen

Der Mut Obamas, diese längst überfälligen Änderungen in der Kuba-Politik der USA einzuleiten, ist anzuerkennen. Aber bis zu welchem Punkt werden die politischen Eliten der USA und die extremen Rechten in Miami ihren Präsidenten in seiner verbleibenden Amtszeit agieren lassen, um die Beziehungen zu Kuba zu normalisieren? Und: Wird ein neuer US-Präsident den eingeschlagenen Weg fortsetzen?

Zum Zeitpunkt des Erscheinens dieses Artikels (Cuba Sí-Revista 1-2015, Erscheinungstag 30.1.2015 – d. Red.) begannen die offiziellen Gespräche zwischen Kuba und den USA, und es sind unzählige Fragen zu klären: Verbleibt Kuba auf der Liste der „Schurkenstaaten“? Schafft es Obama, den Kongress zu überzeugen, die Blockadegesetze aufzuheben?

Wie werden sich jene US-Unternehmen verhalten, die schon jetzt lauthals ihre Forderungen nach Entschädigungen für enteigneten Besitz in Kuba erneuern?

Wie lange wird es noch US-amerikanische Abwerbprogramme für kubanische Ärzte geben? Wie lange noch werden im US-Haushalt Millionensummen für Aktionen gegen Kuba eingeplant? Wird es die von Obama bei seinem Amtsantritt vor sechs Jahren angekündigte Schließung des Gefangenlagers Guantánamo geben, und wann wird dieser von den USA beanspruchte Teil des kubanischen Territoriums endlich an Kuba zurückgegeben?

Auch die Verbündeten der USA müssen sich positionieren. Wird die Europäische Union endlich ihren „Gemeinsamen Standpunkt“ zu Kuba aufgeben und eine eigenständige Kuba-Politik zu beiderseitigem Vorteil entwickeln? Wann wird die Bundesrepublik Deutschland ihre Haltung zu Kuba überdenken und verändern?

Das Angebot Kubas lautet: „Wir schlagen der Regierung der Vereinigten Staaten die Ergreifung gegenseitiger Maßnahmen vor, um das bilaterale Klima zu verbessern und um basierend auf den Prinzipien des internationalen Rechts und der Charta der Vereinten Nationen in Richtung auf eine Normalisierung der Verbindungen zwischen unseren Ländern voranzukommen.“<sup>10</sup>

### Anmerkungen:

- 1 <http://www2.gwu.edu/~nsarchiv/NSAEBB/NSAEBB487/>  
Siehe auch: William M. LeoGrande, Peter Kornbluh: „Back Channel to Cuba“, ISBN 978-1-4696-1763-3
- 2 „Instances of Use of United States Armed Forces Abroad, 1798 – 2009“, <http://fas.org/sgp/crs/natsec/RL32170.pdf>
- 3 Ebenda.
- 4 Der Vorfall konnte bis heute nicht zweifelsfrei geklärt werden. Eine spanische und eine US-amerikanische Untersuchungskommission legten unterschiedliche Ergebnisse vor. Der Verdacht liegt aber nahe, dass die USA diesen Vorfall selbst provoziert haben. 1912 haben sie das „Beweisstück“ in internationalen Gewässern versenkt.
- 5 Horst Schäfer: „Im Fadenkreuz: Kuba“, Kai Homilius Verlag 2004, ISBN 3-89706-87-1
- 6 US-Gesetze H.R.5859 (Ukraine Freedom Support Act) unter <https://www.congress.gov/bill/113th-congress/house-bill/5859/actions> und S.2142 (Venezuela Defense of Human Rights and Civil Society Act) unter <https://www.govtrack.us/congress/bills/113/s2142/text>
- 7 Obamas Rede im Wortlaut: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-12/barack-obama-rede-beziehungen-usa-kuba>
- 8 Erklärung des Weißen Hauses: <http://blogs.usembassy.gov/amerikadienst/2014/12/17/kuba/>
- 9 <http://www.welt.de/politik/ausland/article135318834/USA-kaempfen-mit-Hip-Hop-gegen-Fidel-Castro.html>
- 10 Rede von Raúl Castro am 17. Dezember 2014: <https://amerika21.de/dokument/110018/rede-raul-castro-usa>



● **Anmerkung** des Autors Jörg Rückmann

Ende Januar 2015, fast zeitgleich zur Drucklegung des Artikels in der Cuba Sí-Revista, fand die erste offizielle Gesprächsrunde zwischen den USA und Kuba statt; eine zweite Runde am 27. Februar in Washington und eine dritte am 16. März in Havanna folgten. Beide Seiten beschreiben den Verlauf der Gespräche mit Worten wie „konstruktiv“, „professionell“, „nutzbringend“, „produktiv“ und „positiv“. Ein Durchbruch bei grundlegenden Fragen, geschweige konkrete Ergebnisse konnten aber noch nicht erzielt werden.

Die Annäherung beider Länder wird ein langer und zäher Prozess werden, der nicht nur die Aufnahme regulärer diplomatischer Beziehungen umfasst, sondern die Beziehungen beider Länder auf unzähligen Gebieten regeln muss. Die Themenliste ist lang: Postdienst und Telekommunikation, Eindämmung des Klimawandels, Prävention von Naturkatastrophen, Bekämpfung des Drogenhandels und des Terrorismus, Kampf gegen Epidemien, Meeresschutz, seismische Überwachung, Sicherheit der Luftfahrt u. v. a. m.

Kuba erklärt mit Nachdruck, dass die Grundlagen künftiger Beziehungen beider Länder die Prinzipien des Völkerrechts, der Charta der Vereinten Nationen sowie des Wiener Abkommens über diplomatische Beziehungen sein müssen. Das Land weist jeden Versuch der Einmischung in innere Angelegenheiten zurück: Es darf „nicht der Anspruch gestellt werden, dass Kuba dafür seine Ideale der Unabhängigkeit und sozialen Gerechtigkeit aufgibt, auch nur von einem seiner Prinzipien abweicht oder auch nur einen Millimeter in der Verteidigung der nationalen Souveränität zurückgeht“. (Raúl Castro auf dem CELAC-Gipfel am 28. Januar 2015)

Mit dieser klaren Haltung demonstriert Kuba auch die Unterstützung für seine Verbündeten in Lateinamerika, so z. B. derzeit vor allem für Venezuela.

Kuba fordert die Respektierung des völkerrechtlichen Grundsatzes für jeden Staat, sein politisches, wirtschaftliches, soziales und kulturelles System selbst zu wählen, ohne Einmischung durch einen anderen Staat. Das Land weist die gegenwärtigen Destabilisierungsversuche der USA gegen Venezuela zurück und sieht die Proklamation von Lateinamerika und der Karibik als Friedenszone als unverzichtbare Plattform für die Beziehungen auf dem amerikanischen Kontinent.

In Venezuela wurden im Februar Pläne für einen Putsch gegen die Regierung Maduro aufgedeckt, und am 9. März hatte US-Präsident Obama Venezuela in einem Dekret zu einer „außergewöhnlichen Gefahr für die nationale Sicherheit der USA“ erklärt sowie Sanktionen gegen Vertreter der venezolanischen Regierung verhängt. Auf die Verhandlungen mit Kuba, so die US-amerikanische Sicht, hätten die gegenwärtigen Unruhen in Venezuela keinen Einfluss.

Auffallend bei der Verhandlungsrunde zwischen den USA und Kuba am 16. März in Havanna war die kurze Dauer des Treffens. Obwohl bisher keine offiziellen Meldungen zum Inhalt der Gespräche veröffentlicht wurden, kann mit großer Wahrscheinlichkeit davon ausgegangen werden, dass Kuba die US-Einmischung in Venezuela und die massive Unterstützung der Opposition in dem südamerikanischen Land thematisiert hat.

Interessant ist auch, dass nicht nur die regionalen neuen Staatenbündnisse Venezuela unterstützen. Auch die Bewegung der Blockfreien Staaten hat ihre Solidarität mit dem Volk und der Regierung Venezuelas erklärt. Diese breite in-

ternationale Unterstützung für Venezuela wird Kubas Verhandlungsposition gegenüber den USA stärken. Des Weiteren ist Kuba in den gegenwärtigen Verhandlungen mit den USA auch der Anwalt lateinamerikanischer Interessen.

Derzeit drängen die USA auf die Eröffnung von Botschaften in Washington und Havanna – dieser Schritt solle möglichst noch vor dem OAS-Gipfel in Panama am 10. April realisiert werden.

Kuba hat seinerseits mehrfach seinen Standpunkt zu diesem Thema deutlich zum Ausdruck gebracht: „Könnten etwa die diplomatischen Beziehungen wieder aufgenommen werden, ohne dass die Finanzdienstleistungen für die Interessenvertretung Kubas und ihr Konsulat in Washington wiederhergestellt werden, die als Folge der Finanzblockade unterbrochen wurden? Wie wäre eine Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen erklärlich, ohne dass Kuba aus der Liste der Staaten, die den internationalen Terrorismus fördern, entfernt wird? Wie wird von nun an das Verhalten der US-Diplomaten in Havanna in Bezug auf die Einhaltung der in der Internationalen Konvention für diplomatische und konsularische Beziehungen festgelegten Normen sein?“

Wir haben mit dem US-Präsidenten die Bereitschaft geteilt, zur Normalisierung der bilateralen Beziehungen voranzuschreiten, sobald die diplomatischen Beziehungen wieder aufgenommen sind, was bedeutet, gegenseitige Maßnahmen zu ergreifen, um das Klima zwischen den beiden Ländern zu verbessern, andere offene Fragen zu lösen und in der Zusammenarbeit voranzukommen.“ (Raúl Castro auf dem CELAC-Gipfel am 28. Januar 2015)

Für die Eröffnung von Botschaften und den zu verhandelnden Prozess der Normalisierung der Beziehungen stehen für Kuba neben den genannten Punkten die bedingungslose Aufhebung der Wirtschafts- Handels- und Finanzblockade sowie die Rückgabe des seit über einem Jahrhundert besetzten Gebietes in der Provinz Guantánamo, das von den USA als Militärstützpunkt und als Gefängnis genutzt wird, ganz oben auf der Prioritätenliste.

Den Versuch der USA, in den Verhandlungsrunden und auch beim bevorstehenden OAS-Gipfel das Thema Menschenrechte gegen Kuba zu instrumentalisieren, kommentiert Kuba folgendermaßen:

„Die westlichen Staaten argumentieren gegenüber den Ländern der sogenannten dritten Welt gern mit den Menschenrechten. Auch da vertreten sie ein völlig anderes Konzept als wir und die Länder des Südens. Von welchen Menschenrechten sprechen sie, wenn in vielen europäischen Ländern Bürger, die gegen soziale Missstände protestieren, von militärisch ausgerüsteten Polizisten verprügelt werden, wenn in Spanien das Recht auf Protest eingeschränkt oder ganz untersagt wird, wenn Menschen aus ihren Wohnungen geworfen werden oder auf der Straße landen, weil eine Fabrik geschlossen wird, um den Profit der Aktionäre zu steigern?“

Was ist das wichtigste, das existenziellste Menschenrecht? Wir meinen, das ist das Leben. Warum kümmern sich die Regierungen, die sich so große Sorgen um die Menschenrechte machen, nicht darum, die Gesundheitsversorgung, die Bildung, bezahlbare Wohnungen, die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben, gleichen Lohn für gleiche Arbeit und soziale Gerechtigkeit für die Bevölkerung ihrer eigenen Länder herzustellen oder zu sichern? Wir möchten gern über die Menschenrechte der Flüchtlinge und der Min-



derheiten in Europa reden, über die Menschenrechte der schwarzen Bevölkerung in den USA, über die Menschenrechte der Häftlinge, die ohne Anklage und Gerichtsverhandlung in der US-Basis von Guantánamo festgehalten, entwürdigt und gefoltert werden.

Wir sind bereit, uns über all diese Themen in Panama und an jedem anderen Ort der Welt zu unterhalten. Aber das ist nicht das Konzept der USA und ihrer Gefolgsleute. Sie wollen keine gleichberechtigte Diskussion, sondern allein darüber entscheiden, wer über welche Themen reden darf. Ich sage Ihnen voraus, dass sie mit diesem Konzept scheitern werden.“ (Oscar Martínez, stellvertretender Leiter der Abteilung für internationale Beziehungen beim ZK der KP Kubas, junge Welt, 25. Februar 2015)

## Syrien und Irak: Gewaltspirale stoppen, zivile Akteure unterstützen

*Interview mit Jan van Aken und Christine Buchholz, Abgeordnete der Linksfraction im Bundestag; aus: <http://linksfraktion.de> 26. Januar 2015*

*Die Spirale der Gewalt dreht sich auch in Syrien und Irak weiter, und die Bundesregierung mischt munter mit. Statt zivilgesellschaftliche Akteure zu unterstützen, beteiligt sie sich selektiv an der Stärkung militärischer Konfliktaustragung. Warum weder die Ausbildungsmission im Irak noch das Bundeswehrmandat für die Patriot-Raketen in der Türkei Frieden in der Region schaffen, erklären im Interview Christine Buchholz und Jan van Aken.*

● **Millionen Menschen sind in Syrien und Irak auf der Flucht vor den Terrormilizen „Islamischer Staat“ (IS), unzählige wurden bereits Opfer von deren brutaler Gewalt. Jetzt soll die Bundeswehr irakische und kurdische Sicherheitskräfte ausbilden, die gegen die IS-Kämpfer vorgehen sollen. Ihre Fraktion lehnt das ab. Warum?**

**Christine Buchholz:** Es sind tatsächlich Millionen auf der Flucht, aber nicht erst seit der so genannte „Islamische Staat“ auf dem Vormarsch ist. Die größte Fluchtwelle wurde durch das syrische Regime ausgelöst, das seit 2012 wahllos Städte und Dörfer aus Luft bombardiert, die nicht mehr unter der eigenen Kontrolle sind. Die Entsendung der Bundeswehr in den Irak wird daran überhaupt nichts ändern. Aber es stellt die Bundeswehr an die Seite eines Regimes in Bagdad, das selbst Menschenrechtsverletzungen begeht. Die Regierung dort stützt sich auf radikalschiitische Milizen, die einen Krieg gegen alle Sunniten führen und nach Eroberung von Orten „ethnische Säuberungen“ durchführen. So mussten aus Dschurf al-Sakher 80 000 Zivilisten fliehen. Auch in Irakisch-Kurdistan sind Peschmerga-Generäle an der Verfolgung politischer Oppositioneller beteiligt. Die Bundeswehr darf sich nicht zum Komplizen einer solchen Politik machen.

● **Ist es nicht auch gefährlich, jetzt die kurdischen Peschmerga im Nordirak aufzurüsten, während die Zentralregierung in Bagdad nur abnicken darf, aber ansonsten kaum beteiligt wird? Ist das nicht ein biss-**

**chen pauschal angesichts der oft unübersichtlichen und regional ja auch recht unterschiedlichen Lage?**

**Jan van Aken:** Es ist nicht nur zu pauschal, sondern auch höchst gefährlich. Denn eine Ursache für den Erfolg des IS im Irak liegt ja auch in der Zersplitterung des Landes: Seit dem Fall Saddams Husseins hat die sunnitische arabische Bevölkerung am meisten verloren und konnte keine Perspektiven mehr in einem irakischen Nationalstaat ausmachen. Dies hat der IS erfolgreich genutzt, hier wird der IS eben auch von der Breite der sunnitischen Bevölkerung unterstützt. Aber die Bundesregierung tut wenig, um diesen Zerfall des Staates aufzuhalten, im Gegenteil! Indem sie gezielt die kurdische Autonomieregierung unter Barzani unterstützt, stärkt sie wiederum einen isolierten Akteur im Land – das fördert eher die Zersplitterung des Landes. Und Barzani macht überhaupt keinen Hehl daraus, dass er die Unabhängigkeit vom Rest-Irak anstrebt. Die kommenden Konflikte sind damit bereits programmiert.

**Christine Buchholz:** Dieses System, Macht entlang ethnischer Linien aufzuteilen, ist ja nicht neu. Bereits die US-Armee hat es nach der Besetzung des Irak 2003 etabliert – mit den gerade skizzierten Folgen. Schiitische, sunnitische und kurdische Eliten setzen alle darauf, mit Waffengewalt mehr Gebiete unter ihre Kontrolle zu bringen, und so dreht sich die Spirale der Gewalt ohne Ende weiter. Die einzige Lösung besteht darin, die zivilen Kräfte im Land zu unterstützen.

● **Kann eine Ausbildungsmission gerade vor diesem Hintergrund nicht auch eine Chance sein, Demokratisierungsprozesse anzuschieben und zu unterstützen?**

**Christine Buchholz:** Nein, die Ausbildungsmission unterstützt einzig und allein die korrupten Strukturen in Irakisch-Kurdistan und der Bagdader Regierung. Im Übrigen werden im Zuge des Irak-Mandates auch Unterstützungsleistungen für die US-geführte Luftkriegsallianz erbracht. Deren Bomben töten aber unweigerlich Zivilisten. Dies schürt immer mehr Hass, der dem IS in die Hände spielt.

● **Sie fordern im Zusammenhang mit dem Kampf gegen den IS die Aufhebung des PKK-Verbots. Was würde das bringen?**

**Jan van Aken:** Viele der Hauptakteure in Syrien und im Irak sind einer schrecklicher als der andere. Das Regime von Assad wird mittlerweile von einer Front aus internationalen Dihadisten und Kriminellen bekämpft. Beide gemeinsam haben den Aufstand der syrischen Zivilgesellschaft an die Wand gedrängt. Assad selbst begeht fürchterliche Kriegsverbrechen, zum Beispiel die Abwürfe von Fassbomben. Und in dieser katastrophalen Situation verbietet sich die Bundesregierung den Dialog mit den nordsyrischen Kurden und Kurden, weil diese angeblich zur PKK gehören. Dabei sind die kurdischen Regionen die einzigen innerhalb Syriens, in denen verschiedene ethnische und religiöse Bevölkerungsgruppen miteinander leben, Frauenrechte geachtet und demokratische Strukturen aufgebaut werden. Die Bundesregierung folgt bei ihrem Embargo gegen das syrische Kurdistan der fatalen türkischen Syrienpolitik, die wir ablehnen. Mit der Legalisierung der PKK in Europa würde man also außenpolitisch viel gewinnen – aber auch die unerträgliche Kriminalisierung von vielen tausend Menschen in Deutschland beenden.

● **Die Türkei hat Vorwürfe, sie unterstütze die IS-Milizen, bislang nicht entkräften können. Der Bundestag**



**soll dennoch das Mandat für die Stationierung von Patriot-Flugabwehrraketen in der Türkei nebst Einheiten der Bundeswehr zur Bedienung und Wartung der Waffen ebenfalls in dieser Woche verlängern. Stehen die beiden Mandate – Ausbildungsmission in Irak und Patriot-Raketen in der Türkei – in Widerspruch zu den Zielen des jeweils anderen?**

**Jan van Aken:** Die Türkei unterstützt den IS und andere Extremisten vor allem in Syrien, wo sie – so Erdogans Kalkül – gegen Assad und die Kurden kämpfen sollen. Im Irak ist es etwas anders, da die Kurdische Autonomieregierung unter Barzani zu einem wichtigen Partner der Türkei geworden ist. Die entscheidende Gemeinsamkeit beider Mandate ist der Wille der Bundesregierung, ganz dicht an der Seite der Türkei zu stehen und vor allem: bei internationalen Konflikten auch militärisch mit dabei zu sein. Wer die türkische Regierung vorbehaltlos unterstützt, der unterläuft den Kampf gegen den IS. Und wer Waffen und Soldaten in diese Region schickt, sagt ja zu Krieg. In diesem Sinne bleibt sich die Bundesregierung leider treu. Einen Widerspruch sehe ich da nicht.

● **Zurück zu den Flüchtlingen: Abgesehen von den extrem harten Lebensbedingungen in den Lagern werden viele, gerade Frauen und Kinder, dort erneut Opfer – von Gewalt organisierter Banden, aber auch von Zwangsrekrutierung, Verschleppung, Versklavung. Reicht es da, ein bisschen mehr humanitäre Hilfe zu fordern?**

**Christine Buchholz:** Mehr humanitäre Hilfe wäre viel wert. So leben heute noch viele der im letzten Sommer aus dem Sindschar-Gebirge geflohenen Jesiden in Lagern im Nord-Irak, ohne dass bei ihnen je internationale Hilfe angekommen wäre. Ein wichtiger Punkt wäre es auch, wenn Deutschland und die EU insgesamt einen großzügigeren Beitrag zur Aufnahme der Flüchtlinge leisten würden. Am Ende werden die Folgen des Krieges aber nur dann beseitigt werden können, wenn der Krieg selbst gestoppt wird. Das kann nicht von außen geschehen, nicht durch Hilfsmaßnahmen und schon gar nicht durch militärische Interventionen. Regime wie in Bagdad oder Damaskus rufen Widerstand von unten hervor. Das gilt auch für ein Regime, wie es der IS etabliert. Auch im Irak gibt es Linke, gibt es Gewerkschaften, gibt es Menschen, die für zivile Lösungen stehen. Aber die haben es sehr schwer angesichts des eskalierenden Krieges. Unser Beitrag kann es sein, solche Initiativen zu unterstützen.

## Aufbruch ohne Ende?

*Von Issam Haddad, Publizist, Berlin*

Das Ausrufen des Islamischen Staates in den überwiegend von Sunniten besiedelten Grenzgebieten von Nordostsyrien und Nordwestirak mit Mossul als Hauptstadt ließ den seit Juli 2012 entbrannten offenen Bürgerkrieg um Syriens Zukunft in einen gnadenlosen regionalen Krieg mit fortschreitender Internationalisierung umschlagen. Die Hauptstoßrichtung der Offensive dieser Dschihadistenarmee von Inquisitorien, die keinerlei Pluralität innerhalb des Islams dulden, gilt dem Iran samt Alliierten und deren Einfluss in der Region.

Seitdem wurde eine noch nie dagewesene Stufe der Zuspitzung religiös-sektiererischer Polarisierung erreicht. Im

Irak wuchs das Verlangen nach einer Dezentralisierung der Macht, um in Verbindung damit eine sunnitische Provinz mit weitreichenden Kompetenzen ähnlich der kurdischen Provinz zu errichten. Das Ziel ist eine stärker gesicherte Grenze zu Syrien, um den sogenannten schiitischen Halbmond<sup>1</sup> zu durchbrechen. Eine Delegation sunnitischer Vertreter aus dem Irak verhandelte darüber offiziell sogar in Washington. Darauf folgte die Generalmobilisierung aller Schiiten-Milizen im Irak gegen den IS, koordiniert mit einer breit angelegten politisch-militärischen Offensive der Huthi-Milizen im Jemen. Letztere machte erst nach der Belagerung des Präsidentenpalastes in der Hauptstadt Sanaa Halt. An diesem Tag schied auch der saudische König Abdullah Ben Abdel-Aziz aus dem Leben, und Iran demonstrierte so deutlich wie nie die potenzielle Schlagkraft, die es auf arabischem Boden entwickeln kann. Das Saudiarabische Reich war dadurch fast eingekreist: von Norden durch irakische Milizen, von Süden durch die Ansar-Allah-Milizen der Huthi und von Osten durch die ganze Schlagkraft der iranischen Revolutionsgarden, der Pasdaran, zur See, zu Lande und in der Luft. Nur nach Westen hin hält bis dato Ägypten die Stellung und garantiert dadurch Ruhe und einen freien Raum.

Nach Aufstellung der Regierungsmannschaft in Riyad machten Spekulationen über möglichen Druck auf die ägyptische Führung die Runde, um ihr einen Kurswechsel aufzuzwingen. Eine Allianz aller Sunniten der Region unter Einbeziehung von Katar und der Türkei sowie durch Versöhnung mit der Muslimbruderschaft ist das Ziel. Mit einem solchen Bündnis soll eine Expansion des iranischen Einflusses aufgehalten und zurückgedrängt werden. Das ist zumindest das Wunschkonzept der USA. Dieser Kurswechsel soll notfalls durch die Verweigerung der für Ägypten bitter nötigen Finanzhilfen durch Saudi-Arabien und die Golf-Emirate erzwungen werden. Mitte März tagt in Sharm El-Sheikh eine Wirtschaftskonferenz, und die ägyptische Führung erhofft sich viel von den Bruderstaaten am Golf.

Wird die ägyptische Führung umkippen und einen politischen Kurswechsel gegenüber Syrien und Jemen herbeiführen? In der Geschichte des ägyptischen Staates hat es noch nie eine Einmischung in einen regionalen Konflikt aus religiös-konfessionellen, sektiererischen Gründen gegeben. Bisher setzt sich Ägypten konsequent für eine allseitige politische Lösung sowohl in Syrien als auch in Jemen und Libyen ein. Von einer gemeinsamen breiten arabischen Kraft ist die Rede, die Ruhe und Frieden garantieren soll. Zum Ärger der USA verfolgt Ägypten eine eigenständige Politik, auch eine eigene Militärpolitik in Libyen. Es verfolgt mit großer Aufmerksamkeit, was die Muslimbrüder mit Hilfe des Sudans gegen Ägypten planen. Durch seine Haltung gegen den Sunnitenblock aus Türkei, Katar und den Muslimbrüdern hat Ägypten bisher vom syrischen Staat wie auch von Teheran viel Druck genommen. Das ist etwas Neues zum Ärger der US-Administrationen jeder Couleur seit 1973. Lange genug hatte diese Administration nur gegen eine regional aufstrebende Macht im Nahen Osten und Nord-Afrika nach der Ära von Nasser am Nil zu kämpfen gehabt. Heute müssen die Amerikaner mehr und genauer hinschauen, wohin die Machthaber am Nil streben und welche Allianzen sich neu oder erneut aufbauen. Ägypten hat die Möglichkeit, seinen Widerstand gegen mögliche finanzielle Erpressung zu erhöhen und zu demonstrieren. Allianzen auf der politischen Bühne unter allen ägyptischen Demokraten, Liberalen, Nas-



seristen und Linken würden diese Widerstandskraft stärken. Die Freilassung aller zu unrecht eingekerkerten friedlichen Aktivisten würde auch die internationale Solidarität fördern. Und das arabisch-patriotische Vorgehen gegen konfessionelle Polarisierungen und Destruktion würde die Stimmung unter den arabischen Massen verstärken, sich allen diesen Formationen von Gotteskriegerern zu widersetzen, die nur Krieg und Zerstörung bringen.

Lösungen à la De Mistura<sup>2</sup> für einen syrischen Staat nach dem konfessionellen Modell des Libanon hätten bei einem Erfolg des Sunnitenblocks überhaupt keine Chance, nach 24 Jahren erfolgloser Gespräche zwischen Palästinensern und Israelis unter allein amerikanischer Schirmherrschaft endlich bessere Rahmenbedingungen für effektive Verhandlungen um einen gerechten Frieden im Nahen Osten zu schaffen. Die Region braucht ein arabisch-patriotisches Ägypten, um den Irrsinn der religiösen Eiferer zu beenden, um Wirtschaftswachstum, sozialer Gerechtigkeit und Frieden bessere Chancen und Perspektiven zu geben.

#### Anmerkungen

- 1 Der schiitische Halbmond umfasst Länder mit einer schiitischen Bevölkerungsmehrheit oder einem großen Anteil von Schiiten in der Bevölkerung – Jemen, Bahrain, Iran, Irak, Aserbaidschan und den Libanon. Teilweise wird auch Syrien dazu gezählt.
- 2 Staffan De Mistura ist der aktuelle UN-Sondergesandte in Syrien.

## Mit dem Rücken zur Wand: Zivilgesellschaft in Kenia

Von *Andreas Bohne, Projektmanager Ostafrika der Rosa-Luxemburg-Stiftung*

Wenn Kenia in den deutschen Medien auftaucht, geht es zumeist um Angriffe der islamistischen Al-Shabaab-Milizen. Überfälle wie auf das Westgate-Einkaufszentrum 2013 in Nairobi mit 67 Toten oder auf einen Bus mit 28 Toten im nördlichen Kenia prägen nicht nur das Bild des Landes in den hiesigen Medien, sondern haben neben hinterlassenen Traumata auch Auswirkungen auf die innenpolitische Situation. Die kenianische Zivilgesellschaft sieht sich zunehmend mit einer komplexen Situation konfrontiert: sie muss sich der Terrorverdächtigung entziehen, wird von der Regierung in ihrem Spielraum eingeschränkt und versucht dennoch weiterhin ihre Watchdog-Aufgabe wahrzunehmen.

### Im Schatten des Sicherheitsgesetzes

Um der terroristischen Bedrohung zu begegnen, brachte Präsident Uhuru Kenyatta am 11. Dezember 2014 die Vorlage für ein neues Sicherheitsgesetz (Security Laws (Amendment) Bill) in das Parlament ein. Mit dem Gesetz sollen 22 bestehende Gesetze erweitert werden.<sup>1</sup> Heftige Auseinandersetzungen zwischen Opposition und Regierung folgten und zivilgesellschaftliche Kritik ließ nicht lange auf sich warten. Die Kenya National Commission on Human Rights kritisierte, dass viele Vorhaben nicht in Übereinstimmung mit Menschenrechtsstandards stehen, wie sie auch in der kenianischen Verfassung verankert sind. Dennoch wurde das Gesetz Ende letzten Jahres nach einer turbulenten Parlaments-sitzung angenommen. Als Folge klagten zivilgesellschaftliche Gruppen und Juristenvereinigungen sowie die Oppositions-

partei Coalition for Reforms and Democracy (CORD). Der oberste Gerichtshof entschied, dass acht besonders kritische Regelungen bis zu ihrer finalen juristischen Überprüfung ausgesetzt werden. Die restlichen 90 Paragraphen bleiben weiterhin gültig. Damit entschied sich das Gericht für den Antrag von CORD, welche nur Teile des Gesetzes überprüfen lassen wollte. Die Kenya National Commission on Human Rights forderte dagegen das gesamte Gesetz für null und nichtig zu erklären. Zu den ausgesetzten kritischen Klauseln zählen unter anderem, dass Terrorverdächtige bis zu 90 Tage ohne Gerichtsverfahren festgehalten werden können oder dass Personen bis zu drei Jahre in Haft kommen können bzw. 11 000 US Dollar zahlen müssen, sollten sie den „öffentlichen Frieden stören“.<sup>2</sup>

Antiterrormaßnahmen stoßen in der Zivilgesellschaft jedoch nicht per se auf Ablehnung. Wie Mildred Ngesa von der kenianischen Organisation Peace Pen Communication, aber auch viele Vertreter/-innen anderer NGOs betonen, ist Kenyatta im Zugzwang, gegen den Terror aktiv zu werden, um eine (gefühlte) Verbesserung der Sicherheitslage zu erreichen. Das Sicherheitsgesetz schränke jedoch in seiner jetzigen Ausgestaltung Freiheits-, Medien- und Versammlungsrechte zu stark ein und lasse der Regierung umfangreichen Handlungsspielraum in Namen der nationalen Sicherheit, wird kritisiert. Menschenrechtspolitische und juristische Untersuchungen werden erschwert, investigativer Journalismus wird behindert.

Das neue Sicherheitsgesetz sieht zudem vor, die Zahl von Flüchtlingen und Asylsuchenden auf 150 000 Personen zu begrenzen. Bedenkt man, dass ungefähr eine halbe Million Flüchtlinge bereits in Kenia leben, befürchten zivilgesellschaftliche Organisationen nicht nur gewaltsame Abschiebungen, sondern auch xenophobische Übergriffe auf somalische Flüchtlinge oder somalische Kenianer, die infolge des Gesetzes zunehmen könnten.<sup>3</sup>

Dass zeitgleich mit dem Sicherheitsgesetz auch 500 kenianische Organisationen verboten wurden, lässt eine konzentrierte Aktion gegen die Zivilgesellschaft vermuten. Zwar betonte die Regierung schnell, dass die verbotenen Organisationen gegen Gesetze und Regeln, unter anderem durch unzureichende Rechenschaftslegung, verstoßen hätten. Jedoch kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass es sich um einen deutlichen Warnschuss handelt. So wurden 15 NGOs unter dem Vorwurf verboten, Verbindungen zu Terroristen zu unterhalten oder terroristische Aktivitäten finanziell zu unterstützen. Zivilgesellschaftliche Gruppen sehen sich – trotz häufiger Bekenntnis gegen den Terror – immer wieder dem Vorwurf der Terrorunterstützung ausgesetzt, insbesondere wenn sie einen muslimischen Hintergrund haben.

Schließlich versuchte die Regierung bereits seit 2013 stärkeren Einfluss auf zivilgesellschaftliche Organisationen zu erlangen. Zu diesem Zweck wurde der Public Benefits Organizations (PBOs) Act verabschiedet, der aber bis heute noch nicht in Kraft gesetzt ist. Dieses Gesetz zielt auf eine bessere Erfassung und eine bedeutend engere Regulierung von NGOs ab. Ein besonders kritischer Punkt ist dabei, dass die kenianischen NGOs, bzw. Public Benefits Organizations wie sie nach dem Gesetz heißen sollen, nur 15 Prozent ihres Etats durch internationale Geber abdecken dürfen sollen. Gerade aber dieser Punkt bot Angriffsfläche. Der Aktivist Ken Wafula fragte im Namen vieler NGOs: „Wo sollen die



NGOs die übrigen 85 Prozent ihres Budgets hernehmen? Im PBO Act wird vorgeschlagen, dass die Regierung die NGOs in bestimmten Fällen finanzieren wird. Aber bei einem Blick in den laufenden Staatshaushalt findet man dort keine einzige Zeile zur Finanzierung von NGOs.“<sup>4</sup> 2014 wurden weitere Ergänzungen zum Gesetz veröffentlicht, die ebenfalls von der Zivilgesellschaft kritisiert werden.

### Belastete Beziehung

Die Beziehung zwischen der Zivilgesellschaft und Uhuru Kenyatta bzw. der kenianischen Regierung ist keine Liebesbeziehung und schon seit längerem belastet. Als der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag Kenyatta wegen Aufrufen zur Gewaltanwendung nach den Wahlen 2007 anklagte, wurde das Verfahren von zivilgesellschaftlicher Seite unterstützt. Aus Sicht vieler Menschenrechtsorganisationen ist ein solches Verfahren für die Aufarbeitung der Nachwahlunruhen notwendig. Entsprechend deutlich fiel die Kritik aus, als das Verfahren Ende 2014 aus Mangel an Beweisen gegenüber Kenyatta eingestellt wurde. Zwar steht mit William Ruto noch der Vizepräsident vor Gericht, aber es wird sicherlich auch hier kaum zu einem umfassenden Verfahren kommen. Sicherlich wird sich dann die Zivilgesellschaft wieder kritisch über die fehlende Kooperation der kenianischen Regierung zu Wort melden. Gerade auch aus dem Grund, da Prozesse auf lokaler und nationaler Ebene nicht zu erwarten sind, hatte der Staatsanwalt erst letztes Jahr 4 000 anhängige Klagen zurückgewiesen. Dennoch fordern viele Organisationen eine Aufarbeitung der Gewalt als Mittel zur Aufklärung und Versöhnung. Damit machen sie sich keine Freunde.

Als Fazit muss festgehalten werden, dass sich der Spielraum für die kenianische Zivilgesellschaft in den letzten Jahren verringert hat und sie sich gegenwärtig in Abwehrkämpfen bewegt. Hier gilt es demokratische Rechte, Partizipation und die in der Verfassung niedergelegten Grundrechte zu verteidigen. Es erscheint als positives und aufmunterndes Zeichen, dass sich die kenianische Zivilgesellschaft selbstsicher als stark und lebhaft ansieht – so eine Einschätzung der kenianischen Menschenrechtsorganisation FAHAMU.

#### Anmerkungen

- 1 Mit dem Rücken zur Wand: Zivilgesellschaft in Kenia, Andreas Bohne, <http://www.pambazuka.net/en/category/features/93591>.
- 2 East Africa, 3. Januar 2015.
- 3 The Citizen, 8. Januar 2015, S. 9.
- 4 <http://www.pambazuka.net/en/category/advocacy/89563>

## Afrikanische Alternativen zu Fragen der Sicherheit im Sahel, den Konflikten und ihrem Management im Fall Mali

Von Katrin Voß, Bereich Internationale Politik der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN

Vom 17. bis 19. November 2014 fand in Bamako/Mali ein Internationales Kolloquium mit dem Thema „Afrikanische Alternativen zu Fragen der Sicherheit im Sahel, den Konflikten und dem Konfliktmanagement in Afrika am Beispiel Mali“ statt. Veranstalter waren das Forum Civique Mali, die Rosa-

Luxemburg-Stiftung und die der FKP nahestehende Fondation Gabriel Péri. Das Kolloquium stand unter besonderer Schirmherrschaft des malischen Premierministers Moussa Mara, der bei der Eröffnung der Veranstaltung zugegen war und militärische Kräfte für die Gewährleistung der Sicherheit der Konferenzteilnehmer/-innen sowie ein Fahrzeug für Besuche verschiedener Organisationen im Rahmen der Veranstaltung zur Verfügung stellte.

Der Einladung der Veranstalter waren Vertreter/-innen aus den Ländern der Sahelzone, aus Kanada, Frankreich und Deutschland gefolgt. Die große Zahl der Teilnehmer/-innen aus den verschiedenen Ländern bot ein breites Spektrum an unterschiedlichsten Analysen und kontroversen Sichtweisen.

Eines der zentralen Themen des Kolloquiums war das koloniale Erbe Frankreichs, aber auch der derzeitige Einfluss französischer Interessen auf die Region. Besondere Aufmerksamkeit wurde der nach 2011 zu beobachtenden strategischen Veränderung der französischen Außenpolitik zuteil. Wurden militärische Eingriffe Frankreichs bis zu diesem Zeitpunkt durch UN-Mandate legalisiert, so kam es seitdem – z. B. in Libyen und der Elfenbeinküste – zu direkten Eingriffen ohne Mandat. Das militärische Eingreifen Frankreichs in Mali 2013 erfolgte im Alleingang.

In diesem Zusammenhang wurde das Konzept „Françafrique“ diskutiert, wonach Frankreich seit dem Ende der Kolonialzeit ein besonderes Verhältnis zu seinem ehemaligen kolonialen Machtbereich auf dem afrikanischen Kontinent pflegt. Es wurde auf bestehende Militärabkommen verwiesen; im französischen Finanzplan für militärische Ausgaben werden derzeit ca. 2 Milliarden Euro für den Einsatz in afrikanischen Ländern bereitgestellt. Aber auch die starke Einflussnahme Frankreichs auf die Afrikapolitik der EU wurde als Anzeichen für ein Fortbestehen des Konzeptes gewertet. Andererseits wurde argumentiert, dass sich die Einflusszonen deutlich über die ehemaligen Kolonialbereiche ausgeweitet haben und nun weniger die Staaten, sondern multinationale Konzerne im Vordergrund stehen und insofern eine Neudefinition des Konzeptes notwendig erscheint.

Es gilt als dringende Aufgabe der afrikanischen Staaten, die Militärverträge auf den Prüfstand zu stellen bzw. zu annullieren. In diesem Zusammenhang wurde jedoch nicht nur das französische Erbe kritisch hinterfragt, sondern auch die Rolle der eigenen politischen Eliten scharf kritisiert.

Zur Situation im Norden des Landes waren alle Teilnehmer/-innen einhellig der Meinung, dass Mali als Staat weiterbestehen muss. Die Infrastruktur in dieser Region ist extrem schlecht und leidet seit Jahren unter einer harten Sparpolitik. Für die Jugend gibt es kaum berufliche Perspektiven, es herrscht eine außergewöhnlich hohe Arbeitslosigkeit. Jungen Menschen scheinen sich nur drei Möglichkeiten zu bieten: Entweder sie beteiligen sich am Drogen- und Waffenhandel, sie versuchen ins Ausland zu emigrieren, oder sie schließen sich den Dschihadisten an, die ein monatliches Einkommen von derzeit ca. 100 US-Dollar bieten.

Mehrfach betont wurde, dass der Dschihadismus in dieser Region seit längerem Fuß gefasst hat. In der gegenwärtigen Form hat er jedoch weniger mit der Religion zu tun, sondern dient vielmehr der Unterdrückung der Bevölkerung und der Kontrolle der Handelswege für Drogen und Waffen. Nur das Konzept des bewaffneten Kampfes werde übernommen, alle anderen Aspekte des Dschihad jedoch vernachlässigt.



Insgesamt sei eine Veränderung bei den militärischen Auseinandersetzungen zu beobachten. Es wird nicht mehr von feindlichen Kräften, sondern von Kriminellen gesprochen. Mehrfach wurde betont, dass in Mali bürgerkriegsähnliche Zustände herrschen. Der malische Staat hat die Kontrolle über die Regionen im Norden verloren. Die Dschihadisten verfügen heute über deutlich mehr finanzielle und strategische Mittel als der Staat. Eine Trockenlegung der Finanzquellen der Dschihadisten muss dringend erreicht werden.

Die sozialen Konflikte im Norden Malis sind enorm, und es ist auch eine Aufgabe der internationalen Staatengemeinschaft, sich der Herausforderung des Aufbaus einer Infrastruktur anzunehmen. Auf Landesebene muss der Staat gefestigt und demokratischer gestaltet werden, damit er die Interessen der Bevölkerung vertreten kann. Dabei spielt die wirtschaftliche Unabhängigkeit eine entscheidende Rolle. Der Staat muss den Zugriff auf die vorkommenden Ressourcen erlangen und dafür sorgen, dass die im Norden produzierte Baumwolle auch verarbeitet und nicht nur als Rohstoff exportiert wird. Auf lokaler Ebene muss eine breite Aufklärung der Bevölkerung über die Situation stattfinden. Wichtig ist, diese in den lokalen Sprachen durchzuführen.

In die politischen Verhandlungen, bei denen um eine Lösung des Konfliktes gerungen wird, müssen dringend die Vertreter/-innen der verschiedenen Gebiete einbezogen werden. Wiederholt wurde kritisiert, dass nicht ausschließlich die MNLA (Nationale Bewegung zur Befreiung des Azawad) als Verhandlungsführer auftreten darf. Die derzeitigen Führer der MNLA besitzen keinerlei Legitimation durch die Tuareg, bzw. die Völker des Nordens Malis. Sie sind ausschließlich aus einer bewaffneten Gruppierung hervorgegangen und haben wenig bis keinen Bezug zur Bevölkerung.

Sehr kontrovers wurde die Rolle Algeriens als Vermittler zwischen den unterschiedlichen Parteien diskutiert. Einerseits lobte man es als neutralen Vermittler in diesem Prozess, der bei den Verhandlungen eine Reihe guter Vorschläge eingebracht hat und großes Engagement für die Unabhängigkeit Malis zeigt. Andererseits erscheinen Algeriens Interessen nicht immer transparent, und bisherige Vermittlungsversuche haben nicht zum Erfolg geführt. In Algerien leben derzeit viele Flüchtlinge aus dem Norden Malis und aus Niger, die mit Hilfe der UN wieder in ihre Heimatländer zurückgeführt werden müssen.

Der malische Staat steht vor der Herausforderung, die verschiedenen Akteure im Norden zusammenzuführen, die Verhandlungen zeitnah zum Abschluss zu bringen und für die beschriebenen Probleme des Nordens Lösungen zu finden.

Ein weiterer großer Schwerpunkt des Kolloquiums war die Ausbeutung der vorhandenen Ressourcen, insbesondere des Urans im Norden Malis. Große Einigkeit bestand darin, dass es bei dem jüngsten französischen Militäreinsatz weniger um eine Befreiung Malis vom Regime der Dschihadisten als vielmehr um die Sicherung des freien Zugangs Frankreichs zu den Uranminen im Norden Malis ging.

Bei der ausführlichen Diskussion um Landgrabbing durch ausländische Investoren und die Vergabe von Bergbaukonzessionen wurde die politische Elite Malis massiv kritisiert. Die Vergabe der Konzessionen erfolgt völlig intransparent, und persönliche finanzielle Vorteile stehen dabei im Vordergrund.

Beim Erwerb von Bergbaukonzessionen im westafrikanischen Raum spielt Kanada eine entscheidende Rolle. Fast 75 Prozent der Bergbaukonzessionen in Mali werden an kanadische Unternehmen vergeben. Da Kanada keine klassische Kolonialmacht war, sucht es jetzt zunehmend an Einfluss zu gewinnen. Besondere Steuervorteile in der kanadischen Gesetzgebung machen es für kanadische Unternehmen sehr attraktiv, im Bergbau zu investieren. Beim Erwerb von Konzessionsrechten z. B. in Mali geht es jedoch weniger um den Abbau der Ressourcen selbst, sondern vielmehr um Spekulation mit den Konzessionsrechten an der Börse. Es werden Investoren aus verschiedenen Ländern gesucht, die entsprechendes Kapital einbringen. Dieser äußerst intransparente Prozess erschwert es, Verantwortliche ausfindig zu machen und zielgerichtete Gegenmaßnahmen von zivilen Bewegungen zu entwickeln. Klar scheint jedoch, dass über die Gewinne, die sich die politischen Führungskräfte der malischen Regierung auf diesem Wege sichern können, ausreichend finanzielle Mittel für bevorstehende Wahlkämpfe generiert werden.

Auf dem Kolloquium wurden eine transparente und gerechte Vergabe der Konzessionen, bzw. die kommunale Verwaltung der Minen gefordert. Zudem muss der Kampf gegen die Korruption eine zentrale Rolle spielen.

Um ausländischen Investoren ungehinderten Zugang zu Ressourcen zu verschaffen, werden Staaten über Struktur Anpassungsprogramme und Überschuldung geschwächt. Die politischen Eliten Afrikas verfolgen dabei keine eigenständige Politik. Bei der Vergabe von Konzessionen gibt es kaum Auflagen hinsichtlich der Umweltstandards. Dem Raubbau an den vorhandenen Ressourcen und der Verdrängung der ansässigen Bevölkerung wird weiterhin Vorschub geleistet. Die sozialen Konflikte werden eher weiter zunehmen.

Das Kolloquium war insgesamt ein gelungenes Projekt, um progressive Kräfte aus der Sahelzone zu Gesprächen zusammenzuführen und einen Einblick in die geführten Diskussionen zu gewinnen. Insgesamt überwogen teilweise sehr abstrakte Analysen mit einer globalen Kapitalismuskritik ohne konkrete Lösungsansätze für die lokalen Probleme. Bedauerlicherweise traten insgesamt sehr wenig Frauen auf dem Podium oder in der Diskussion auf. Dabei waren es zu meist ihre Beiträge, die die politische Analyse der Gesamtsituation sehr überzeugend mit den konkreten Lebensverhältnissen der verschiedenen Regionen verbanden.

Alle Teilnehmer/-innen sprachen sich für eine Fortsetzung derartiger Kolloquien zur Weiterführung des Dialogs, des Austauschs von Analysen und zum Aufbau eines breiten Netzwerks aller interessierten Kräfte aus. Dieses Anliegen sollte unbedingt Unterstützung finden.





# Boko Haram in Nigeria – sechs Jahre Terror und kein Ende in Sicht

Von Stefan Liebich, Obmann der Fraktion DIE LINKE im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages

Seit nunmehr sechs Jahren terrorisiert Boko Haram den Norden Nigerias – inzwischen bedroht die islamistische Terrormiliz nicht nur die kleinen Dörfer sondern auch die Großstädte. Die Nachbarstaaten Tschad und Kamerun sind ebenfalls akut bedroht und beklagen Übergriffe. Weite Teile der Bundesstaaten Adamawa, Yobe und Borno hat die Miliz erobert, sie beherrscht nun angeblich ein Gebiet von der Größe Portugals. Boko Haram will im Norden Nigerias einen Gottesstaat nach dem Vorbild Afghanistans unter den Taliban errichten. Westliche Bildung soll ebenso verboten sein wie westliche Musik, westliche Kleidung, Alkohol oder Fußball.

Das weltweite mediale Interesse am Konflikt ist erst im vergangenen Jahr entstanden, als Boko Haram eine Mädchenschule in Chibok überfiel und 276 Mädchen und junge Frauen entführte. Selbst die First Lady der Vereinigten Staaten, Michelle Obama, wandte sich mit der Botschaft „Bring back our Girls“ an die Öffentlichkeit. Trotz des weltweiten Aufschreis sind bis heute die meisten der Mädchen verschollen, vermutlich zwangsverheiratet oder versklavt. Der nigerianischen Regierung wird insbesondere im Hinblick auf die Gräueltaten an den Mädchen Tatenlosigkeit vorgeworfen. Der Ort sei schon vorher Ziel der Terroristen gewesen, die Armee habe von den Überfallplänen gewusst und sich daher bewusst gut 24 Stunden aus der Region zurückgezogen.

Ähnliche Berichte gibt es auch vom bisher blutigsten Anschlag. Anfang dieses Jahres überfielen die Islamisten die Stadt Baga und machten sie dem Erdboden gleich. Amnesty International berichtete, dass die nigerianische Regierung seit November von den Planungen des Überfalls gewusst habe. Vergeblich hätten die Soldaten vor Ort um Verstärkung gebeten. Doch nichts passierte. Bei dem Angriff starben laut Augenzeugen 2000 Menschen. 13 000 Menschen sind bisher insgesamt dem Terror der Boko Haram zum Opfer gefallen, mehr als 1,5 Millionen Nigerianerinnen und Nigerianer sind vor Boko Haram auf der Flucht – und doch herrscht in Nigeria auch weiterhin offiziell Frieden. Die Gruppierung prahlt in ihren Propagandavideos mit ihren Waffen und gibt sich selbstbewusst. Abubakar Shekau, der schon mehrfach fälschlich für tot erklärte Anführer der Gruppe, protzt im zuletzt veröffentlichten Video, dass das Waffenarsenal der Gruppe mittlerweile ausreichend sei, um „gegen den gesamten Rest Nigerias einen siegreichen Krieg zu führen“. Ähnlich wie der IS setzt auch Boko Haram auf eine Verbreitung ihrer Ideologie via Internet.

## Größte afrikanische Demokratie hilflos

Dabei geht es Nigeria, im Vergleich zu anderen Ländern, in denen der islamistische Terror auf dem Vormarsch ist, verhältnismäßig gut. Nigeria hat das größte Bruttoinlandsprodukt Afrikas, mehr noch als Südafrika. Es ist die stärkste Wirtschaftsmacht des Kontinents, die Armee ist theoretisch die schlagkräftigste in Westafrika. Die Ölförderung läuft weiter sehr gut, knapp 2,5 Millionen Barrel werden täglich ge-

fördert. Es rühmt sich damit, die größte Demokratie Afrikas zu sein. Seit 2010 ist Goodluck Jonathan nun Präsident Nigerias. Große Reformen hatte er angekündigt, er wollte die Korruption bekämpfen und die Terroristen von Boko Haram besiegen. Und obwohl er den Etat für Verteidigung drastisch erhöht hat, fällt die Bilanz mehr als miserabel aus. Auch die Korruption floriert weiter, nicht nur in Regierungskreisen, sondern gerade auch in Polizei und Armee.

Die Demokratie leidet mehr und mehr unter dem Terror der Islamisten und der Hilflosigkeit der Regierung Jonathans. Für den 14. Februar waren Wahlen geplant, doch auf Grund der massiven Unruhen im Norden musste der Wahltermin um sechs Wochen verschoben werden. Die Begründung ist eine angebliche Großoffensive gegen die Terroristen. Fraglich, ob dann tatsächlich Wahlen stattfinden werden.

Dabei schien es erst, als habe Goodluck Jonathan ein Interesse daran, die Wahlen stattfinden zu lassen. Die muslimische Bevölkerung im Norden Nigerias würde ihn wohl sowieso nicht wählen, eine im Norden nicht stattfindende Wahl könnte ihm in die Hände spielen. Doch erstmals seit der Rückkehr zur Demokratie 1999 hat sich die Opposition auf einen Gegenkandidaten geeinigt und zu einer Partei zusammengefunden: dem „All Progressives Congress“ (APC). Deren Kandidat, Muhammad Buhari, der schon bei den letzten drei Wahlen angetreten war, hat somit die realistische Chance, der seit fast sechzehn Jahre regierenden „Peoples Democratic Party“ (PDP) das Ruder aus der Hand zu nehmen. Der 72-Jährige kann vor allem auf die Unterstützung der überwiegend muslimischen Bevölkerung Nordnigerias zählen. Seine Anhänger sind überzeugt, dass er dem Terror der Boko Haram innerhalb weniger Monate oder sogar Wochen ein Ende bereiten könne. Buhari ist in Nigeria kein Unbekannter. Bereits im Jahr 1983 hatte er sich in das Amt des Staatspräsidenten geputscht und ist bis heute vor allem wegen seiner „Politik der harten Hand“ im Kampf gegen Korruption in Erinnerung geblieben. Dass diese Politik weitgehend erfolglos war, wird dabei meist verschwiegen. Ob der dringend notwendige Politikwechsel, den Nigeria braucht, ausgerechnet mit ihm zu schaffen ist, sei dahingestellt.

Wie die Wahlen ablaufen sollen, bleibt weiterhin offen. Dass im Norden Nigerias, wo die Terroristen schon zum Boykott der Wahlen aufgerufen haben, Wahlbüros öffnen sollen, bleibt unwahrscheinlich. Europäische Wahlbeobachter gibt es nur im Süden des Landes, in den Norden trauen sie sich nicht mehr. Und auch die Zahl der einheimischen Beobachter sinkt ständig, zuviel Angst haben sie vor Übergriffen und Attentaten. Wie berechtigt diese Angst ist, zeigt sich fast täglich. Die Selbstmordattentäterinnen und Attentäter werden immer jünger. Erst sprengte sich Ende Januar ein zehnjähriges Mädchen auf einem Markt in die Luft, Mitte Februar eine Teenagerin. Zwei Wochen später dann der traurige Rekord: Ein erst 7 Jahre altes Mädchen wurde in Potiskum im Bundesstaat Yobe für einen Selbstmordanschlag missbraucht. Mit ihm starben fünf weitere Menschen, 19 wurden verletzt.

Boko Haram geht nicht nur gegen Christen vor. Die Mehrzahl der Opfer sind die im Norden Nigerias ansässigen Muslime, die sich nicht dem Terror der Islamisten unterwerfen wollen. So wurde beispielsweise die große Moschee in Kano angegriffen: Während des Freitagsgebets explodierte in der Moschee eine Bombe und riss 100 Menschen in den Tod.



## Brutales Vorgehen der nigerianischen Truppen

Doch die nigerianische Armee, die größte Armee in der Region, ist anscheinend machtlos gegen die wachsenden Truppen von Boko Haram. Berichte, dass die Armee sich aus Gebieten zurückzieht, in denen die nächsten Angriffe vermutet werden, mehren sich ebenso wie Meldungen, dass die Armee selbst gewalttätig gegen die Zivilbevölkerung vorgeht. Immer wieder wird auch darüber informiert, dass die Soldaten während des Kampfes einfach aufgeben und weglaufen. Es gibt keinerlei Vertrauen in die Schutzmacht des Staates. Es ist kein Geheimnis mehr, dass Offiziere zu Boko Haram genauso überlaufen wie normale Soldaten und dass die Armee ihre Waffen an die Terroristen verkauft. Amnesty International berichtet über massive Menschenrechtsverbrechen, begangen durch die Armee. Zivilisten würden eingesperrt, gefoltert, hingerichtet. So spiegelt die Armee das nigerianische Staatswesen in all seinen schlimmen Facetten wider: Chaotisch, korrupt und gänzlich ineffizient.

## Regierung verweigert bisher Hilfe

Hilfe wollte die Regierung Jonathans bis dato aber nicht annehmen. Sie werde Boko Haram schon besiegen, dazu bräuchte es keinerlei internationale Hilfe, wiederholte der Präsident in den vergangenen Jahren mehrfach. Nachdem aber Boko Haram nun auch in Niger, Kamerun und Tschad übergreifend wurde, wächst der Druck auf die Regierung. Eine 7500 Mann starke Truppe der Afrikanischen Union (AU) soll der Miliz entgegengestellt werden. Das beschloss die AU Anfang Februar 2015. Die Vereinten Nationen unterstützen dieses Vorhaben. Die AU wünscht, dass die UNO hierzu auch eine Resolution verabschiedet. Der Einsatz soll laut dem Friedens- und Sicherheitsrat der Staatengemeinschaft (AUPSC) vorerst zwölf Monate dauern, daran werden sich außer Nigeria vermutlich Kamerun, Tschad, Niger und Benin beteiligen. Ungeklärt ist nach wie vor die Finanzierung.

Überraschend wandte sich Präsident Jonathan Mitte Februar an die USA. „Kämpfen Sie nicht gegen IS? Warum können Sie nicht auch nach Nigeria kommen?“, fragte Jonathan in einem Interview mit dem „Wall Street Journal“. „Sie sind unsere Freunde. Wenn Nigeria ein Problem hat, erwarte ich, dass die USA kommen und uns helfen.“ Das Pentagon lehnte jede Art von Beteiligung ab. Es gebe keinerlei Pläne, US-Truppen nach Nigeria zu schicken, sagte Pentagon-Sprecher John Kirby. Die USA unterstützen jedoch den Aufbau einer multilateralen Truppe gegen Boko Haram.

## Eine nachhaltige Bekämpfung des Terrors kann nicht mit Gewalt geschehen

Doch langfristig wird der Terror auch in Nigeria nicht mit Truppen zu bekämpfen sein. Wichtig ist auch hier, den Ursachen des Konfliktes nachhaltig zu begegnen. Dies sind zum einen substantielle Probleme, wie die sozio-ökonomische Marginalisierung von Nigerias Norden. Korruption und Vernachlässigung durch den Staat treiben vor allem junge Männer, mehr und mehr allerdings auch junge Frauen, in die Arme der Gruppe, die ihnen einen Ausweg aus der Perspektivlosigkeit, aus Armut und Arbeitslosigkeit vorgaukelt. Unterlegt mit einer einfachen Ideologie regeln die Terroristen das ganze Leben der jungen Menschen – bis hin zu einem angeblich guten Leben nach dem Tod. Zum anderen bietet aber auch das unrühmliche Vorgehen des Militärs und der

Sicherheitskräfte, das sich allzu oft willkürlich gegen Zivilisten richtet, den Terroristen immer wieder Anknüpfungspunkte, um neue Mitläufer zu gewinnen. Vor allem junge, muslimische Männer und Geistliche, die wohl den größten Teil der Terroristengruppe stellen, stehen unter Generalverdacht des Staates und werden Opfer staatlicher Gewalt. Viele Anhänger von Boko Haram dürften denn wohl auch durch Rachegefühle in ihrem Kampf gegen die nigerianische Regierung motiviert sein.

Eine nachhaltige Strategie zur Bekämpfung der Boko Haram muss all diese Aspekte berücksichtigen. Benötigt werden Initiativen, deren Erfolg nicht allein mit der Waffe in der Hand zu erzwingen ist. So bedürfen Armee und Sicherheitssektor einer grundlegenden Neuaufstellung und müssen für die Verletzung geltender Gesetze zur Rechenschaft gezogen werden. Gleichzeitig gilt es, gezielte Maßnahmen zur wirtschaftlichen Entwicklung des allzu lang vernachlässigten Nordens Nigerias einzuleiten. Denjenigen, die die Terrorgruppe verlassen wollen, muss eine Perspektive geboten werden.

Bisher erwies sich das militärische Vorgehen als weitestgehend erfolglos. Keiner der Akteure wird allein die Mammutaufgabe erfüllen können, Boko Haram zu zerschlagen. Vielmehr müssen alle Beteiligten koordiniert zusammenarbeiten. Nachhaltiger Frieden ist nicht mit Waffengewalt zu erzwingen. Nur ein Ansatz aller Länder, der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen, der die Ursachen des internationalen Terrorismus berücksichtigt und ihnen entschieden entgegenwirkt und der die ungerechte Politik in Nigeria selbst anpackt, wird den Menschen in der Region dauerhaft helfen.

## Menschenrechte in Mexiko schützen, Verhandlungen zum Sicherheitsabkommen aussetzen

*Antrag der Abgeordneten Heike Hänsel, Michael Leutert, Wolfgang Gehrcke, Jan Korte, Jan van Aken, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Annette Groth, Inge Höger, Andrej Hunko, Ulla Jelpke, Katrin Kunert, Stefan Liebich, Niema Movassat, Dr. Alexander S. Neu, Alexander Ulrich und der Fraktion DIE LINKE (Drucksache 18/3548)*

### Der Bundestag wolle beschließen:

#### I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Am 26. September 2014 wurden 43 Lehramtsstudenten in Iguala, im süd-mexikanischen Bundesstaat Guerrero verschleppt und mutmaßlich ermordet. Die jungen Menschen waren auf dem Weg zu einer Spendensammlung, um die Teilnahme an einer Demonstration zum Gedenken an ein Massaker an Studierenden 1968 in Mexiko-Stadt zu finanzieren. Nach den bislang bekannt gewordenen Erkenntnissen der Ermittlungsbehörden waren an dem mutmaßlichen Verbrechen bewaffnete staatliche Kräfte, politische Funktionäre und kriminelle Banden beteiligt. Inzwischen sind Massen-



gräber mit verscharrten Körpern sowie verbrannte Leichen gefunden worden. Der Generalstaatsanwalt Mexikos geht davon aus, dass es sich bei den verbrannten Leichen um die Überreste der Studenten handelt, bisher ist erst die Identität eines Studenten nachgewiesen worden.

2. Das mutmaßliche Massaker von Iguala reiht sich in eine Serie von schweren Gewalttaten – unter maßgeblicher Beteiligung von Polizei- und Militärkräften – ein, die sich auch gegen Aktivisten und Aktivistinnen sozialer Bewegungen, gegen Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger sowie kritische Journalistinnen und Journalisten richten. Drei Monate zuvor hatte die Polizei 21 Jugendliche in der Ortschaft Tlatlaya im Bundesstaat México erschossen. Die Recherchen von US-Medien und die Aussage eines Augenzeugen enthüllten, dass es sich um extralegale Hinrichtungen gehandelt hatte und die Opfer nicht, wie Vertreter des Landes und der Stadt erklärt hatten, Kriminelle waren. Am 12. Oktober 2014 wurde ein deutscher Austauschstudent von der Polizei angeschossen und verletzt. Am 17. Oktober wurde im Norden des Landes ein führender Twitter-Aktivist ermordet, der die Öffentlichkeit über die Gewalt und über die Komplizenschaft zwischen Regierungsverantwortlichen und organisiertem Verbrechen informiert hatte.

3. Nach Angaben international renommierter Menschenrechtsorganisationen – unter anderem Amnesty International (AI) – wendet die mexikanische Polizei nachweislich Foltermethoden an. Ein Bericht von AI von Anfang September 2014 verweist darauf, dass die mexikanische Menschenrechtskommission im Jahr 2013 einen Anstieg von Folterfällen um 600 Prozent verzeichnet hat, dass nur sieben Urteile gegen Folterer aus Polizei oder Militär gefällt wurden und weitreichende Straflosigkeit herrscht und dass 64 Prozent der Mexikanerinnen und Mexikaner Angst vor Folter in Polizeigewahrsam haben.

4. In dieser Situation treten die Verhandlungen der Bundesregierung mit der mexikanischen Staatsführung über ein Sicherheitsabkommen in die Endphase. Die bilaterale sicherheitspolitische Vereinbarung soll voraussichtlich bis Ende 2014 von den beiden beteiligten Regierungen unterzeichnet und im Jahr 2015 vom Deutschen Bundestag beschlossen werden. Spätestens angesichts der jüngsten Entwicklungen in Mexiko ist dieses Abkommen neu zu bewerten, da sich die Pflicht für bundesdeutsche Behörden ergibt, unter bestimmten Bedingungen personenbezogene Daten an mexikanische Behörden weiterzureichen. Aus diesem Grund fordern zahlreiche mexikanische und deutsche Menschenrechtsgruppen von der Bundesregierung, zu diesem Zeitpunkt kein solches Sicherheitsabkommen mit Mexiko abzuschließen.

5. Die überbordende Gewalt in Mexiko steht im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Landes während der letzten 20 Jahre. Dieser Zeitraum war maßgeblich geprägt von der Implementierung der Freihandelsabkommen mit den USA (NAFTA) und der Europäischen Union (EU). Sie richtete die mexikanische Volkswirtschaft auf eine einseitige Exportorientierung aus und machte sie dadurch in hohem Maße verwundbar. So wurde Mexiko wie kaum ein anderes Land des Südens von der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise in den USA und in der EU getroffen. Die Armutsquote blieb selbst in Jahren des Wirtschaftswachstums konstant hoch und stieg sogar von 45 auf über 50 Prozent. Im Verhältnis zur EU wuchs das Handelsdefizit Mexikos bis 2013 auf rund 10 Milliarden Euro jährlich

an. Hinzu kommt eine Zunahme von Arbeitskämpfen, bei denen die beteiligten Arbeiterinnen und Arbeiter staatlicher Repression ausgesetzt sind.

## II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- die Verhandlungen über das geplante Sicherheitsabkommen mit Mexiko vorerst auszusetzen;
- den bisherigen Stand des Verhandlungstextes zu veröffentlichen und weitere Schritte unter der Einbeziehung des mexikanischen und des deutschen Parlamentes und von Menschenrechtsorganisationen transparent zu gestalten;
- Mexiko bei der Aufklärung der Verschleppung und mutmaßlichen Ermordung der 43 Studenten in Guerrero jede Unterstützung anzubieten;
- Menschenrechtsverteidiger zu schützen und die Leitlinien der Europäischen Union zum Schutz von Menschenrechtsverteidigern (2008) umzusetzen;
- zur Verbesserung der organisatorischen Ausstattung von Menschenrechtsverteidigern einen Koordinator für Menschenrechte in der deutschen Botschaft in Mexiko-Stadt durch Haushaltsmittel (Einzelplan 05) iHv. 126 T€ zu schaffen;
- sich bei Verhandlungen auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass bei Vereinbarungen und Verträgen, darunter bei der aktuellen Neufassung des Freihandelsabkommens, die menschenrechtliche und soziale Situation in Mexiko verbindliche und sanktionsbewehrte Berücksichtigung findet.

Berlin, den 16. Dezember 2014

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

### ● Anmerkung der Redaktion:

Der Antrag wurde am 28. Januar 2015 in den Ausschüssen beraten und von der Koalition abgelehnt. Die Grünen haben dem Antrag zugestimmt. Ein Datum für die abschließende Beratung im Plenum gibt es noch nicht.

## Für ein internationales Staateninsolvenzverfahren

*Antrag der Abgeordneten Niema Movassat, Dr. Axel Troost, Wolfgang Gehrcke, Klaus Ernst, Jan van Aken, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Annette Groth, Heike Hänsel, Inge Höger, Andrej Hunko, Susanna Karawanskij, Jutta Krellmann, Katrin Kunert, Stefan Liebich, Dr. Alexander S. Neu, Thomas Nord, Richard Pitterle, Michael Schlecht, Alexander Ulrich, Dr. Sahra Wagenknecht und der Fraktion DIE LINKE. (Drucksache 18/3743)*

### Der Bundestag wolle beschließen:

#### I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Am 9. September 2014 verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen mit der Mehrheit von 124 Ländern gegen 11 Nein-Stimmen und bei 41 Enthaltungen eine Resolution, in der sie sich auf die Einrichtung eines Insolvenzverfahrens für überschuldete Staaten festlegte (Resolution A/RES/68/304).



Die Resolution der Generalversammlung trägt dem Problem Rechnung, dass die Überschuldung von Staaten ein entscheidendes Hindernis für ihre selbstbestimmte wirtschaftliche und soziale Entwicklung ist. Im Schuldendienst werden Mittel gebunden, die für Investitionen in Bildung, Gesundheit oder Infrastruktur dringend benötigt würden. Hinzu kommt, dass die Struktur der Gläubiger in den letzten Jahrzehnten komplexer und die Schulden von Schuldnerländern Gegenstand von verantwortungsloser Spekulation privater Anleger wurden.

Die Resolution war vom Plurinationalen Staat Bolivien, namens der Gruppe der 77 und der VR China, eingebracht worden. Die Anregung dazu gab die Regierung Argentiniens. Argentinien sieht sich im Nachgang des Umschuldungsverfahrens nach der Staatspleite von 2001 mit Forderungen von Hedgefonds konfrontiert, die sich nicht am Umschuldungsverfahren beteiligt hatten. Deren Forderungen in Höhe von 1,2 Mrd. Euro stammen aus dem spekulativen Aufkauf von ausfallbedrohten Staatsanleihen nach der Staatspleite. Hätte Argentinien die Forderungen bedient, hätten die Fonds eine Rendite von 1600 Prozent erzielt (Deutschlandfunk, 28.6.2014), doch Argentinien weigert sich bislang, der entsprechenden Zahlungsaufforderung eines US-amerikanischen Schiedsgerichts nachzukommen.

Dieser Vorgang verdeutlicht die Notwendigkeit, ein, wie es in der Resolution heißt, multilaterales Rahmenwerk für die Restrukturierung von Staatsschulden zu schaffen. Die Resolution greift bisherige Initiativen in diesem Sinne auf und verlagert sie weg von den gläubigerdominierten Foren wie dem Internationalen Währungsfonds (IWF) oder dem Pariser Club hin zu den Vereinten Nationen.

Ziel der Resolution ist es, ein verlässliches und effizientes Verfahren zu entwickeln, das alle Gläubiger bindet und die Bedürfnisse des Schuldnerstaats angemessen berücksichtigt. Um sicherzustellen, dass Fortschritte in der Erreichung der Entwicklungsziele nicht gefährdet werden, soll allen Verfahren die Ermittlung der tatsächlichen Zahlungskapazitäten des Schuldners vorangehen. Der Bundestag unterstützt ein solches Vorgehen. Von der bisherigen Praxis, durch die üblichen Konditionierungen in Umschuldungsprozessen die Wirtschaft des Schuldnerstaates abzuwürgen, ist dabei Abstand zu nehmen.

Im Vorfeld der Abstimmung in der Generalversammlung wandten sich angesehene Wirtschaftswissenschaftler, darunter die Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz und Robert Solow, an die Regierungen, um für die Unterstützung der Resolution zu werben und ihre Expertise bei der weiteren Ausgestaltung des Prozesses anzubieten.

Die Resolution gibt nicht nur einem berechtigten Anliegen vieler Staaten des Südens Ausdruck, sondern entspricht auch den Forderungen, die in der entwicklungspolitischen Zivilgesellschaft seit vielen Jahren erhoben wurden. Entsprechend wurde sie von vielen entwicklungspolitischen Organisationen und Bündnissen, auch in Deutschland, begrüßt. Diese Organisationen drückten ihre Enttäuschung darüber aus, dass Deutschland zu den 11 Staaten gehört, die die Resolution abgelehnt haben.

Der Bundestag gibt der Hoffnung Ausdruck, dass Deutschland dennoch im weiteren Prozess der Umsetzung der Resolution eine konstruktive Rolle spielen wird.

## II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- den weiteren Prozess in den Vereinten Nationen zur Einrichtung eines Staateninsolvenzverfahrens konstruktiv zu unterstützen;
- aktiv die Einbeziehung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und der Zivilgesellschaft in den Diskussionsprozess zu gewährleisten und zu fördern;
- sich für ein faires, partizipatives und transparentes Verfahren einzusetzen,
- das alle Ausstände des jeweiligen Schuldnerlandes einbezieht und mit einem für alle Beteiligten, also auch alle Gläubiger, bindenden Schiedsspruch endet,
- das die Schuldenlast auf ein tragfähiges Niveau senkt,
- das den Grundbedürfnissen der Bevölkerungen in den Schuldnerstaaten den Vorrang vor den Ansprüchen der Gläubiger gibt,
- das in diesem Sinne die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Menschenrechte schützt,
- das ein öffentliches Audit enthält, in welchem unter Beteiligung einer breiten Öffentlichkeit über die Legitimität von Forderungen befunden wird;
  
- die eigenen Forderungen an Entwicklungsländer einem entwicklungspolitischen Audit im Rahmen der UNCTAD-Prinzipien für eine verantwortungsvolle Kreditvergabe zu unterziehen und auf dieser Grundlage als illegitim bewertete Forderungen zu erlassen.

Berlin, den 13. Januar 2015  
Dr. Gregor Gysi und Fraktion

### Begründung

Der Fall von Argentinien, der im Jahr 2014 international für Schlagzeilen sorgte, zeigt, dass ein internationales Insolvenzverfahren für Staaten überfällig ist. Die von Argentinien nach der Staatspleite von 2001 einseitig durchgesetzte Umschuldung war durchaus erfolgreich, stellte sie doch die wirtschaftliche Handlungsfähigkeit des angeschlagenen Landes wieder her. Sie wird nun aber durch die Forderungen der nicht beteiligten Hedgefonds in Frage gestellt. Sollte Argentinien ihren Forderungen nachkommen, könnten auch jene Gläubiger, die sich seinerzeit am Schuldenschnitt beteiligten, ihre Forderungen wieder vorbringen (RUFO-Klausel) und Argentinien damit erneut an den Rand des Bankrotts treiben.

Informelle ad-hoc-Verfahren im Rahmen des VN-Prozesses, wie sie derzeit diskutiert werden, wären ein wichtiger Zwischenschritt und in diesem Sinne von der Bundesregierung zu unterstützen, auch wenn sie nicht sofort den Status bindender Schiedsverfahren haben. Denn sie können gutwillige Gläubiger in ein faires und transparentes Verfahren einbeziehen und spekulative Forderungen so weit isolieren, dass sie schlicht nicht bedient werden können.

Ziel bliebe aber ein international anerkanntes Schiedsverfahren zur Feststellung und Abwicklung einer Staatsinsolvenz, das für alle Gläubiger bindend wirkt. Dabei sollte ein neutrales Schiedsgericht die Höhe der zu erlassenden und der zu bedienenden Schulden ebenso wie den Zeitrahmen für die Schuldentilgung festlegen. Das Schiedsverfahren muss dabei alle Ausstände aller Gläubiger einbeziehen



und sich transparent und partizipativ gestalten. Alle Betroffenen, d. h. ausdrücklich auch die Bevölkerung des Schuldnerlandes, müssen die Möglichkeit haben, ihre Interessen zu artikulieren.

Das Verfahren muss durch ein Schuldendienstmoratorium und umfassende Kapitalverkehrskontrollen flankiert werden, damit einzelne Akteure das Verfahren nicht unterlaufen oder hintertreiben können.

Wie in einem privaten Insolvenzverfahren, etwa nach bundesdeutschem Recht, müsste dabei ein Existenzminimum von der Bedienung der Schulden ausgespart bleiben. Das Existenzminimum eines Staates muss sich an der Gewährleistung der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Menschenrechte, wie sie bei den Vereinten Nationen verankert sind (Internationaler Pakt über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte vom 19. Dezember 1966), ausrichten.

Seit vielen Jahren gibt es eine internationale Debatte über die Legitimität von Staatsschulden. Im Jahr 2008 hatte Ecuador in einem Schuldenuit 32 Prozent seiner Auslandsschulden für illegitim erklärt und einseitig gestrichen. Diese Entscheidung, obgleich eine Notlösung in Ermangelung eines geordneten internationalen Schiedsverfahrens, kam einem Befreiungsschlag gleich, der die developmentpolitischen Handlungsspielräume der ecuadorianischen Regierung erheblich vergrößerte und einen wesentlichen Anteil an der günstigen wirtschaftlichen Entwicklung seither hatte.

Im August des Jahres 2013 hat Norwegen als erster Geberstaat einen Bericht über die Legitimität von Staatsschulden auf der Grundlage der UNCTAD-Prinzipien für eine verantwortungsvolle Kreditvergabe vorgelegt. Bereits im Jahre 2006 hatte Norwegen mehreren Staaten ihre Schulden erlassen, die aus Exportförderprogrammen der 70er Jahre stammten, die im Nachhinein als developmentpolitischer Misserfolg betrachtet wurden. Die norwegische Regierung übernahm damit ausdrücklich Mitverantwortung für die aus diesen Programmen entstandenen developmentpolitischen Fehlschläge und strich die entsprechenden Forderungen einseitig. Das norwegische Beispiel war in der 17. Wahlperiode im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung des Deutschen Bundestages vorgestellt worden. Diese praktische Erfahrung und die UNCTAD-Prinzipien, die u. a. auch von Deutschland anerkannt werden, stellen geeignete Grundlagen dar, um die Schuldenproblematik development- und finanzpolitisch nachhaltig zu bearbeiten. Durch diese Aufarbeitung der Altschulden würde das zuvor skizzierte Staateninsolvenzverfahren nicht obsolet.

● **Anmerkung der Redaktion:**

Der Antrag wurde am 4. März 2015 in den Ausschüssen beraten und von der Koalition bei Enthaltung der Grünen abgelehnt. Ein Datum für die abschließende Beratung im Plenum gibt es noch nicht.

## Analyse

### Zwischen Aufbau und Zerreißprobe: Die Lage der Kurden in Syrien

*Von Julia Wiedemann, Bereich Internationale Politik der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN*

#### Die Rettung von Kobane

Als die kurdische Stadt Kobane im Norden Syriens (Rojava) im Herbst vergangenen Jahres vom sogenannten Islamischen Staat (IS) umzingelt wurde, startete die Welt – zumindest für einige Tage – gebannt auf die mutigen kurdischen Kämpferinnen und Kämpfer der YPG, der bewaffneten kurdischen Einheiten im Norden Syriens, die ihre Heimat trotz aller Erschwernisse gegen die terroristischen Barbaren wacker verteidigten. Kobane wurde zum Symbol des kurdischen Befreiungskampfes und des mutigen Widerstandes gegen die mittelalterliche Barbarei, die Unmenschlichkeit und die Verneinung des Lebens, die der IS repräsentiert. Mit Unterstützung aus der Luft durch die internationale Koalition unter Führung der USA und am Boden durch irakische Peschmerga, die bewaffneten kurdischen Einheiten aus dem Nordirak, mit moralischer Unterstützung tausender Solidaritätsbekundungen aus aller Welt gelang es der YPG am 26. Januar die Stadt Kobane zu befreien. Nach und nach werden nun die umliegenden 400 Dörfer freigekämpft. Doch von der Stadt ist nur ein Trümmerfeld geblieben. 80 Prozent der Bausubstanz sind zerstört, darunter alle öffentlichen Gebäude und Krankenhäuser. Auf Grund der vielen Flüchtlinge aus anderen Teilen des Landes war die Zahl der Bewohner Kobanes zuletzt auf über 100 000 angestiegen. Sie und viele andere aus den Dörfern der Provinz Kobane mussten im Oktober fliehen, rund 200 000 in die Türkei, weitere Zigtausende in den Nordirak.

Mehr als 500 Familien sind inzwischen zurückgekehrt, doch ist die Rückkehr nicht ungefährlich. Die Dschihadisten des IS haben vor ihrem Abzug in den Häusern Sprengfallen hinterlassen, bereits zehn Zivilisten sind durch versteckte Minen getötet worden. Auch Tage nach dem Ende der Kämpfe liegen überall Leichen herum. Die Gefahren für die Gesundheit sind groß, die medizinische Betreuung und die Versorgung mit Lebensmitteln schlecht. Für den Wiederaufbau dringend benötigte Dinge wie Baumaterial und Baufahrzeuge sowie Experten zur Minenräumung kommen nicht hinein. Noch immer ist die Region auf drei Seiten von den Islamisten umzingelt, und im Norden hält die Türkei ihre Grenze in Richtung Rojava geschlossen. Verletzte aus Syrien werden zwar durchgelassen, damit sie in der Türkei behandelt werden können, doch in der anderen Richtung gelangen nur ein paar Grundnahrungsmittel nach Rojava. Mehrere Wochen musste zum Beispiel das Team der Hilfsorganisation medico international warten, bis ihm erlaubt wurde, einen Krankenwagen nach Kobane zu liefern. Tausende türkische Kurden wären sofort bereit, ihren Brüdern und Schwestern in Rojava zu Hilfe zu eilen, beim Wiederaufbau ebenso wie an den Verteidigungslinien, dürften sie die Grenze passieren. Hilfsorga-



nisationen wie die WHO und Ärzte ohne Grenzen stehen schon in den Startlöchern und warten darauf, tätig werden zu können.

Zugleich gab es aber zwischen der Türkei und Rojava grenzübergreifende Kooperation ganz anderer Art: In der Nacht vom 21. zum 22. Februar räumte die türkische Armee eine Exklave im Norden Syriens, das osmanische Grabmal von Suleiman Schah, das von türkischen Soldaten bewacht und vom IS bedroht war. Die Reliquien wurden vorübergehend in die Türkei gebracht. Die Aktion erfolgte in Absprache mit der kurdischen Regionalregierung. Laut Angaben der YPG haben deren Vertreter den türkischen Konvoi sogar begleitet. Die türkische Regierung hingegen bestreitet, überhaupt mit den syrischen Kurden in Kontakt getreten zu sein. Diese jüngsten Entwicklungen zeigen, dass in der Region viel im Fluss ist.

Doch wie hat sich die politische Landschaft der Kurden in Syrien entwickelt? Wie steht es um die Allianzen der Kurden und was sagt das über die künftige Entwicklung der Region aus?

### Unterdrückung der Kurden in Syrien: Ein Blick zurück

Der nördliche Teil Syriens, bzw. Westkurdistan, auch Rojava genannt, ist mehrheitlich von Kurden bewohnt. Die Kurden sind mit ca. 3 Millionen Menschen die größte ethnische Minderheit in Syrien. Sie wurden über viele Jahre stark benachteiligt. Der größte Teil lebt zwar im Norden Syriens, doch gab und gibt es auch kurdische Stadtviertel in anderen syrischen Städten wie Damaskus oder Aleppo. 1962 wurde 120 000 Kurden von der syrischen Regierung die Staatsbürgerschaft entzogen. Bis 2005 war die Zahl syrischer Kurden ohne Staatsbürgerschaft sogar auf 300 000 angestiegen. Ein Dekret der syrischen Regierung vom April 2011 ermöglichte die Wiedereinbürgerung für einen Teil der staatenlosen Kurden, doch nicht für alle.

Die Staatenlosigkeit führte zu zahlreichen Repressalien. Die Betroffenen durften kein Eigentum in Form von Häusern oder Autos erwerben, erhielten keinen Studienabschluss, durften, wenn überhaupt, nur unter Auflagen und nach geheimdienstlicher Überprüfung ins Ausland reisen, etc. Doch nicht nur sie waren betroffen. Insgesamt wurde den Kurden das Recht auf Ausübung ihrer Kultur verwehrt, sie wurden im politischen Prozess ausgegrenzt. Unterricht an Schulen in kurdischer Sprache war verboten, ebenso wie öffentliche Newroz-Feiern. Mit gezielter Umsiedlung arabischer Familien in die kurdische Region wurde versucht, einen „arabischen Gürtel“ zu schaffen. Im März 2004 kam es in der kurdischen Stadt Qamishli nach einem Fußballspiel zu Unruhen zwischen kurdischen Demonstranten und syrischen Sicherheitskräften, bei denen 32 Menschen starben. Die Folge war eine große Verhaftungswelle gegen die Kurden; viele der Festgenommenen wurden gefoltert.

### Die Entwicklung der kurdischen Parteienlandschaft vor 2011

Schon in den 1920er Jahren waren Kurden in Syrien politisch aktiv. In der Debatte um die kurdische Frage dominierte die Kommunistische Partei, in der sich auch etliche Kurden engagierten. Viele sahen aber ihre Interessen durch die Kommunisten nicht ausreichend vertreten. 1957 wurde daher die Kurdische Demokratische Partei in Syrien (KDP) als linke

kurdisch-nationale Alternative gegründet. Auf Druck des damaligen Politbüro-Vorsitzenden der namensgleichen kurdischen Schwesterpartei KDP aus dem Irak, Dschalal Talabani, benannte sich die KDP in „Demokratische Partei Kurdistans in Syrien“ um. Die Namensänderung von „kurdisch“ auf „Kurdistan“ versetzte die syrische Regierung in Alarmstimmung, nahm sie doch an, dass die kurdische Bewegung nun mehr Souveränität anstreben würde. 5 000 Parteimitglieder wurden festgenommen. Als Folge dieser Entwicklung kam es zur Spaltung der KDP, zunächst in zwei, dann in weitere Parteien. Während das eine Lager das Ziel von mehr Selbstbestimmung verfolgte, politische Rechte einforderte und sich vor allem an den demokratischen Kräften Syriens orientierte, sah das andere Lager die Anerkennung kultureller Rechte als ausreichend an und stellte sich eher positiv zur syrischen Regierung. Auch die Entwicklungen im Irak, vor allem die Abspaltung der irakischen Partei PUK (Patriotische Union Kurdistans) 1975, unter Führung von Talabani, von der dortigen KDP unter Führung von Massoud Barzani, hatten ihre Auswirkungen auf die kurdische Parteienlandschaft in Syrien. Eine der wenigen kurdischen Parteien in Syrien, die ihren Ursprung nicht in der KDP oder einer ihrer Abspaltungen hat, ist die Partei der Demokratischen Union (Partiya Yekitiya Demokrat, PYD), die 2003 von Mitgliedern der kurdischen Arbeiterpartei PKK gegründet wurde und dieser bis heute nahesteht.

### Revolution und Krieg in Syrien

Zu Beginn der Proteste gegen die syrische Regierung im März 2011 beteiligten sich Kurden zunächst eher wenig an den Demonstrationen. Auch als die Proteste in Gewalt umschlugen und sich die Freie Syrische Armee als bewaffneter Widerstand gegen das Regime gründete, hielten sich die Kurden zurück. Im August 2011 versammelten sich die meisten der syrischen Oppositionsgruppen unter dem Dach des Syrischen Nationalrates (Syrian National Council, SNC). Auf kurdischer Seite gab es jedoch große Vorbehalte gegen den SNC, einerseits, weil dieser die Frage nach mehr Selbstbestimmung und mehr Rechten für die Kurden in einem zukünftigen Syrien aus kurdischer Sicht nicht ausreichend beantwortete, andererseits, weil der SNC von der türkischen Regierung unterstützt wurde, gegen die man wegen ihrer eigenen Kurdenpolitik große Vorbehalte hatte. So gründete sich im Oktober 2011 der Kurdische Nationalrat (Kurdish National Council, KNC), ein Bündnis aus zunächst 11, heute 15 kurdisch-syrischen Parteien. Die PKK-nahe PYD trat diesem Gremium nicht bei, unter anderem, weil die Mehrheit der Parteien im Kurdischen Nationalrat eine große Nähe zur irakischen KDP unter Barzani aufweist, der als Präsident der Kurdischen Regionalregierung im Nordirak wiederum gute Beziehungen zur Türkei pflegt und ein Kontrahent von PKK-Führer Abdullah Öcalan ist. Doch war allen Beteiligten schnell klar, dass die bisherigen Konflikte und Grabenkämpfe der kurdischen Parteien untereinander sie alle nur schwächen würden und die kurdische Position im weiteren Verlauf des Krieges in Syrien untergehen könnte.

Im Juli 2012 kam es im Nordirak unter Schirmherrschaft Barzanis zu einem Treffen der PYD mit dem Kurdischen Nationalrat. Am Ende einigte man sich auf die Gründung eines Hohen Kurdischen Komitees, in dem jeweils fünf Vertreter aus beiden Organisationen vertreten sind, um eine gemeinsame Strategie zu beraten und Einigung unter den Kurden in



Syrien herbeizuführen. In dieser Zeit zog sich auch das syrische Militär aus der kurdischen Region zurück, und die Kurden konnten die Kontrolle über ihre Gebiete übernehmen. Die Volksverteidigungseinheiten (Yekîneyên Parastina Gel, YPG), der bewaffnete Arm der PYD, waren bereits 2004 gegründet, aber erst mit Beginn des Bürgerkrieges eingesetzt worden. Formal wurden die YPG nun unter Kontrolle des Hohen Kurdischen Komitees gestellt, in der Praxis unterstehen sie jedoch weiterhin der PYD.

### Aufbau einer „Demokratischen Autonomie“

Im November 2013 erfolgten die offizielle Erklärung des Autonomiestatus der Region und die Ernennung des Hohen Kurdischen Komitees zur Interimsregierung. Im Januar 2014 wurden in den drei kurdischen Kantonen (Efrîn, Kobanê, Cizîrê) eigene Verwaltungsstrukturen etabliert. Ziel ist der Aufbau eines Modells „Demokratischer Autonomie“. Damit ist ausdrücklich nicht beabsichtigt, einen eigenen kurdischen Staat zu errichten, sondern lediglich innerhalb des syrischen Staates eine weitgehend autonome Stellung zu erreichen. In demokratischen Selbstverwaltungsstrukturen soll das öffentliche Leben, sofern möglich, aufrechterhalten und lokal selbst organisiert werden. Die Aufgaben reichen von der Organisation des Schulunterrichts (jetzt wird auch kurdischer und aramäischer Sprachunterricht eingeführt), über die gesundheitliche Versorgung bis zur Verteilung von Lebensmitteln. Wie in den Kantonen, wurden in den Städten und Dörfern Volksratsstrukturen aufgebaut, an denen auch die in Rojava lebenden Minderheiten wie Assyrer, Aramäer usw. beteiligt sind. Die offiziell festgelegte Frauenquote für die Volksräte beträgt 40 Prozent, wird in der Praxis jedoch noch nicht überall eingehalten. Auch die Wirtschaft soll schrittweise demokratisiert werden. So steht die Ölindustrie unter Kontrolle der Räte und wird von Arbeiterkomitees verwaltet. Landwirtschaft wird von Agrarkooperativen betrieben. Mediziner arbeiten am Aufbau einer kostenlosen Gesundheitsversorgung. Auch die Volksverteidigungseinheiten der YPG und ihre Frauenbataillone YPJ haben demokratische Strukturen, in denen sie ihre Führung wählen. Sie sind keine rein kurdischen Einheiten mehr, da sich ihnen Araber, nichtkurdische Christen, Assyrer und andere angeschlossen haben.

Diese Entwicklungen vollziehen sich nicht ohne Spannungen. Der PYD wird von anderen vorgeworfen, eine zu dominante Rolle zu spielen und andere Parteien unter Druck zu setzen. Auch soll sie Demonstrationen anderer kurdischer Gruppen gewaltsam beendet haben und wird für Entführungen verantwortlich gemacht. Trotz der Vorwürfe sind die Ansätze zur Basisdemokratie und die Einbeziehung nichtkurdischer Gruppen deutlich sichtbar. Das Modell befindet sich nach wie vor im Aufbau, und das unter Kriegsbedingungen. Doch könnte es, wenn es erfolgreich wird, zu einem Vorzeigemodell für Demokratie und Pluralität in der ganzen Region werden. Unter diesem Vorzeichen erhebt sich derzeit weltweit, vor allem in linken Kreisen, eine Welle der Solidarität für Rojava, die dem ganzen Projekt viel Auftrieb geben könnte. Doch die Probleme, mit denen Rojava konfrontiert ist, sind vielfältig.

### Widerstände und mögliche Entwicklungen

Wie schon eingangs beschrieben, ist die Versorgungssituation in Rojava seit Kriegsbeginn sehr angespannt, und die

dringend benötigten Hilfskräfte und Baumaterialien für den Wiederaufbau kommen kaum hinein. Zusätzlich zur ansässigen Bevölkerung Rojavas gibt es zahlreiche syrische Binnenflüchtlinge, die versorgt werden müssen.

Noch brisanter wird die Lage, schaut man auf die geopolitischen Interessen in der Region. Die USA und andere haben die Kurden im Kampf gegen den IS zwar mit Luftschlägen unterstützt, aber im Zweifelsfall stehen sie der Türkei näher. Beobachter vor Ort halten der USA und ihrer Koalition zudem vor, viel zu spät eingegriffen zu haben und mit deutlich weniger Einsatz, als möglich gewesen wäre.

Der türkische Präsident Erdogan vergleicht in seinen Reden die Volksverteidigungseinheiten in Kobane mit dem Islamischen Staat. Nur nach internationalem Druck ließ die Türkei 150 Kämpfer der Peschmerga über ihr Gebiet nach Kobane gehen. Mit dem Ziel, Assad zu stürzen und gleichzeitig die Entstehung einer kurdischen autonomen Region an ihrer Südgrenze zu verhindern, hat die Türkei lange Zeit islamistische Gruppen aus Syrien unterstützt, sie ungehindert die Grenze passieren lassen, ihnen in türkischen Krankenhäusern Behandlung ermöglicht und war nicht eingeschritten, als der IS in der Türkei auf offener Straße Kämpfer für Syrien rekrutierte. Auch der Vorwurf gegenüber der Türkei, islamistische Gruppen wie den IS oder die Al-Nusra-Front direkt mit Waffen ausgestattet zu haben, liegt in der Luft. Doch wie die eingangs beschriebene Rettungsaktion von türkischen Soldaten und Reliquien aus einem Mausoleum in Syrien zeigt, ist der Widerstand der Türkei gegenüber den Kurden nicht in Stein gemeißelt. Im eigenen Land verhandelt die Türkei seit 2012 mit Kurdenführer Öcalan über einen Friedensvertrag. Die Zugeständnisse, die die türkische Regierung in diesem Prozess bisher machte, sind gering, aber verglichen mit dem, was Vorgängerregierungen in der Kurdenpolitik erreicht haben, bedeuten sie einen großen Schritt nach vorn. In einem Apell rief Öcalan Ende Februar seine Anhänger auf, die Waffen niederzulegen, und kündigte für das Frühjahr einen Kongress an, wo die Absage an den bewaffneten Kampf und der Übergang auf einen demokratischen Weg endgültig beschlossen werden sollen. Möglicherweise ist dies ein Fingerzeig, dass sich das Verhältnis der türkischen Regierung zu den syrischen Kurden mittelfristig entspannen kann.

Auch die Beziehungen zur Kurdischen Regionalregierung im Irak mögen bei diesen Entwicklungen eine Rolle spielen. Trotz der Spannungen zwischen der PYD in Syrien und der Regierung Barzani in der Vergangenheit kämpften 150 Peschmerga Seite an Seite mit der YPG um Kobane. Dabei konnten die Peschmerga den großen Vertrauensverlust teilweise wettmachen, den sie im Sommer 2014 erlitten, als sie die Jesiden im Sindschar-Gebirge dem IS überließen. Erst durch das Eingreifen der PKK und der YPG im August konnte ein Massenmord verhindert und für die in das Sindschar-Gebirge geflüchteten Jesiden ein Fluchtkorridor freigeräumt werden. Die Peschmerga werden jedoch im Gegensatz zu den anderen kurdischen bewaffneten Einheiten vom Westen unterstützt. Dagegen ist die PKK in Deutschland nach wie vor verboten und steht auf der Terrorliste der EU. Auch die deutsche Bundesregierung hat Waffen und Ausbilder an die Peschmerga geliefert. Für das kommende Frühjahr wurde eine große Offensive der Peschmerga gegen den IS im Irak mit Unterstützung der USA in Form von Ausbildung, Luftunterstützung und Geheimdienstinformationen angekündigt. Eine



engere Verbindung zwischen den Kurden im Nordirak und den syrischen Kurden könnte möglicherweise auch die mit dem Nordirak verbündeten westlichen Kräfte dazu bringen, ihre Vorbehalte abzulegen.

Doch zugleich wohnt der ganzen verworrenen Konstellation in Irak und Syrien auch das Potenzial eines Scheiterns des demokratischen Projekts in Rojava inne. Es ist kein Geheimnis, dass Barzani sich mit seiner Kurdischen Regionalregierung gern ganz vom Irak abspalten würde. Wenn er vom Westen mit Waffen ausgestattet ist, könnte er, sobald der IS im Wesentlichen besiegt ist, diesen nächsten Schritt gehen. Würde daraus ein Bürgerkrieg zwischen der irakischen Zentralregierung und der kurdischen Regionalregierung erwachsen, beträfe dies auch Rojava und gefährdete die frisch gewonnene Einheit der Kurden in Syrien. Und auch wenn der IS in Syrien zurückgedrängt werden kann, gibt es dort noch lange keine Aussicht auf Frieden. Zu groß ist inzwischen die Zahl der sich gegenseitig bekämpfenden Gruppen. Der Widerstand gegen den IS eint heute jene, die sich nach einem Zurückdrängen der Dschihadisten wieder gegenseitig an die Kehle gehen werden. Ohne eine friedliche Lösung für Syrien und eine friedliche Entwicklung im Irak wird Rojava immer zwischen den Kriegsfrenten stehen und dort letztlich zerrieben werden.

## Die Kurden – Wer ist Wer?

### ● **Syrien:**

- *Die Partei der Demokratischen Union (PYD)* wurde 2003 gegründet und hat zwischen 60 000 und 70 000 Mitglieder. Vorsitzende sind Salih Muslim und Asya Abdullah. Inhaltlich steht sie der PKK nahe und sieht Abdullah Öcalan als geistigen Führer. Das Hohe Kurdische Komitee ist im Prinzip die „Regierung“ von Rojava. Darin sind zu gleichen Teilen Mitglieder des Volksrates Westkurdistans, dem die PYD angehört, und des Kurdischen Nationalrats vertreten. Verglichen mit anderen Parteien in Rojava, ist die PYD die größte und einflussreichste. Zu ihren inhaltlichen Schwerpunkten zählen soziale Gerechtigkeit, Religionsfreiheit, Pluralismus, Gleichstellung der Frau und Basisdemokratie.
- *Der Kurdische Nationalrat (KNC)* ist ein Bündnis aus 14 kurdisch-syrischen Parteien, das sich ebenso wie die PYD für Anerkennung der kurdischen Minderheit, dezentrale Strukturen und mehr kurdische Autonomie einsetzt. Im Gegensatz zur weiter links stehenden PYD sind im KNC auch konservative und wirtschaftsliberale Parteien vertreten, die zum Teil der KDP von Barzani im Irak nahe stehen.
- *Die Volksverteidigungseinheiten (YPG)* haben ihren Ursprung in den Aufständen von Qamishli 2004 und sind der bewaffnete Arm der PYD. Sie haben Frauenbrigaden (YPJ). Die YPG bestehen nicht nur aus Kurden, ihnen haben sich Araber, syrische Christen, Assyrer und andere Minderheitengruppen angeschlossen. Sie verstehen sich als eine demokratische Volksarmee und bestimmen ihre Anführer durch Wahlen innerhalb der Organisation. Zahlen zur aktuellen Kampfstärke liegen nicht vor, Schätzungen gehen von einer Truppenstärke von 45 000 aus, nach Angaben der YPG sind rund 40 Prozent Frauen.

### ● **Irak:**

- *Die Kurdische Demokratische Partei (KDP)* wurde 1946 von Mustafa Barzani gegründet. 1975 kam es zur Abspaltung der Patriotischen Union Kurdistans (PUK) unter Dschalal Talabani von der KDP. Beide Parteien bekämpften sich nach dem ersten Golfkrieg in den 1990er Jahren. In der Folge kamen 5 000 Menschen ums Leben, und die kurdische Region im Irak wurde praktisch zweigeteilt. Bei der Invasion der USA im Irak 2003 unterstützten beide Parteien die USA gegen Saddam Hussein. Der Sohn des Gründers, Massoud Barzani, ist seit 2005 Präsident der Kurdischen Autonomieregion im Nordirak. Er unterhält gute Beziehungen zum Westen und auch zur Türkei. In Deutschland ist der Kontakt zur CDU besonders eng. Das Verhältnis zur PKK ist eher gespannt.
  - *Die Patriotische Union Kurdistans (PUK)* ist neben der KDP eine der größten Parteien im Nordirak. Sie war 1975 durch Abspaltung von der KDP entstanden. Auch wenn ihr eine Nähe zur PKK unterstellt wird, ist sie ebenso wie die KDP kein Unterstützer der Demokratischen Autonomie in Rojava. Ihr Vorsitzender Djalal Talabani ist schwer krank, und auch im Parlament der kurdischen Autonomieregion musste die PUK bei der letzten Wahl den zweiten Platz an eine neue Partei abgeben. Politisch ist die PUK eher sozialdemokratisch orientiert.
  - *Die Peschmerga* sind bewaffnete Einheiten nordirakischer Parteien (KDP, PUK und andere). Ihre Gründung liegt in den frühen 1920er Jahren. Nach dem Irakkrieg hatte die US-Armee die Kontrolle über die drei kurdischen Provinzen des Irak 2007 an die Peschmerga abgegeben. Mit der Invasion des IS wurde deutlich, dass die bisherige uneinheitliche Kommandostruktur der Peschmerga, die den jeweiligen Parteien unterstellt sind, ein großes Problem darstellt. Als Reaktion darauf sollen die Verbände nun in einer einheitlichen Struktur formiert werden. Einen großen Vertrauensverlust erlitten die Peschmerga, als sie beim Angriff des IS auf die Jesiden in Sindschar im August zunächst die Flucht ergriffen hatten, statt den Bedrängten zu helfen. Ende Oktober erreichten 150 Peschmerga-Kämpfer Kobane, um die dortigen syrisch-kurdischen Einheiten der YPG zu unterstützen. Insgesamt soll die Stärke der Peschmerga 190 000 Männer und Frauen betragen. Deutschland beliefert sie mit Waffen (darunter Fahrzeuge und 16 000 Gewehre, 30 MILAN Panzerabwehrwaffen und 4 000 Gefechtshelme) und bildet sie an den gelieferten Waffen aus.
- ### ● **Die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)**
- Die PKK war in den 70er Jahren in der Türkei als Untergrundorganisation mit dem Ziel entstanden, für politische Autonomie der kurdischen Gebiete in der Türkei zu kämpfen. Im türkisch-kurdischen Konflikt sind seitdem mehr als 40 000 Menschen ums Leben gekommen. In vielen Staaten steht die PKK auf der Terrorliste. Nach der Inhaftierung ihres Anführers Abdullah Öcalan 1999 wandelte sich die PKK schrittweise. Aus dem Gefängnis heraus rief Öcalan zu Frieden und Dialog auf. Die bewaffneten Kräfte der PKK zogen sich in die irakischen Berge hinter die türkische Grenze zurück. 2005 beschloss die PKK die Idee des Demokratischen Konföderalismus, der von Öcalan verkündet worden war. Zentrales Ziel ist eine demokratisch-ökologische und auf Geschlechterbefreiung ausge-





richtete Gesellschaft sowie die Überwindung zentralistischer und nationalstaatlicher Strukturen. Im Winter 2012 nahmen die türkische Regierung und die PKK ernsthafte Friedensverhandlungen auf. Im aktuellen Krieg in Syrien und im Irak unterstützt die PKK die Kurden im Kampf gegen den IS. Die Forderung nach Aufhebung des PKK-Verbots, für die auch DIE LINKE steht, erhält seitdem neuen Auftrieb. Gerade für den Friedensprozess, der im Schatten des Krieges in Syrien stark bedroht ist, wäre die Aufhebung des PKK-Verbots ein entscheidendes Signal.

**Weitere Informationen siehe:**

- [www.civaka-azad.org](http://www.civaka-azad.org) – Civaka Azad ist ein Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit mit Sitz in Frankfurt a.M.
- [www.bak-dtfk.de](http://www.bak-dtfk.de) BAK „Demokratie in der Türkei – Frieden in Kurdistan“ in der Partei DIE LINKE
- [www.al-monitor.com](http://www.al-monitor.com) – englischsprachiges Nachrichtenmagazin zum Nahen und Mittleren Osten.

## Afghanistan: Reise in eine ungewisse Zukunft

*Von Cem Sey, Journalist und Publizist, Kabul*

Die Nachrichten eines einzigen Tages in Afghanistan spiegeln eine Realität, in der Katastrophen und Hoffnung einander in verwirrender Weise abwechseln: „Friedensgespräche zwischen den Taliban und Kabul“, dann „Taliban töten in Logar 23 Polizisten“, lauten die Schlagzeilen, gefolgt von Meldungen wie „25 Taliban-Kämpfer vernichtet“ oder „IS-Anhänger stürmen in Logar Wohnungen der Bürger und zerstören Fernseher“, dicht gefolgt von „Pipeline für turkmenisches Gas wird in zwei Monaten in Betrieb genommen“. Und dann noch dies: „Fish and Chips jetzt in Kabul“. Das alles sind Meldungen, die kaum zulassen, sich von Afghanistan ein klares Bild zu machen.

Was in Kabul hinter verschlossenen Türen geschieht, wissen weder die Bürgerinnen und Bürger des Landes, noch die gewöhnlich gut informierten Vertreter westlicher Länder. Die alten Klischees stimmen nicht mehr. Einst tonangebende Repräsentanten internationaler Organisationen müssen sogar kuschen. So neulich die Chefin des UNDP. Sie wagte es, den bekanntlich choleraschen neuen Präsidenten Aschraf Ghani zu kritisieren, und musste deshalb das Land verlassen.

Dabei waren gerade westliche Politiker noch im letzten Sommer von Ghani und dessen Kontrahenten Abdullah begeistert. Man attestierte ihnen einen Willen zu Transparenz und lobte ihre gute Kooperation. Am 27. September 2014 schwärmte US-Außenminister John Kerry in der „Washington Post“ von einer geglückten demokratischen Machtübergabe: „... wird das afghanische Volk, die erste demokratische Machtübergabe in Afghanistans Geschichte und die erste friedliche Übergabe der Führung seit mehr als 40 Jahren vollziehen, seinen nächsten Präsidenten einweihen, einen, der im Tandem mit dem ersten Chefmanager des Landes arbeiten wird. (...) Die Vereinigten Staaten haben einen glaubwürdigen, transparenten und inklusiven Wahlprozess unterstützt, ohne einen bestimmten Kandidaten zu favorisieren.“

Auch Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier war zufrieden: „Nach monatelangen, schwierigen Verhandlungen

haben sich die beiden Präsidentschaftskandidaten Ashraf Ghani und Abdullah Abdullah endlich auf eine nationale Einheitsregierung verständigt. Damit haben sie den Weg geebnet für einen friedlichen Machtwechsel, der durch Wahlen herbeigeführt wurde“, schrieb er in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ am 12. Oktober. Und weiter: „Natürlich entsprachen die Wahlen nicht unseren Standards, das sollten wir nicht vergessen. Die Regierungsbildung in Kabul zeigt eben, wie schwer es ist, Demokratie zu lernen. Demokratie heißt ja nicht nur, dass die Mehrheit entscheidet. Sondern auch, dass die Interessen der Minderheit gewahrt bleiben“, fügte er hinzu. Offenbar hatte Steinmeier schon ein paar Bauchschmerzen. Denn sicherlich wusste er angesichts des zurückliegenden Kabuler Wahl-Sommers, dass der afghanische Entscheidungsprozess weder demokratisch noch von den Afghanen bestimmt war.

### Guter Anfang – schlechtes Ende

Werfen wir einen Blick zurück zu der Wahl, die Afghanistan auf die Schiene der Zukunft setzen sollte: Am 5. April 2014 ließen sich die Präsidentschaftswahlen in Afghanistan überraschend gut an: 6,6 Millionen Wählerinnen und Wähler kamen beim ersten Wahlgang zu den Urnen. Damit trotzten sie den Taliban und anderen bewaffneten Gruppen, die mit einer monatelangen Gewaltwelle versucht hatten, die Bürger einzuschüchtern.

Probleme kündigten sich in den Wochen vor dem zweiten Wahlgang an, der notwendig geworden war, weil der ehemalige Außenminister und Vertreter der Nordallianz, Abdullah Abdullah, den ersten Wahlgang zwar gewonnen, aber nicht die notwendige Mehrheit von 50 Prozent erreicht hatte. Politiker klagten bereits über Wahlfälschungen. Die Angst vor einem zweiten Wahlgang und den damit verbundenen Schwierigkeiten im Hinblick auf Infrastruktur und Sicherheit wuchs.

Europäische Vertreter in Kabul plädierten bereits für eine Koalition von Abdullah und Ghani unter Abdullahs Führung. Sie argumentierten, ein zweiter Wahlgang werde erneut Wahlfälschung ermöglichen. Schließlich seien Koalitionen ein Instrument traditioneller afghanischer Politik.

US-Vertreter lehnten das rigoros ab und pochten auf die von der Verfassung vorgeschriebene Stichwahl und den demokratischen Prozess. US-Vertreter warfen ihren europäischen Kollegen insgeheim Parteinahme für Abdullah vor. Dabei war schon durchgesickert, dass man in Washington – vielleicht dank massiven und millionenteuren Lobbyunternehmungen am Potomac – ganz auf Aschraf Ghani setzte. Ghani, ein ehemaliger Weltbank-Mitarbeiter und Technokrat, erhielt schließlich auch die Unterstützung europäischer Diplomaten. Aus dem Vorschlag „Kompromisslösung nach dem ersten Wahlgang“ wurde nichts.

Schon am Tag der Stichwahl geriet die Lage außer Kontrolle. Die dem damaligen Präsidenten Hamid Karsai unterstehende „Unabhängige“ Wahlkommission (IEC) erklärte, die Wahlbeteiligung habe bei der Stichwahl um 20 Prozent höher gelegen als beim ersten Wahlgang. Diese Information konnte von Wahlbeobachtern kaum bestätigt und auch später nicht glaubwürdig belegt werden. Woher kamen die zusätzlichen 1,5 Millionen Stimmen?, fragte man sich überrascht.

Noch verheerender für die Glaubwürdigkeit der Wahl aber war ein anderes Ereignis. Die Polizei, die für den reibungslo-



sen Verlauf der Wahl zuständig war, stoppte am Wahlabend einen LKW-Konvoi, mit dem Tausende leere Stimmzettel transportiert wurden. Niemand wusste von diesem Transport. In einem der Transporter saß der Sekretär der IEC, Ziaulhaq Amarkhil, ein Vertrauter Karsais. Amarkhil war auch für die westlichen Botschaften in Kabul kein Unbekannter. Sie bezogen ihre Informationen über den Wahlprozess hauptsächlich von ihm.

Amarkhil behauptete, mehrere Wahlzentren hätten Stimmzettel angefordert, da diese ausgegangen seien. Die Verantwortlichen einiger der genannten Wahlzentren dementierten. Doch nachdem die Polizei einen Anruf vom Präsidentenpalast erhalten hatte, durften Amarkhil und der Konvoi unbehelligt weiterfahren.

Dieser Zwischenfall weckte großes Mißtrauen in der Bevölkerung und bei den Unterstützern des Kandidaten Abdullah. Sein Team, aber auch unabhängige afghanische Wahlbeobachter warfen Amarkhil vor, die Wahlen zu Gunsten Ghanis zu manipulieren. Abdullah forderte sogleich den Rücktritt Amarkhils. Dieser lehnte ebenso schnell ab. Auch Karsai und Ghanis Team stellten sich vor ihn.

Hinzu kamen weitere Unregelmäßigkeiten. Dass im zweiten Wahlgang beide Kandidaten Wahlfälschung betrieben haben, wo sie nur konnten, wurde jeden Tag deutlicher. Nach der Wahl beanspruchten beide Kandidaten den Wahlsieg für sich. Die IEC dagegen erklärte Aschraf Ghani zum Sieger, ohne den Beschwerden ernsthaft nachzugehen.

Diese Entscheidung trieb die Abdullah-Anhänger auf die Straße. Wochenlang blockierten sie wichtige Straßenkreuzungen der Hauptstadt. Die Situation war explosiv. Viele Beobachter befürchteten, es könnte erneut zu einem ethnisch aufgeladenen Bürgerkrieg kommen. Wieder wurde der tiefe Riss zwischen der hauptsächlich aus Tadschiken bestehenden Nordallianz und den Aschraf Ghani unterstützenden paschtunischen Stämmen sichtbar.

Besorgt drängten westliche Regierungsvertreter, allen voran US-Außenminister John Kerry, die Rivalen dazu, eine Prüfung der Ergebnisse unter Leitung der UN zu akzeptieren. Amarkhil musste schließlich zurücktreten. Doch selbst das wochenlange Nachzählen der Stimmen schien immer neue Fragen nach Verfahren und Methoden aufzuwerfen und die Verwirrung noch zu vergrößern.

Eine indische Wahlbeobachterin berichtet, sie habe keine Gelegenheit erhalten, der Nachzählung beizuwohnen. Eine nepalesische Wahlbeobachterin erinnert sich, die Wahlurnen seien nachts unter der Kontrolle der Beamten der IEC verschwunden und konnten damit theoretisch manipuliert werden. Das EU-Wahlbeobachterteam urteilte in seinem Schlußbericht vom 16. Dezember 2014 schließlich hart über die angeblich so geglückte Wahl: Mehr als 2 Millionen Stimmzettel seien gefälscht gewesen. Der Leiter des EU-Teams, Thijs Berman sagte, die Demokratie und die Glaubwürdigkeit der Wahlinstitutionen in Afghanistan hätten durch das Ausmaß des Betrugs ernsthaften Schaden genommen. Bis heute gibt es kein amtliches Endergebnis dieser so zukunftsweisenden Präsidentschaftswahlen.

## Druck aus dem Westen

Den Militärs, allen voran dem US-Militär, ging es ganz offensichtlich darum, rasch die Unterschrift des afghanischen Präsidenten für das bereits ausgehandelte, aber vom scheidenden Präsidenten Karsai strikt abgelehnte Bilaterale Si-

cherheitsabkommen (BSA) zu erhalten. Dieses ist für die weitere – legale – Anwesenheit ausländischer Truppen am Hindukusch erforderlich. Von der Einhaltung des verfassungsgemäßen demokratischen Prozederes sprach man in Washington längst nicht mehr. Im Gegenteil, man drängte beide Kontrahenten zu einem Kompromiss und einer Koalition unter dem Namen Nationale Einheitsregierung. Zu diesem Zweck holten die USA nach spürbarem Widerwillen die Daumenschrauben hervor und drohten mit dem Einfrieren aller Hilfsgelder. Das wirkte. Ghani wurde Präsident und Abdullah akzeptierte die in der afghanischen Verfassung gar nicht vorgesehene Position des Chefmanagers.

Beide Politiker, die als Kandidaten noch schnell ein paar Mega-Reformen hatten aufs Gleis setzen wollen, unterzeichneten nun das BSA mit den USA. Seitdem ist in Kabul nicht mehr viel passiert. Denn statt zu regieren, streiten Ghani und Abdullah seit Monaten um die Kandidaten für die 27 Minister- und zwei Staatsministerposten. Dabei geht es ohne Unterlass um Tadschiken und Pashtunen, um den zu verteilenden Kuchen an Posten und Pfründen. Ghani, der wegen seines Images als Macher von Afghanistans urbanen Eliten gewählt wurde, versagte bislang jämmerlich. Dreimal versäumte er den von ihm selbst gesetzten Termin, bis er schließlich dem Parlament im Januar eine Kabinettsliste schickte. Fortan sollten frische, unbelastete Experten das Land regieren. Ein Ausbrechen aus den alten Netzwerken der Warlords wünschten sich Ghani und Abdullah. Doch sie haben ihre Rechnung ohne den Wirt gemacht. Denn die Macht der alten Kriegsfürsten und der Islamisten haben sie wohl unterschätzt.

## Kann Ghani die systemimmanente Korruption überwinden?

Mehr als die Hälfte der Ministerkandidaten und -kandidatinnen scheiterten am Widerstand der Fundamentalisten und der im Parlament sitzenden Vertreter verschiedener ethnischer Gruppen und Warlords. Schnell wurde deutlich, das sich alte Seilschaften nicht genügend an der Macht beteiligt sahen. Deshalb geht die Ministersuche in Kabul auch heute noch weiter. Gerade einmal neun Nominierungen wurden bestätigt – 20 Minister werden immer noch verzweifelt gesucht. Seit fast einem Jahr wird Afghanistan, das Land, das angeblich keine Uhren, aber viel Zeit hat, von Platzhaltern regiert, was nahezu das gesamte politische Leben zum Stillstand gebracht hat.

Dabei haben viele Afghaninnen und Afghanen ernsthaft geglaubt, dass Ghani und Abdullah tatsächlich das von Hamid Karsai meisterhaft gesponnene Netzwerk aus Patronage und Korruption durchtrennen wollen. Ihre erste Kraftprobe mit dem System gibt zu wenig Hoffnung Anlass.

Dieses System, von Hamid Karsai eingeführt, von der Bush-Administration jahrelang als nützlich angesehen, deshalb unterstützt und verfestigt, stellt die Grundlage der überall im Land florierenden Korruption dar. Der Präsident verteilt die Ministerposten an Menschen, denen er etwas schuldet oder die über lokalen Einfluss verfügen. Das bedeutet in der Regel, dass sie Warlords oder nützliche Handlanger sind, mit einem Bein in der Illegalität stehen und selbst bis zur untersten Ebene Vetternwirtschaft betreiben.

Dieses geschlossene System durch ein anderes, besseres zu ersetzen ist eine Herkulesaufgabe. Die von westlichen Geberstaaten am Fließband aufgelegten Good-Governance-



und Antikorruptionsprogramme helfen dagegen wie Hustenbonbons gegen eine Grippeepidemie.

## Nicht vorhandene Wirtschaft frisst das Erreichte auf

Die Folgen des Wahldebakels und der uneinigen Einheitsregierung sind vielfältig: Die Wirtschaft liegt nahezu am Boden, Bargeld wandert in großen Säcken aus dem Land, Investoren machen sich rar, und die Staatsbediensteten bangen, bald keine Gehälter mehr zu bekommen. So streikten Ende Februar Polizeibeamte in der Provinz Wardak, weil ihr schon mageres Gehalt von 12 000 Afghani (ca. 185 Euro) auf 10 500 Afghani (ca. 160 Euro) gekürzt wurde. Machen die Polizisten ihre Drohung wahr, kommt die Regierung in Schwierigkeiten. Denn die Provinz Wardak ist zwischen der Regierung, den Taliban und der Hizb-i Islami umkämpft. Doch die wirtschaftliche Lage könnte die Auszahlung der Gehälter unmöglich machen, und Kabul könnte die Kontrolle über die Provinz verlieren.

In Wardak wird das eigentliche Problem des Landes am Hindukusch deutlich:

Einerseits ist Afghanistan in den letzten 13 Jahren, in denen fremde Militärs auf seinem Boden einen „Krieg gegen den Terror“ führten, aber gleichzeitig auch zivile Aufbauprogramme mit milliardenschweren Projekten stattfanden, einen weiten Weg gegangen. Doch alles Erreichte ist fragil und selbst kurzfristig kaum haltbar.

Die Investitionen im Gesundheitsbereich stiegen laut Weltgesundheitsorganisation (WHO) um das 5-fache. Zahlreiche Krankenhäuser wurden gebaut. Die Lebenserwartung der Afghanen stieg von 45 Jahren 2001 auf 60,5 Jahre 2014. Ähnliches geschah im Bildungssektor: Gingen unter den Taliban weniger als eine Million Kinder und Jugendliche zur Schule, sind es heute über 8 Millionen. Der Frauenanteil stieg von Null auf ca. 33 Prozent.

Der Großteil der Bevölkerung lebt in einem relativ sicheren Umfeld, weil er in den Großstädten konzentriert ist. Afghanische Armee und Polizei beweisen seit Ende 2011, dass sie die Taliban und andere bewaffnete Oppositionsgruppen ohne westliche Unterstützung in Schach halten, ja in manchen Fällen sogar zurückdrängen können.

Andererseits wurde bisher keine nachhaltige Wirtschaft aufgebaut. Bis vor kurzem lebten die Afghanen mit der Illusion einer künstlich aufgeblähten Wirtschaft, gemästet von immensen Ausgaben der Geberländer. Milliarden flossen in Form von militärischer Hilfe und für den zivilen Aufbau ins Land. Das bescherte Afghanistan bis 2012 jährlich gute Wachstumsraten, die 2012 sogar in einem Zuwachs von 14,4 Prozentpunkten gipfelten. Mit der Entscheidung, die militärische Präsenz des Westens kräftig abzubauen und bereits Truppen abzuziehen, stürzte die afghanische Wirtschaft ab. Die Prognosen der Weltbank für 2014 liegen bei nur noch 1,5 Prozent Wachstum.

Mit den fremden Soldaten schwindet die Bereitschaft, große Investitionen zu tätigen und Personal zu bezahlen. Wo früher Militärkasernen waren, stehen heute Objekte leer. Auch die zivile Aufbauhilfe wird knapper. Westliche Länder, u. a. auch Deutschland, die auf dem Papier bis 2023 entsprechende Verpflichtungen übernahmen, kürzen im Stillen zahlreiche Programme. Viele Entwicklungsprojekte geraten in finanzielle Schwierigkeiten. Diplomaten aus der EU-Vertretung in Kabul sagen, sie spürten schon, wie alle Botschaf-

ten ihr Personal abziehen und sich gänzlich auf den Rückzug vorbereiteten. Auch viele NGOs gehen zusammen mit den Militärs, weil sie die weiterhin vorhandenen Sicherheitsrisiken nicht auf sich nehmen wollen.

Weder Ex-Präsident Karsai, noch die westlichen Länder haben sich ernsthaft darum bemüht, eine nachhaltige Wirtschaft aufzubauen. So ist es kein Wunder, dass der einzige florierende Wirtschaftssektor der Drogenanbau ist. Hinzu kommt der illegale Abbau von Bodenschätzen wie Kupfer, Gold und Edelsteinen. Davon profitieren die Taliban und andere bewaffnete Aufständische, die sich laut einem jüngsten UN-Bericht allmählich zu kriminellen Vereinigungen wandeln.

Agrarprodukte können nur vor Ort verwendet werden, da dem Land Kühlanlagen und Transportmöglichkeiten fehlen. Ein großer Teil wird aus Pakistan importiert. Der Bausektor, der durch Aufträge der westlichen Militärs boomte, hält sich noch über Wasser. Aber auch seine Zukunft sieht düster aus.

In den ersten Jahren der Invasion haben die USA Afghanistan eine neoliberale Wirtschaftspolitik aufgedrängt, und die Afghanen haben dem nicht widersprochen. Die Grenzen des Landes stehen für Importe offen. In Afghanistan sind Billigprodukte aus aller Herren Länder zu finden, aber kaum einheimische Erzeugnisse. Das Land kann international weder mit seinen wenigen Produkten mangelhafter Qualität, noch mit billigen Arbeitskräften punkten.

Hinzu kommt eine zunehmend ungerechte Verteilung des Reichtums. Das Geld, das in 13 Jahren westlichen Engagements ins Land kam, floss vor allem in die Taschen korrupter Politiker und hoher Staatsbeamter. Die wenigen afghanischen Investoren, die von dem Geldsegen profitierten, sind nicht bereit, weiter in Afghanistan zu investieren. Stattdessen werden die Gelder ins Ausland zurücktransferiert. Reiche Afghanen kaufen lieber Immobilien in Dubai, Indien, Malaysia, Spanien und der Türkei.

Die prekäre Wirtschaftslage ist heute die größte Bedrohung Afghanistans. In Meinungsumfragen rangiert bei seinen Bürgern die Angst vor Arbeitslosigkeit regelmäßig höher als die Angst vor dem Terror. Die meisten Afghanen leben unter der Armutsgrenze und sind immer weniger bereit, diesen Zustand weiter hinzunehmen. Besonders hohe Arbeitslosigkeit herrscht unter jungen Menschen. Als neues Phänomen kommt nun auch noch die Perspektivlosigkeit unter den Hochschulabsolventen hinzu. Es ist daher nicht ungewöhnlich zu hören, dass sich in manchen Provinzen Absolventen der lokalen Universitäten den Taliban oder der Hizb-i Islami anschließen, nicht aus Überzeugung, sondern für rund 100 Dollar im Monat. Selbst IS findet im Land immer mehr Bewunderer, obwohl er eine ganz andere Richtung des Islam vertritt als die in Afghanistan traditionell starken Strömungen.

## Neue Sicherheitsrisiken

Als die Medien und Lokalpolitiker von IS-Kämpfern in afghanischen Bergen berichteten, reagierte der neue Kommandeur der westlichen Truppen in Afghanistan, Bundeswehrgeneral Jacobson, unbeeindruckt. „Mit solchen Gerüchten versuchen sich manche in der afghanischen Führung wichtig zu machen und hoffen auf Geld.“ Auch afghanische Militärs und westliche Organisationen stimmten dem zu und hielten solche Meldungen bis vor Kurzem für Nebelkerzen.

Doch mittlerweile ist die Anwesenheit zumindest von IS-



Sympathisanten in Afghanistan bestätigt. In verschiedenen Regionen des Landes sucht IS enttäuschte, marginalisierte Taliban-Kämpfer für sich zu gewinnen. Die ersten derartigen Aktionen sind zwar durch schnelles Handeln der US-Truppen im Keim erstickt worden. Ein ehemaliger Guantanamo-Häftling, der offenbar für IS rekrutierte, stand tatsächlich in Kontakt mit IS im Irak, wurde bei einem Drohnenangriff jedoch getötet. Aber die Gefahr ist damit nicht gebannt.

Jeden Tag tröpfeln in Kabul neue Meldungen über IS-Gruppen und deren brutale Aktionen ein. Das gefällt auch den Taliban nicht. Mittlerweile liefern sich beide Gruppen in den südlichen Provinzen Gefechte. Die Taliban behalten noch die Kontrolle über ihre Kämpfer, aber viele sind frustriert, weil ihre Führung sich nach dem Teilabzug der fremden Truppen nun wieder gesprächsbereit für Friedensverhandlungen zeigt.

Die Taliban haben ihre beste Zeit gewiss hinter sich, aber noch immer gibt es Teile der afghanischen Bevölkerung, die sie unterstützen. Doch das ist eine Minderheit. Der Großteil der Afghaninnen und Afghanen hat genug von Kampf und Terror und möchte ein geregelter konservativ-religiöses Leben, durchaus auch in einer Demokratie, führen.

Afghanische Politiker teilen die im Westen oft gehegte Sorge nicht, dass die Taliban zur Macht zurückkehren könnten. Sie seien Terroristen, sagen sie, die stören und Leben nehmen, aber dem Land keine Zukunft geben können. Viele Meinungsführer halten Friedensgespräche mit den Taliban für sinnlos. Wenn sie Teil des politischen Systems werden wollen, stehe ihnen die Tür offen. Sie könnten die Verfassung anerkennen und als eine Partei neben den anderen um die Macht kämpfen. Und wenn die Taliban das nicht tun? „Tja“, sagen sie, „dann müssen wir weiterhin kämpfen und uns gegen sie verteidigen, aber das sind wir ja gewöhnt. Irgendwann werden die Taliban von der Entwicklung überholt. Spätestens dann werden sie erkennen, dass das Kämpfen keinen Sinn mehr macht.“

### Ein steuerloses Schiff in gefährlichen Gewässern

Seit die Präsidentschaftswahl im Sand verlaufen, das Duo Ghani-Abdullah eingesetzt und die internationale Militärpräsenz stark abgebaut worden ist, gleicht Afghanistan einem steuerlosen Schiff auf bewegter See. Noch in Fahrt, aber ohne klaren Kurs.

Gewiss ist nur, dass auf dieser Reise große Risiken lauern. Einen mittleren Tsunami erwarten Beobachter spätestens dann, wenn die Regierung – wie im Koalitionsvertrag vereinbart – daran gehen muss, die Verfassung zu ändern. Dies ist notwendig um dem Amt des Chefmanagers Legitimität zu geben und es in die Position eines Premierministers umzuwandeln. Doch wenn eine Verfassungsdebatte angestoßen wird, wollen zu Recht alle politischen Gruppierungen und Strömungen im Land mitreden. Die Befürchtung ist, dass damit die Büchse der Pandora geöffnet wird. Manche werden die schwer erkämpften Frauenrechte wieder einschränken wollen, andere die Pressefreiheit, die die weitestgehende in der ganzen Region ist. Manche – wie Abdullah und die Nordallianz – werden Änderungen in Richtung eines weniger zentralistischen Staates anstreben. Es wird sicherlich auch solche geben, die die neo-liberalen Paragraphen der Verfassung ändern oder mehr soziale Gerechtigkeit hineinschreiben wollen.

In einem Land in Frieden wäre all das diskutabel. Doch in Afghanistan werden viele dieser Gruppen ihre Wünsche

nicht durchsetzen können. Das konkrete Ergebnis eines solchen Unternehmens könnten weniger politische und soziale Freiheiten und ein wesentlich autoritärer strukturierter Staat sein. Das würde nicht nur bedeuten, dass die wenigen Errungenschaften der letzten 14 Jahre im Bereich von Menschenrechten und Demokratie verloren gehen, sondern dass das Land wieder an den Rand eines Bürgerkrieges getrieben wird.

Die ersten Spannungen sind bereits sichtbar. Im September stehen Parlamentswahlen vor der Tür. Ohne eine gelungene Reform des problematischen Wahlsystems und seiner Institutionen werden auch diese nur eine weitere Farce sein. Auch sie müssten von der schwer unter Betrugsverdacht stehenden IEC organisiert werden. Außerdem gibt es bis heute keine Wählerlisten. Wer wahlberechtigt ist und wer wie oft seine Stimme abgibt, wird sehr sporadisch kontrolliert. Unter diesen Umständen sind weitere Wahlfälschungen programmiert.

Jedes Wahlfiasko, soviel ist klar, schmälert den Wunsch und die Hoffnung der afghanischen Wählerinnen und Wähler, politische Entscheidungen mit demokratischen Mitteln herbeizuführen. Sie finden es immer normaler, wieder in den alten gewalttätigen und autoritären Politikstil zurückzufallen. Das verspricht weitere Krisen im Land und wirft die Frage auf, was für die internationale Gemeinschaft in Afghanistan zu tun bleibt.

## Die neue Weltumordnung

*Ein Hegemoniewechsel ist in vollem Gange. Die gesellschaftliche Linke muss deshalb ihre Hausaufgaben machen.*

*Von Mario Candeias, Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung; aus: [www.zeitschrift-luxemburg.de](http://www.zeitschrift-luxemburg.de)*

Der Name der Zeit? Unklar. Post-Alles, Interregnum. Die US-Hegemonie ist seit den Zeiten neoliberaler Transnationalisierung infrage gestellt, das Empire längst kein US-amerikanisches mehr. Ein Hegemoniewechsel ist in vollem Gange, vielleicht nicht nach China, wie es die Weltsystemtheorie (Giovanni Arrighi) nahelegte, aber doch nach „Chimerika“ (Niall Ferguson). Seit der globalen Finanzkrise ist kein Projekt in Sicht, das den aktiven Konsens der Subalternen reorganisieren, Akkumulationsperspektiven auf erweiterter Stufenleiter öffnen und eine neue Weltumordnung etablieren könnte.

Den Versuchen, neoliberale Politiken autoritär abzuschern, steht ein neuer transnationaler Bewegungszyklus gegenüber. Neben vielfach aufstrebenden islamistischen Bewegungen ringen die verbliebenen Großmächte um Einflusszonen, sei es in Osteuropa oder bei der Aneignung afrikanischer Ressourcen. Während es den USA darum geht, nicht weiter an Gestaltungsspielraum zu verlieren, und Russland versucht, seinen Einfluss über Energie- und Ressourcenpolitik sowie Waffenhandel auszudehnen, verbindet China seine imperialen Anliegen mit aktiver Entwicklungshilfe.

Die „imperiale Lebensweise“ übt jedoch mehr denn je auch eine unglaubliche Anziehungskraft aus, vor allem auf die neuen Mittelklassen des globalen Südens. Gleichzeitig formiert sich Widerstand – von links wie von rechts: von



indigenen Bewegungen in den Anden über die neuen Demokratiebewegungen in São Paulo, Istanbul oder Madrid bis zur rechten Reaktion in Venezuela und Thailand oder den an Stärke gewinnenden islamistischen Kräften im arabischen Raum.

Um die EU wiederum legt sich ein „Ring of Fire“, befördert durch hastige, ungelenke Diplomatie (Stichwort: Ukraine). Vergessen ist die strategische Partnerschaft mit Russland. Die USA muss das nicht kümmern, weder Russland noch die europäische Peripherie spielen für sie wirtschaftspolitisch eine größere Rolle. Auch orientiert sich das Land außenpolitisch Richtung Pazifik. Mit diesem „Pivot to Asia“ – Hillary Clinton sprach bereits von „Amerikas pazifischem Jahrhundert“ – orientieren die USA auf eine langfristige Verbindung (und Konkurrenz) mit dem größten Kraftzentrum der Weltwirtschaft. Aufgrund der privilegierten Insellage müssen sie auf nachbarschaftliche Beziehungen nicht viel Rücksicht nehmen, und energiepolitisch arbeiten sie erfolgreich an Autarkie. Kurz: Die USA können sich, anders als Europa, einen „begrenzten Unilateralismus leisten“.

Was entsteht? Welches Bild einer neuen Weltordnung ergibt sich daraus? Noch keines. Denkbar ist die Herausbildung von Zonen der Unsicherheit jenseits der alten und neuen kapitalistischen Zentren. Die direkte (militärische) Intervention zur Befriedung und zur Herausbildung marktwirtschaftlicher, liberal-demokratischer Staaten ist gescheitert, in Somalia und Bosnien, in Afghanistan, Libyen und in Irak. Ende des „End of History“ (Francis Fukuyama). Der Markt schafft es nicht, und eine Besetzung der Märkte mit Bodentruppen steht nicht mehr an. Begrenzte Operationen und Luftangriffe, vor allem der Einsatz unbemannter Drohnen ermöglichen eine relative Kontrolle aus der Distanz.

Die Zonen der Unsicherheit müssen nicht unbedingt kontrolliert, können vielmehr eingehegt werden. Im Fall der Fälle wird eingegriffen: „Responsibility to Protect“. Die Institutionen der kollektiven Sicherheit werden an den Rand gedrängt, auch UNO und OSZE. Es entsteht eine Art „gated capitalism“ (Rainer Rilling), geschützte Zonen eines globalen Kapitalismus, der die Ausbeutung von Ressourcen und freien Handel gewährleistet – auch ohne funktionierende Gemeinwesen in den Zonen der Unsicherheit.

Allerdings zeigt sich, dass die neuen Strategien keineswegs reibungslos funktionieren, eher aus der Not geboren sind, in Syrien und Irak etwa kommt es zum Staatszerfall. Ergebnis: ein neues Kalifat im Herzen der Nahostregion. Die Kontrolle entgleitet. Wer Freund oder Feind ist, ändert sich rasch. Zudem beschränkt sich die Zersetzung keineswegs auf die Peripherie. Die Krisenländer der EU kommen nicht auf die Beine, die Institutionen der Demokratie verlieren rasant an Zustimmung. In Portugal, Spanien und Griechenland entstehen neue linke Kräfte.

Überall in Europa aber wachsen national-populistische, rechtsradikale und faschistische Bewegungen und Parteien – nicht nur in Osteuropa, auch in den alten Zentren. Aus den Wahlen zum Europäischen Parlament sind in Frankreich und Großbritannien der Front National und die UKIP als jeweils die stärksten Fraktionen hervorgegangen. Die gesellschaftliche Stimmung polarisiert sich, Desintegration schreitet voran. Die europäischen Gesellschaften müssen sich fragen, warum Tausende junge Muslime, Franzosen, Deutsche oder Briten, die in Europa keine Perspektive sehen, sich einem islamistisch verbrämten Dschihad anschließen.

Auch in den USA sind Zonen der Unsicherheit im Zuge der Krise längst etabliert – etwa die Innenstadt von Detroit, die als Gegenstück zu den gated communities Ausdruck dieser Polarisierung ist. Während die öffentliche Infrastruktur sichtbar verfällt, steigt die Ungleichheit weiter an, konzentriert sich auf die 0,1 Prozent (Thomas Piketty). In schöner Regelmäßigkeit kommt es zu Amokläufen und alltäglicher Gewalt von Waffennarren, Polizei und Gangs – das System antwortet mit einem teils privatisierten Prisonfare-Modell, der Verwaltung der „Unterklassen“ in Gefängnissen. Der (auch institutionelle) Rassismus tritt offen zutage, etwa wenn unbewaffnete schwarze Jugendliche von Polizisten erschossen werden, wie in Ferguson. Auch im politischen Feld nimmt die Polarisierung zwischen der proto-faschistischen Tea Party und den liberalen Wall-Street-Demokraten weiter zu, während sich links davon, meist auf lokaler Ebene eine neue Linke herausbildet.

Auch hier gilt: Die Zonen der Unsicherheit und die sich formierenden Kräfte von links und rechts können und müssen nicht kontrolliert werden. Es genügt, dass sie die soliden Institutionen der Herrschaft nicht erreichen, ob in den USA oder in Europa. Das Ganze wird durch einen autoritären Konstitutionalismus abgesichert, der nur schwerlich als „marktgerechte Demokratie“ (Angela Merkel) durchgeht, denn Wachstum und Profitraten flachen kontinuierlich ab – für die Wertabschöpfung der Superreichen freilich reicht es noch allemal.

Dabei führen globales „resource grabbing“ und Freihandelsabkommen zur Zerstörung lokaler Lebensräume und Ökonomien im globalen Süden, die wiederum neue Flüchtlingsbewegungen in Gang setzen und hier Anlass für rechte Propaganda bieten. Nirgendwo wird dies deutlicher als an der Politik der EU-Staaten in Afrika: Sie schließen Freihandelsabkommen, die mit teils hoch subventionierter Konkurrenz aus dem Norden kleinbäuerliche Produktion zersetzen; sie greifen ein – wie etwa Frankreich –, wenn die innere Destabilisierung von Ländern zu weit geht; und sie sichern ihre Außengrenzen gegen die Flüchtlingsströme ab, damit im Innern der EU der schwindende soziale Zusammenhalt nicht zusätzlich „belastet“ wird.

Es bestätigt sich, was bereits in der Debatte um die Globalisierung deutlich war: Es gibt kaum Außenpolitik mehr, nur noch eine Art Weltinnenpolitik oder besser: Weltkrisenpolitik. Wirkliche Außenpolitik heißt heute Frontex.

Linke Perspektiven? Für die gesellschaftliche Linke bedeutet all das, dass sich „Außenpolitik“ nicht auf Sicherheitspolitik beschränken lässt, vielmehr soziale, ökonomische und ökologische Politiken einschließen muss. Wie sind die geo-ökonomischen Veränderungen einzuschätzen? Welche Konfliktfelder gewinnen strategisch an Bedeutung? Wie könnten differenzierte linke Antworten aussehen?

Jenseits klarer Positionen gegen militärische Interventionen gilt es Elemente einer „Friedenspolitik mit friedlichen Mitteln“ (Jan van Aken) zu entwickeln, die Konfliktursachen angeht und mit Ansätzen gerechter Wirtschaftsbeziehungen, sozialökologischen Entwicklungspfaden und dem Aufbau sozialer Infrastrukturen verbindet. Konkrete Einstiegsprojekte dafür sind etwa die Yasuni-Initiative, die auf eine Ausbeutung des Öls im ecuadorianischen Urwald gegen international zu leistende Kompensationen verzichten wollte, oder neue Institutionen der wirtschaftlichen Kooperation wie das lateinamerikanische ALBA-Abkommen, die regionale Staatenunion

UNASUR oder die alternative Entwicklungsbank der BRICS-Staaten. Auch die Durchsetzung eines Alternative Trade Mandates im Rahmen der EU wäre ein Schritt hin zu einem fairen Handel. Nicht zu vergessen: ein Ende der Rüstungsexporte und gerechte Übergänge für eine Konversion der entsprechenden Industrien.

Zu oft verheddert sich die gesellschaftliche Linke in falschen Gegensätzen: Während die einen angesichts zugespitzter Konflikte keine Alternative zu militärischer Einmischung mehr sehen, sind die anderen aus Prinzip gegen Intervention. Da friedenspolitische Instrumente kaum entwickelt werden, verbleibt der Diskurs zu oft bei einseitigen Solidaritätsbekundungen und abstrakten Bekenntnissen.

Erst differenzierte Einschätzungen der jeweiligen Kräfte(-verhältnisse) würden es ermöglichen, sich auf die Seite der Subalternen zu stellen – was nicht notwendig eine Seite der Konfliktparteien sein muss. Wie können also diese Streitpunkte aufgegriffen und mit einer (bislang fehlenden) transformatorischen Perspektive verknüpft diskutiert werden?

Wo finden sich international Verdichtungspunkte, an denen sich exemplarisch wirksame Alternativideen entwickeln lassen?

Oder konkret: Was sind Strategien ziviler Krisenprävention und Konfliktbearbeitung? Und wo kann die Linke tatsächlich einen Unterschied machen? Die Aufhebung des längst anachronistischen PKK-Verbotestextes beispielsweise erhebt die Stimme für etwas, das sonst kein Gehör findet.

## No Fracking!

*Von Hubertus Zdebel, Abgeordneter der Linksfraktion im Bundestag, Mitglied des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit; aus: <http://linksfraktion.de>*

*Die weltweite Gas- und Ölindustrie hat eine vermeintliche Goldgrube entdeckt: Gas- und Ölgewinnung mittels Fracking. Während die Industrie auf kurzfristige Gewinne hofft, birgt Fracking für Mensch und Umwelt hohe Risiken. Die Bundesregierung schreckt das nicht. Sie hat ein offenes Ohr für die Fracking-Pläne der Konzerne. Entgegen ihrem Wahlversprechen kommt der von den Bundesministern Gabriel und Hendricks, beide SPD, vorgelegte Gesetzentwurf einem Fracking-Erlaubnisgesetz gleich. Dabei wehren sich weltweit immer mehr Menschen gegen Fracking. DIE LINKE ist Teil dieses Widerstands. In einer fünfteiligen Serie analysiert Hubertus Zdebel politische Folgen und Risiken des Förderverfahrens.*

### 1. Teil: Wie sich der Fracking-Boom in den USA auf das weltweite Kräfteverhältnis auswirkt, 10.12.2014

Die Welt schwimmt scheinbar wieder in Öl. Vorerst zumindest. Der Fracking-Boom in den USA hat die Ölproduktion in die Höhe getrieben. Der Ölpreis verfällt zusehends. Die Wirtschaftsflaute in Europa und China trägt ebenso dazu bei. Im Ergebnis sind die Ölpreise seit Juni dieses Jahres um gut ein Drittel gesunken.

Bisher verfolgte die Organisation Erdöl exportierender Länder (OPEC) die Strategie, fallende Preise mit einer Reduzierung des Angebots zu bekämpfen. Derzeit jedoch unternimmt sie nichts gegen den rasanten Ölpreis-Verfall. Im Gegenteil: Saudi-Arabien blockierte Ende November bei der Konferenz des Öl-Kartells in Wien die von ärmeren Mitgliedern wie Venezuela und Iran geforderte Drosselung der Förderung. Unmittelbar danach sank der Ölpreis weiter bis auf 66 US-Dollar pro Fass, den niedrigsten Stand seit 2006. Ihr nächstes Treffen will die OPEC erst im Juni abhalten und signalisierte damit, auch kein Sondertreffen einzuplanen. Zudem war in ihrer Erklärung auch nicht davon die Rede, dass Mitglieder die Überproduktion einstellen sollten.

### Preis-Schlacht auf dem Ölmarkt torpediert Fracking

Die Entscheidung für eine gleichbleibende Produktion markiert eine Kehrtwende in der Politik der OPEC. Offenbar will Saudi-Arabien die Preise für eine Zeit lang drücken, um so die Schieferöl- und Schiefergas-Produktion in den Vereinigten Staaten zu schwächen. Denn der Boom mit unkonventionell mittels Fracking gefördertem Öl und Gas aus den USA bedroht die Dominanz des saudi-arabischen Staatskonzerns ARAMCO auf dem Weltmarkt.

„Wir interpretieren dies so, dass Saudi-Arabien die Ansicht vertritt, dass die Ölpreise kurzfristig weiter sinken müssen“, erklärte Olivier Jakob von der Beratungsfirma Petromatrix gegenüber heute.de. „Mit anderen Worten sollte es im Interesse der OPEC sein, für eine Zeit mit niedrigeren Preisen zu leben, um Entwicklungsprojekte in den USA abzubremesen.“

Dafür spricht auch die Tatsache, dass Saudi-Arabien laut dpa Anfang November seine Ölpreise nochmals senkte – allerdings nur für Kunden in den USA. Diese regional differenzierte Preispolitik interpretieren viele deswegen als bewussten Schlag gegen das US-Fracking.

### Auch andere Ölproduzenten verlieren, vor allem Russland

Der verschärfte Konkurrenzkampf dürfte geostrategische Auswirkungen auf die Kräftebilanz zwischen den Wirtschaftsmächten haben. Denn die OPEC-Konferenz zeigte das Kartell zutiefst gespalten. Ölproduzenten wie Venezuela, der Iran und Nigeria verlieren aufgrund der Preisschlacht große Teile ihrer Öleinnahmen. Die Mindereinnahmen in Milliardenhöhe werden ein großes Loch in deren Haushalt schlagen.

Auch das zusätzlich von westlichen Sanktionen gebeutelte Russland muss ordentlich büßen. Seit Anfang Juli, als der Ölpreis noch über 100 Dollar betrug, hat die Ölproduktion Russlands auf Jahresbasis mehr als 100 Milliarden Euro an Wert verloren. Im russischen Haushaltsplan für 2014 rechnete die Regierung in Moskau noch mit einem durchschnittlichen Preis von 104 Dollar je Barrel, weshalb der Rubel bereits nach der letzten OPEC-Entscheidung auf ein Rekordtief fiel. Der russische Ölkonzern Rosneft schließt ein weiteres Abrutschen des Ölpreises um rund 20 Prozent auf unter 60 Dollar pro Fass nicht aus.

### US-„Schiefergasrevolution“ auf Sand gebaut

Durch die Preisschlacht ist die „Schiefergasrevolution“ in den USA ins Stocken geraten. Seit Anfang des Fracking-Booms 2009 ist die Ölproduktion in den USA um mehr als



drei Millionen Fässer pro Tag angestiegen. Mit 12 Millionen Fässern pro Tag produzieren die USA damit mehr Öl als Saudi-Arabien.

Doch bei dem heutigen Ölpreis werden die meisten Schieferöl-Förderstätten unrentabel. Die Investmentbank Morgan Stanley hat für die Gewinnung unkonventioneller Ölvorkommen in den USA durchschnittliche Produktionskosten von 76 bis 77 Dollar pro Fass errechnet, gewichtet nach der Größe der Vorkommen. Die Produktionskosten in Saudi-Arabien liegen bei 10 bis 20 US-Dollar.

Viele Fracking-Investitionen in den USA, die zu einem großen Teil aufgrund der Niedrigzinspolitik mit billigem Geld von den Finanzmärkten finanziert wurden, dürften sich bei dem aktuellen Ölpreis nicht mehr rechnen.

### Fracking-Boom in Wirklichkeit eine neue Blase

Zudem gibt es Indizien, dass die unkonventionellen Öl- und Gasvorkommen in den USA in großem Stil überschätzt worden sind. So musste die Energy Information Agency (EIA) die Schätzungen für gewinnbare Schiefgasvorkommen in der Marcellus-Formation um 80 Prozent senken. Auch die sogenannten Tight-Öl-Vorkommen in der Monterey-Gesteinsformation in Kalifornien mussten um 96 Prozent herabgesetzt werden. Die EIA musste zugeben, dass die ursprünglichen Daten für Monterey aus Werbepäsentationen der Industrie stammten.

Der Fracking-Boom kann sich also sehr schnell als Blase herausstellen.

## 2. Teil: US-Fracking-Boom droht Finanzkrach auszulösen, 17.12.2014

Innerhalb weniger Monate ist der Ölpreis von 106 US-Dollar pro Fass Anfang Juli auf 54 US-Dollar gesunken. Die Entscheidung der Organisation Erdöl exportierender Länder (OPEC), die Ölproduktion nicht zu senken, hat den Preisverfall noch einmal kräftig angeschoben. Nun droht der niedrige Ölpreis dem Geschäft mit dem Frackingöl und -gas einen Strich durch die Rechnung zu machen – mit möglicherweise verheerenden Auswirkungen für die Weltwirtschaft. Denn bei diesem Ölpreis rechnet sich der Großteil der Fracking-Bohrungen nicht mehr. Gleichzeitig ist die Gewinnung unkonventioneller Öl- und Gasvorkommen mit milliarden-schweren Investitionen verbunden, die in hohem Maße über Schrottpapiere von Anlagenbanken wie Merrill Lynch finanziert werden.

Seit dem Börsen- und Immobilienkrach 2007–2008 ist noch mehr Kapital im Umlauf. Denn angesichts der Niedrigzinspolitik der Zentralbanken der USA und EU schwimmen die Finanzmärkte in billigem Geld. Doch die Realwirtschaft hat seit 2008 keinen nennenswerten Aufschwung verzeichnen können, und bietet für spekulatives Kapital kaum ausreichend sichere Anlagemöglichkeiten.

Daher kam der Finanzbranche das Thema Fracking wie gerufen. Die vermeintlich absolut sichere Industrie stellte große Gewinne in Aussicht, auch ohne Sicherheiten wurden riesige Kreditsummen gewährt – die sich bei der gegenwärtigen Preisentwicklung bald als Schrottanleihen herausstellen dürften.

Fracking-Konzerne sind nicht nur massiv, sondern auch riskant verschuldet

Der Fracking-Boom in den USA basiert zum Großteil auf Pump. Vor allem kleine und mittelgroße Firmen wittern in Fracking ihre große Chance und haben sich mitunter hoch verschuldet, um einen Stück vom Kuchen abzubekommen. Trotz ihrer Rekordprofite in den vergangenen Jahren haben auch die große Energiekonzerne wie ExxonMobil, Royal Dutch Shell und British Petroleum (BP) vermehrt Fremdkapital zur Finanzierung des Fracking-Booms eingeworben. So hat ExxonMobil 2013 seine Gesamtverschuldung von 11 auf 22 Milliarden US-Dollar verdoppelt. Shell, Chevron und BP haben zusammen ebenfalls 25 Milliarden US-Dollar zusätzliche Kredite aufgenommen.

Nicht nur das: Die Fracking-Industrie finanziert ihre kostspieligen Fördervorhaben größtenteils über sogenannte High-Yield-Anleihen, auf Deutsch Hochzinsanleihen. Hohe Zinsen gibt es für diese Schuldscheine nur deshalb, weil sie besonders riskant sind. Das Ausfallrisiko ist weitaus größer als bei normalverzinsten Anleihen. Denn High-Yield-Anleihen sind ungesicherte Schuldverschreibungen von Emittenten mit einer schlechten Kreditwürdigkeit. Heißt: Die Wahrscheinlichkeit, dass etwas schiefgeht und der Emittent die Anleihe nicht bedienen kann, ist sehr hoch. Deshalb werden diese High-Yield-Anleihen umgangssprachlich oft auch Schrottanleihen oder Junk-Bonds genannt.

Laut wallstreet.online erlebt der Markt für Hochzinsanleihen mit einem Gesamtvolumen von etwa 1,6 Billionen US-Dollar in den USA derzeit einen „gigantischen Boom“. Momentan würden doppelt so viele Schrottanleihen gehandelt wie vor der Finanzkrise und fast drei Mal so viel wie vor zehn Jahren. Dabei ist seit 2002 der Anteil der Fracking-Energieanleihen des inzwischen 1 300 Milliarden Dollar großen US-Marktes für Junk-Bonds von 4 auf über 17 Prozent angestiegen – mehr als der Anteil der Telekom-Branche (12,4 Prozent) und des Gesundheitssektors (8,4 Prozent).

### Einsturz des Ölpreises lässt Fracking-Blase platzen

Das vermeintlich goldene Geschäft mit dem Fracking droht nun sowohl den Energieriesen als auch der Finanzbranche auf die Füße zu fallen. Die rosigen Schätzungen der Ölvorkommen der Fracking-Industrie haben keinen Bestand und beim aktuellen Ölpreis von 54 Dollar pro Fass werden die meisten Schieferöl-Förderstätten unrentabel. Die Investmentbank Morgan Stanley hat errechnet, dass die Förderung von unkonventionell gefördertem Öl in den USA durchschnittlich 76 bis 77 Dollar pro Fass kostet.

Der gesunkene Ölpreis hat schon jetzt den Konzentrationsprozess im US-Energiesektor angekurbelt. Das verdeutlicht das Vorhaben des US-Energieriesen Halliburton, den Konkurrenten Baker Hughes für 34 Milliarden US-Dollar aufzukaufen. Mittels dieses Deals würde Halliburton zum weltweit größten Energiedienstleister werden.

Fällt der Ölpreis weiter, so werden bald die ersten Fracking-Unternehmen unter Druck geraten und auch die ersten Fracking-Anleihen ausfallen. Eine Massenpleite von Fracking-Unternehmen und ein Platzen der Spekulationsblase könnte das Kartenhaus der US-Anlagenbanken zum Einsturz bringen. Analysten der Deutschen Bank verkündeten Ende November, dass ein Ölpreis von unter 60 Dollar pro Fass Energiekonzerne in die Pleite und damit die Zahlungs-



ausfallrate der High-Yield-Bonds in die Höhe treiben könnte. Laut Financial Times gilt schon ein Drittel dieser Schrottpapiere als notleidend.

Die Welt vergleicht ein solches Szenario mit dem Ausfall der ersten Subprime-Kredite am Immobilienmarkt zu Beginn der Finanzkrise: „Die schwächsten Glieder fielen zuerst, führten zu Verunsicherung und trockneten den Markt allmählich aus, was sich dann auch auf andere Anlagensegmente auswirkte, bis das Beben schließlich die Banken und den gesamten Finanzmarkt erschütterte.“

Dies zeigt einmal wieder: An der Struktur der Finanzmärkte hat sich nichts verbessert. Die Niedrigzinspolitik hat die Geldschwemme auf den Kapitalmarkt nur verstärkt. So sind wir nur noch einen Katzensprung von einem weiteren Finanzkrach entfernt.

Die Demokratie muss aus dem Würgegriff der Finanzkonzerne und Ratingagenturen befreit werden.

Doch die Wirtschaftspolitik der EU geht in eine ganz andere Richtung. Die EU-Kommission will mit den Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TISA die Bevölkerung und die Parlamente weiter entmachten, um die Konzerne noch stärker über die Politik bestimmen zu lassen. Unterstützt wird sie dabei von der Bundesregierung der SPD und CDU/CSU.

### 3. Teil: TTIP und CETA als Hintertür für Frackingkonzerne, 20.1.2015

Wer über Fracking redet, sollte über TTIP und CETA nicht schweigen. Die geplanten Freihandelsabkommen könnten Öl- und Gaskonzernen den Weg ebnen, um milliardenschweren Schadensersatz für Verbote oder Regulierungen von Fracking einzuklagen. Bei den Abkommen zwischen EU und USA (TTIP) und zwischen EU und Kanada (CETA) sollen unterschiedliche nationale Standards vereinheitlicht sowie Regularien, Kontrollen und Beschränkungen aufgehoben werden. Konzerne sollen ihre Produkte uneingeschränkt produzieren und vermarkten können. Der Clou dabei: Es wird unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelt. Gewerkschaften sowie Verbraucherschutz- und Umweltgruppen bleiben draußen, transnationale Banken und Konzerne sitzen mit am Tisch. Profitinteressen von Konzernen gehen vor, Umwelt- und Verbraucherschutz bleiben auf der Strecke.

Am Beispiel von Fracking zeigt sich, welche Folgen das haben kann. Bisher gelten in den USA, wo bereits umfangreich gefracked wird, Exportbeschränkungen für Erdöl und -gas, so dass bisher kein mit Fracking gefördertes Öl oder Gas nach Europa importiert wurde. Mit TTIP sollen diese Beschränkungen nun fallen. Im Energiekapitel des Freihandelsabkommens sollen ein unbeschränkter Zugang zu Öl- und Gasvorkommen festgeschrieben sowie Ein- und Ausfuhrbeschränkungen für Öl und Gas gestrichen werden. Durch diese Regelungen wären die Tore zur Einfuhr von amerikanischem Frackingöl und -gas in die EU-weit geöffnet. Ohne es an die große Glocke zu hängen, senkte die EU-Kommission bereits im Zuge der CETA-Verhandlungen die Kriterien für Schwerölimporte, wie sie in der europäischen „Kraftstoffqualitätsrichtlinie“ festgelegt werden sollten.

### Mit Investitionsschutz und Schiedsgerichten gegen die Demokratie

Doch damit nicht genug. Mit dem Freihandelsabkommen droht auch die Gefahr, dass Fracking-Konzerne in Europa die Risikotechnologie künftig flächendeckend einsetzen. So warnt die Expertin für Handelspolitik der lobbykritischen Organisation Corporate Europe Observatory, Pia Eberhardt: „Mit dem TTIP-Abkommen werden Ölkonzerne selbst dann ordentlich absahnen können, wenn Bürgerinitiativen dreckige und gefährliche Energieprojekte vor ihrer Haustür verhindern.“

Sogenannte „Investitionsschutz-Regelungen“ in TTIP und CETA würden es international operierenden Konzernen in der EU, den USA und Kanada ermöglichen, einseitig Staaten zu verklagen, wenn sie ihre Profiterwartungen bedroht sehen – etwa bei politischen Entscheidungen, durch die Fracking eingeschränkt oder verboten wird. Über sogenannte „Investor-Staat-Klagen“ könnten Konzerne vor privaten Schiedsgerichten gegen demokratisch gefällte Entscheidungen vorgehen und einen Staat auf Schadensersatz verklagen – Schadensersatz, für den am Ende die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler aufkommen. Damit stehen die Regierungen unter Druck, Gesetze, die dem Schutz von Mensch und Umwelt dienen, gar nicht erst zu beschließen, weil sie später fürchten müssen, auf hohe Schadensersatzzahlungen verklagt zu werden.

Solche Investor-Staats-Klagen gibt es auch heute schon, doch mit TTIP und CETA wäre es für die Konzerne noch leichter, gegen Staaten zu klagen. Und das kann teuer werden. Das Beispiel Vattenfall ist da nur ein Vorgeschmack. Der Energieriese verklagte die Bundesrepublik Deutschland 2012 nach der endgültigen Stilllegung der Atomkraftwerke Brunsbüttel und Krümmel auf Schadensersatz – Streitsumme 4,675 Milliarden Euro. Grundlage für die Klage ist das Investitionsschutzabkommen im Artikel 26 des Energiecharta-Vertrags (ECT). Das Verfahren vor dem ICSID findet unter strikter Geheimhaltung statt – TTIP und CETA lassen grüßen.

### Beispiel Québec: Lone Pine Resources klagt gegen Fracking-Verbot

Wie ein Unternehmen ein Freihandelsabkommen nutzen kann, um seine Fracking-Projekte durchzusetzen, sieht man derzeit in der kanadischen Provinz Québec: 2012 war aus mehreren Fracking-Anlagen giftiges Gas entwichen, und die Proteste gegen Fracking wurden immer größer, weil die Risiken für Mensch und Umwelt nicht mehr zu ignorieren waren. Schließlich erließ die Provinzregierung ein Moratorium, das die Förderung von Schiefergas und -öl durch Fracking verbot. Allerdings besaß das Unternehmen Lone Pine Resources bereits eine Genehmigung zur Förderung in dem betroffenen Gebiet. Obwohl Lone Pine Resources selber ein kanadisches Unternehmen ist, klagte es gegen das Fracking-Moratorium über einen Umweg vor einem Schiedsgericht. Das Unternehmen besitzt eine Tochterfirma in den USA und konnte dank des NAFTA-Freihandelsabkommens gegen den kanadischen Staat mit einer Investor-Staat-Klage vorgehen. So wurde aus einem einheimischen Unternehmen ein ausländischer Investor. Die Klage begründete Lone Pine Resources mit seiner durch das Fracking-Moratorium wertlos gewordenen Genehmigung zur Förderung von Gas und Öl. Dadurch seien die Eigentumsrechte des Unternehmens





verletzt worden. Für die entgangenen Profite verlangt das Unternehmen eine Entschädigungszahlung von 250 Millionen kanadische Dollar.

#### SPD und CDU treiben Freihandelsabkommen voran

Mit ähnlichen Klagen ist auch durch die Freihandelsabkommen CETA und TTIP zu rechnen – dann allerdings auch in der Europäischen Union. In Frankreich besteht ein gesetzliches Fracking-Verbot, gegen das der US-Konzern Hess Oil bereits vor französischen Gerichten geklagt hat – bisher erfolglos, doch mit TTIP gäbe es ein neues Instrument für die Konzerne, gegen Fracking-Verbote vorzugehen. „Schon jetzt versuchen die Energiekonzerne, die geltenden Fracking-Verbote juristisch anzufechten. Mit dem Investitionskapitel im TTIP-Abkommen erhielten die Konzerne ein zusätzliches außergerichtliches Werkzeug an die Hand, um gegen demokratische Entscheidungen vorzugehen – und damit oft auch eine zweite Chance in ihrem Kampf für Fracking“, betonen Umweltorganisationen in einer gemeinsamen Studie zum Zusammenhang von Fracking und Freihandelsabkommen.

Würden EU und Bundesregierung den Schutz der Demokratie, den Verbraucher- und den Umweltschutz als ihre Aufgaben betrachten, dann müssten sie konsequent gegen die Freihandelsabkommen vorgehen. Stattdessen tragen sie der Konkurrenz- und Verwertungslogik der Unternehmen Rechnung und versuchen die Abkommen gegen den Widerstand der Bevölkerung durchzusetzen. Besonders Sigmar Gabriel, SPD-Vorsitzender und Bundeswirtschaftsminister, treibt ein doppeltes Spiel. Bei den Verhandlungen zu CETA betonte Gabriel zunächst, die SPD werde den Investor-Staat-Klagen nicht zustimmen, während er sie jetzt umso vehementer als nicht mehr verhandelbar darstellt. Gleiches droht beim TTIP-Abkommen.

#### Freihandelsabkommen und Fracking stoppen!

Wer glaubhaft gegen Fracking ist, muss auch TTIP und CETA ablehnen. Die Fracking-Konzerne hätten mit dem Freihandelsabkommen die Möglichkeit, demokratisch gewählte Regierungen zur Zulassung von Fracking zu zwingen: Mit weitgehenden Klagerechten der Konzerne vor einer privaten Paralleljustiz ohne jede Legitimation durch eine rechtsstaatliche Gerichtsbarkeit. Dahinter steckt nichts anderes als die rücksichtslose Profitmacherei auf Kosten von Mensch und Natur, das Grundprinzip des kapitalistischen Wirtschaftssystems.

Auch in Deutschland sind schon große Teile der Flächen, auf denen mit Fracking Gas gefördert werden könnte, zwischen den Konzernen aufgeteilt. Viele Unternehmen besitzen bereits sogenannte Aufsuchungserlaubnisse – der erste Schritt zu späterer Gasförderung. Selbst wenn nun ein gesetzliches Fracking-Verbot kommen würde, wären diese dann hinfälligen Aufsuchungserlaubnisse in Kombination mit TTIP oder CETA ein Klagegrund für die Konzerne.

DIE LINKE fordert daher nicht nur ein ausnahmsloses gesetzliches Verbot von Fracking, sondern auch den sofortigen Stopp der Verhandlungen zu den Freihandelsabkommen TTIP und CETA. Es muss Schluss mit der Deregulierung des internationalen Handels sein. Wir brauchen nicht weniger, sondern mehr Regularien, damit die Umwelt und die Menschen nicht auf der Strecke bleiben. Für diese Ziele müssen sich viele Menschen engagieren, damit genügend Druck auf die

Regierungen und Konzerne ausgeübt wird – im Parlament, aber vor allem auch auf der Straße. Mit Unterschriftensammlungen, Aktionen und Demonstrationen.

#### 4. Teil: Bundesregierung will Fracking in Deutschland erlauben, 4.2.2015

Noch im Juli 2014 haben die Bundesminister Gabriel und Hendricks „die strengsten Regeln, die es in diesem Bereich jemals gab“ angekündigt, als sie ihre Eckpunkte für eine gesetzliche Regelung zur Förderung von Erdgas und -öl mittels Fracking vorgestellt haben. Davon kann bei den nun vorliegenden Referentenentwürfen der Bundesregierung keine Rede sein. Im Gegenteil: Die Änderungen, u. a. des Wasserhaushaltsgesetzes und der Verordnung zur Umweltverträglichkeitsprüfung, laufen in Wirklichkeit auf ein Fracking-Erlaubnisgesetz hinaus. So würde in Deutschland einer extrem risikoreichen und teuren Form der Gasförderung der Weg bereitet.

Angesichts der unvorhersehbaren Risiken für Mensch und Umwelt wird die Fraktion DIE LINKE. im Bundestag gegen die Entwürfe stimmen und hat einen eigenen Antrag für ein ausnahmsloses gesetzliches Verbot von Fracking vorgelegt.

#### Fracking ist eine Gefahr für Mensch und Natur

Fracking ist mit immensen negativen Auswirkungen für Mensch und Umwelt verbunden. Besonders zu erwähnen seien an dieser Stelle:

- die Verunreinigung des Grund- und Trinkwassers durch Chemikalien, Methan oder Lagerstättenwasser. Diese können durch Unfälle, natürliche oder künstlich geschaffene Wegsamkeiten im Untergrund sowie undichte Bohrlochabdichtungen und Zementummantelungen an die Oberfläche und in das Grundwasser gelangen. Dass „die Gefährdung der oberflächennahen Wasservorkommen“ nicht ausgeschlossen werden kann, bestätigen auch Studien des Umweltbundesamtes und der Landesregierung Nordrhein-Westfalen;
- die ungeklärte und unfallträchtige Entsorgung des hochgiftigen Flowback aus Lagerstättenwasser und Frac-Flüssigkeit, der neben Chemikalien des Frack-Vorgangs häufig unter anderem radioaktive Isotope, Quecksilber und Benzol enthält;
- unkontrollierbare und klimabelastende Methan-Austritte aus Bohrleitungen oder Rissen im gashaltendem Gestein;
- die Gefahr von durch Fracking oder der Verpressung von Lagerstättenwasser in sogenannte Versenkbohrungen ausgelösten Beben;
- die miserable Klimabilanz von Erdgas aus gefrackten unkonventionellen Lagerstätten, welche schlechter ist als die von Erdgas aus konventionellen Lagerstätten.

Angesichts dieser Risiken wäre es unverantwortlich, Fracking selbst unter Einsatz nicht-toxischer Frac-Flüssigkeiten und unter verschärften Auflagen zu erlauben.

#### Regierung agiert mit leeren Versprechen

Die Bundesregierung gibt vor, das geplante Fracking-Gesetz schütze das Trinkwasser. Das Gegenteil ist der Fall: 90 Prozent der deutschen Mineral- und Heilquellen wären bedroht. Darauf macht der Verband Deutscher Mineralbrunnen zu recht aufmerksam. Zwar soll Fracking in Schiefer- und Koh-

leflözgestein oberhalb von 3 000 Metern vorläufig untersagt werden. Doch das Gefahrenpotenzial für das Grundwasser ist unterhalb von 3 000 Metern nicht geringer als oberhalb.

Überdies kann die zuständige Landesbehörde Fracking auch oberhalb von 3 000 Metern Tiefe zulassen, wenn eine sechsköpfige Kommission dies mehrheitlich als unbedenklich einstuft. Diese Expertenkommission hat eine deutliche personelle Schlagseite zu Gunsten der Fracking-Befürworter. Die Zivilgesellschaft ist nicht vertreten. Kritische Aspekte einzubringen, wird so bereits durch die Zusammensetzung der Kommission weitgehend unterbunden.

Vergleiche mit Wohnbebauungsabstandsregelungen aus den USA und Australien zeigen zudem, dass die geplanten deutschen Bestimmungen weit hinter diesen zurückbleiben. Während dort Abstände von mehreren hundert Metern bis 2 000 Metern festgelegt sind, sehen die Referentenentwürfe der Bundesregierung keine Mindestabstände vor.

Die Behauptung also, bei der deutschen Fracking-Gesetzgebung handle es sich um „die strengsten Regeln, die es in diesem Bereich jemals gab“, steht in deutlichem Widerspruch zur Realität, selbst wenn man Fracking-Verbote wie in Frankreich ausnimmt. Tatsächlich wurde den Gaskonzernen eine kommerzielle Ausbeutung von Fracking-Gasvorkommen bereits ab Juli 2018 in Aussicht gestellt.

### Nur die Energiekonzerne gewinnen

Nach der gegenwärtigen Vergabep Praxis der Lizenzgebiete in Deutschland wären die großen Energiekonzerne wie Exxon-Mobil, Wintershall und GdF-Suez die einzigen wirklichen kurzfristigen Profiteure. Sie haben einen neuen Wettlauf um Schiefergas ausgerufen und bereits ganze Regionen unter sich aufgeteilt. Hinzu kommen Firmen mit einer zweifelhaften finanziellen Ausstattung, die im Schadensfall die extrem aufwändige Sanierung von Umweltschäden nicht sicherstellen können.

Ein öffentliches wirtschaftliches und energiepolitisches Interesse an der Gewinnung von unkonventionellen Gasvorkommen in Deutschland ist dagegen nicht zu erkennen. Dies bestätigt auch der Sachverständigenrat für Umweltfragen in seinem Bericht: „Es besteht (...) kein besonderes übergeordnetes öffentliches Interesse an der Erschließung dieses Energieträgers, möglicherweise aber ein betriebswirtschaftliches Interesse der Industrie.“

Die Gasvorkommen in Deutschland sind im internationalen Vergleich gering. Selbst eine umfassende Förderung von Schiefer- und Kohleflözgas könnten höchstens 2 bis 3 Prozent des Gasbedarfs in Deutschland decken. Dieser Anteil der Energieversorgung kann problemlos in wenigen Jahren durch einen Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energien ersetzt werden. Statt die Gasförderung weiter zu intensivieren, brauchen wir nachhaltige Lösungen für unseren Energiebedarf.

## 5. Teil: Das Märchen von der sauberen und günstigen Energie durch Fracking, 17.2.2015

Lobbyisten und PR-Berater der Energiekonzerne preisen Frackinggas und -öl seit Jahren als angeblich günstige und saubere Energieträger an. In Wahrheit ist die Klimabilanz von geacktem Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten auf-

grund des unkontrollierbar austretenden, immens klimaschädlichen Methans nachweislich um ein Vielfaches schlechter als die von Erdgas aus konventionellen Lagerstätten. Mit Frackinggas betrieben, wäre die Klimabilanz von Gaskraftwerken selbst im Vergleich zur Kohle bei weitem nicht mehr so berauschend.

### Erdbeben, verseuchtes Grundwasser, Mondlandschaften – Was Fracking wirklich kostet

Außerdem sind die gesamtgesellschaftlichen Kosten von Fracking entgegen den Behauptungen der Energiekonzerne in Wahrheit horrend. Ähnlich wie bei der Atomenergie ist mit hohen Folgekosten für jetzige und kommende Generationen zu rechnen, etwa für Erdbebenschäden, verseuchtes Grundwasser, zerstörte Ökosysteme durch Fracking-Bohrungen auf engem Raum, die Mondlandschaften hinterlassen. Zudem ist die Ressourcenverschwendung mit dem Verbrauch von Unmengen an Wasser und Sand beim Fracking enorm. Die wahren Kosten von Fracking liegen also um ein Vielfaches höher, als die Energiekonzerne uns glauben machen wollen.

Ganz zu schweigen von den gesundheitlichen Risiken, die von Fracking ausgehen. Das gilt insbesondere für die hohe Lärm- und Luftbelastung der Anwohnerinnen und Anwohner und den bei der Förderung anfallenden Flowback aus Lagerstättenwasser und Frac-Flüssigkeit, welcher neben Chemikalien des Frack-Vorgangs häufig unter anderem radioaktive Isotope, Quecksilber und Benzol enthält.

### Für ein ausnahmsloses Fracking-Verbot

Auch wenn es in den vergangenen Wochen angesichts der schlechten Nachrichten aus den USA (siehe den 1. und 2. Teil der Serie) merkwürdig still um das Thema Fracking und den dadurch auszulösenden vermeintlichen Energieboom geworden ist, halten CDU und SPD in der großen Koalition an ihren Frackingplänen fest und wollen Fracking im Vorgriff auf TTIP und CETA (siehe den 3. Teil) in Deutschland erlauben. Sie bremsen damit die Energiewende aus und bedienen die kurzfristigen Profitinteressen der fossilen Konzernriesen und einiger unvermeidlicher unterkapitalisierter Fracking-Glücksritter, die sich auch noch einen Teil des Kuchens abschneiden wollen.

Angesichts der unvorhersehbaren Risiken für Mensch und Umwelt ist für DIE LINKE klar: Fracking muss in Deutschland ohne jegliche Ausnahmen per Gesetz verboten werden. Wir fordern Gabriel und Hendricks auf, sich ein Beispiel an Frankreich zu nehmen, wo Fracking gesetzlich verboten ist, und haben einen eigenen Antrag für ein ausnahmsloses gesetzliches Verbot von Fracking vorgelegt.

### Für eine sozial-ökologische Energiewende

Wir sind davon überzeugt, dass der durch Fracking zu gewinnende Anteil der Energieversorgung problemlos in wenigen Jahren durch einen Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energien ersetzt werden kann. Statt die Gasförderung weiter zu intensivieren, brauchen wir nachhaltige Lösungen für unseren Energiebedarf. Klimaschutz und Versorgungssicherheit sind vor allem durch konsequenten Ausbau von erneuerbaren Energien sowie Energieeinsparung zu erreichen, anstatt jetzt erneut auf den weiteren Ausbau fossiler Brennstoffe zu setzen.



DIE LINKE setzt sich dafür ein, die Treibhausgas-Emissionen in Deutschland ohne Vorbedingungen bis zum Jahr 2020 gegenüber 1990 zu halbieren. Auf ihre Senkung um mindestens 90 Prozent bis Mitte des Jahrhunderts wollen wir hinwirken. Unser Ziel ist die 100-prozentige Versorgung aus erneuerbaren Energien vorrangig bei Ausschöpfung der regional nutzbaren Quellen bis zum Jahr 2050. Dies erreichen wir durch festgelegte Grenzwerte für den CO<sub>2</sub>-Ausstoß und nicht durch den marktbasieren Emissionshandel. So können in den Regionen Arbeitsplätze entstehen und die Kommunalhaushalte nachhaltig gestärkt werden.

Damit ist es jedoch nicht getan, denn die Große Koalition behindert im Interesse der Energiekonzerne eine sozial gerechte Weiterentwicklung umweltpolitischer Instrumente und eine wirksame Politik zur Einsparung von Energie und Ressourcen. Zwar wird die regenerative Energieerzeugung ausgebaut, gleichzeitig werden aber zentralistische und undemokratische Konzernstrukturen festgeschrieben und die Lasten der Energiewende einseitig auf die Schultern der Verbraucherinnen und Verbraucher abgeladen. Die Menschen zahlen für die Profite der Konzerne.

### Für eine Demokratisierung der Energiewirtschaft

Unser Kampf gegen Fracking orientiert daher auch auf eine Demokratisierung der Energieproduktion und -versorgung. Wir fordern die Überführung der Energiekonzerne in öffentliches Eigentum und die demokratische Kontrolle der Unternehmen mit dem Ziel, einen ökologisch verantwortlichen

Umgang mit Energie und eine sozial verantwortliche Finanzierung der Umbaumaßnahmen zu erreichen. Für uns LINKE ist die Energieversorgung Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Lokale Energieverbände in gemeinschaftlichen Eigentumsstrukturen sind dafür zentral: kommunale Stadtwerke, genossenschaftliche Versorger und BürgerInnen-Energie-Projekte. Neben dem umfassenden Verbot von Fracking und einem Kohleausstiegsgesetz fordert DIE LINKE im Bundestag daher auch eine Erleichterung bei der Übernahme von Energienetzen durch Stadtwerke. Eine sozial gerechte Kostenverteilung und bezahlbare Energie für Alle müssen gewährleistet werden. Jeder Privathaushalt soll ein kostenloses, an der Haushaltsgröße orientiertes Grundkontingent an Strom erhalten.

Die bisher für Atomkraft, einschließlich Kernfusion, und fossile Energiesysteme eingesetzten und für Fracking-Projekte geplanten Forschungs- und Fördermittel sind in den Ausbau erneuerbarer Energiesysteme und Speicherverfahren, in die Verbesserung der Energieeffizienz sowie in Ausbau und Regelung der Netze umzuleiten.

So verbinden wir den Umbau der Energiewirtschaft mit dezentralen Energieerzeugungs- und -versorgungsstrukturen. Das führt zur Demokratisierung der Energiewirtschaft, zur Förderung der Teilhabe von Menschen und zur Reduzierung von CO<sub>2</sub>. Langfristig entsteht so eine sichere, umweltfreundliche, von Importen unabhängige und für alle bezahlbare Energieversorgung.



# Notizen





# Notizen



## Impressum

DIE LINKE International wird herausgegeben vom Bereich Internationale Politik der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN und erscheint in unregelmäßigen Abständen.

**Redaktion:** Helmut Ettinger (V. i. S. d. P. Andreas Günther)

Telefon: (030) 24 009 300, Fax: 24 009 425

E-Mail: [fip@die-linke.de](mailto:fip@die-linke.de), Web-Site: <http://die-linke.de>

**Redaktionsschluss:** 15. März 2015

Besonderer Dank für Unterstützung bei der Herstellung dieses Heftes gilt Hilde Ettinger und Uta Wegner.

**Gestaltung:** Jörg Rückmann

Die abgedruckten Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors, nicht der Redaktion wieder. Ausdrücklich erbeten sind Meinungen, Wünsche und Vorschläge an die Redaktion.

